

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2013



Vorwort

Bereits zum achten Mal veröffentlicht der Landkreis Gießen einen Beteiligungsbericht. Dieser dokumentiert die Betätigungen des Landkreises Gießen und macht diese für die Gremien des Landkreises und die Öffentlichkeit transparent.

Der Kreistag kann sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung dafür entscheiden zu erfüllende Aufgaben außerhalb der Kommunalverwaltung erledigen zu lassen. Hierzu hat sich der Kreistag in einzelnen kommunalen Betätigungsfeldern entschieden. Der Landkreis Gießen bedient sich hierbei verschiedener Gesellschaften und Verbände bzw. anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, an denen er unmittelbar und mittelbar beteiligt ist. Diese Organisationen umfassen ein breites Themenspektrum, wie Entsorgung, Versorgung und Verkehr, Beschäftigungsförderung, Wirtschaftsförderung, Natur, Tourismus und Kultur. Die Beteiligungen leisten somit wichtige Beiträge für die kommunale Daseinsvorsorge.



Es ist jedoch immer wieder notwendig, Optimierungsprozesse, rechtliche Änderungen oder sich wandelnde Bedürfnisse zu analysieren und bei entsprechenden Veränderungen auch über neue oder erweiterte Aufstellungen nachzudenken. Damit können Veränderungen auch zu Änderungen des Beteiligungsportfolios führen.

Entscheidend ist also nicht die Organisationsform, sondern entscheidend ist, wie können wir Belange und Bedürfnisse der Menschen und der Region effizient umsetzen. Das heißt auch, Handlungsschwerpunkte zu setzen und machbare Lösungen zu entwickeln. Denn den Wünschen und Bedarfe der Bürger und Bürgerinnen stehen die knappen finanziellen Ressourcen gegenüber. So liegt es auf der Hand, dass Beteiligungen leistungsfähig und wirtschaftlich arbeiten müssen.

Mit dem Beteiligungsbericht erhalten die politischen Gremien und die Verwaltung ein umfassendes Bild über die Betätigung der Beteiligungen. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Entscheidungs- und Mandatsträger bei ihren Steuerungs- und Kontrollaufgaben im Hinblick auf die Beteiligungen mit verlässlichen und geeigneten Informationen zu unterstützen. Zudem werden interessierten Bürgern und Bürgerinnen Einblicke in die Betätigung und die Struktur der Beteiligungen des Landkreises Gießen ermöglicht.

In dem Beteiligungsbericht des Landkreises Gießen werden die Eckdaten auf Grundlage der Abschlüsse 2013 und 2012 aufbereitet. Die Erstellung und Veröffentlichung richtet sich nach § 123a HGO, wobei der vorliegende Bericht über die Forderung des § 123a HGO sogar hinausgeht, da er nicht nur die Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts darstellt.

Der Beteiligungsbericht 2013 ist eine interessante Lektüre und Informationsquelle für Kreistagsabgeordnete, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit und kann über das Internetportal des Landkreises Gießen unter www.landkreis-giessen.de →Der Landkreis Gießen →Finanzen und Kasse →Beteiligungen →Beteiligungsbericht 2013 abgerufen werden.

Gießen, im Januar 2015


Anita Schneider
Landrätin

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines.....	6
1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes.....	6
1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	7
1.3. Beteiligungsbegriff	8
2. Beteiligungen des Landkreises Gießen im Überblick.....	9
2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen	9
2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2013	11
2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2013	12
3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen.....	13
3.1. Entsorgung, Versorgung und Verkehr	13
3.1.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH.....	13
3.1.2. Breitband Gießen GmbH.....	18
3.1.3. ZAUG Recycling GmbH (ZR)	22
3.1.4. ZR Holzrecycling GmbH	28
3.1.5. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)	31
3.1.6. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	37
3.1.7. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)	42
3.1.8. ovag Energie AG	46
3.1.9. ovag Netz AG.....	50
3.1.10. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH.....	54
3.1.11. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke.....	58
3.1.12. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	63
3.2. Beschäftigungsförderung, Wirtschaft und Sonstiges.....	69
3.2.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen.....	69
3.2.2. „Zentrum Arbeit und Umwelt“ - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (ZAUG gGmbH)	73
3.2.3. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)	80
3.2.4. RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH.....	84
3.2.5. Sparkassenzweckverband Gießen	89

3.2.6. Sparkasse Gießen.....	91
3.2.7. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH und Mittelhessen e.V. (als Förderverein).....	96
3.2.8. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts	103
3.2.9. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts	108
3.3. Natur, Tourismus und Kultur.....	112
3.3.1. Stadttheater Gießen GmbH.....	112
3.3.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH.....	117
3.3.3. Wasserverband Nidda	122
3.3.4. Zweckverband Naturpark Taunus	125
3.3.5. Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	130
4. Sonstige Mitgliedschaften, Jobcenter.....	134
4.1 Sonstige Mitgliedschaften	134
4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften	134
4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitgliedschaften	140
4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen	140
4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V.....	144
4.1.3 Bestellung von Sicherheiten und Gewährleistungen für sonstige Mitgliedschaften	148
4.2. Jobcenter Gießen	149
5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung	153
6. Anhang.....	160
6.1. Anhang allgemein.....	160
6.1.1. Rechts- und Organisationsformen	160
6.1.2. Begriffsdefinitionen	162
6.1.3. Gesetzliche Grundlagen	165
6.1.3.1. Auszüge aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).....	165
6.1.3.2. Auszüge aus dem Haushaltsgrundsätze-gesetz (HGrG)	172

6.2. Anhang - Lageberichte	173
6.2.1. Lagebericht ZAUG Recycling GmbH - gekürzte Fassung - Ergänzung zu Kapitel 3.1.3.....	173
6.2.2. Konzernlagebericht OVVG - Ergänzung zu Kapitel 3.1.6.....	177
6.2.3. Lagebericht Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke - Ergänzung zu Kapitel 3.1.11.....	195
6.2.4. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.12.....	204
6.2.5. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1.....	217
6.2.6. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemein- nützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2.....	223
6.2.7. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.3.....	235
6.2.8. Lagebericht RegioMit Regionalfonds Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.4.....	250
6.2.9. Lagebericht Sparkasse - Ergänzung zu Kapitel 3.2.6.....	253
6.2.10. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.7.....	276
6.2.11. Lagebericht ekom21 – KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.2.8.....	286
6.2.12. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1.....	302
6.2.13. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2.....	320
6.2.14. Jahresbericht Zweckverband Hoher Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.3.5.....	329

1. Allgemeines

1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht soll den Kreisgremien, der Verwaltung und der Öffentlichkeit eine Informationsgrundlage über die Beteiligungen des Landkreises Gießen an die Hand gegeben werden.

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in **sechs Teile**:

Der **erste Teil** enthält allgemeine Informationen über die kommunalrechtlichen Voraussetzungen und die Definition des Beteiligungsbegriffs.

Im **zweiten Teil** sind die Beteiligungen und die Kapitalanteile des Landkreises Gießen im Überblick dargestellt. In diesem zweiten Teil werden auch die Änderungen im Jahr 2014 bzw. im Jahr 2015 berücksichtigt.

Der **dritte Teil** enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen bestehenden Beteiligungen für das Jahr 2013. Dabei werden die Beteiligungen nach inhaltlichen Gesichtspunkten in drei Gruppen gegliedert:

- Entsorgung, Versorgung und Verkehr
- Beschäftigungsförderung, Wirtschaft und sonstiges
- Natur, Tourismus und Kultur

Die Darstellung der einzelnen Beteiligungen ist im Allgemeinen durch folgende Struktur gekennzeichnet:

- Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck
- Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Organe der Beteiligungen
- Auswirkung auf den Kreishaushalt und Gewährung von Sicherheiten
- Daten zur Rechnungsprüfung
- Geschäftsentwicklung

In den Aufstellungen betreffend die Auswirkungen auf den Kreishaushalt werden nur diejenigen Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis Gießen und den Beteiligungen dargestellt, die direkt aus dem gesellschaftlichen Verhältnis resultieren. Die aufgrund von Leistungsbeziehungen zwischen den Gesellschaften und dem Landkreis Gießen geleisteten Entgelte sind nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsentwicklung umfasst im Allgemeinen die Kurzfassungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und ausgewählte Kennzahlen. Die Lageberichte sind im Anhang des Beteiligungsberichtes enthalten.

Grundsätzlich beziehen sich die Daten auf das Jahr 2013. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden bei der Darstellung wirtschaftlicher Kennzahlen auch die Jahre 2011 und 2012 berücksichtigt. Ferner werden wesentliche - vor allem personelle - Änderungen des Jahres 2014 als nachrichtliche Ergänzungen aufgeführt.

Der **vierte Teil** bezieht sich auf sonstige Mitgliedschaften und das Jobcenter.

Der **fünfte Teil** gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO.

Der **sechste Teil** beinhaltet Anhangs-Angaben, d.h. Definitionen von Rechtsformen, Begriffsdefinitionen und relevante Gesetzestexte sowie die vorliegenden Lageberichte.

1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens und durch den § 28 Abs. 2 Grundgesetz geschützt. Die Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften umfasst alle Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln. Planungshoheit, Organisationshoheit, Personalhoheit, Steuerhoheit, Rechtsetzungshoheit und Finanzhoheit werden den Kommunen garantiert. Somit kann die Kommune eigenverantwortlich entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung ihrer Aufgaben gestaltet.

Nach § 121 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht für einen Landkreis die Möglichkeit der **wirtschaftlichen Betätigung**, wenn

- der **öffentliche Zweck** die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde bzw. des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
- der **Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird** oder erfüllt werden kann (Subsidiaritätsvorbehalt).

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO gilt, dass Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, ohne den Subsidiaritätsvorbehalt zulässig sind.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die gemäß ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Dies bedeutet, dass nur Tätigkeiten, die nicht unter den Negativkatalog nach § 121 Abs. 2 HGO fallen, als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge genießen den besonderen Schutz des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz.

Nach § 121 Abs. 7 HGO muss eine Kommune mindestens einmal in jeder Wahlzeit prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Absatz 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Durch § 121 Abs. 8 HGO wird eine Kommune gezwungen, wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass möglichst ein Überschuss für den Haushalt erzielt wird, sofern der öffentliche Zweck dies zulässt.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf:

- Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO müssen vorliegen.
- Die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde müssen auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein.
- Die Gemeinde muss einen angemessenen Einfluss haben, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan.
- Es muss gewährleistet sein, dass der **Jahresabschluss** und der **Lagebericht**, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesell-

schaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % der Anteile beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 4 HGO).

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft nur dann gründen oder sich an ihr beteiligen, wenn

- die Voraussetzungen des § 122 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

1.3. Beteiligungsbegriff

Laut § 271 Absatz 1 Handelsgesetzbuch sind Beteiligungen Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Das Gemeindefinanzrecht fasst den Beteiligungsbegriff weiter als das Handelsgesetzbuch. So regelt § 126 HGO, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein.

Die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ setzt offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs.1 HGB oder des § 121 HGO handeln muss.

Auf dieser Annahme basiert die weite Fassung des Beteiligungsbegriffs des Landkreises Gießen.

Beteiligungen grenzen sich durch organisatorische Selbstständigkeit und eine eigenständige Buchhaltung von der Kernverwaltung ab. Der vorliegende Beteiligungsbericht bezieht sich auf

- privatrechtliche Gesellschaften,
- öffentlich-rechtliche Körperschaften,
- öffentlich-rechtliche Anstalten und
- Vereine und Verbände
- Stiftungen
- Jobcenter

Vereine und Verbände – mit Ausnahme der Zweckverbände – sowie das Jobcenter werden jedoch in diesem Bericht als Beteiligungen im weiteren Sinne betrachtet.

Die für den Landkreis Gießen bislang relevanten Rechtsformen werden im Anhang erläutert.

2. Beteiligungen des Landkreises Gießen im Überblick

2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2013

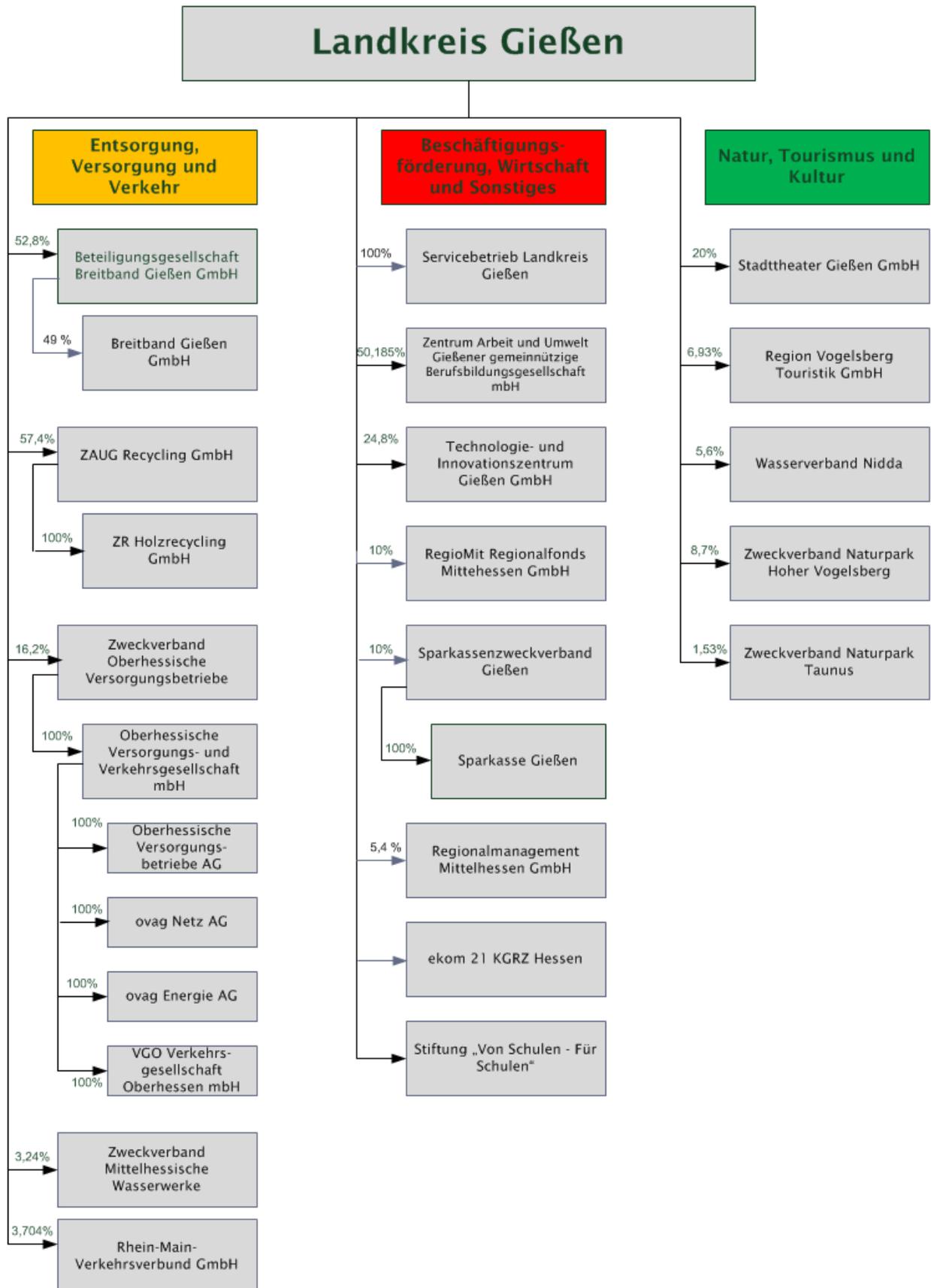
Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen	gezeichnetes Kapital		Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umsatzerlöse	Personalkosten	Jahresergebnis
			%	T€					
Servicebetrieb Landkreis Gießen	unmittelbar	100	200	200	684	457	5.993*	5.369	0
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH	unmittelbar	52,8	25	128	135	24	0	0	-11
Breitband Gießen GmbH	mittelbar	25,88	50	-622	2.894	1.445	25	0	-257
ZAUG Recycling GmbH	unmittelbar	57,4	200	418	6.838	2.888	16.624	4.077	-969
ZR Holzrecycling GmbH	mittelbar	57,4	50	-106	307	30	840	224	9
ZAUG g GmbH Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen	unmittelbar	50,185	271	1.654	3.767	1.439	6.447*	3.796	70
Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH	unmittelbar	24,8	71	911	4.600	4.463	723	241	107
Stadtheater Gießen GmbH	unmittelbar	20	26	57	3.036	0	1.352	12.378	10
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	unmittelbar	16,2	133.912	136.949	178.359	171.576	18.196	331	-593
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (Konzern)	mittelbar	16,2	148.000	267.634	509.696	324.038	476.104	47.222	21.924
Oberhessische Versorgungsbetriebe AG	mittelbar	16,2	100.000	153.345	251.659	189.599	46.769	11.877	19.601
ovag Energie AG	mittelbar	16,2	50.000	59.375	181.035	99.337	300.126	4.856	-18.017

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2013

Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen %	gezeichnetes Kapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umsatzerlöse	Personalkosten	Jahresergebnis
ovag Netz AG	mittelbar	16,2	1.600	23.500	45.635	12.347	204.553	25.447	7.536
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	mittelbar	16,2	300	300	13.769	304	19.137	2.339	-4.481
Regio Mit Regionalfonds Mittelhessen GmbH	unmittelbar	10	100	1.392	1.401	333	87*	0	-154
Sparkassenzweckverband	unmittelbar	10							
Sparkasse Gießen	mittelbar	10		125.792	1.930.104	45.370	93.781*	27.896	3.689
Region Vogelsberg Touristik GmbH	unmittelbar	6,9	144	164	182	10	112	159	-22
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	unmittelbar	5,4	25	53	162	0	925*	266	28
Rhein-Main Verkehrsverbund	unmittelbar	3,704	690	2.172	32.498	8.369	38.968*	10.326	0
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	unmittelbar	3,24	18.000	23.603	63.084	57.012	18.798	8.445	-1.515
ekom 21 – KGRZ Hessen	unmittelbar		11.600	35.736	75.449	17.986	73.998	31.572	303
Stiftung „Von Schulen - Für Schulen“			50**	31	157	110	13*	0	0

* - Gesamtleistung incl. Zuwendungen
 ** - Stiftungskapital

2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2013



2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2013

Die Zusammensetzung der Beteiligungen des Landkreises ist nicht starr, sondern ist durch einen Prozess des Wandels gekennzeichnet.

Am 07.10.2013 hat der Kreisausschuss die Mitgliedschaft des Landkreises Gießen im KompetenzNetz UmweltTechnologie (KNUT) beschlossen. Im Kreistag wird der Beitritt voraussichtlich am 09.03.2015 behandelt. Das KompetenzNetz UmweltTechnologien (KNUT) wurde im Jahr 2007 von mittelhessischen Unternehmen mit dem Ziel gegründet, die Energieeffizienz von Produktionsprozessen zu erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Im Herbst 2013 soll KNUT als eingetragener Verein geführt werden. Ziel ist die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Dies soll erreicht werden durch die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen und die Unterstützung der heimischen Unternehmen im Bereich Energieeffizienz.

Am 25.02.2014 wurde die Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH, Friedberg in das Handelsregister eingetragen (Gesellschaftsvertrag vom 16.12.2013). Gegenstand des Unternehmens ist die Zusammenführung der beim Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und bei der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH sowie der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH liegenden kommunalen Aufgaben: die Sicherstellung der flächendeckenden Errichtung, Wartung und Vermietung von Glasfasernetzen für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und im Wetteraukreis mit leistungsfähigen Telekommunikations- und Rundfunkdienstleistungen sowie sonstigen verwandten haushaltsnahen Dienstleistungen. Das Stammkapital beträgt 600 T€. Gesellschafter sind zu 51% der ZOV und zu 30% die Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH und zu 19% die Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH.

3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen

3.1. Entsorgung, Versorgung und Verkehr

3.1.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH

Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1828
E-Mail: hans-otto.gerhard@lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	30.09.2011
Satzung	30.09.2011
Handelsregister	HRB 7663
Kapital	Stammkapital 25.000 €
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>
	<u>Anteil</u>
	<u>% in 2013</u>
	Landkreis Gießen 52,8%
	Stadt Allendorf (Lumda) 2,78%
	Gemeinde Biebertal 2,78%
	Gemeinde Buseck 2,78%
	Gemeinde Fernwald 2,78%
	Stadt Gießen 2,78%
	Stadt Grünberg 2,78%
	Gemeinde Heuchelheim 2,78%
	Stadt Hungen 2,78%

<i>Gesellschafter (Fortsetzung)</i>	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil % in 2013</u>
	Gemeinde Langgöns	2,78%
	Stadt Laubach	2,78%
	Stadt Lich	2,78%
	Stadt Lollar	2,78%
	Stadt Pohlheim	2,78%
	Gemeinde Rabenau	2,78%
	Gemeinde Reiskirchen	2,78%
	Stadt Staufenberg	2,78%
	Gemeinde Wettenberg	2,78%
<i>Beteiligungen</i>	Breitband Gießen GmbH	49%

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen
Annette Bergen-Krause, Bürgermeisterin Stadt Allendorf (Lumda)
Thomas Bender, Bürgermeister Gemeinde Biebertal
Erhard Reinl, Bürgermeister Gemeinde Buseck
Stefan Bechthold, Bürgermeister Gemeinde Fernwald
Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin Stadt Gießen
Frank Ide, Bürgermeister Stadt Grünberg
Lars Burkhard Steinz, Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim
Rainer Wengorsch, Bürgermeister Stadt Hungen
Horst Röhrig, Bürgermeister Gemeinde Langgöns
Peter Klug, Bürgermeister Stadt Laubach
Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich
Dr. Bernd Wiczorek, Bürgermeister Stadt Lollar
Karl-Heinz Schäfer, Bürgermeister Stadt Pohlheim
Kurt Hillgärtner, Bürgermeister Gemeinde Rabenau
Dietmar Kromm, Bürgermeister Reiskirchen ab 15.03.2013
Karl Kräter, Beigeordneter Gemeinde Reiskirchen bis 14.03.2013
Peter Gefeller, Stadt Staufenberg
Thomas Brunner, Gemeinde Wettenberg
Horst Nachtigall, Vertreter der Kreistagsfraktion SPD
Mathias Fritz, Vertreter der Kreistagsfraktion CDU
Geronimo Sanchez Miguel, Vertreter der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Marcus Leopold, Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Wähler

Geschäftsführer

Bernd Klein, Lich

Es erfolgt keine Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Einzahlung Stammkapital	0	0	14.590,00 €
Einzahlung der Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit (durchlaufender Posten beim Landkreis)	0	100.000,00	0
Einzahlung für Beteiligung der Beteiligungsgesellschaft an der Breitband Gießen GmbH. Zahlung entspricht Anteil am Stammkapital	0	12.937,96	0
Verwaltungskostenanteil	5.000,00		
Einnahmen			
Verkauf Anteil i.H.v. 2,78 % an Gemeinde Heuchelheim	0	694,00 €	0
Verkauf Anteil i.H.v. 2,78 % an Stadt Pohlheim		694,00 €	0
Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit (durchlaufender Posten beim Landkreis)	0	100.000,00 €	0

Es bestanden im Jahr 2013 – wie in den Vorjahren 2012 und 2011 – keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Auf Grundlage einer auf drei Jahre befristeten Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidiums erfolgte die Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 durch die Revision des Landkreises Gießen.

Geschäftsentwicklung

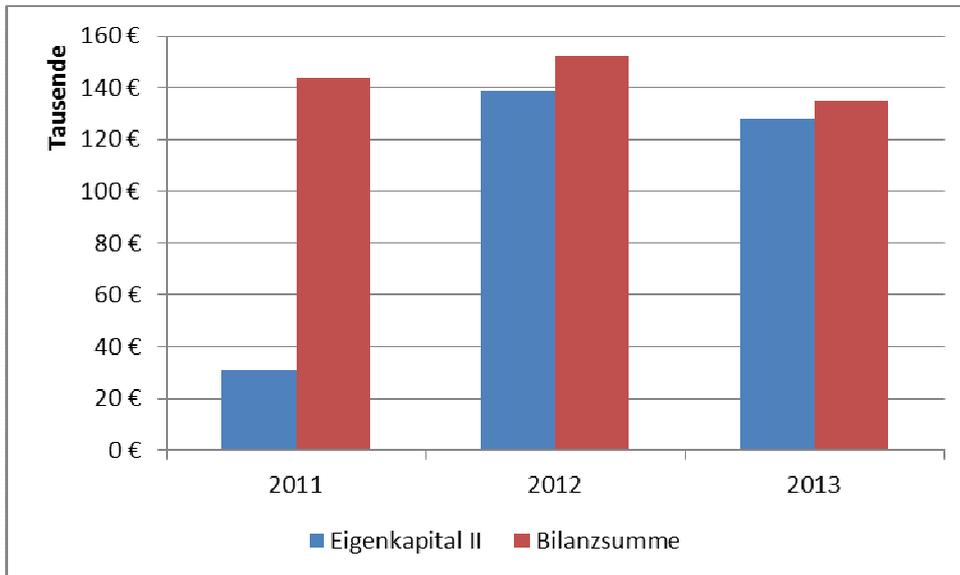
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	24	24	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	96	5	5
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	15	123	139
	0	0	0
Bilanzsumme	135	152	144
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	137	137	12
III. Jahresfehlbetrag	-11	-17	-6
IV. Verlustvortrag	-23	-6	0
B. Rückstellungen	7	5	5
C. Verbindlichkeiten	0	8	108
Bilanzsumme	135	152	144

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14	-17	-6
Betriebsergebnis	-14	-17	-6
Zinserträge	3	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11	-17	-6
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	-11	-17	-6

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	94,81%	91,45%	21,53%
Liquidität 2. Grades	1585,71%	984,62%	127,43%
Cashflow	-11 T€	-17 T€	-6 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-8,59%	-12,23%	-19,35%
Gesamtkapitalrentabilität	-8,15%	-11,18%	-4,17%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



3.1.2. Breitband Gießen GmbH

Breitband Gießen GmbH

Geschäftsadresse ab 01.01.2015
Alte Brauereihöfe
Leihgesterner Weg 37
35392 Gießen

Sitz der Gesellschaft (bleibt bestehen)
Heinrich-Neeb-Straße 17
35423 Lich

Telefon 06441/9640-43

E-Mail: info@breitband-hessen.de

Internet: www.breitband-hessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	09.03.2011		
Satzung	Gültig in der Fassung vom 13.04.2012		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 4930		
Kapital	Stammkapital 50.000 € Mit Vertrag vom 13.04.2012 erfolgte eine Barkapitalerhöhung von 25.500 € auf 50.000 € durch die Beteiligung der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> T€
	WL Holding GmbH	51	25,5
	Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	49	24,5
Beteiligungen	Keine		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Martin Bender, Geschäftsführer der WL Holding GmbH, Lich
Udo Lück, Geschäftsführer der WL Holding GmbH, Lich
Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich
Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen

Verwaltungsrat

Stefan Bechthold, Bürgermeister Gemeinde Fernwald
Thomas Brunner, Gemeinde Wettenberg
Björn Hendrichke, Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Gießen
Kurt Hillgärtner, Bürgermeister Gemeinde Rabenau
Ingo Lück, Gesellschafter der Lück Gruppe
Jens Ihle, Geschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Geschäftsführer

Stefan Becker, Fernwald

Der Geschäftsführer erhält keine unmittelbare Vergütung seitens der Gesellschaft. Die Tätigkeit wird mittels des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der WL Netztechnik GmbH vergütet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Breitband Gießen GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Ralph Bingmann, Wirtschaftsprüfer, Grünberg		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

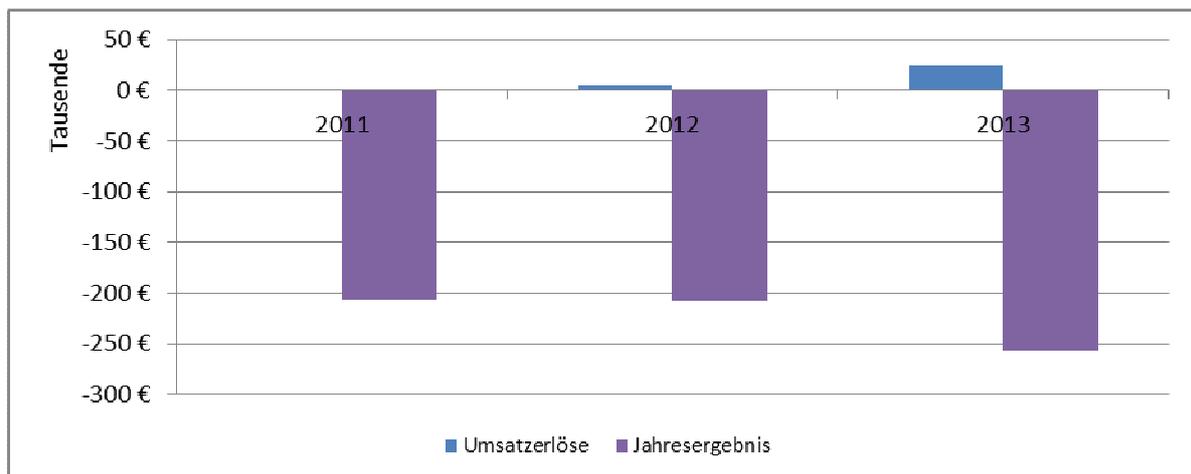
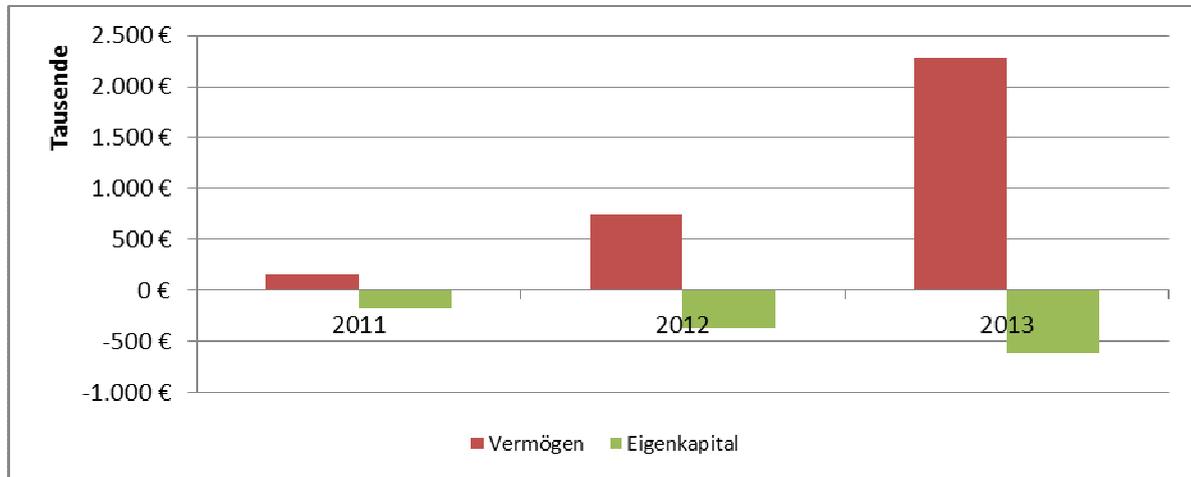
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	1.445	336	114
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	719	257	32
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	107	154	8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	622	365	182
Bilanzsumme	2.894	1.113	336
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	25
II. Jahresfehlbetrag	-257	-208	-207
III. Verlustvortrag	-415	-207	0
Nicht gedeckter Fehlbetrag	622	365	182
B. Rückstellungen	9	9	7
C. Verbindlichkeiten	2.885	1.104	328
Bilanzsumme	2.894	1.113	336

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	5	0
Sonstige betriebliche Erträge	11	0	0
Gesamtleistung	36	5	0
Abschreibungen	-25	-14	-1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-211	-191	-204
Betriebsergebnis	-200	-200	-205
Zinsaufwendungen	-57	-8	-2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-257	-208	-207
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	-257	-208	-207

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Anlageintensität	63,60%	44,92%	74,03%
Liquidität 2. Grades	62,70%	42,30%	12,05%
Investitionen	1.135 T€	253 T€	108 T€
Cashflow	-232 T€	-195 T€	-206 T€

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



3.1.3. ZAUG Recycling GmbH (ZR)

ZAUG Recycling GmbH
Fischbach 5
35418 Buseck
Telefon 06408/907010
Telefax 06408/907029
E-Mail: info@zr-dieentsorger.de
Internet: www.zaugrecycling.de



Unternehmenszweck

- 1) Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Abfallvermeidung sowie der Abfallverwertung, Aufbau und Unterhaltung von Logistiksystemen zur Erfassung und zum Transport von Abfällen; Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Sortierung und mechanischen Behandlung von Abfällen sowie von Anlagen zur Demontage zum Zwecke der Gewinnung von hochwertigen Bauteilen aus Elektro- und Elektronikgeräten;
- 2) Handel mit gebrauchten Elektro- und Elektronikgeräten sowie mit Wertstoffen aus der Abfallaufbereitung;
- 3) Betreiben von Reparaturwerkstätten zur Wiederverwendung von hochwertigen Gütern;
- 4) Förderung der technischen Entwicklung in den Bereichen Energie-, Gesundheits- und Umwelttechnik einschließlich der Planung, Konzeptionierung, Konstruktion und Erstellung von Geräten, Anlagen und Zubehör einschließlich des Vertriebes;
- 5) alle weiteren für die ordentliche Durchführung des Recyclings erforderlichen Tätigkeiten.
- 6) Die Gesellschaft hat bei der Ausübung dieser Tätigkeiten auf die den Gesellschaftern obliegenden Verpflichtungen und Zwecke zu achten. Dabei hat sie insbesondere: Die abfallwirtschaftlichen Zielsetzungen und Vorgaben des Landkreises Gießen im Rahmen seiner Tätigkeit als entsorgungspflichtige Gebietskörperschaft zu beachten. Ebenfalls sind die gemeinnützigen Zwecke der Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mbH, wie zum Beispiel der Arbeitstherapie, Umschulung, Aus-, Fort- und Weiterbildung, Beschäftigung und Vermittlung angemessen zu beachten. Hierzu stellt die Gesellschaft nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten Räumlichkeiten, Personal und Arbeitsplätze zur Verfügung.
- 7) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben und sich an solchen Unternehmen in jeder Form beteiligen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ZAUG Recycling GmbH liegt im Bereich Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbehandlung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	21.12.1999
Satzung	Fassung vom 12.09.2006
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 3432
Kapital	Stammkapital 200.000 €
Gesellschafter	Landkreis Gießen 57,4 % Remondis GmbH 25,1 % Klaus Müller 17,5 %
	Zum Gründungszeitpunkt waren der Landkreis Gießen zu 74% und die Firma ZAUG gGmbH zu 26% Gesellschafter. Mit notariellem Vertrag vom 18.12.2001 wurden die Anteile der Firma ZAUG gGmbH vom Landkreis übernommen. Am 25.08.2005 wurden 17,5% der Anteile durch den Geschäftsführer, Herrn Klaus Müller erworben. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung wurden weitere 25,1% der Anteile durch den Landkreis Gießen angeboten. Diese wurden durch die Firma Remondis GmbH & Co KG erworben und der Kauf mit notariellem Vertrag vom 12.09.2006 vollzogen.
Beteiligungen	ZR Holzrecycling GmbH, Gießen (100 %)

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Landkreises Gießen

Dirk Oßwald, Erster Kreisbeigeordnete

Verwaltungsrat

Kurt Hillgärtner
Heike Habermann

Klaus Müller
Markus Beyer
Dr. Marina Frankenfeld
Jenny Friedel
Iris Mehl

Vorsitzender, Landkreis Gießen, FW Kreistagsfraktion,
Stellvertretung, Landkreis Gießen, Bündnis90/Die Grünen
Kreistagsfraktion
Geschäftsführer Zaug Recycling GmbH
Prokurist Zaug Recycling GmbH
Prokuristin ZR Holzrecycling GmbH
Kaufmännische Bereichsleitung Zaug Recycling GmbH
Bereichsleitung Fuhrpark/Vertrieb Zaug Recycling GmbH

Marlies Scheld	Sekretärin der Geschäftsleitung Zaug Recycling GmbH
Frank Rosenmund	Betriebsrat Zaug Recycling GmbH
Juri Seif	Betriebsrat Zaug Recycling GmbH
Georg Eicker	Geschäftsführer Remondis GmbH & Co.KG Region Südwest
Jörg Detlof	Prokurist Remondis GmbH & Co.KG Region Südwest
Jan van Delden	Remondis GmbH & Co.KG Region Südwest
Gerald Dörr	Landkreis Gießen, SPD Kreistagsfraktion
Peter Pilger	Landkreis Gießen, SPD Kreistagsfraktion
Dr. Christiane Schmahl	Landkreis Gießen, Kreisbeigeordnete, Bündnis 90/Die Grünen
Christel Gontrum	Landkreis Gießen, CDU Kreistagsfraktion
Mathias Fritz	Landkreis Gießen, CDU Kreistagsfraktion
Dirk Oßwald	Landkreis Gießen, Erster Kreisbeigeordnete, FW

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung in ihrer Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Der Verwaltungsrat befasst sich für die Geschäftsführung beratend mit Grundsatzfragen der Unternehmensentwicklung, der Wirtschaftsplanung, des Controllings und dem entsprechenden Abschlussbericht.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betragen im Geschäftsjahr 2013 € 240,-.

Geschäftsführer

Klaus Müller

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
<i>Einnahmen</i>			
Dividende	0,00 €	77.306,32 €	60.395,56 €

Es bestanden in den Jahren 2011 bis 2013 keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Aus dem Jahr 2004 stammt eine Patronatserklärung in Höhe von 220.000,00 €. Mit dieser Erklärung hat der Landkreis Gießen die Verpflichtung übernommen, dafür Sorge zu tragen, dass die ZAUG Recycling GmbH in der Zeit, in der sie die Kredite bei der Volksbank Wißmar in Höhe von ursprünglich 220.000,00 € einschließlich der Zinsen und Nebenkosten nicht vollständig zurückgezahlt hat, in der Weise geleitet wird, dass sie stets in der Lage ist, allen ihren Verbindlichkeiten fristgemäß nachzukommen. Ansonsten wurden keine direkten Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen durch den Landkreis Gießen zugunsten der ZAUG Recycling GmbH bestellt.

Nachrichtlich: Die Patronatserklärung wurde am 02.12.2014 zurückgegeben.

Allerdings wurde im Geschäftsjahr 2010 von der Firma ZAUG Recycling GmbH eine Bürgschaft in Höhe von 25 TEUR gegenüber der Sparkasse Gießen übernommen. Die Bürgschaft dient der Absicherung der Finanzierung eines Schredders von ZR Holzrecycling GmbH. Ferner wurde mit Datum vom 15.02.2007 eine Rangrücktrittserklärung über den Saldo per 31.12.2006 in Höhe von 244 TEUR abgegeben. Die Forderungen der ZAUG Recycling GmbH gegenüber der ZR Holzrecycling betragen bis zum 31.12.2013 240 TEUR. Die Forderungen wurden in Höhe von 116 TEUR wertberichtigt. Dem stehen Verbindlichkeiten in Höhe von 11 TEUR gegenüber.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		WESTPRÜFUNG Dr. Seifert & Partner OHG, Gießen
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	ja	ja
Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften	Ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

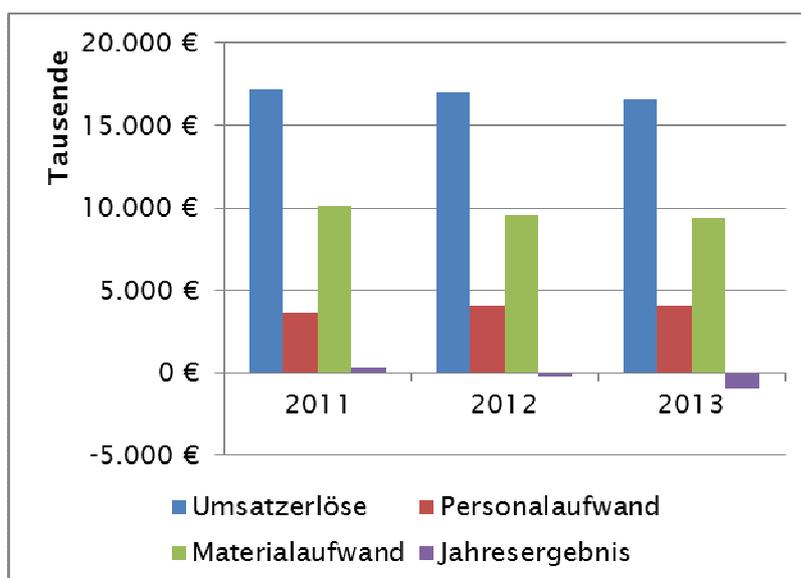
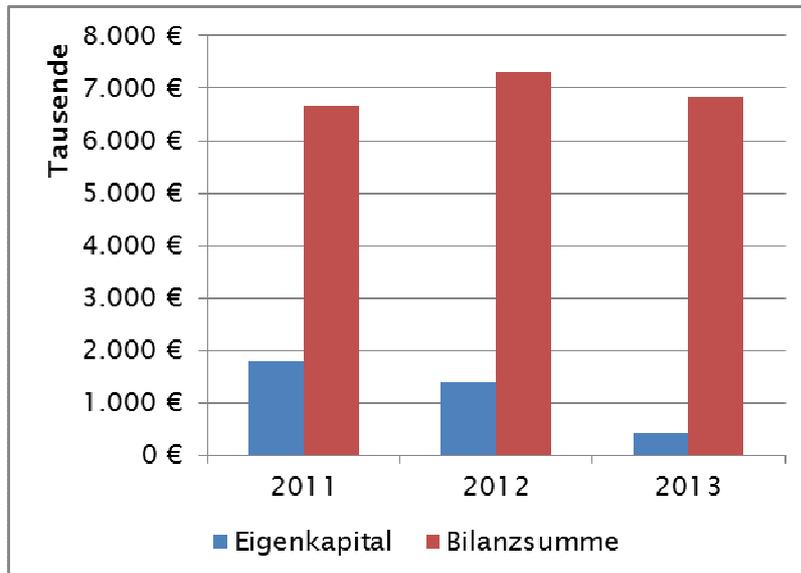
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	2.849	3.143	3.306
II. Finanzanlagen	39	51	63
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	720	801	361
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.966	3.216	2.491
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	159	5	397
C. Rechnungsabgrenzungsposten	105	92	49
Bilanzsumme	6.838	7.308	6.667
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	200	200	200
II. Rücklagen	883	883	883
III. Gewinnvortrag	304	537	377
IV. Jahresüberschuss	-969	-234	321
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	216	151	213
D. Verbindlichkeiten	6.204	5.771	4.673
Bilanzsumme	6.838	7.308	6.667

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	16.624	16.993	17.240
Bestandsveränderungen	-39	171	224
andere aktivierte Eigenleistungen	0	14	0
Sonstige betriebliche Erträge	379	205	661
Gesamtleistung	16.964	17.383	18.125
Materialaufwand	-9.371	-9.513	-10.051
Personalaufwand	-4.077	-4.018	-3.642
Abschreibungen	-576	-648	-686
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.445	-3.079	-3.094
Betriebsergebnis	-505	125	652
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinserträge	1	1	2
Zinsaufwendungen und Abschreibungen	-187	-176	-164
Ergebnis der gewöhnlichen	-691	-50	490
Außerordentliche Erträge	0	150	0
Außerordentliche Aufwendungen	-246	-340	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	35	-148
Sonstige Steuern	-33	-29	-21
Jahresergebnis	-969	-234	321

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	6,11%	18,97%	26,71%
Anlageintensität	42,23%	43,71%	50,53%
Liquidität 2. Grades	68,96%	80,90%	101,98%
Anlagedeckungsgrad 2	32,44%	64,40%	78,30%
Investitionen	285 T€	594 T€	683 T€
Abgänge Anlagevermögen	-63 T€	-325 T€	-86 T€
Cashflow	-393 T€	414 T€	1.007 T€
Eigenkapitalrentabilität	-231,82%	-16,88%	18,02%
Gesamtkapitalrentabilität	-11,44%	-0,79%	7,27%
Umsatzrentabilität	-4,70%	-0,34%	2,81%
Materialintensität	55,24%	54,73%	55,45%
Personalintensität	24,03%	23,11%	20,09%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	145	140	122
Anzahl der Aushilfen im Jahresdurchschnitt	6	5	5

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.1.4. ZR Holzrecycling GmbH

ZR Holzrecycling GmbH
Lahnstraße 220
35398 Gießen
Telefon 0641/97474-21
Telefax 0641/97474-90
E-Mail: info@zr-holzrecycling.de
Internet: www.zr-holzrecycling.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- Förderung der Abfallvermeidung und der besseren Abfallverwertung
- Konzeptionierung, Aufbau und Unterhaltung von Logistiksystemen zur Erfassung von Natur-, Gebraucht- und Altholz
- Betreiben und Unterhalten von Anlagen zur Sortierung und Aufbereitung von Hölzern, zur Gewinnung von Rohstoffen zur stofflichen und thermischen Verwertung und zur Entsorgung von Schadstoffen
- Handeln mit Holzrohstoffen
- Herstellung von Ersatzbrennstoffen
- alle weiteren zur Durchführung des Recyclings erforderlichen Tätigkeiten

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ZR Holzrecycling GmbH liegt im Bereich Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbehandlung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	01.09.2000
Satzung	Fassung vom 22.10.2004
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 3605
Kapital	Stammkapital 50.000 €
Gesellschafter	ZAUG Recycling GmbH 100%
Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Klaus Müller

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden in den Jahren 2013 - wie in den Jahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der ZR Holzrecycling GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

In den Jahren 2011 bis 2013 erfolgte keine Prüfung des Jahresabschlusses.

Geschäftsentwicklung

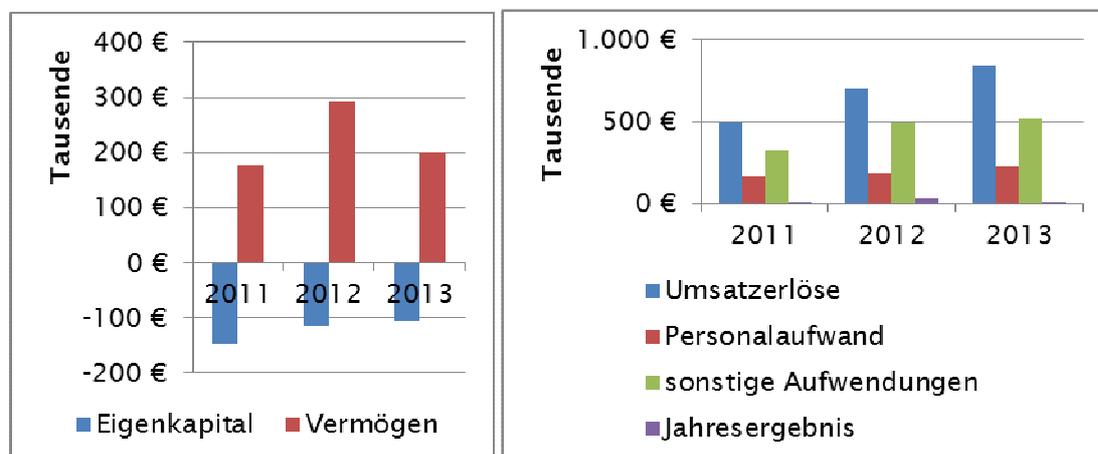
<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	30	32	36
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	34	58	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	88	175	98
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	46	25	21
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	3
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	106	116	148
Bilanzsumme	307	409	326
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Verlustvortrag	-165	-198	-199
III. Jahresüberschuss	9	32	1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	106	116	148
B. Rückstellungen	10	16	8
C. Verbindlichkeiten	297	393	318
Bilanzsumme	307	409	326

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	840	706	492
Sonstige betriebliche Erträge	4	4	12
Gesamtleistung	844	710	504
Materialaufwand	-86	8	-3
Personalaufwand	-224	-180	-167
Abschreibungen	-8	-8	-10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-515	-495	-320
Betriebsergebnis	11	35	4
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Zinsaufwendungen	-1	-2	-3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	33	1
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Gesamtergebnis	10	33	1
Steuern	-1	-1	0
Jahresergebnis	9	32	1

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Anlageintensität	14,93%	10,92%	20,22%
Liquidität 2. Grades	42,52%	48,40%	37,17%
Cashflow	17 T€	40 T€	11 T€
Gesamtkapitalrentabilität	4,98%	11,60%	2,25%
Umsatzrentabilität	1,19%	4,82%	0,81%
Materialintensität	10,19%	1,13%	0,60%
Personalintensität	26,54%	25,35%	33,13%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	6	6	6

Graphische Darstellung



3.1.5. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe
Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031/82-0, Telefax 06031/82-1343
E-Mail: info@zov.de, Internet: www.zov.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe des Verbandes ist es laut Satzung, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser zu versorgen und dort den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der OVVG und der OVAG. Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet werden.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	1912
Hauptsatzung	letzte Änderung am 13.12.2013
Kapital	Stammkapital 133.911.686,55 €
Mitglieder	Wetteraukreis (51,7 %), Vogelsbergkreis (32,1 %), Landkreis Gießen (16,2 %)
Gewinnverteilung	Die Verbandsmitglieder sind entsprechend ihrer Vermögensanteile an Überschüssen und Fehlbeträgen beteiligt. Seit der Satzungsänderung vom 13.03.2005 sind davon abweichend die Überschüsse und Fehlbeträge aus dem Bereich des Nahverkehrs in dem Gebiet des Verbandsmitgliedes genau diesem Verbandsmitglied bei der Berechnung der Erfolgsbeteiligung zuzurechnen. Seit der Satzungsänderung vom 13.12.2013 sind Überschüsse und Fehlbeträge aus der Tätigkeit im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgung mit Telekommunikationsinfrastrukturen, Telekommunikations- und Rundfunkdienste sowie verwandten Diensten werden nur dem Vogelsbergkreis- und dem Wetteraukreis als dem ZOV die entsprechende Aufgabe übertragenden Verbandsmitglieder zugerechnet.
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100 %)

Der ZOV hält mittelbar über die Beteiligung an der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) zahlreiche weitere Beteiligungen.

Hierzu zählen insbesondere die Beteiligungen an der Oberhessischen Versorgungsbetriebe AG (OVAG), der ovag Energie AG, der ovag Netz AG und der Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO). Darüber hinaus ist der ZOV Mitglied im Abwasserverband Oberhessen (AVOH) sowie im Abwasserverband Hungen (AV Hungen).



Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht in Folge der Kommunalwahl am 27.03.2011 aus 44 Vertretern der Mitgliedskreise. Die Sitze verteilen sich im Verhältnis der Vermögensanteile. Die Vertreter werden von ihren Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit gewählt.

Rosa Maria Bey, Wetteraukreis
Gerhard Weber, Wetteraukreis
Christian Weiße, Wetteraukreis
Dr. Udo Ornik, Vogelsbergkreis

Vorsitzende
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Vertreter Landkreis Gießen

Elke Högy
Matthias Körner
Karl-Heinz Schäfer
Dr. Sven Simon

Dr. Ulrich Lenz
Alexander Wright
Heike Habermann
Günther Semmler

Verbandsvorstand

Nach der Kommunalwahl vom 27.03.2011 erfolgt im Jahr 2011 die Neubesetzung des Vorstands:

Karl-Heinz Schneider, Wetteraukreis
Claus Spandau, Landkreis Gießen

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Ottmar Lich, Landkreis Gießen
Silva Lübbers, Landkreis Gießen
Anita Schneider, Landkreis Gießen
Dr. Christiane Schmahl, Landkreis Gießen

Eva Goldbach, Vogelsbergkreis
Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Hans-Jürgen Herbst, Vogelsbergkreis
Hans-Jürgen Schäfer, Vogelsbergkreis

Joachim Arnold, Wetteraukreis
Walter Pöllmann, Wetteraukreis

Geschäftsführung

Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Ausgleichszahlung 2011			98.699,66 €
Ausgleichszahlung 2012		897.753,68 €	
Ausgleichszahlung 2013	267.747,15 €		
Nachzahlung Ausgleichszahlung 2009	246.000,00 €		
Zinsen für Nachzahlung 2009	18.570,98 €		

Ansonsten bestanden im Jahr 2013 - wie in den Jahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des ZOV nicht direkt bestellt.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung des ZOV vom 25.05.2012 erfolgte die Übernahme einer Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von 3.160 T€ zur Absicherung der Wertguthaben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der OVAG, der ovag Energie AG, der ovag Netz AG und der VGO aus Vereinbarungen über Altersteilzeit nach Maßgabe der Bürgschaftserklärung vom 25.05.2012, genehmigt durch das Regierungspräsidium Darmstadt. Insofern besteht eine mittelbare Ausfallbürgschaft für den Landkreis Gießen in Höhe von 512 T€.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung des ZOV vom 14.12.2012 übernimmt der ZOV befristet vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2022 eine Sicherheit im Höchstbetrag von 2.427 T€ zur Absicherung der Ansprüche der Zusatzversorgungskasse Darmstadt (ZVK) gegen die ovag Energie AG aus deren Mitgliedschaft bei der ZVK für die Versicherung der bis zum 31.12.2002 bei der ovag Energie AG eingetretenen Beschäftigten nach Maßgabe des Gewährvertrags vom 22.02.2013, genehmigt durch das Regierungspräsidium Darmstadt. Insofern besteht eine mittelbare Ausfallbürgschaft für den Landkreis Gießen in Höhe von 393 T€.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart		Pricewaterhouse Coopers Aktiengesell- schaft Wirtschaftsprüfungs- gesellschaft
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	ja	Ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	38.157	38.058	36.550
II. Finanzanlagen	133.419	133.419	133.419
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.455	5.950	5.431
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	312	1.762	451
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16	16	18
Bilanzsumme	178.359	179.205	175.869
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	133.912	133.912	133.912
II. Zweckgebundene Rücklage	1.977	1.663	1.940
III. Bilanzgewinn	1.060	2.034	1.372
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.584	5.752	5.934
C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.711	4.841	4.809
D. Rückstellungen	2.860	3.763	4.843
E. Verbindlichkeiten	28.255	27.240	23.059
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	178.359	179.205	175.869

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	18.196	19.529	17.543
Sonstige betriebliche Erträge	1.155	603	693
Gesamtleistung	19.351	20.132	18.236
Materialaufwand	-18.868	-19.348	-18.421
Personalaufwand	-331	-331	-315
Abschreibungen	-935	-921	-920
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-438	-483	-364
Betriebsergebnis	-1.221	-951	-1.784
Erträge aus Beteiligungen	1.490	2.812	6.890
Sonstige Zinserträge	25	26	16
Zinsaufwendungen	-887	-971	-960
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-593	916	4.162
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	-593	916	4.162
Ergebnisvortrag	2.034	1.372	-809
Änderung zweckgebundenen Rücklagen	-313	277	312
Vorabschusschüttung	-68	-531	-2.293
Bilanzgewinn	1.060	2.034	1.372

Kennzahlen

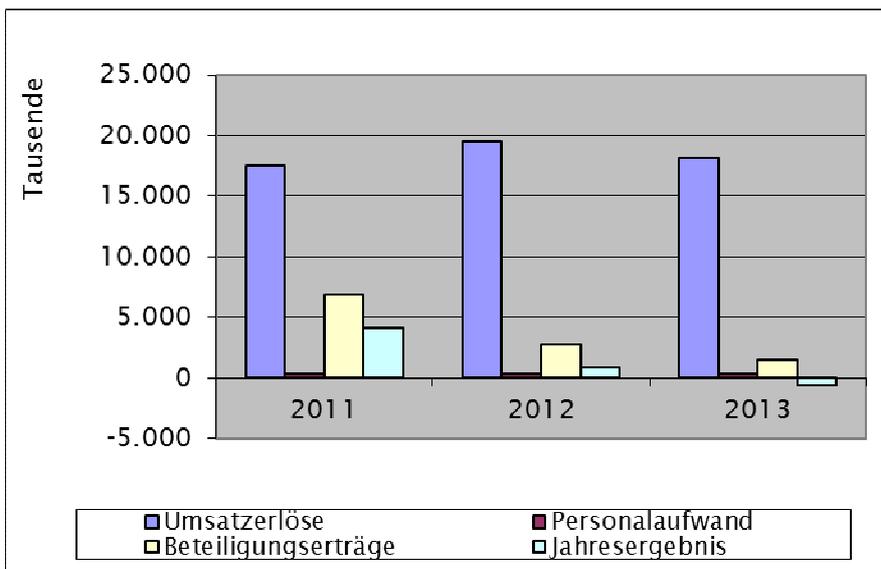
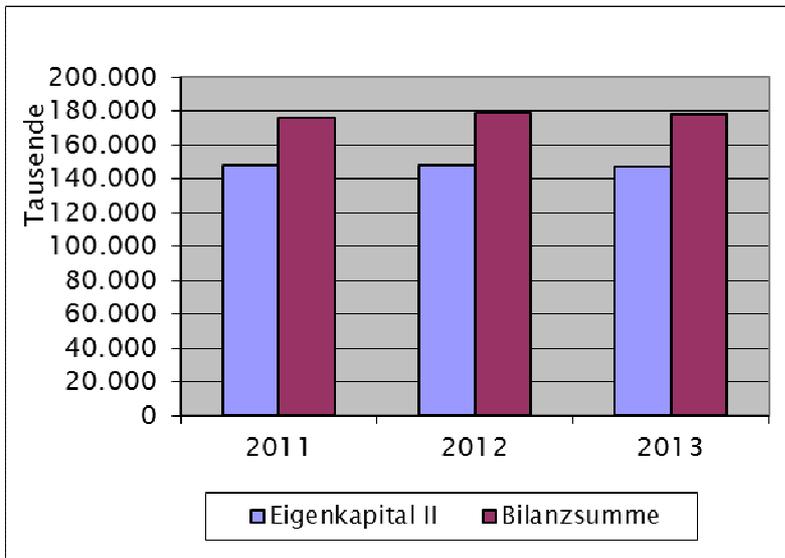
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	76,78%	76,79%	78,03%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	82,55%	82,70%	84,13%
Anlageintensität	96,20%	95,69%	96,65%
Cashflow	43 T€	1.685 T€	5.003 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	-0,40%	0,62%	2,81%
Gesamtkapitalrentabilität	0,16%	1,05%	2,91%
Personalintensität	1,71%	1,64%	1,73%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl Beschäftigte im Jahresdurchschnitt (ohne Teilzeitkräfte)	4	4	4
Teilzeitkräfte im Jahresdurchschnitt	2	2	2

* Eigenkapital II:

Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Investitionszuschüsse + 100% Empfangene Ertragszuschüsse

Graphische Darstellung



3.1.6. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Oberhessische Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH
Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovvg.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser, Aufgaben der Entsorgung sowie der öffentliche Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Unternehmenstätigkeit der OVVG mbH besteht in der Verwaltung der Anteile an der OVAG AG, der ovag Netz AG, der ovag Energie AG und der VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH und dient damit der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus hat die OVVG mbH als Holdinggesellschaft eine steuerliche Bedeutung. Der organschaftliche Querverbund hat grundsätzliche Vorteile in der steuerlichen Optimierung der Unternehmensergebnisse.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	20.12.1994
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HR B 1552
Kapital	Stammkapital 148.000.000 €
Gesellschafter	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (100 %)
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (100 %) ovag Netz AG (100 %) ovag Energie AG (100 %) VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (100 %)
Konzernverhältnis	Neben den vier unmittelbaren Beteiligungen sind mittelbare Beteiligungen als verbundene Unternehmen und assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim Vorsitzender
Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen stellv. Vorsitzender
Kristina Paulenz, Pensionärin, Ober-Mörlen* stellv. Vorsitzender
Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich
Peter Alles, Sachbearbeiter, Münzenberg
Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim
Rosa Maria Bey, Rentnerin, Friedberg
Wolfgang Brehm, Elektromeister, Wölfersheim
Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg
Hans-Jürgen Herbst, Diplom-Finanzwirt, Lautertal
Dr. Hans Heuser, Richter am Sozialgericht, Mücke
Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt
Friedel Kopp, Bürgermeister, Freiensteinau
Horst Nachtigall, Rechtsanwalt, Rabenau
Sigrid Reichhold, Sachbearbeiterin, Florstadt
Dr. Sven Simon, akademischer Rat, Buseck
Ralf-Rüdiger Stamm, Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg
Klaus Weidmann, Sachbearbeiter, Friedberg

Den aktiven Mitgliedern des Aufsichtsrat wurden 54 T€ (2012: 63 T€, 2011: 58 T€, 2010: 52 T€) als Aufwandsentschädigung vergütet.

Geschäftsführung

Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Langgöns
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt, Glauburg
Auf die Angabe der Bezüge der Konzerngeschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013 wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorsitzender
Stellv. Vorsitzender

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Dies gilt auch für die Konzerntöchter der OVVG mbH.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der OVVG mbH und den Konzerntöchtern nicht direkt bestellt. Jedoch ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe zu verweisen.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frank- furt		KPMG AG, Wirtschaftsprü- fungsgesellschaft, Frankfurt
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	Ja	Ja

Geschäftsentwicklung

Konzernbilanz	2013	2012	2011
AKTIVA	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	236.428	223.786	194.776
II. Finanzanlagen	87.610	91.062	94.351
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.837	5.277	3.875
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	85.011	105.215	80.061
III. Latente Steuern			
IV. Wertpapiere	0	0	0
V. Liquide Mittel	74.214	37.889	57.029
C. Rechnungsabgrenzungsposten	948	1.110	1.038
D. Aktive Latente Steuern	20.648	16.270	13.133
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	150	0
Bilanzsumme	509.696	480.759	444.263
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	148.000	148.000	148.000
II. In Vorjahren mit Gewinnrücklagen verrechneter Geschäfts- oder Firmenwert	-3.529	-4.612	
III. Gewinnrücklage	0	0	0
IV. Konzernbilanzgewinn	123.182	103.084	89.341
V. Ausgleichsposten f. Anteile anderer Gesellschafter	-19	58	99
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	132	150	167
C. Empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse	20.515	22.728	24.999
D. Rückstellungen	87.193	94.098	90.469
E. Verbindlichkeiten	129.261	112.256	86.516
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.961	4.997	4.672
Bilanzsumme	509.696	480.759	444.263

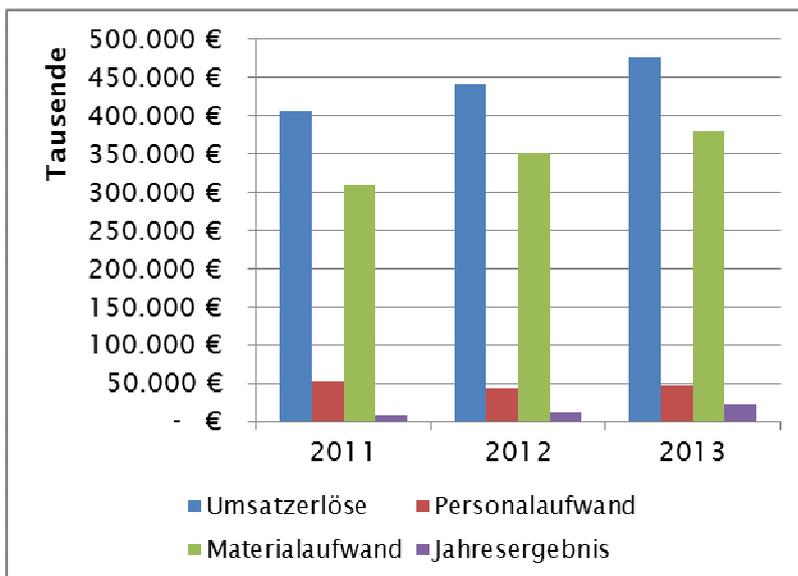
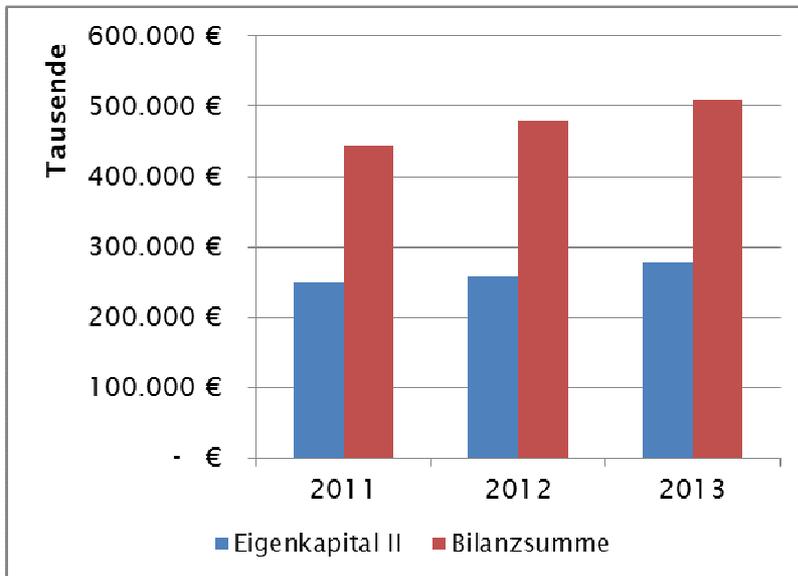
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	476.104	441.679	406.252
Bestandsveränderungen	-147	162	-105
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.472	1.673	1.658
Sonstige betriebliche Erträge	10.600	9.533	15.703
Gesamtleistung	488.029	453.047	423.508
Materialaufwand	-379.658	-351.266	-309.770
Personalaufwand	-47.222	-44.206	-52.751
Abschreibungen	-20.794	-19.626	-18.933
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.723	-27.005	-24.773
Betriebsergebnis	16.632	10.944	17.281
Beteiligungsergebnis	1.371	634	629
Erträge aus Ausleih. des Finanzanlagevermögens	2.640	7.974	2.400
Sonstige Zinserträge	1.040	2.059	1.788
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-95	-979	-471
Zinsaufwendungen	-4.163	-3.363	-4.241
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.425	17.269	17.386
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.499	-5.058	-8.424
Jahresergebnis	21.924	12.211	8.962
Gewinnvortrag	101.259	91.290	80.572
Entnahme aus dem/Einstellung in den Ausgleichs- posten für Anteile anderer Gesellschaften	-2	-417	-193
Konzernbilanzgewinn	123.181	103.084	89.341

Kennzahlen zum Konzern-Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	52,51%	51,28%	53,45%
Eigenkapitalquote II	54,53%	53,66%	56,28%
Anlageintensität	63,57%	65,49%	65,08%
Investitionen	42.149 T€	58.105 T€	50.644 T€
Desinvestitionen	14.476 T€	18.789 T€	16.028 T€
Cashflow	38.914 T€	19.759 T€	33.833 T€
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	7,89%	4,73%	3,58%
Gesamtkapitalrentabilität	5,12%	3,24%	2,97%
Personalintensität	9,68%	9,76%	12,46%

Sonstige Konzern-Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	644	633	615

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitions- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung



Lagebericht

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.1.7. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)

Oberhessische Versorgungsbetriebe AG
Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovag-gruppe.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma OVAG AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	18.05.1972
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HR B 138
Kapital	Grundkapital 100.000.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Abwasserservice Oberhessen AG i.L. (100%) LWU Labor für Wasser- und Umwelthygiene GmbH i.L.(50 %), Oberhessische Gasversorgung GmbH (50 %) Butzbacher Netzbetriebs GmbH & Co.KG (43,38%) Butzbacher Netzbetrieb Verwaltungs GmbH (43,38%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Hans-Jürgen Becker, Pensionär, Laubach
Dr. Ulrich Lenz, Pensionär, Linden
Gunter Endmann*¹, Schlossermeister, Hungen

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Tanja Allen-Becker*¹, Volljuristin, Lich
Peter Alles*¹, Sachbearbeiter, Münzenberg
Stephanie Becker-Bösch, Rechtsanwältin, Butzbach
Dieter Boß, Kaufmann, Schwalmtal
Marion Dauch*¹, Sachbearbeiterin, Florstadt
Eva Goldbach, Mitglied des Landtages, Lauterbach

Manfred Görig, Landrat, Romrod
Michael Junk*¹, Elektrotechnikermeister, Florstadt
Sabine Lyhs*², Sachbearbeiterin, Bad Nauheim
Sigrid Reichhold*², Sachbearbeiterin, Florstadt
Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg
Ralf-Rüdiger Stamm*², Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg
Klaus Weidmann*¹, Sachbearbeiter, Friedberg
Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim
Bernfried Wieland, Pensionär, Büdingen

*¹ von den Arbeitnehmern gewählt

*² auf Vorschlag des Betriebsrates gewählt

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 52.752,06 € in 2013 (2012: 71.141,89) € aufgewendet.

Vorstand

Rainer Schwarz, Dipl.- Finanzwirt
Rolf Gnagl, Dipl.-Verwaltungswirt

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Da nur einer der beiden Vorstände ein Entgelt von der Gesellschaft erhält, wird auf die Angabe der Bezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Pricewaterhouse Coopers, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	Ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2012 und 2011 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt. Jedoch ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe zu verweisen.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	127.929	118.539	117.340
II. Finanzanlagen	61.668	67.798	74.359
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	841	847	797
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.889	32.754	23.321
III. Liquide Mittel und sonstige Wertpapiere	54.189	15.185	33.994
C. Rechnungsabgrenzungsposten	143	142	198
Bilanzsumme	251.659	235.265	250.009
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	25.011	25.011	25.011
III. Gewinnrücklage	28.334	27.334	24.934
<i>Jahresergebnis vor Verlustübernahme</i>	<i>19.601</i>	<i>16.481</i>	<i>14.830</i>
<i>Gewinnabführung</i>	<i>-18.601</i>	<i>-14.081</i>	<i>-14.830</i>
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklagen</i>	<i>-1.000</i>	<i>-2.400</i>	<i>0</i>
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	276	315	566
C. Investitions- und Baukostenzuschüsse	20.515	22.728	24.999
D. Rückstellungen	43.769	44.450	44.330
E. Verbindlichkeiten	32.695	14.329	29.413
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1.059	1.098	756
Bilanzsumme	251.659	235.265	250.009

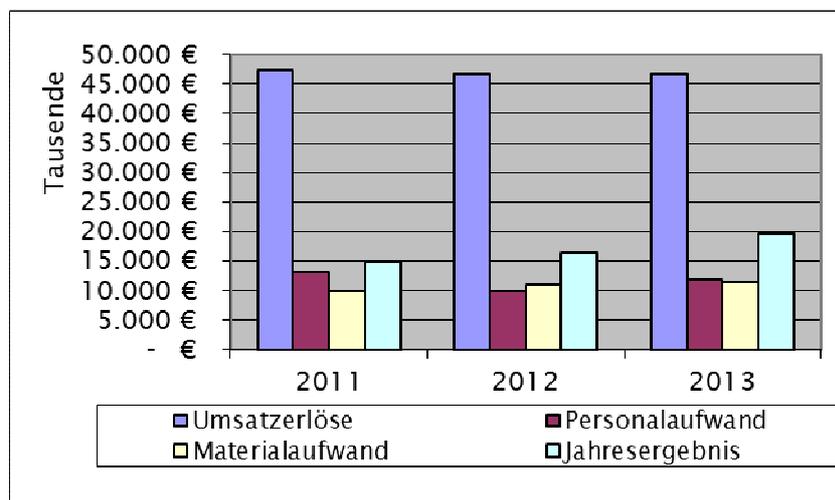
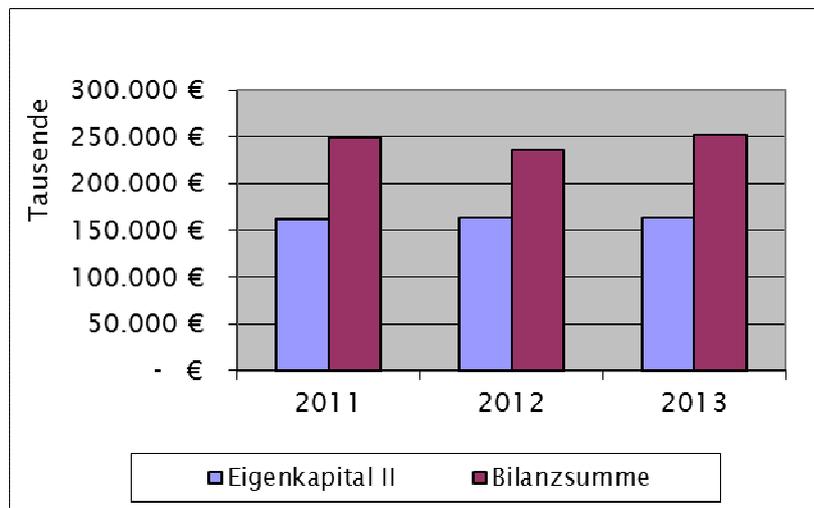
Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	46.769	46.616	47.417
Bestandsveränderungen	14	0	-92
Andere aktivierte Eigenleistungen	81	240	257
Sonstige betriebliche Erträge	19.565	17.915	22.189
Gesamtleistung	66.429	64.771	69.771
Materialaufwand	-11.472	-10.897	-9.860
Personalaufwand	-11.877	-9.869	-13.237
Abschreibungen	-12.144	-12.595	-13.054
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.349	-6.877	-7.072
Betriebsergebnis	24.587	24.533	26.548
Beteiligungsergebnis	730	495	324
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.334	1.982	2.146
Sonstige Zinserträge	1.511	1.771	1.790
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-4	0	0
Zinsaufwendungen	-1.290	-2.161	-1.316
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.868	26.620	29.492
Außerordentliche Aufwendungen	0	-1.362	-302
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.267	-8.777	-14.360
Jahresergebnis vor Gewinnübernahme	19.601	16.481	14.830

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	60,93%	64,75%	59,98%
Eigenkapitalquote II	65,06%	69,65%	65,09%
Anlageintensität	75,34%	79,20%	76,68%
Investitionen in Sachanlagevermögen	23.907 T€	14.537 T€	14.815 T€
Cashflow	30.349 T€	26.570 T€	26.410 T€
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	11,97%	10,06%	9,11%
Gesamtkapitalrentabilität	8,30%	7,92%	6,46%
Umsatzrentabilität	44,67%	39,99%	34,05%
Personalintensität	17,88%	15,24%	18,97%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	153	156	153

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitions- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung



3.1.8. ovag Energie AG

ovag Energie AG
Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 6848-0, Telefax: 06031 / 6848-1547
E-Mail: service@ovag-energie.de, Internet: www.ovag-energie.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Beschaffung von Energie auf nationalen und internationalen Märkten, Energievertrieb, Teilnahme am Spot- und Langfristhandel, Erzeugung von Energie und Wärme sowie Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich, Übernahme von Entsorgungsaufgaben.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ovag Energie AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	21.12.2000
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HR B 2272
Kapital	Grundkapital 50.000.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH (100%) Biogas Oberhessen Verwaltungs GmbH (100%) Biogas Oberhessen GmbH & Co.KG (100%) hessenWIND IV GmbH & Co.KG (97,29%) hessenWIND V GmbH & Co.KG (47,71 %) Offshore-Wind für Hessen GmbH & Co.KG (15,38%) ovagSolar Stadt Linden GmbH & Co.KG (50 %) Wölfersheim-ovag Energie GmbH (50%) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co.KG (4,95%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Matthias Weitzel, Bürgermeister, Mücke	Vorsitzender
Gunter Endmann* ² , Schlossermeister, Hungen	stellv. Vorsitzender
Birgit Gondolf* ¹ , Sachbearbeiterin, Hungen	
Thorsten Hankel* ¹ , Sachbearbeiter, Friedberg	

Anette Henkel, Dipl.-Verwaltungswirtin, Buseck
Dirk Konopka^{*2}, Netzbezirksleiter, Feldatal
Ulrich Künz, Bürgermeister, Kirtorf
Stefan Lux, Bezirksleiter Großhandel, Florstadt
Uwe Meyer, Finanzwirt, Lauterbach
Klaus Ostheim^{*2}, Sachbearbeiter, Schotten
Dr. Christine Schmahl, Hauptamtliche Kreisbeigeordnete, Laubach
Claus Spandau, Kommunalberater, Laubach
Astrid Triesch, Rentnerin, Büdingen
Michael Wellner^{*2}, Sachbearbeiter, Butzbach
Markus Zimmer^{*2}, Sachbearbeiter, Bad Nauheim

*1 von den Arbeitnehmern gewählt

*2 auf Vorschlag des Betriebsrates gewählt

Die Vergütungen an Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 betragen 41.260,00 € (2012: 40.220,00 €).

Vorstand

Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 betragen 3.000,00 € (2012: 3.000,00 €).

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn/Frankfurt
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	Ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden in dem Jahr 2013 - wie auch in den Vorjahren 2012 und 2011 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt. Jedoch ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe zu verweisen.

Geschäftsentwicklung

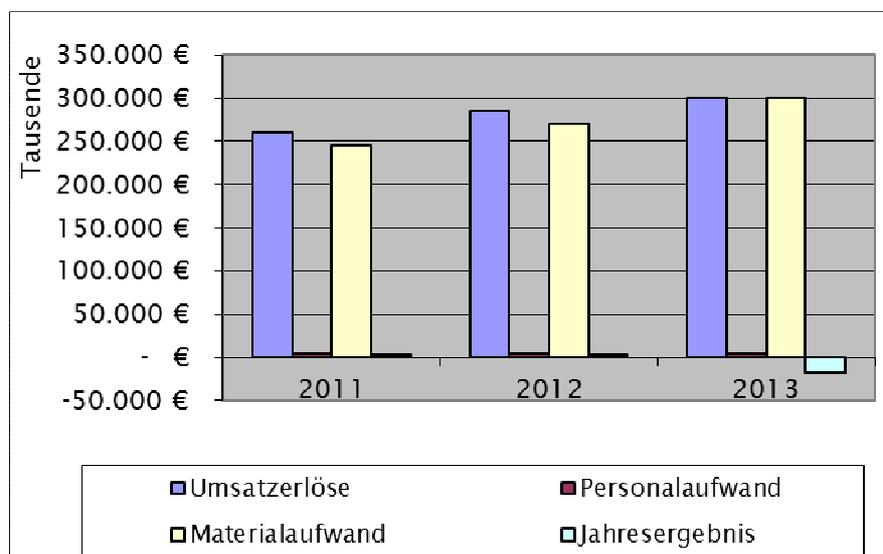
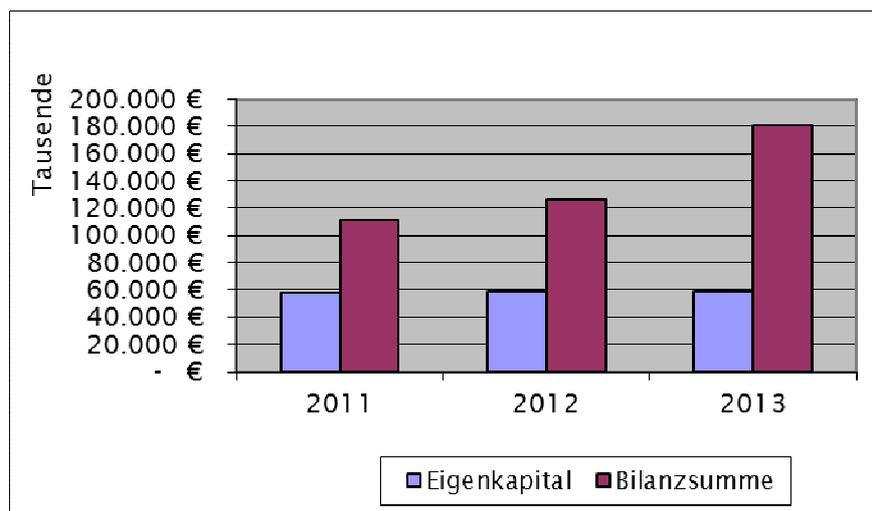
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	73.761	9.726	10.360
II. Finanzanlagen	25.576	32.565	27.454
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	644	631	893
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	69.847	69.237	57.436
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	10.674	14.190	14.891
C. Rechnungsabgrenzungsposten	533	22	23
Bilanzsumme	181.035	126.371	111.057
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II. Kapitalrücklage	3.000	3.000	3.000
III. Gewinnrücklage	6.375	6.375	5.175
<i>Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme</i>	<i>-18.017</i>	<i>2.775</i>	<i>3.365</i>
<i>Gewinnabführung / Verlustübernahme</i>	<i>18.017</i>	<i>-1.575</i>	<i>-2.865</i>
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklagen</i>	<i>0</i>	<i>-1.200</i>	<i>-500</i>
B. Rückstellungen	28.746	15.747	11.153
C. Verbindlichkeiten	92.914	51.249	41.729
Bilanzsumme	181.035	126.371	111.057

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	300.126	285.259	259.834
Bestandsveränderungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	5	12	16
Sonstige betriebliche Erträge	1.842	1.612	4.355
Gesamtleistung	301.973	286.883	264.205
Materialaufwand	-300.198	-270.602	-244.833
Personalaufwand	-4.856	-4.804	-4.912
Abschreibungen	-1.302	-1.094	-1.080
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.533	-7.869	-6.170
Betriebsergebnis	-10.916	2.514	7.210
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	180	136	253
Sonstige Zinserträge	494	1.131	578
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-518	-196	-237
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-44	-60	-2.130
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9.054	3.525	5.674
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	-8.151	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-812	-750	-2.309
Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme	-18.017	2.775	3.365

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	32,80%	46,98%	52,38%
Anlageintensität	54,87%	33,47%	34,05%
Investitionen in Sachanlagevermögen	7.174,4 T€	607,1 T€	1.154,0 T€
Cashflow	-16.820 T€	3.890 T€	6.799 T€
Eigenkapitalrentabilität	-30,34%	4,67%	5,78%
Gesamtkapitalrentabilität	-9,67%	2,35%	3,24%
Personalintensität	1,61%	1,67%	1,86%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	83	78	75

Graphische Darstellung



3.1.9. ovag Netz AG

ovag Netz AG

Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg

Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-64-1429

E-Mail: netznutzung@ovag-netz.de, Internet: www.ovag-netz.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Pacht, Verwaltung, Betrieb und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere die OVAG.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ovag Netz AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	21.12.2004
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HR B 6019
Kapital	Grundkapital 1.600.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Langgöns	Vorsitzender
Gunter Endmann* ¹ Schlossermeister, Hungen	stellv. Vorsitzender
Tanja Allen-Becker* ¹ , Volljuristin, Lich	
Wolfgang Brehm* ¹ , Elektromeister, Wölfersheim	
Marion Dauch* ² , Sachbearbeiterin, Florstadt	
Gerald Dörr, Bankkaufmann, Langgöns	
Stefan Habicht* ² , Elektromonteur, Friedberg	
Margret Jöckel, Lehrerin, Lauterbach	
Michael Junk* ¹ , Elektrotechnikermeister, Florstadt	
Hannelore Rabl, Hausfrau, Bad Vilbel	
Gerhard Weber, Finanzbeamter, Wölfersheim	
Almut Wilser, Pensionärin, Bad Nauheim	

*¹ von den Arbeitnehmern gewählt

*² auf Vorschlag des Betriebsrats gewählt

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 39.485,00 € in 2013 (2012: 42.605,00 €) aufgewendet. Frau Rabl hat ihr Einverständnis zur Veröffentlichung von Bezügen erteilt. Für das Geschäftsjahr 2013 hat Frau Rabl Bezüge i.H.v. 3.382,80 € (2012: 1.246,30 €) erhalten.

Vorstand

Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt, Glauburg

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main		Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn/Frankfurt
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2012 und 2011 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt. Jedoch ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe zu verweisen.

Geschäftsentwicklung

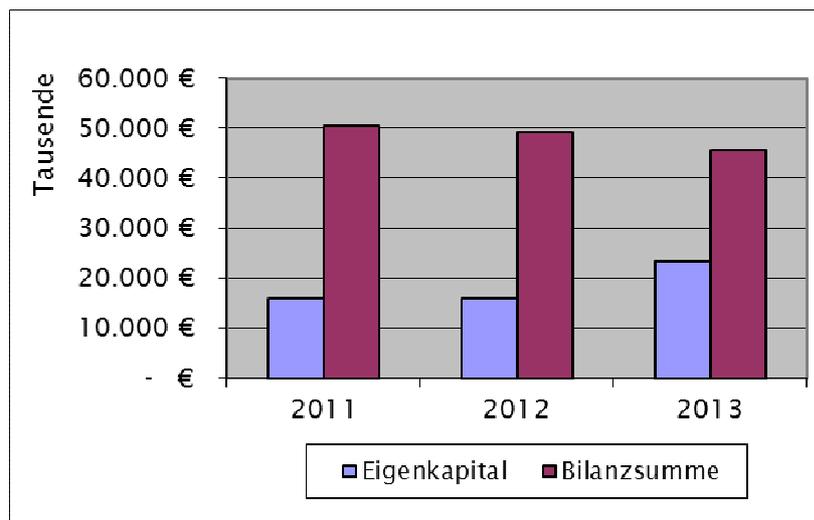
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	6.119	6.465	6.847
Finanzanlagen	6.228	6.228	6.228
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.617	1.776	1.153
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.040	32.266	35.204
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	428	2.008	687
C Rechnungsabgrenzungsposten	203	184	247
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	0	150	0
Bilanzsumme	45.635	49.077	50.366
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.600	1.600	1.600
II. Rücklagen	50	50	50
andere Gewinnrücklagen	21.850	14.313	14.313
III. Bilanzverlust	0	0	0
<i>Jahresergebnis vor Verlustübernahme</i>	<i>7.536</i>	<i>-4.241</i>	<i>-14.229</i>
<i>Verlustübernahme / Gewinnabführung</i>	<i>0</i>	<i>4.241</i>	<i>14.229</i>
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklage</i>	<i>-7.536</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Ausgleich Bilanzverlust Vorjahr</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
B. Rückstellungen	7.997	15.772	14.891
C. Verbindlichkeiten	14.138	17.342	19.512
Bilanzsumme	45.635	49.077	50.366

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	204.553	185.980	173.819
Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-161	161	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	2	5	3
Sonstige betriebliche Erträge	8.691	3.737	4.698
Gesamtleistung	213.085	189.883	178.520
Materialaufwand	-155.230	-148.223	-138.792
Personalaufwand	-25.447	-20.559	-29.937
Abschreibungen	-362	-383	-405
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.641	-24.544	-23.900
Betriebsergebnis	8.405	-3.826	-14.514
Erträge aus Beteiligungen	1.126	5.930	0
Sonstige Zinserträge	22	71	322
Zinsaufwendungen	-238	-485	-1.811
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.315	1.690	-16.003
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.779	722	2.523
Außerordentliche Aufwendungen	0	-6.653	-749
Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme	7.536	-4.241	-14.229

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	51,50%	32,53%	31,69%
Anlagenintensität	27,06%	25,86%	25,96%
Investitionen in Sachanlagevermögen	16 T€	1,8 T€	7,6 T€
Cashflow	5.484 T€	-6.583 T€	-4.157 T€
Eigenkapitalrentabilität	32,07%	-26,57%	-89,14%
Gesamtkapitalrentabilität	17,04%	-7,65%	-24,66%
Personalintensität	11,94%	10,83%	16,77%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	322	312	303

Graphische Darstellung



3.1.10. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH

VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH
Hanauer Straße 15, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 16609-0, Telefax 06031 / 16609-116
E-Mail: info.friedberg@vgo.de, Internet: www.vgo.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe der VGO ist es im Rahmen des Rhein-Main Verkehrsverbundes (RMV) den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemeinsam mit der Geschäftsstelle Verkehr des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln. Die VGO ist dabei für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH liegt in der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie bietet der Bevölkerung auch ohne eigene Verkehrsmittel Mobilität.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	1994 wurden WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH, Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH und V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH gegründet. Durch Verschmelzungsvertrag vom 13. Juli 2005 wurden die Verkehrsgesellschaften V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH und VBV Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH (übertragende Gesellschaften) rückwirkend zum 01. Januar 2005 mit der WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH (übernehmende Gesellschaft) verschmolzen, die in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH umbenannt wurde.
Satzung	Fassung vom 13.07.2005
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HR B 1699
Kapital	Stammkapital 300.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Region Vogelsberg Touristik GmbH (2,08%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg, Vorsitzender
Ulrich Künz, Bürgermeister Kirtorf, stellv. Vorsitzender

Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim
Swen Bastian, Angestellter Wahlkreismitarbeiter (Hessischer Landtag), Alsfeld
Lothar Bott, Bürgermeister, Gemünden/Felda
Edwin Gottlieb, Handwerkermeister, Kefenrod
Ursula Häuser, Hausfrau, Gießen
Dr. Hans Heuser, Direktor am Sozialgericht, Mücke
Elisabeth Hillebrand, Schulleiterin, Schlitz
Alexander Kartmann, Angestellter, Butzbach
Ottmar Lich, Diplom-Ingenieur, Rabenau
Peter Pilger, Rentner, Biebertal
Peter Popplow, Unternehmer, Schotten
Michael Rückl, IT-Anwendungsentwickler, Wölfersheim
Karl-Peter Schäfer, Geschäftsführer, Bad Vilbel
Anita Schneider, Landrätin, Fronhausen
Georg Wegner, Pensionär, Nidda
Peter Zielinski, Erster Kreisbeigeordneter, Lauterbach

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 17.050,00 €.

Geschäftsführer

Armin Klein, Dipl.- Verwaltungswirt

Da nur ein Geschäftsführer bestellt ist, wurde für die Bezüge der Geschäftsführung die Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der VGO mbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

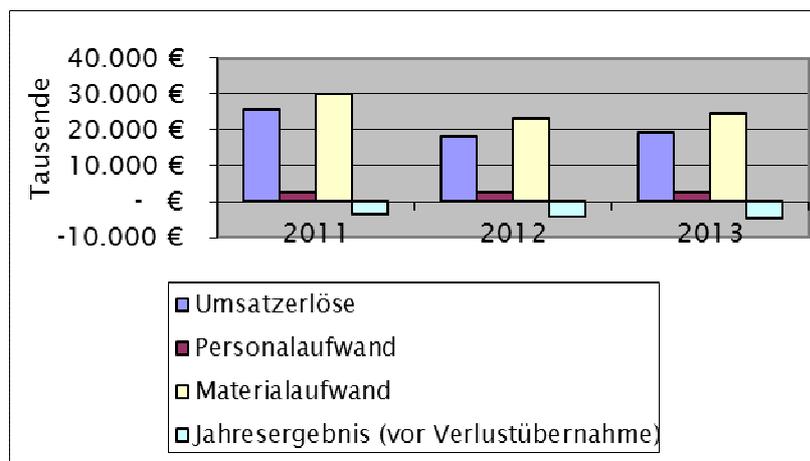
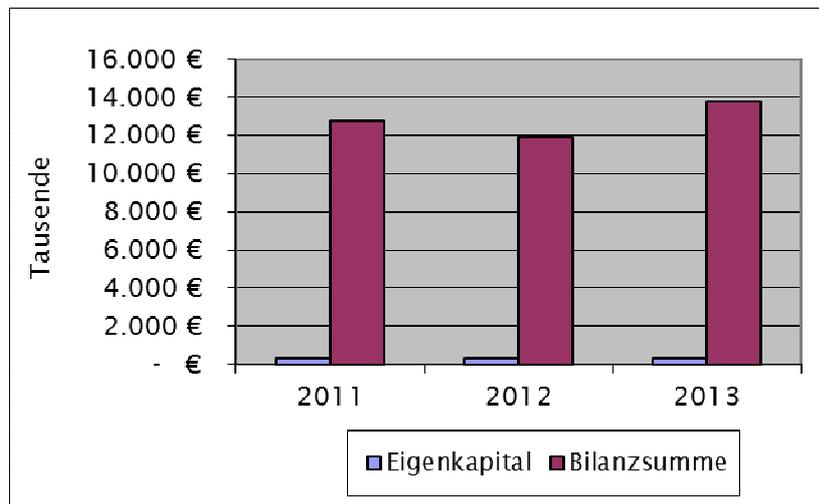
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	301	209	229
II. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	23	23	23
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.822	11.471	10.369
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.619	154	2.114
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	6	13
Bilanzsumme	13.769	11.866	12.751
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	300	300	300
<i>Jahresergebnis vor Verlustübernahme</i>	<i>-4.481</i>	<i>-4.405</i>	<i>-3.668</i>
<i>Verlustübernahme durch Gesellschafter</i>	<i>4.481</i>	<i>4.405</i>	<i>3.668</i>
B. Rückstellungen	4.445	3.527	5.081
C. Verbindlichkeiten	5.213	4.492	3.564
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.811	3.547	3.806
Bilanzsumme	13.769	11.866	12.751

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.137	18.172	25.625
Sonstige betriebliche Erträge	825	644	955
Gesamtleistung	19.962	18.816	26.580
Materialaufwand	-24.425	-23.277	-29.950
Personalaufwand	-2.339	-2.343	-2.336
Abschreibungen	-44	-53	-63
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.271	-1.027	-985
Betriebsergebnis	-8.117	-7.884	-6.754
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	27	31
Abschreibungen auf			
Finanzanlagen	0	-61	-45
Zinsaufwendungen	-74	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.185	-7.918	-6.768
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.704	3.514	3.100
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-4.481	-4.404	-3.668

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	2,18%	2,53%	2,35%
Anlageintensität	2,21%	1,79%	1,82%
Cashflow	-4.395 T€	-4.295 T€	-3.519 T€
Eigenkapitalrentabilität	-1493,67%	-1468,00%	-1222,67%
Gesamtkapitalrentabilität	-32,01%	-37,11%	-28,77%
Personalintensität	11,72%	12,45%	8,79%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	45	46	45

Graphische Darstellung



3.1.11. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke

Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke,
Teichweg 24, 35396 Gießen
Telefon 0641/9506-0, Telefax 0641/9506-197
E-Mail: info@zmw.de, Internet: www.zmw.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung der einzelnen Mitgliedsstädte und Mitgliedsgemeinden bzw. einzelnen Stadt- und Ortsteile sowie Sonderabnehmer mit Trink- und Betriebswasser. Die Übernahme, der Neubau oder Verkauf von örtlichen Verteilernetzen ist auf Antrag möglich. Der Zweckverband kann darüber hinaus wasserwirtschaftliche Aufträge für die Verbandsmitglieder und öffentlich-rechtliche Körperschaften ausführen und die Verwaltung und Betriebsführung für Wasser- und Abwasserverbände und Eigengesellschaften übernehmen.

Der Zweckverband kann aufgrund von Vereinbarungen stadt-/gemeindeeigene Ortsnetze betreiben, warten und unterhalten.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband nach KGG		
Gründung	18.10.1982 durch Umwandlung des 1955 gegründeten Wasserverbandes Mittelhessische Wasserwerke in einen Zweckverband		
Satzung	Fassung vom 01.01.2012 Satzung wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 24.11.2011 geändert.		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR A 2484		
Kapital	Stammkapital 18.000.000,00 €		
Mitglieder	<u>Städte:</u> Amöneburg Gießen Gladenbach Kirchhain Kirtorf Linden Marburg	<u>Gemeinden:</u> Biebertal Buseck Cölbe Ebsdorfergrund Fronhausen Heuchelheim Hüttenberg	<u>Landkreise:</u> Marburg- Biedenkopf Gießen Lahn-Dill-Kreis

**Fortsetzung
Mitglieder**

Städte:

Neustadt
Pohlheim
Rauschenberg
Stadtallendorf
Wetter
Wetzlar

Gemeinden:

Lahnau
Lahntal
Langgöns
Lohra
Schöffengrund
Weimar
Wettenberg

Stimmverteilung:

Die Zweckverbandsmitglieder haben zusammen 100 Stimmen. 90 % der Stimmen werden auf die Städte und Gemeinden und 10 % auf die Landkreise verteilt. Der Landkreis Gießen verfügt über 3,24% der Stimmen.

**Steuerliche
Verhältnisse**

Der Zweckverband ist unbeschränkt steuerpflichtig. Gemäß § 5 der Satzung dürfen keine Gewinne erwirtschaftet werden. Wegen der fehlenden Gewinnerzielungsabsicht entfällt die Gewerbesteuerpflicht.

Beteiligungen

Keine

Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Manfred Apell, Bürgermeister Lahntal, Vorsitzender
Martin Hanika, Gemeindevertreter-Vorsitzender Langgöns, stellv. Vorsitzender

Vertreter des Landkreises Gießen:

Norman Speier

Die Versammlung setzt sich aus je einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes zusammen. Die Mitglieder der Versammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit gewählt.

Verbandsvorstand

Karl-Heinz Schäfer, Bürgermeister Pohlheim
Christian Somogyi, Bürgermeister Stadtallendorf
Dr. Franz Kahle, Bürgermeister Marburg
Gerda Weigel-Greilich, Bürgermeisterin Gießen
Jochen Kirchner, Bürgermeister Kirchhain
Norbert Kortlüke, Stadtrat Wetzlar
Harald Semler, Stadtrat Wetzlar

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

ab 26.02.2013
bis 25.02.2013

Andreas Schulz, Bürgermeister Ebsdorfergrund
Heinz Schreiber, Erster Kreisbeig. Lahn-Dill-Kreis
Dirk Oßwald, Erster Kreisbeig. Landkreis Gießen
Robert Fischbach, Landrat Landkreis Marburg-Biedenk.

stimmberechtigt 2012
stimmberechtigt 2011
stimmberechtigt 2013
bis 31.01.2014
ab 01.02.2014

Kirsten Fründt, Landrätin Landkreis Marburg-Biedenk.

An die Mitglieder des Vorstandsvorstandes wurden im Jahr 2013 8.272,40 € (2012 6.655 €, 2011 8.002,45 €) gezahlt.

Geschäftsführer

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Kummer

Unternehmensleitung

Der Zweckverband wird durch die vorgenannten Vorstandsmitglieder vertreten, die auch im Handelsregister erfasst sind.

Für das Tagesgeschäft ist ein Geschäftsführer bestellt, der im Register nicht ausgewiesen wird, da er lediglich über eine eingeschränkte Außenvertretung verfügt, die in einem sehr engen Rahmen in einer Geschäftsordnung geregelt ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Der Zweckverband kann von den Verbandsmitgliedern eine Verbandsumlage erheben, soweit die planmäßig vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Im Geschäftsjahre 2013 - wie auch in den Vorjahren 2011 und 2012 - wurde keine Verbandsumlage erhoben.

Es bestanden im Jahr 2013 - wie auch in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	JPLH Treuhand AG, Biedenkopf	BRT Betriebswirtschaftliche Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Gießen	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	Ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	57.012	55.775	55.160
II. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	879	911	864
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.293	2.694	2.490
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.835	2.138	768
C. Rechnungsabgrenzungsposten	65	88	46
D. Aktive latente Steuern	0	0	0
Bilanzsumme	63.084	61.606	59.328
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	18.000	18.000	18.000
II. Rücklagen	6.050	6.050	6.051
III. Gewinn der Vorjahre	-447	892	861
IV. Verwendung zur Einstellung in Rücklage	0	0	0
V. Jahresgewinn	-1.515	-1.339	31
B. Empfangene Ertragszuschüsse	2.649	3.150	3.677
C. Rückstellungen	2.727	2.600	2.588
D. Verbindlichkeiten	35.468	32.090	27.914
E. Rechnungsabgrenzungsposten	152	163	206
Bilanzsumme	63.084	61.606	59.328

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.798	18.704	18.998
Bestandsveränderungen	-67	57	-31
Andere aktivierte Eigenleistungen	894	739	707
Sonstige betriebliche Erträge	677	761	896
Gesamtleistung	20.302	20.261	20.570
Materialaufwand	-6.072	-6.016	-6.123
Personalaufwand	-8.445	-8.213	-7.997
Abschreibungen	-4.039	-4.100	-4.080
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.189	-1.116	-1.068
Betriebsergebnis	-443	816	1.302
Sonstige Zinserträge	4	12	14
Zinsaufwendungen	-1.040	-2.131	-1.248
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.479	-1.303	68
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-36	-36	-37
Jahresergebnis	-1.515	-1.339	31

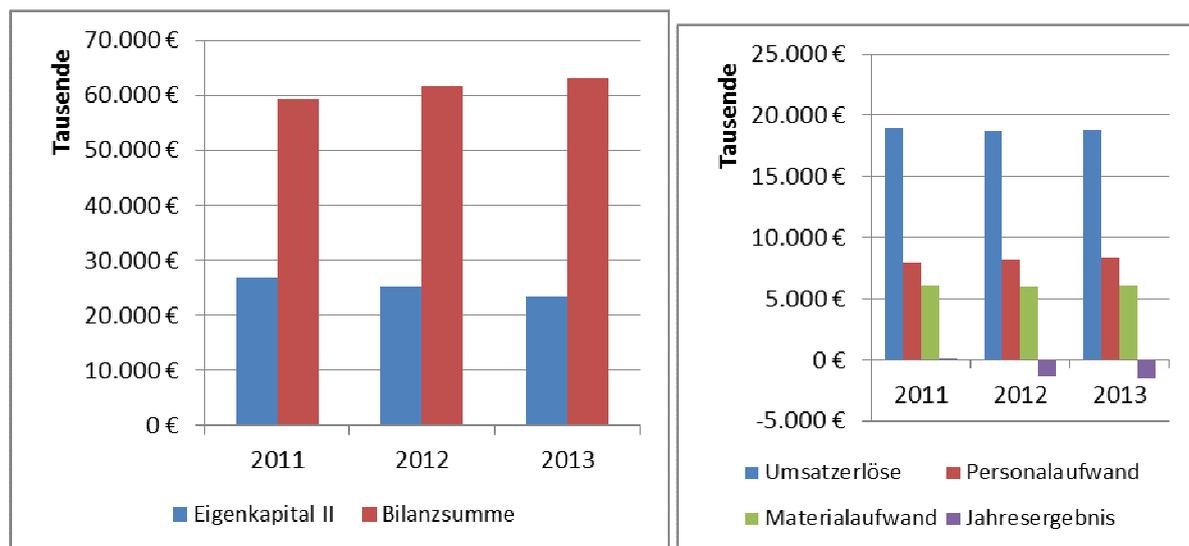
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	35,01%	38,31%	42,04%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	37,11%	40,87%	45,14%
Anlageintensität	90,37%	90,54%	92,97%
Liquidität 2. Grades	59,58%	69,82%	51,28%
Liquidität 2. Grades (modifiziert)**	78,45%	101,34%	79,40%
Anlagedeckungsgrad 2	76,75%	81,20%	79,53%
Anlagedeckungsgrad 2 (modifiziert)**	82,75%	87,96%	87,00%
Investitionen	5.673 T€	5.084 T€	4.560 T€
Abgänge Anlagevermögen	881 T€	1.979 T€	713 T€
Cashflow	2.026 T€	2.225 T€	3.554 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	-6,47%	-5,32%	0,12%
Gesamtkapitalrentabilität	-0,75%	1,29%	2,16%
Personalintensität	41,59%	40,54%	38,88%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	136,3	135,3	135,5
Anzahl der Ganztagsplanstellen im Jahresdurchschnitt	124,04	126,88	125,88
Anzahl Freizeitphase Altersteilzeit per 31.12.	6	9	7
Anzahl der Auszubildende per 31.12.	6	8	5
Mengenabgabe Weiterverteiler in Tcbm	11.386	11.394	11.937
Mengenabgabe Sondervertragskunden in Tcbm	1.275	1.387	1.169
Mengenabgabe Endverbraucher in Tcbm	3.884	3.854	3.915
Erträge Weiterverteiler in T€	7.781	7.711	8.029
Erträge Sondervertragskunden in T€	743	796	707
Erträge Endverbraucher in T€	8.016	7.993	8.076

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Empfangene Ertragszuschüsse

** Abweichend von der standardisierten Formel werden hier Rückstellungen für Altersteilzeit, 100% der Ertragszuschüsse und der Rechnungsabgrenzungsposten als langfristiges Fremdkapital betrachtet).

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.1.12. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon 06192/294-0,
Telefax 06192/294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gemeinsame Wahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr.

Im Verbundgebiet werden folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Regionaler Schienenpersonennahverkehr
- Regionaler Buspersonennahverkehr
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeptionen und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation
- Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Integriertes Plandatensystem.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert das von beteiligten Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	1994		
Satzung	Zuletzt geändert am 30.06.1994		
Handelsregister	Amtsgericht Frankfurt, HR B 34128		
Kapital	Stammkapital 690.244,04 €		
Gesellschafter	<u>Land</u>	<u>Städte</u>	<u>Landkreise</u>
	Hessen	Darmstadt Frankfurt/Main Offenbach Wiesbaden Bad Homburg Fulda Gießen Hanau Marburg Rüsselsheim Wetzlar	Landkreis Darmstadt- Dieburg Landkreis Fulda Landkreis Gießen Landkreis Groß-Gerau Hochtaunuskreis Lahn-Dill-Kreis Landkreis Limburg-Weilburg Main-Kinzig-Kreis Main-Taunus-Kreis Landkreis Marburg- Biedenkopf Odenwaldkreis Landkreis Offenbach Rheingau-Taunus-Kreis Vogelsbergkreis Wetteraukreis
	Jeder Gesellschafter verfügt über 3,704 %.		
Steuerliche Verhältnisse	Mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH , Frankfurt am Main (RMS) und der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma), besteht eine umsatzsteuerliche, körperschaftssteuerliche und gewerbsteuerliche Organschaft		
Beteiligungen	Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH (100 %) Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (100 %) ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain(ivm) (12,45 %) RTW Planungsgesellschaft mbH (33,33 %) VDV eTicket Service GmbH & Co KG (11,27 %)		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Landkreises Gießen

Anita Schneider, Landrätin

Aufsichtsrat

Peter Feldmann, Oberbürgermeister Stadt Frankfurt	Vorsitzender
Ulrich Krebs, Landrat Hochtaunuskreis	stellv. Vorsitzender ab 25.06.2013
André Kavai, Erster Kreisbeigeordneter, Main-Kinzig-Kreis	stellv. Vorsitzender bis 25.06.2013
Steffen Saebisch, Staatssekretär Land Hessen	
Prof. Dr. Luise Hölscher, Staatssekretärin Land Hessen	bis 30.09.2013
Brigitte Lindscheid, Stadträtin Stadt Darmstadt	
Peter Schneider, Bürgermeister Stadt Offenbach	
Sigrid Möricke, Stadträtin Stadt Wiesbaden	
Michael Korwisi, Oberbürgermeister Stadt Bad Homburg	
Gerhard Möller, Oberbürgermeister Stadt Fulda	
Gerda Weigel-Greilich, Bürgermeisterin Stadt Gießen	
Andreas Kowol, Stadtrat Stadt Hanau	ab 02.09.2013
Axel Weiss-Thiel, Stadtrat Hanau	bis 02.09.2013
Egon Vaupel, Oberbürgermeister Stadt Marburg	
Nils Kraft, Stadtrat Stadt Rüsselsheim	ab 08.07.2013
Patrick Burghardt, Oberbürgermeister Stadt Rüsselsheim	bis 08.07.2013
Wolfram Dette, Oberbürgermeister Stadt Wetzlar	
Christel Fleischmann, Kreisbeigeordnete Landkreis Darmstadt-Dieburg	
Bernd Woide, Landrat Landkreis Fulda	
Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen	
Gerald Kummer, Kreisbeigeordneter Landkreis Groß-Gerau	
Wolfgang Schuster, Landrat Lahn-Dill-Kreis	
Manfred Michel, Landrat Limburg-Weilburg	
Michael Cyriax, Landrat Main-Taunus-Kreis	
Dr. Karsten McGovern, Kreisbeigeordneter Landkreis Marburg-Biedenkopf	
Dietrich Kübler, Landrat Odenwaldkreis	
Claudia Jäger, Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Offenbach	
Burkhard Albers, Landrat Rheingau-Taunus-Kreis	
Manfred Görig, Landrat Vogelsbergkreis	
Joachim Arnold, Landrat Wetteraukreis	

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15.06.1999 eine Aufwandentschädigung von 51,13 € pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2013 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt 5,2 T€ an (2012: 2,8 T€; 2011: 2,8 T€; 2010: 2,5 T€).

Beirat

Die Gesellschaft hat gemäß § 29 des Gesellschaftsvertrages einen Beirat, in dem das Land Hessen sowie die Verkehrsverbundunternehmen und lokale Nahverkehrsunternehmen vertreten sind. Der Beirat unterstützt und berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat mit allen mit der Aufgabenstellung der Gesellschaft zusammenhängenden Belangen. Die Mitglieder des Beirates werden vom Aufsichtsrat bestellt.

Geschäftsführer

Knut Ringat, Professor Diplomingenieur
Dr. André Kavai
Klaus-Peter Güttler, Jurist

Sprecher der Geschäftsleitung
Geschäftsführer ab 01.04.2014
Geschäftsführer bis 31.03.2014

Die Bezüge der Geschäftsführer beliefen sich im Jahr 2013 auf 499 T€ (2012: 486 T€, 2011: 477 T€, 2010: 469 T€).

Auf die Angabe der Gesamtbezüge ehemaliger Geschäftsführer wird für das Jahr 2013 nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es haben sich im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen ergeben.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der RMV GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, Zweigniederlassung Frankfurt		Keiper & Co, Steuerberater – Wirtschaftsprüfer, Mannheim
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	7.060	7.834	8.519
II. Finanzanlagen	1.309	1.009	1.014
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	89	89	89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.839	21.324	21.958
III. Sonstige Wertpapiere	709	709	709
IV. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	365	564	251
C. Rechnungsabgrenzungsposten	127	132	160
Bilanzsumme	32.498	31.661	32.700
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	690	690	690
II. Andere Gewinnrücklagen	1.482	1.482	1.482
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	8.369	8.843	9.533
C. Rückstellungen	14.567	13.818	11.357
D. Verbindlichkeiten	7.384	6.823	9.638
E. Rechnungsabgrenzungsposten	6	5	0
Bilanzsumme	32.498	31.661	32.700

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	€	€	€
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	31.367	34.117	39.591
Erträge aus Projektzuwendungen	2.590	3.564	3.579
Sonstige betriebliche Erträge	1.549	1.369	1.274
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	3.462	3.080	1.585
Gesamtleistung (inclusive Zuwendungen)	38.968	42.130	46.029
Materialaufwand	-17.515	-21.969	-25.767
Personalaufwand	-10.326	-9.420	-9.059
Abschreibungen	-3.462	-3.080	-1.585
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.424	-5.649	-6.179
Zuführung zu Sonderposten	-2.988	-2.390	-3.591
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.411	1.202	1.095
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	157	128	89
Abschreibungen auf Wertpapiere des	-8	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-434	-572	-652
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379	380	380
Außerordentliche Aufwendungen	-377	-377	-377
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-2	-3	-3
Jahresergebnis	0	0	0

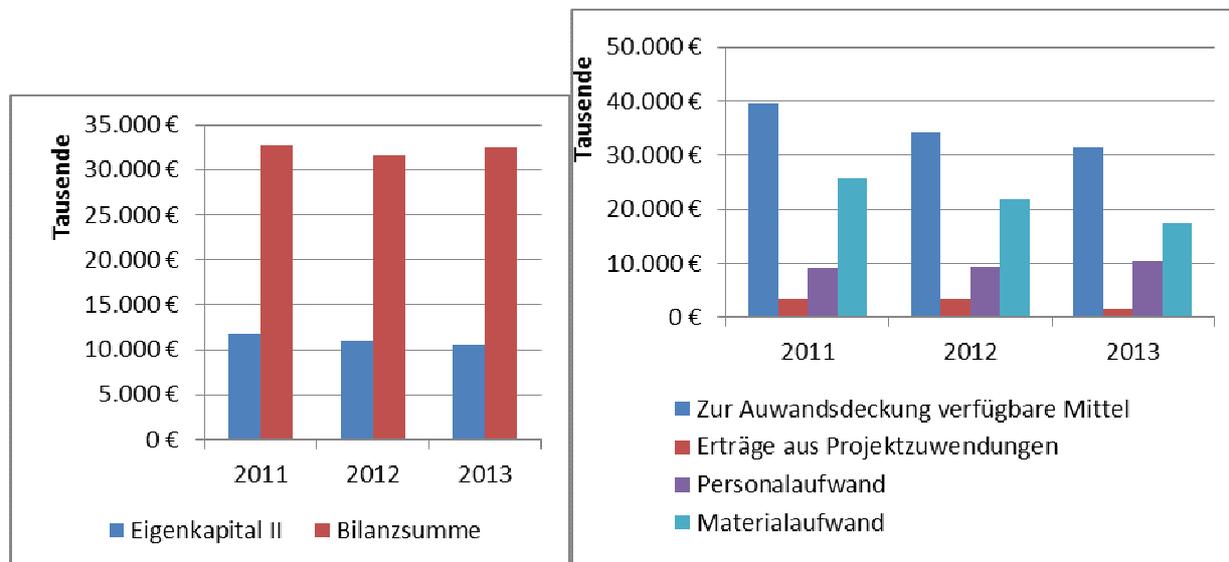
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	6,68%	6,86%	6,64%
Eigenkapitalquote II *	32,44%	34,79%	35,80%
Anlageintensität	25,75%	27,93%	29,15%
Liquidität 2. Grades	175,81%	166,83%	158,12%
Anlagedeckungsgrad 2 (Bezug auf Eigenkapital II)	224,83%	203,88%	189,86%
Investitionen	2.397 T€	2.397 T€	3.627 T€
Abgänge des Anlagevermögens	1.198 T€	1.198 T€	1.659 T€
Cashflow	3.013 T€	3.013 T€	4.053 T€
Personalintensität	26,50%	22,36%	19,68%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	125	124	130
davon Teilzeitkräfte	21	21	21
davon Aushilfen	2	4	7
Anzahl der Linien des lokalen und regionalen Verkehrs im RMV	980	1.013	970
Angebotskilometer (lokaler Verkehr im TNUTZKm) **	139.901	139.827	139.966
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	62.665	63.657	61.021
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	11.800	12.100	11.900

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen

** Bus und Straßenbahn und Stadtbahn

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2. Beschäftigungsförderung, Wirtschaft und Sonstiges

3.2.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen

Servicebetrieb Landkreis Gießen
Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390 - 0, Telefax 0641/33448
E-Mail: Info@lkgi.de, Internet: www.lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Eigenbetriebs sind Hausmeisterdienstleistungen und Reinigungsdienstleistungen sowie weitere Dienstleistungen für den Landkreis Gießen. Zweck des Eigenbetriebs ist ein wirtschaftliches, sozialverträgliches, ökologisches und ressourcenschonendes Gebäudemanagement der kreiseigenen sowie dem Landkreis Gießen zur Nutzung überlassenen Liegenschaften sowie Dienstleistungen rund um Schule und Verwaltung.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründung	10.09.2012/01.01.2013
Satzung	Satzung vom 10.09.2012
Kapital	Stammkapital 200.000 €

Unternehmensorgane

Betriebskommission

Vertreter:

Anita Schneider, Landrätin
Dirk Oßwald, hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter
Dr. Christiane Schmahl, hauptamtliche Kreisbeigeordnete
Anette Henkel, Dipl.-Verwaltungsfachwirtin
Heinz-Peter Haumann, OB a.D. Stadt Gießen
Matthias Knoche, Prokurist
Günther Semmler, Dipl.-Religionspädagoge

Vorsitzende

Heidrun Gans, Reinigungskraft
Susanne Rosemann, Finanzfachwirtin
Oliver Meermann, Geschäftsführer
Christiane Janetzki-Klein, Geschäftsführerin
Jürgen Lauer, Gewerkschaftssekretär

Stellvertreter:

Dirk Haas, Geschäftsführer
Gottfried Schneider, Rentner
Dr. Klaus Becker, Arzt
Peter Pilger, Gewerkschaftssekretär
Reinhard Peter, Rentner
Ewa Wenig, Soziologin
Claudia Zecher, Justizangestellte
Jörg Klos, Hausmeister
Stefan Becker, Dipl.-Kaufmann
Edith Nürnberger, Rentnerin
Klaus Dieter Körner

Betriebsleiter

Mario Rohrmus, Fernwald

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013
Ausgaben	
Betriebskostenzuschuss	5.976.755 €
Investitionszuschüsse	344.030 €
Einzahlung Eigenkapital	200.000 €
Einnahmen	
Verwaltungskostenbeitrag	161.840 €
Verkauf Anlagevermögen des Landkreis Gießen	460.006 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG, Wirtschafts- prüfungsgesellschaft, Gießen
Prüfung nach § 53 HGrG	ja

Geschäftsentwicklung

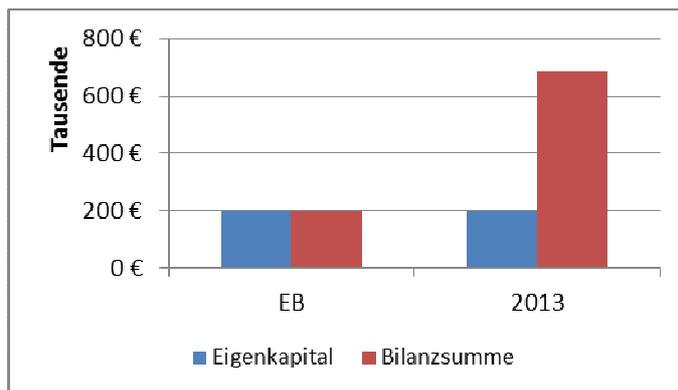
Bilanz des Unternehmens	2013	EB
AKTIVA	T€	T€
A. Ausstehende Einlagen	0	200
B. Anlagevermögen		
Sachanlagen	457	0
C. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	8	0
II. Sonstige Vermögensgegenstände	219	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	684	200
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	200	200
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	285	0
C. Rückstellungen	159	0
D. Verbindlichkeiten	39	0
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0
Bilanzsumme	684	200

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	EB
	T€	T€
Umsatzerlöse	5.925	0
Sonstige betriebliche Erträge	68	0
Gesamtleistung	5.993	0
Materialaufwand	-304	0
Personalaufwand	-5.369	0
Abschreibungen	-100	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-220	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Betriebsergebnis	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0
Jahresergebnis	0	0

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013
Eigenkapitalquote	29,24%
Anlageintensität	66,81%
Liquidität 2. Grades	115,26%
Investitionen	557 T€
Abgänge Anlagevermögen	0 T€
Cashflow	100 T€

Sonstige Kennzahlen	2013
Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer	240

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.2. „Zentrum Arbeit und Umwelt“ - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (ZAUG gGmbH)

Kiesweg 31, 35396 Gießen
Telefon 0641/95 22 50, Telefax 0641/9 52 25-59
E-Mail: geschäftsführung@zaug.de
Internet: www.zaug.de



Unternehmenszweck

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung um hierdurch der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken, die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern, die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erleben zu verbessern und die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern. Daneben ist Zweck der Gesellschaft auch die Förderung des Natur- und Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention. Zur Verwirklichung dieses Zwecks ist Gegenstand des Unternehmens vor allem die Ausbildung, Betreuung, Qualifizierung und Orientierungshilfe von jugendlichen und erwachsenen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze im Landkreis und der Universitätsstadt Gießen und die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere in Bereichen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders nachgefragt sind.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die öffentliche Zwecksetzung der ZAUG gGmbH besteht in der Förderung von Ausbildung, Qualifizierung und Orientierungshilfe. Zudem leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in der Region. Insofern ergibt sich für die ZAUG gGmbH als kommunale gemeinnützige Integrations- und Berufsbildungsgesellschaft eine konkrete sozialstaatliche Rechtfertigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Gemeinnützige GmbH
Gründung	07.07.1988
Satzung	letzte Änderung am 23.11.2011
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 1588
Kapital	Stammkapital: 271.000 €

Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u>	<u>Anteil</u>
		<u>T€</u>	<u>%</u>
	Landkreis Gießen	136	50,185
	Universitätsstadt Gießen	45	16,605
	Gemeinde Wettenberg	10	3,690
	Gemeinde Heuchelheim	5	1,845
	Gemeinde Reiskirchen	5	1,845
	Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde	5	1,845
	Biebertal	5	1,845
	Gemeinde Buseck	5	1,845
	Gemeinde Fernwald	5	1,845
	Stadt Grünberg	5	1,845
	Stadt Hungen	5	1,845
	Gemeinde Langgöns	5	1,845
	Stadt Laubach	5	1,845
	Stadt Lich	5	1,845
	Stadt Linden	5	1,845
	Stadt Lollar	5	1,845
	Stadt Pohlheim	5	1,845
	Gemeinde Rabenau	5	1,845
	Stadt Staufenberg	5	1,845
	Gesamt	271	100,00
Steuerliche Verhältnisse	Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Die Gesellschaft unterliegt jedoch mit ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Ertragsteuer.		
Beteiligungen	Keine		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Anita Schneider, Landrätin
Astrid Eibelshäuser, Stadträtin Stadt Gießen

Vorsitzende
stellv. Vorsitzende

Annette Bergen-Krause, Bürgermeisterin Stadt Allendorf/Lda.
Thomas Bender, Bürgermeister Gemeinde Biebertal
Erhard Reinl, Bürgermeister Gemeinde Buseck
Stefan Bechthold, Bürgermeister Gemeinde Fernwald
Frank Ide, Bürgermeister Stadt Grünberg
Lars B. Steinz, Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim
Rainer Wengorsch, Bürgermeister Stadt Hungen
Horst Röhrig, Bürgermeister Gemeinde Langgöns
Peter Klug, Bürgermeister Stadt Laubach
Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich

Jörg König, Bürgermeister der Stadt Linden ab 01.06.2013
Dr. Ulrich Lenz, Bürgermeister Stadt Linden bis 31.05.2013
Dr. Bernd Wieczorek, Bürgermeister Stadt Lollar
Karl-Heinz Schäfer, Bürgermeister Stadt Pohlheim
Kurt Hillgärtner, Bürgermeister Gemeinde Rabenau
Dietmar Kromm, Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen ab 15.03.2013
Peter Gefeller, Bürgermeister der Stadt Staufenberg
Thomas Brunner, Bürgermeister Gemeinde Wettenberg

Bei der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung gewähren je 1.000 € eines
Gesellschafteranteils eine Stimme.

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF)

Astrid Eibelshäuser, Stadträtin Stadt Gießen Vorsitzende
Anita Schneider, Landrätin stellv. Vorsitzende

Dr. Christiane Schmahl, Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen
Gerda Weigel-Greilich, Bürgermeisterin Stadt Gießen
Erhard Reinl, Bürgermeister Gemeinde Buseck, Teilraum Nord
Horst Röhrig, Bürgermeister Gemeinde Langgöns, Teilraum Süd
Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich, Teilraum Ost
Thomas Brunner, Bürgermeister Gemeinde Wettenberg,
Teilraum West
Wolfgang Hofmann, Vertreter Jobcenter Gießen nicht stimmberechtigt

Der AWF befasst sich für die Geschäftsführung beratend und für die Gesellschafter-
versammlung Beschluss vorbereitend mit Grundsatzfragen des Unternehmens.
Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen erhielten keine Vergütung.

Fachbeirat

Anita Schneider, Landrätin Vorsitzende
Astrid Eibelshäuser, Stadträtin Stadt Gießen stellv. Vorsitzende

Vertreter der Gesellschafter
gemäß der Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreistages

Ursula Häuser CDU-Fraktion
Peter Pilger SPD-Fraktion
Claudia Zecher FWG-Fraktion
Michael Buss Bündnis 90/Die Grünen

Vertreter der Stadtverordnetenversammlung Gießen:

Christine Wagener	CDU Fraktion
Frank Walter Schmidt	SPD-Fraktion
Klaus-Dieter Grothe	Bündnis 90/Die Grünen

Weitere Mitglieder Fachbeirat:

Elke Ehlen	IHK Gießen
Uwe Bock	Kreishandwerkerschaft
Peter Pilger, N.N.,	DGB Gießen
Wolfgang Hofmann	Jobcenter
N.N.	Landeswohlfahrtsverband
Georg Wittich	Willy-Brandt-Schule
Joachim Scheerer	Theodor-Litt-Schule
Annette Maiwald-Boehm	Initiative f. Jugendberufsbildung
Wolfgang Balser	Jugendwerkstatt Gießen
Elisabeth Faber	Faber-Management
Elke Biallas	ZAUG, Vertreter der Mitarbeiter

Der Fachbeirat ist kein Aufsichtsorgan, er ist beratend tätig und stellt als Sachverständiger Erfahrung und Wissen zur Verfügung.
Die Mitglieder des Fachbeirats erhielten keine Vergütung.

Geschäftsführerin

Monika Neumaier

Das Arbeitnehmerbruttogehalt der Geschäftsführerin betrug im Jahr 2013 84.738,92 €.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Ab 2012 greift die geänderte Satzung, die am 23.11.2011 beschlossen wurde. Der ab dann gültige Satzungstext zu § 6 lautet:

„Die Gesellschafter beteiligen sich an der Finanzierung der Gesellschaft durch Zuwendungen wie folgt:

Landkreis Gießen § 200.000,00 (jährlich)

Universitätsstadt Gießen § 170.434,00 (jährlich)

Die Zuschussverpflichtung gilt ab 2012.

Die Zuwendung erfolgt als institutionelle Förderung nach dem Zuwendungsrecht unter Beachtung der jeweiligen Vorgaben des EU-Beihilfenrechtes.“

Die in der Satzung aufgeführten Zuwendungsbeträge sind als Höchstbeträge zu verstehen.

Außer den folgenden Zahlungen bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2012 und 2011 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der ZAUG gGmbH nicht bestellt.

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Zuwendung Gesellschafter lt. Satzung	200.000 €	200.000 €	
Vorauszahlung Verlustausgleich			160.000 €
Nachträglich Zahlung des Verlustausgleichs 2010			35.801,85 €
Nachträgliche Zahlung des Verlustausgleichs 2008			23.225,42 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	WESTPRÜFUNG Dr. Seifert & Partner OHG, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	Ja	Ja

Geschäftsentwicklung

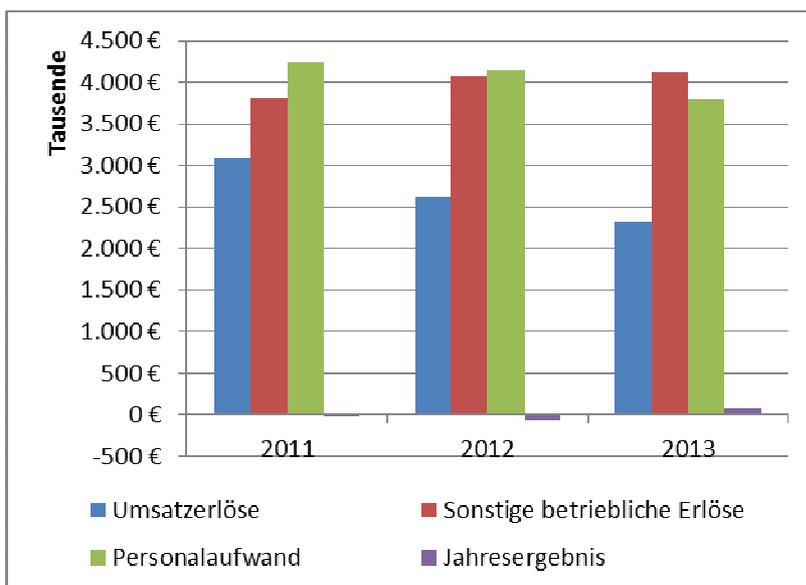
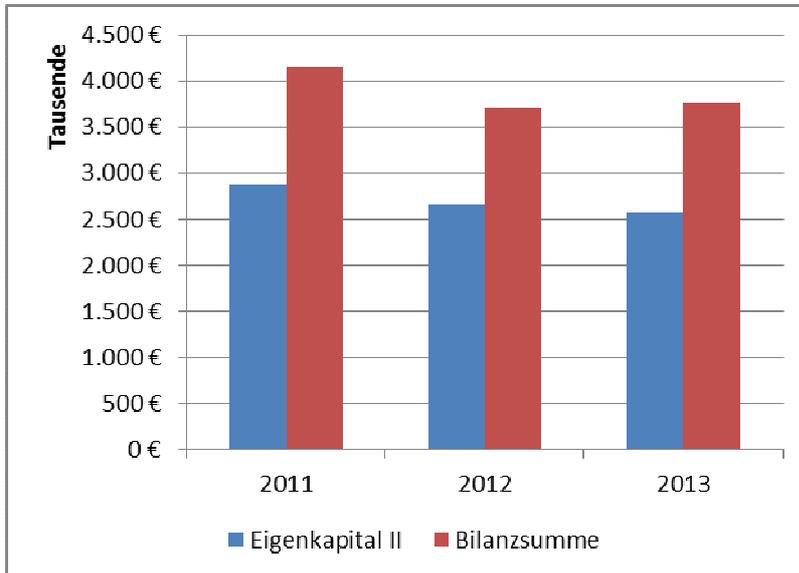
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	1.439	1.698	1.932
II. Finanzanlagen	0	1	1
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	29	31	34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	652	577	423
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.646	1.402	1.766
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	2
Bilanzsumme	3.767	3.710	4.158
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	271	271	271
II. Rücklagen	1.377	1.377	1.377
III. Verlustvortrag	-64	-3	0
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	70	-61	-3
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	923	1.073	1.234
C. Rückstellungen	805	606	702
D. Verbindlichkeiten	346	358	355
E. Rechnungsabgrenzungsposten	39	89	222
Bilanzsumme	3.767	3.710	4.158

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	2.322	2.619	3.092
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge / Zuwendung Fördermittel	4.125	4.071	3.808
Gesamtleistung	6.447	6.690	6.900
Materialaufwand	-1.060	-1.104	-1.222
Personalaufwand	-3.796	-4.144	-4.238
Abschreibungen	-326	-373	-348
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.198	-1.135	-1.096
Betriebsergebnis	67	-66	-4
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinserträge	7	11	14
Zinsaufwendungen	-1	-2	-9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	73	-57	1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-3	-4	-4
Jahresergebnis	70	-61	-3

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	43,91%	42,70%	39,56%
Eigenkapitalquote II	68,41%	71,62%	69,24%
Anlageintensität	38,20%	45,80%	46,49%
Liquidität 2. Grades	185,80%	179,68%	162,55%
Anlagedeckungsgrad 2	179,08%	156,39%	148,94%
Investitionen	72 T€	149 T€	116 T€
Abgänge Anlagevermögen	-134 T€	-72 T€	-75 T€
Cashflow	246 T€	151 T€	185 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	2,57%	-2,16%	-0,10%
Gesamtkapitalrentabilität	1,88%	-1,59%	0,14%
Umsatzrentabilität	3,06%	-2,25%	0,19%
Materialintensität	16,44%	16,50%	17,71%
Personalintensität	58,88%	61,94%	61,42%

Sonstige Kennzahlen	2013 (31.12.2013)	2012 (31.12.2012)	2011 (31.12.2011)
Stammpersonal inkl. Arbeitnehmerüberlassung	77	89	95
Arbeitnehmer in der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung	83	159	176
Projekte SGB II/SGB III	845	902	16
FBW / Qualifizierung	51	58	44
Beratungen, Seminare, Kurse	667	712	883
Lieferungen kindgerechter Mittagstisch	552.496	574.430	587.000

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.3. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)

Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH
Winchesterstr. 2, 35394 Gießen
Telefon 0641/948-226-0, Telefax 0641/948-226-29
E-Mail: info@tig-gmbh.de, Internet: www.tig-gmbh.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft im Landkreis Gießen und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden. Dieser Zweck wird u.a. erreicht durch Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben eines Technologie- und Gründerzentrums in Gießen, das innovative Technologie- und Dienstleistungsunternehmen und Existenzgründer in den ersten Jahren ihrer Entwicklung besonders fördert und betreut, insbesondere im Hinblick auf mögliche gemeinsame Marketingaktivitäten und Weiterbildungsangebote. Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein möglichst breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma TIG GmbH als Technologie- und Existenzgründungszentrum dient der Wettbewerbssicherung, der Sicherheit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Gesellschaft ist als Instrument der Wirtschaftsförderung zu betrachten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	05.02.1999		
Satzung	letzte Änderung am 12.04.1999		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 3340		
Kapital	Stammkapital 71.000 €		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> T€
	Stadt Gießen	25,5	18,1
	Landkreis Gießen	24,8	17,6
	Sparkasse Gießen	14,2	10,1
	Volksbank Mittelhessen eG	14,2	10,1
	Schunk Verwaltungsges. mbH	14,2	10,1
	Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg	7,1	5,0

**Steuerliche
Verhältnisse**

Gemäß dem Bescheid des Finanzamtes Gießen vom 18.02.2014 ist die Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG bzw. § 3 Nr. 25 GewStG sowohl von der Körperschaftsteuer als auch von der Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2013 bis 2015 befreit.

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Astrid Eibelshäuser, Stadträtin
Anita Schneider, Landrätin

Vorsitzende
stellv. Vorsitzende

Sabine Wilcken-Görich, Wirtschaftsförderung Universitätsstadt Gießen
Gabriele Gotthardt, Wirtschaftsförderung Landkreis Gießen
Beate Hammerla, IHK Gießen-Friedberg
Karin Merte, Schunk GmbH
Oliver Kimpel, Sparkasse Gießen
Boris Kniß, Volksbank Mittelhessen

Geschäftsführer

Antje Bienert

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie auch in den Jahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der TIG GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	nein	nein

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	4.463	4.664	4.862
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34	8	21
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	93	80	150
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	10	11
Bilanzsumme	4.600	4.762	5.044
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	71	71	71
II. Gewinnvortrag	733	628	561
III. Jahresüberschuss	107	105	67
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.655	1.734	1.813
C. Rückstellungen	72	74	130
D. Verbindlichkeiten	1.932	2.146	2.374
E. Rechnungsabgrenzungsposten	30	4	27
Bilanzsumme	4.600	4.762	5.044

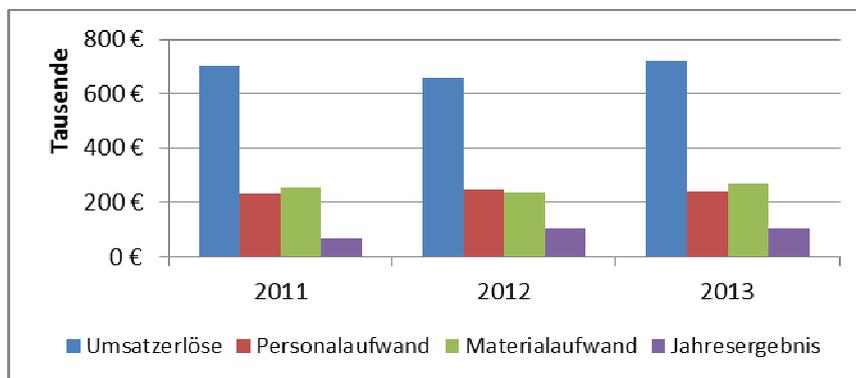
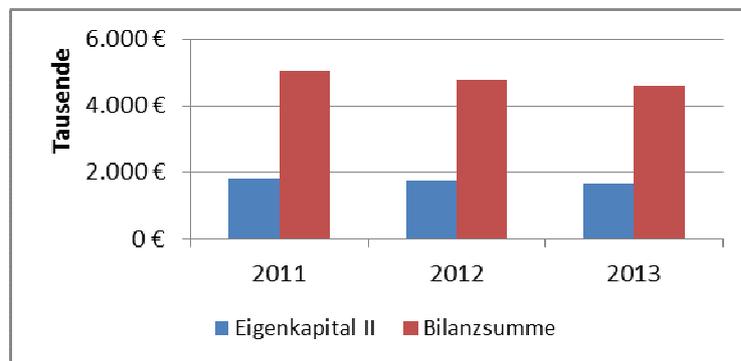
Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	723	658	703
Sonstige betriebliche Erträge	204	270	200
Gesamtleistung	927	928	903
Materialaufwand	-272	-237	-257
Personalaufwand	-241	-244	-232
Abschreibungen	-207	-208	-218
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-59	-92	-88
Betriebsergebnis	148	147	108
Zinserträge	1	1	2
Zinsaufwendungen	-24	-25	-26
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	125	123	84
Sonstige Steuern	-18	-18	-17
Jahresergebnis	107	105	67

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	19,80%	16,88%	13,86%
Eigenkapitalquote II	55,78%	53,30%	49,80%
Anlageintensität	97,02%	97,94%	96,39%
Liquidität 2. Grades	49,64%	21,68%	39,39%
Anlagedeckungsgrad 2	75,91%	67,56%	76,26%
Investitionen	6 T€	10 T€	6 T€
Cashflow	235 T€	234 T€	260 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	4,17%	4,13%	2,67%
Gesamtkapitalrentabilität	2,85%	2,72%	1,84%
Umsatzrentabilität	18,12%	19,72%	13,23%
Materialintensität	29,34%	25,54%	28,46%
Personalintensität	26,00%	26,29%	25,69%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	7	7	7
davon Teilzeitbeschäftigte	4	4	4

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.4. RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH

Sitz:

RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH
Berliner Platz 1, 35390 Gießen



Fondsmanagement und Kontaktadresse:

RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH
c/o BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen
mbH

Schumannstraße 4-6
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069/1338507840
E-Mail: Info@bhm-hessen.de

Regionaler Ansprechpartner u.a.:

Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss
- Stabsstelle Wirtschaftsförderung -
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Fonds stellt im Gebiet der Städte Gießen und Wetzlar (vormals Ziel 2- Fördergebiete) sowie im Gebiet des Landkreises Gießen für Zwecke der regionalwirtschaftlichen Förderung Beteiligungskapital bis maximal 250.000 € vornehmlich in Form stiller Beteiligungen zur Verfügung und zwar für innovative und technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen – bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs sowie allen sonstigen Geschäften, die dem Hauptzweck dienlich sind. Der Fonds darf nur in Geschäftstätigkeiten investieren, die von den Fondsverwaltern und dem Beteiligungsausschuss des Fonds als potentiell rentabel eingestuft werden. Der Fonds investiert nicht in Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Mit Hilfe des Beteiligungskapitals des Regionalfonds gelingt es, die Wirtschaftsstruktur zu stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Struktur- und wirtschaftsfördernde Zwecke werden verfolgt. Die Lücke im regionalen Angebot zur Förderung von Existenzgründungen und jungen Unternehmen wird geschlossen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	01.03.2005		
Satzung	Fassung vom 03.03.2005		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 6262		
Kapital	Stammkapital 100.000,00 € Das Gesamtvolumen des Fonds beträgt 2,5 Mio. €.		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>An- teil</u> %	<u>Kapitalrücklage</u> T€
	Stadt Gießen	10,0	240
	Stadt Wetzlar	10,0	240
	Landkreis Gießen	10,0	240
	Volksbank Mittelhessen eG	13,6	326
	Sparkasse Gießen	6,4	154
	Sparkasse Wetzlar	6,4	154
	Sparkasse Laubach-Hungen	1,0	24
	Sparkasse Grünberg	1,0	24
	Volksbank Heuchelheim	1,6	38
	Land Hessen	40,0	960

Beteiligungen

Die Firma RegioMit Regionalfonds Mittelhessen GmbH hält zum 31.12.2013 folgende Beteiligungen:

1 stille Beteiligungen in der Stadt Gießen,
Anschaffungskosten gesamt 225 T€, Buchwert gesamt zum 31.12.2013 225 T€,

1 stille Beteiligungen im sonstigen Landkreis Gießen,
Anschaffungskosten gesamt 105 T€, Buchwert gesamt zum 31.12.2013 105 T€ und

1 stille Beteiligungen in der Stadt Wetzlar,
Anschaffungskosten gesamt 173 T€, Buchwert gesamt zum 31.12.2013 3 T€.

Da es sich um stille Beteiligungen handelt, dürfen aus Gründen des Datenschutzes keine genaueren Angaben gemacht werden.

Zwei Beteiligungen werden im Jahr 2014 zurückgeführt. Die Schließung des Fonds wird angestrebt.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Astrid Eibelshäuser, Stadträtin Stadt Gießen

Vorsitzende ab 18.04.2013
(vorher stellv. Vorsitzende)

Wolfram Dette, Oberbürgermeister Stadt Wetzlar

stellv. Vorsitzender
(vorher Vorsitzender)

Vertreter des Landkreises Gießen

Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen

Beteiligungsausschuss

Der Ausschuss besteht aus 7 Mitgliedern, die für die Dauer von drei Jahren benannt werden. Er ist mit mindestens drei Mitgliedern beschlussfähig.

Oliver Kimpel, Sparkasse Gießen

Vorsitzender

Sabine Wilcken-Görich, Stadt Gießen

stellv. Vorsitzende

Rüdiger Bollweg, Hessisches Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Gabriele Gotthardt, Landkreis Gießen

Harald Semler, Stadt Wetzlar

Boris Kniß, Volksbank Mittelhessen eG, Gießen

Birgit Hartmann, Sparkasse Laubach-Hungen

Der Beteiligungsausschuss entscheidet über den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen sowie über Vergleiche und Forderungsverzichte für Beteiligungen.

Die Mitglieder des Beteiligungsausschusses erhielten keine Bezüge.

Geschäftsführer

Jürgen Zabel, Dornburg

Der Geschäftsführer und der Prokurist erhielten im Geschäftsjahr keine Bezüge. Die Vergütung ist mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BM H abgegolten.

Die RegioMIT GmbH ist gemäß dem unbefristeten Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH vom 01.03.2005 zur Entrichtung einer Geschäftsbesorgung verpflichtet. Die Geschäftsbesorgungsvergütung beträgt 3,0% p.a. des valutierenden Beteiligungsbestandes der RegioMIT GmbH, bisher mindestens jedoch 65.000 T€ p.a., 55 T€ p.a. im Geschäftsjahr 2013 und 45 T€ p.a. ab dem Jahr 2014. Ende 2014 erfolgt eine Überprüfung und erforderlichenfalls eine Anpassung der Höhe der Geschäftsbesorgungsvergütung.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der RegioMit GmbH nicht bestellt.

Die verfügbaren liquiden Mittel des Fonds werden im Jahr 2014 an die Gesellschafter zurückgezahlt. Der Landkreis Gießen wird 146 T€ erhalten.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	GGV GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main	Dr. Kruse, Dr. Hilberseimer und Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Wetzlar	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2013 T€	2012 T€	2011 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
Finanzanlagen	333	790	802
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	23	64	40
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.045	704	710
Bilanzsumme	1.401	1.558	1.552
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	2.400	2.400	2.400
III. Verlustvortrag	-954	-960	-994
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-154	7	34
B. Rückstellungen	6	6	6
C. Verbindlichkeiten	3	5	6
Bilanzsumme	1.401	1.558	1.552

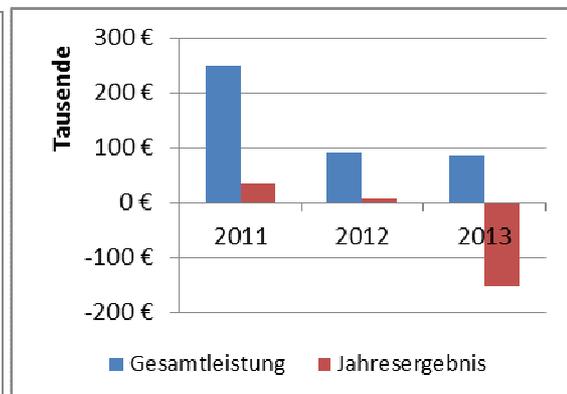
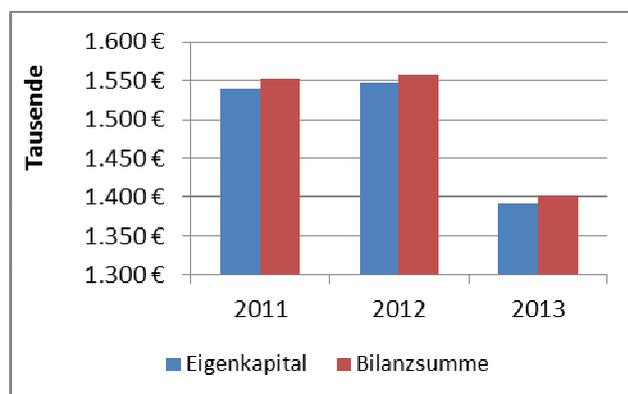
Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Erträge aus dem Beteiligungsgeschäft	86	90	148
Sonstige betriebliche Erträge	1	0	100
Gesamtleistung	87	90	248
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-170	0	-125
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72	-86	-92
Betriebsergebnis	-155	4	31
Sonstige Zinserträge	1	3	3
Zinsaufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-154	7	34
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresergebnis	-154	7	34

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	99,36%	99,29%	99,23%
Anlageintensität	23,77%	50,71%	51,68%
Liquidität 2. Grades	11827,24%	6981,82%	6250,00%
Anlagedeckungsgrad 2	418,02%	195,82%	192,02%
Investitionen	0T€	0T€	0T€
Abgänge Anlagevermögen	-287 T€	-12 T€	-717 T€
Cashflow	16 T€	7 T€	159 T€
Eigenkapitalrentabilität	-11,06%	0,45%	2,21%
Gesamtkapitalrendite	-10,99%	0,45%	2,19%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten	2	2	2

Die Gesellschaft beschäftigt außer dem Geschäftsführer und dem Prokuristen kein eigenes Personal

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.5. Sparkassenzweckverband Gießen

Sparkassenzweckverband Gießen
Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-422, Telefax 0641/704-400

Verbandszweck

Der Verband ist der Träger der Sparkasse Gießen. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	22.03.1834
Satzung	zuletzt geändert am 20.11.2012
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Gießen Gemeinde Heuchelheim Gemeinde Langgöns Stadt Lich Stadt Linden Stadt Lollar Stadt Pohlheim Gemeinde Reiskirchen Stadt Staufenberg
	Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander, und zwar der Landkreis Gießen in Höhe von 10 % und die weiteren Mitglieder im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.
Beteiligungen	Keine
Finanzierung	Die Verbandskosten trägt die Sparkasse Gießen.
Haftung gegenüber der Sparkasse	Der Träger der Sparkasse am 18.07.2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18.07.2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18.07.2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31.12.2015 hinausgeht.

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung

Erhard Reinl,	Gemeinde Buseck	Vorsitzender	
Anette Henkel	Landkreis Gießen		
Gerhard Merz	Stadt Gießen		
Annette Bergen-Krause	Stadt Allendorf/Lda.		
Karl-Rudolf Schön	Gemeinde Fernwald		
Burkhard Steinz	Gemeinde Heuchelheim		
Martin Hanika	Gemeinde Langgöns		
Bernd Klein	Stadt Lich		
Dr. Bernd Wieczorek	Stadt Lollar		
Horst Biadala	Stadt Pohlheim		
Dieter Schepp	Gemeinde Reiskirchen		
Peter Gefeller	Stadt Staufenberg		
Jörg König	Stadt Linden		ab 01.06.2013
Dr. Ulrich Lenz	Stadt Linden		bis 30.05.2013

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder (Trägerkommunen).

Verbandsvorstand

Anita Schneider, Landrätin,	Vorsitzende	seit 01.04.2013
Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin	stellv. Vorsitzende	seit 01.04.2013

Der/die Verbandsvorsitzende und dessen/deren Stellvertreter sind im wechselnden Turnus der/die Oberbürgermeister/-in der Stadt Gießen und der/die Landrat/-in des Landkreises Gießen für eine Amtsdauer von jeweils zwei Jahren.

Egon Fritz
Hans-Ottmar Müller
Gabriele Ohm-Goltze
Stefan Bechthold
NN

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

3.2.6. Sparkasse Gießen

Sparkasse Gießen
Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-422, Telefax 0641/704-400
E-Mail: info@sparkasse-giessen.de
Internet: www.sparkasse-giessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die Sparkasse hat die Aufgabe als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe der Satzung. Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Gesellschaftsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründung	1834
Satzung	geändert am 23.11.2010
Eigenkapital	Per 31.12.2013: 125.792.943,34 €
Träger	Sparkassenzweckverband Gießen
Beteiligungen mit einem Anteil über 20%	S-International Mittelhessen GmbH & Co KG (44 %) S-Versicherungsservice Mittelhessen GmbH (50 %)

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat

Anita Schneider, Landrätin	Vorsitzende	ab 01.04.2013
Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin	stellv. Vorsitzende	ab 01.04.2013

Der Zweckverbandsvorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Gemäß dem wechselnden Turnus im Vorstandsvorstand wechselt somit auch der Vorsitz im Verwaltungsrat alle zwei Jahre.

Manfred Baier, Electronic Banking Berater Sparkasse Gießen
Gerhard Braune, Abteilungsleiter Betriebswirtschaft Sparkasse Gießen
Dieter Geißler, Lehrer a.D., Pensionär
Björn Hendrichke, Geschäftsführer Kreishandwerkerschaft Gießen, Ass. jur.
Elvira Jaworski, Vermögensberaterin Sparkasse Gießen
Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich
Klaus-Dieter Körner, Geschäftsführer IG-Bau Mittelhessen
Matthias Körner, Geschäftsführer DGB-Mittelhessen
Iris Lauber, Sachbearbeiterin interne Revision Sparkasse Gießen
Dr. Ulrich Lenz, Bürgermeister a.D.
Dr. Wolfgang Maaß, Verleger/Geschäftsführer Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co.KG und Brühlsche Universitätsdruckerei GmbH & Co. KG
Gerhard Merz, Abgeordneter Hessischer Landtag
Karin Sauer-Kipper, Personalratsvorsitzende Sparkasse Gießen

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2013 98 T€ (2012 93 T€, 2011 78 T€)

Vorstand

Peter Wolf	Vorsitzender ab 01.09.2013 (vorher Mitglied)
Wolfgang Bergenthum	Vorsitzender bis zum 30.04.2013
Wolfgang Keil	

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf 678 T€ (2012: 856 T€, 2011: 758 T€).

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im Geschäftsjahr 2013 Bezüge i. H. v. 342 T€ (2012: 244 T€, 2011: 240 T€).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 - wie in den Vorjahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Sparkasse Gießen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen		

Geschäftsentwicklung

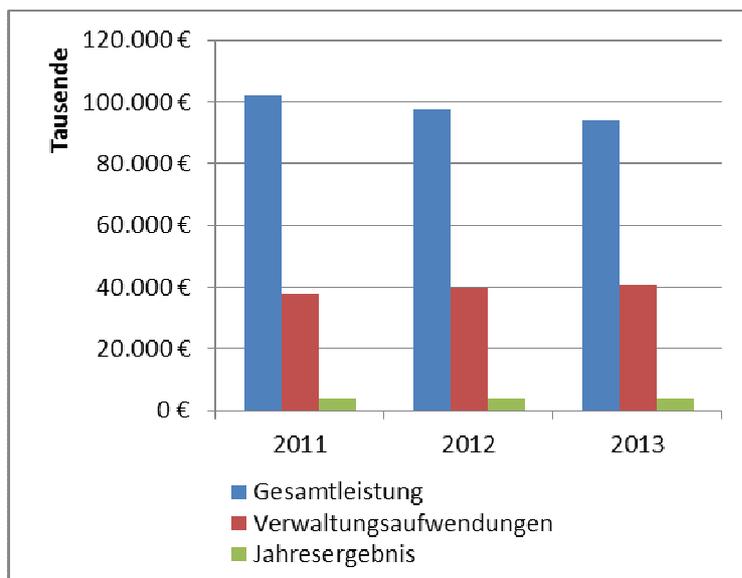
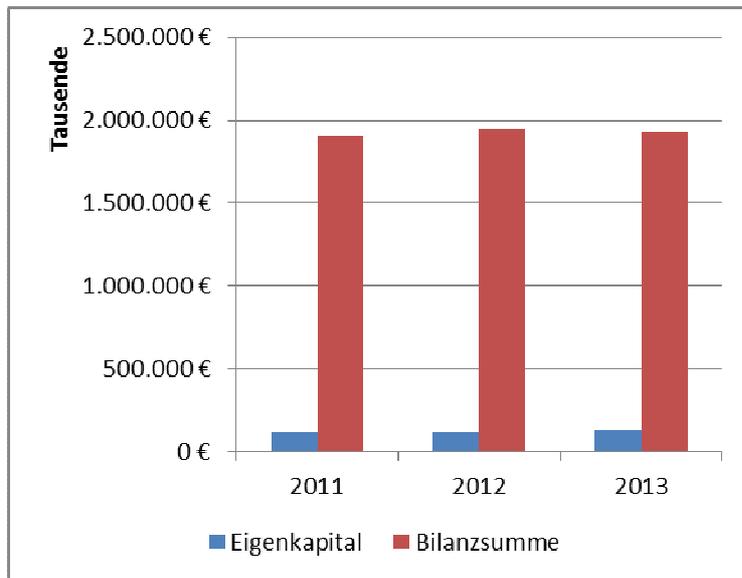
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	25.788	26.930	30.914
II. Finanzanlagen	19.582	21.337	22.530
B. Umlaufvermögen	1.884.236	1.894.806	1.851.021
C. Rechnungsabgrenzungsposten	498	795	130
Bilanzsumme	1.930.104	1.943.868	1.904.595
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Sicherheitsrücklage	122.104	118.440	114.798
II. Bilanzgewinn	3.688	3.664	3.642
B. Rückstellungen	23.148	21.711	19.355
C. Fonds für allgemeine Bankrisiken	37.596	25.294	11.985
D. Verbindlichkeiten	1.742.655	1.773.455	1.754.113
E. Rechnungsabgrenzungsposten	913	1.304	702
Bilanzsumme	1.930.104	1.943.868	1.904.595
1. Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	13.075	14.177	19.035
2. Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	54.300	49.773	67.163

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Zinserträge	66.641	73.059	76.641
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen	5.230	4.992	4.858
Provisionserträge	14.835	14.431	15.038
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	10	89	88
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	3.618	449	1.119
Sonstige betriebliche Erträge	3.446	4.638	4.654
Gesamtleistung	93.780	97.658	102.398
Zinsaufwendungen	-21.114	-27.794	-31.896
Provisionsaufwendungen	-1.318	-1.358	-1.230
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			
Verwaltungsaufwendungen: Personalaufwand	-27.896	-28.381	-26.741
Verwaltungsaufwendungen: andere	-12.735	-11.519	-10.957
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-2.110	-2.284	-2.294
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen	0	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-1.706	-1.302	-4.033
Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-12.300	-13.300	-9.975
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.186	-2.589	-4.097
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.415	9.131	11.175
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.606	-5.336	-7.368
Sonstige Steuern	-121	-131	-165
Jahresergebnis	3.688	3.664	3.642

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	6,52%	6,28%	6,22%
Anlageintensität	2,35%	2,48%	2,81%
Anlagedeckungsgrad 2	514,92%	440,73%	389,81%
Investitionen (ohne Finanzanlagen)	1.012 T€	1.157 T€	1.017 T€
Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) Abgang	-125 T€	-3.209 T€	-2.372 T€
Veränderungen Finanzanlagen	-1.755 T€	-1.193 T€	-1.722 T€
Eigenkapitalrentabilität	2,93%	3,00%	3,07%
Gesamtkapitalrendite	1,29%	1,62%	1,87%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt	312	321	327
Anzahl der Teilzeit- und Ultimokräfte im Jahresdurchschnitt	178	177	184
Anzahl der Auszubildenden im Jahresdurchschnitt	57	52	55

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.7. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH und Mittelhessen e.V. (als Förderverein)

1. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH
und
2. Verein Mittelhessen e.V.

Georg-Schlosser-Straße 1
35390 Gießen
Telefon 0641/948889-0,
Telefax 0641/948889-20,
E-Mail: info@mittelhessen.org
Internet: www.mittelhessen.org (GmbH)
www.verein-mittelhessen.de (Verein)



Im Zuge der inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung des ehemaligen Vereins MitteHessen e.V. hat sich das Regionalmanagement in Mittelhessen seit dem 27.12.2012 eine neue Organisationsstruktur gegeben. Durch diese Änderungen ist es möglich, effizienter zu agieren. Zugleich wurde die Anzahl der mitwirkenden Unternehmen und Kommunen erhöht. Die wesentlichen organisatorischen Parameter sind:

1. Das Regionalmanagement agiert hauptamtlich in der Rechtsform einer GmbH.
2. Die Gesellschafterstruktur ist auf Parität von Politik und Wirtschaft angelegt.
3. Gesellschafter sind die fünf Landkreise, die drei Oberzentren und Limburg als Stadt mit oberzentralen Funktionen, die beiden Handwerkskammern, die vier Industrie- und Handelskammern, die drei mittelhessischen Hochschulen sowie der Verein Mittelhessen e.V..
4. Der Verein besteht als Förderverein weiter und agiert unter dem Dach des mittelhessischen Regionalmanagement, dabei hält er selbst Gesellschaftsanteile der GmbH. Somit kann er Einfluss auf die Geschicke der GmbH nehmen.
5. Es gibt einen Aufsichtsrat der GmbH als Kontrollgremium, in dem neben den Gesellschaftern weitere Interessensvertreter ohne Stimmrecht vertreten sind.
6. Die Mitgliedschaft im Verein steht jeder natürlichen und juristischen Person offen. Insbesondere die kleineren Kommunen und Unternehmen, aber auch Privatpersonen, können sich hier engagieren.
7. Sichergestellt wird, dass die etablierten und erfolgreichen Betätigungsfelder des Vereins, so etwa die Netzwerke Bildung und Wirtschaft, die Teilnahme an der Expo Real oder der Parlamentarische Abend aufrechterhalten werden. Lediglich die administrative Abwicklung wird von der GmbH durchgeführt.
8. Beide Organisationen haben den selben Geschäftsführer – das gewährleistet, dass es trotz des gleichzeitigen Bestehens von GmbH und Verein zu keiner Doppelstruktur führt, sondern dass sich die beiden Einheiten ergänzen. Das Regionalmanagement tritt auf diese Weise mit einer Stimme und einem Gesicht nach außen auf.

Unternehmenszweck, Vereinszweck und öffentlicher Zweck

GmbH (§2 des Gesellschaftsvertrages)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Verein (§ 2 der Vereinssatzung)

Zweck des Vereins ist es, als Gesellschafter und in Kooperation mit dem mittelhessischen Regionalmanagement die Regionalentwicklung in Mittelhessen zu unterstützen und die regionsinterne Zusammenarbeit nach Kräften zu fördern. Der Verein soll insbesondere darauf hinwirken, dass die regionsweite Zusammenarbeit verstärkt wird und für regional bedeutsame Aufgaben gemeinsame Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden. Insbesondere der kommunale Grenzen überschreitenden Zusammenarbeit ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse der GmbH

Rechtsform	GmbH		
Gründung	27.12.2012		
Satzung	27.12.2012		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 7895		
Kapital	25.000,00 €		
Gesellschafter		Anteil €	Anteil %
	Land-Dill-Kreis	1.351	5,4 %
	Landkreis Gießen	1.351	5,4 %
	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351	5,4 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351	5,4 %
	Vogelsbergkreis	1.351-	5,4 %
	Kreisstadt Limburg	676	2,7 %
	Kreisstadt Wetzlar	1.351	5,4 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351	5,4 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351	5,4 %
	Handwerkskammer Kassel	878	3,51%
	Handwerkskammer Wiesbaden	2.838	11,35%
	IHK Gießen-Friedberg	2.399	9,6 %

Gesellschafter <i>(Fortsetzung)</i>	Anteil	
	€	%
IHK Kassel-Marburg	2.027	8,11%
IHK Lahn-Dill	2.399	9,6 %
IHK Limburg	946	3,78%
Justus-Liebig-Universität Gießen	338	1,35%
Philipps-Universität Marburg	338	1,35%
Technische Hochschule Mittel- hessen	338	1,35%
Verein Mittelhessen e.V.	1.015	4,06%

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse Verein

Rechtsform	e.V.
Gründung	2003
Satzung	neue Satzung vom 29.04.2013
Vereinsregister	Amtsgericht Gießen, VR 2657
Mitglieder	<p>Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werde, insbesondere kommunale Gebietskörperschaften, Firmen, Verbände, Kammern und sonstige Institutionen aus dem Regierungsbezirk Gießen und den angrenzenden Regionen. Ein Recht auf Aufnahme besteht jedoch nicht.</p> <p>Bis zum 31.12.2012 bzw. bis zur Umstrukturierung hatte der Verein 91 Mitglieder. Bei den Gesellschaftern der GmbH endete die Mitgliedschaft im Verein mit dem Eintritt als Gesellschafter.</p> <p>Zum 01.11.2013 umfasst der Verein 141 Mitglieder. Zum 5.12.2014 ist der Mitgliederbestand auf 180 angewachsen.</p>

Geschäftsführung

Jens Ihle

Der bisherige Prokurist wird am 13.11.2013 zum Geschäftsführer bestellt.

Dr. Heinz Spremberg
Dr. Matthias Leder

vom 03.06.2013 bis zum 30.09.2013
bis 31.05.2013

Organe Verein

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. Jedes aktive Mitglied hat unabhängig von seinem Mitgliedsbeitrag eine Stimme.

Vorstand

Dr. Lars Witteck, Regierungspräsident, Vertreter Land Hessen
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister Gemeinde Löhnberg

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Günter Sedlak, Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Oberhessen

Finanzvorstand

Thomas Janssen, Geschäftsführer Pharmaserv GmbH & Co.KG
Annegret Puttkammer, Pröpstin für Nord-Nassau in der
Evangelischen Kirche Hessen und Nassau
Gunter Schneider, Geschäftsführer Schneider GmbH & Co.KG
Rolf Witezek, Vorstand der Volksbank Mittelhessen eG

Die Mitgliederversammlung soll bei den Wahlen zum Vorstand den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitglieder bzw. Mitgliedergruppen (Land Hessen, Landkreise, Oberzentren, Mittelzentren, Hochschulen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Betrieben) Rechnung tragen.

Geschäftsführender Vorstand

Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Finanzvorstand und der stellvertretende Vorstand sind geschäftsführender Vorstand.

Geschäftsführer

Der GmbH-Geschäftsführer führt in Personalunion die Geschäfte des Vereins

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
<i>Ausgaben</i>			
Mitgliedsbeitrag Verein		20.000 €	20.000 €
Jahresbeitrag Gesellschafter	20.000 €		
Einzahlung Stammkapital		1.321 €	

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja

Geschäftsentwicklung

<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2013	EB
AKTIVA	T€	T€
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen	0	0
B. Umlaufvermögen		
I. Sonstige Vermögensgegenstände	83	0
II. Guthaben bei Kreditinstituten	79	0
Bilanzsumme	162	0
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25	25
II. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	0	-25
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	28	0
B. Rückstellungen	78	0
C. Verbindlichkeiten	30	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0
Bilanzsumme	162	0

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	2013	EB
	T€	T€
Erträge aus dem Beteiligungsgeschäft	204	0
Sonstige betriebliche Erträge	721	0
Gesamtleistung	925	0
Personalaufwand	-266	
Abschreibungen	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-571	0
Betriebsergebnis	88	0
Sonstige Zinserträge	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	88	0
sonstige Steuern	-60	0
Jahresergebnis	28	0

<i>Kennzahlen zum Jahresabschluss</i>	2013
Eigenkapitalquote	32,72%
Anlageintensität	0,00%
Liquidität 2. Grades	150,00%
Investitionen	1 T€
Abgänge Anlagevermögen	0 T€
Cashflow	28 T€
Eigenkapitalrentabilität	53,20%
Gesamtkapitalrendite	17,40%
Personalintensität	28,76%

<i>Sonstige Kennzahlen</i>	2013
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Quartalsdurchschnitt	4

Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.8. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts

ekom21 - KGRZ Hessen
Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen
Telefon 0641/9830-0, Telefax 0641/9830-2020,
E-Mail: ekom21@ekom21.de, Internet:www.ekom21.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Die Körperschaft ekom21- KGRZ Hessen hat die Aufgabe Datenverarbeitungsverfahren, Datenverarbeitungsleistungen und Datenübertragungsnetze sowie IT-Dienstleistungen aller Art zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten, insbesondere entsprechend dem Bedarf der Mitglieder, die betriebliche Abwicklung der landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sicherzustellen, bei der Inbetriebnahme und der laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen, Programme und Verfahren zu entwickeln und zu pflegen, speziell landeseinheitliche und rechenzentrumsspezifische, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. Ferner gilt es, die Mitglieder bei Bedarf auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zu beraten und zu unterstützen sowie Schulungsmaßnahmen durchzuführen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Durch den ganzheitlichen Einsatz von Informationstechnologien für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandter Einrichtungen erfüllt die ekom21 einen öffentlichen Zweck. Die ekom21 versteht sich als Full-Service-Anbieter, deren Ziel es ist, die gesamte Palette der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Software zu unterstützen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung	Mit Wirkung vom 01.01.1996 Zusammenschluss der Kommunalen Gebietsrechenzentren Gießen, Frankfurt/Main und Starkenburg zum KIV in Hessen. Mit Wirkung zum 01.01.2008 Zusammenschluss des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV in Hessen) und des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kassel (KGRZ Kassel) zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts
Satzung	Fassung vom 01.01.2008 wurde zuletzt geändert von der Versammlung am 27.06.2013. Die Anlage der Satzung - Verzeichnis der Mitglieder hat den Stand: 09.09.2013.
Kapital	Stammkapital 11.600.000 € (ab 01.01.2008)
Mitglieder	380 Städte und Gemeinden, 19 Landkreise, das Land Hessen und 93 sonstige Mitglieder
Beteiligungen	KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (48,8%), ekom21 GmbH (100%)

Organe

Verbandsversammlung

Harald Plünnecke, Bürgermeister Vöhl	Vorsitzender
Günter Quirin, Stadtverordneter Frankfurt	stellv. Vorsitzender
Hermann Steubing, Bürgermeister Mittenaar	stellv. Vorsitzender

Jedes Verbandsmitglied stellt einen Vertreter für die Verbandsversammlung.

Vertreter des Landkreises Gießen:

Oliver Meermann

Verbandsvorstand

Gerhard Schultheiß, Bürgermeister Nidderau	Vorsitzender
Günter Jung, Bürgermeister Wabern	stellv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer Kassel
Horst Burghardt, Bürgermeister Stadt Friedrichsdorf
Horst Groß, Bürgermeister Bebra
Ulrich Künz, Bürgermeister Kirtorf
Hartmut Linnekugel, Bürgermeister Volksmarsen
Dr. Walter Lübcke, Regierungspräsident Kassel
Manfred Michel, Landrat Landkreis Limburg-Weilburg
Stefan Reuß, Landrat Werra-Meißner-Kreis bis 31.12.2013
Oswin Veith, Erster Kreisbeigeordneter (Bundestagsabgeordneter) Wetteraukreis
Martin Wagner, Bürgermeister Homberg/Efze
Reinhard Ahlheim, ekom21 – KGRZ Hessen
Ernst Peterzelka, ekom 21 – KGRZ Hessen
Burkhard Schnorr, ekom21 – KGRZ Hessen

Die Aufwandsentschädigungen für Verbandsversammlung, Verbandsvorstand und Finanzausschuss betragen in 2013 74,3 T€ (2012:76,7 T€, 2011: 76,8 T€).

Geschäftsführung

Bertram Huke
Ulrich Künkel

Die Geschäftsführer sind bei der ekom 21 GmbH eingestellt und erhalten keine Bezüge von der ekom 21-KGRZ Hessen. Auf die Angabe der durch die ekom 21 GmbH gezahlten Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die früheren Direktoren bzw. Geschäftsführer der KGRZ Frankfurt am Main, Gießen, Starkenburg und Kassel erhielten in 2013 Versorgungsbezüge von 296 T€ (2012: 290 T€, 2011: 287 T€, 2010: 286 T€).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 – wie in den Vorjahren 2011 und 2012 – keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der ekom21 KGRZ Hessen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Kassel		sb+p Strecker, Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	ja	Ja

Geschäftsentwicklung

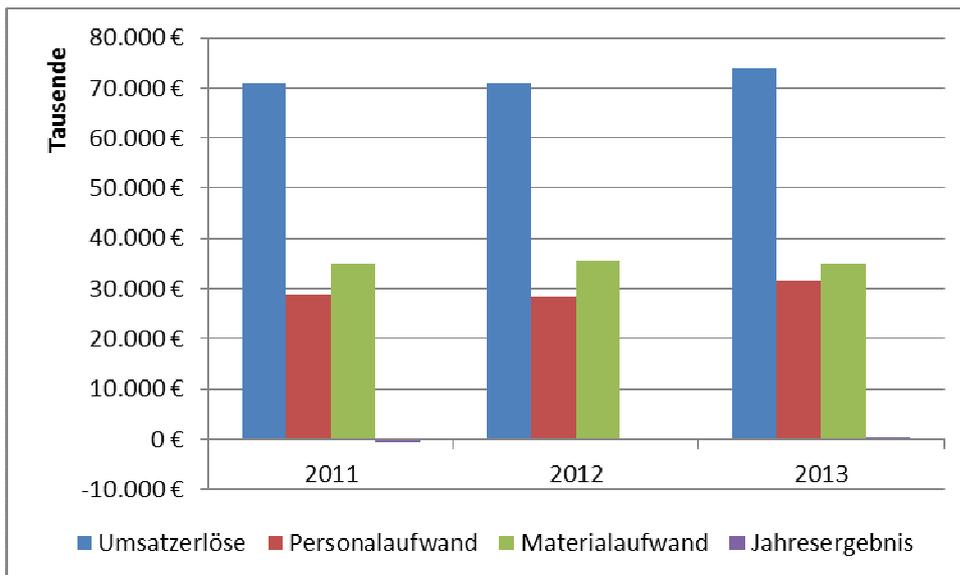
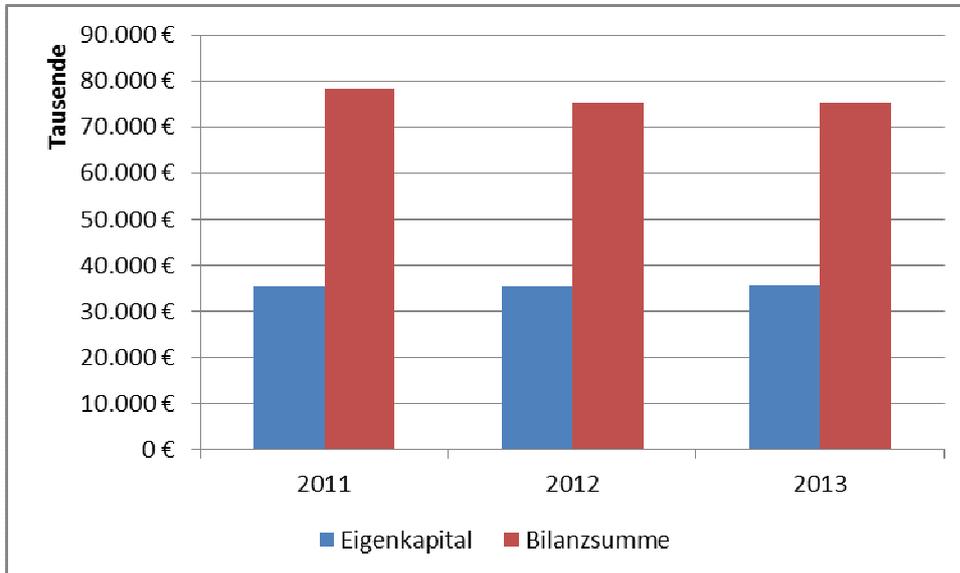
<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	13.976	13.012	13.992
II. Finanzanlagen	4.010	4.030	4.067
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	948	777	354
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.934	8.776	9.074
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	45.718	47.063	49.234
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.863	1.552	1.691
Bilanzsumme	75.449	75.210	78.412
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.600	11.600	11.600
II. Rücklagen	24.790	24.790	24.790
III. Gewinnvortrag	-957	-905	-182
IV. Jahresüberschuss	303	-52	-723
C. Rückstellungen	28.542	27.258	28.885
D. Verbindlichkeiten	10.762	12.008	13.581
E. Rechnungsabgrenzungsposten	409	511	461
Bilanzsumme	75.449	75.210	78.412

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	73.998	70.955	70.912
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	4.934	4.237	3.984
Gesamtleistung	78.932	75.192	74.896
Materialaufwand	-35.086	-35.531	-35.041
Personalaufwand	-31.572	-28.322	-28.964
Abschreibungen	-3.109	-3.334	-3.674
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.826	-7.332	-7.802
Betriebsergebnis	339	673	-585
Erträge aus Beteiligungen,	32	32	26
Erträge aus anderen Finanzanlagen	1	2	2
Sonstige Zinserträge	1.400	1.166	1.150
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.240	-920	-889
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen	532	953	-296
Außerordentliche Aufwendungen	-324	-981	-343
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6	-9	-2
Sonstige Steuern	101	-15	-82
Jahresergebnis	303	-52	-723

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	47,36%	47,11%	45,25%
Anlageintensität	23,84%	22,66%	23,03%
Liquidität 2. Grades	271,33%	266,81%	246,20%
Anlagedeckungsgrad 2	292,90%	304,05%	287,56%
Investitionen Zugang	4.260 T€	2.403 T€	3.187 T€
Anlagevermögen Abgang Abgang	-2.460 T€	-474 T€	-5.519 T€
Cashflow	4.267 T€	3.535 T€	3.378 T€
Eigenkapitalrentabilität	0,85%	-0,15%	-2,04%
Gesamtkapitalrentabilität	2,05%	1,15%	0,21%
Umsatzrentabilität	2,09%	1,22%	0,23%
Materialintensität	44,45%	47,25%	46,79%
Personalintensität	40,00%	37,67%	38,67%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Vollzeitstellen im Jahresdsurchschnitt	412,6	411,7	416,4
davon Auszubildende	13,3	12,7	11,8

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.9. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“
Riversplatz 1-9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1828,
E-Mail: hans-otto.gerhard@lkgi.de

Stiftungszweck und öffentlicher Zweck

Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie die Förderung des Umweltschutzes.

Die Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung soll z.B. verwirklicht werden

- durch die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften für Schüler außerhalb des Unterrichts;
- durch Anschaffung für den Schulunterricht zusätzlicher nützlicher Gegenstände;
- durch Erweiterung der naturwissenschaftlichen Sammlungen in Erziehungseinrichtungen; durch kindgerechte Gestaltung von Außenanlagen an Erziehungseinrichtungen;
- durch Unterrichtung von Schülern zum Thema Gesundheitsförderung im Rahmen des Unterrichts an Erziehungseinrichtungen
- durch Anschaffung von nicht zur Grundausstattung gehörenden Schülerversuchsgeräten

Die Förderung des Umweltschutzes soll z.B. verwirklicht werden durch Durchführung oder Unterstützung von Maßnahmen zu Steigerung der Energieeffizienz oder zur Reduzierung des CO₂ Ausstoßes an Schulen, sowie von Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energienutzung.

Über die Stiftung soll die Investitionstätigkeit im Rahmen der energetischen Nutzung der Dächer der kreiseigenen Liegenschaften umgesetzt werden.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Stiftungszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.
Gründung	29.06.2010
Satzung	29.06.2010
Vermögen	50.000,00 €
Anerkennung	Anerkennung durch Stiftungsurkunde vom 20.07.2010 durch das Regierungspräsidium Gießen
Steuerliche Verhältnisse	Laut vorläufiger Bescheinigung vom 29.12.2010 dient die Körperschaft nach der eingereichten Satzung ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 bis 68 AO.

Organe der Gesellschaft

Stiftungsvorstand

Der Stiftungsvorstand besteht aus je einem Vertreter der im Kreistag des Landkreises Gießen vertretenen Fraktionen/Gruppen.

Dr. Christiane Schmahl, Bündnis 90/Grünen Vorsitzende
Anita Schneider, Landrätin, SPD stellv. Vorsitzende

Dirk Oßwald, Erster Kreisbeigeordneter, FWG
Jan-Erick Walb, CDU
Harald Scherer, FDP
Denis Stephan, die Linke
Matthias Tampe-Haverkock, Piratenpartei

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat besteht aus den Mitgliedern des nach Hessischen Landkreisordnung zu bildenden Finanzausschusses des Kreistags des Landkreises Gießen

Matthias Klose Vorsitzende
Annette Bergen-Krause stellv. Vorsitzende
Stefan Bechthold

Peter Pilger
Karl-Heinz Schäfer
Heinz-Peter Haumann
Reinhard Peter
Klaus Peter Möller
Frank Ide
Erhard Reinl
Matthias Knoche
Geronimo Sanchez Miguel

Geschäftsführung

Hans-Otto Gerhard

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Einzahlung Vermögen Stiftung	0	0	0
Zahlung Vorlaufkosten (durchlaufende Posten, die in 2013 an Landkreis erstattet werden)	0	0	15.648,56 €
Sitzungsgeld (durchlaufende Posten, die in 2014 erstattet werden)	2.127,50 €	0	90,50 €
Liquiditätshilfe		60.000,00 €	
Einzahlungen			
Rückzahlung Liquiditätshilfe	60.000,00 €		
Zinsen Liquiditätshilfe	1.064,30 €		
Rückzahlung Vorlaufkosten	15.648,56 €		

Der Landkreis übernimmt gemäß Beschluss des Kreistages vom 13.12.2010, beschränkt auf den Zeitraum von maximal 20 Jahren eine Ausfallbürgschaft für alle Ansprüche, die der Sparkasse Gießen aus der Gewährung des Darlehens in Höhe von 125.000,00 Euro gegen die Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ gemäß der Schuldurkunde vom 16.04.2012 zustehen oder noch zustehen werden. Die Übernahme der Bürgschaft vom 02.05.2012 wurde am 11.10.2012 durch das Regierungspräsidium Gießen genehmigt.

Geschäftsentwicklung

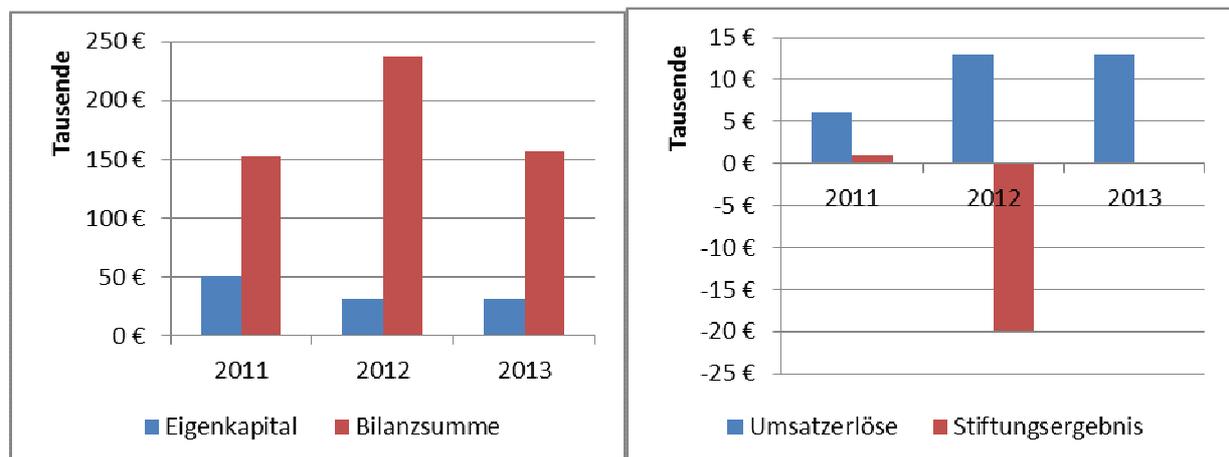
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	110	116	123
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24	45	30
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	23	76	0
Bilanzsumme	157	237	153
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stiftungskapital	50	50	50
II. Ergebnisrücklagen	0	0	0
III. Ergebnisvorträge	-19	1	
IV. Stiftungsergebnis	0	-20	
V. Mittelvortrag	0	0	1
B. Rückstellungen	0	4	2
C. Verbindlichkeiten	126	202	100
Bilanzsumme	157	237	153

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
A. Ideeller Bereich			
Verlust ideeller Bereich	0	-16	0
B. Ertragssteuerneutrale Posten			
Gewinn ertragsteuerneutrale Posten	0	1	0
C. Vermögensverwaltung			
Ertragsteuerfreie Einnahmen	13	13	6
Gesamtleistung Vermögensverwaltung	13	13	6
Abschreibungen	-6	-6	-3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7	-3	-1
Zinsaufwendungen	0	-9	-1
Verlust Vermögensverwaltung	0	-5	1
D. Stiftungsergebnis	0	-20	1
Einstellung in die freie Ergebnismrücklagen	0	0	0
E. Mittelvortrag	0	0	1

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	19,75%	13,08%	33,33%
Anlageintensität	70,06%	48,95%	80,39%
Liquidität 2. Grades	37,30%	58,74%	29,41%
Anlagedeckungsgrad 2	28,18%	26,72%	41,46%
Investitionen	0 T€	0 T€	125 T€
Cashflow	6 T€	-14 T€	4 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	0,00%	-64,52%	1,96%
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	-4,64%	1,31%
Umsatzrentabilität	0,00%	-78,57%	33,33%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



3.3. Natur, Tourismus und Kultur

3.3.1. Stadttheater Gießen GmbH

Stadttheater Gießen GmbH
Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon 0641/7957-0, Telefax 0641/7957-26,
E-Mail: intendanz@stadttheater-giessen.de
Internet: www.stadttheater-giessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweck des Unternehmens besteht in der Führung eines Mehrspartentheaters mit den Bereichen Schauspiel, Musiktheater und Tanz sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte sowie Kinder- und Jugendtheater im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.

Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien“ der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studenten beteiligt. Die Gesellschaft dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes an die Bevölkerung.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	31.03.1954
Satzung	Fassung vom 13.08.1993 i. V. m. Änderungsvertrag vom Mai 2012
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 95
Kapital	Stammeinlage 25.564,59 €
Gesellschafter	Stadt Gießen (80 % = 20.451,68 €), Landkreis Gießen (20 % = 5.112,92 €),
Steuerliche Verhältnisse	Die GmbH dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken und ist deshalb von Ertragssteuern befreit.
Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Gießen
Anita Schneider, Landrätin des Landkreises Gießen

Aufsichtsrat

Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Anita Schneider, Landrätin	stellv. Vorsitzende

Achim Baumbach, Amtsrat
Albert Zetzsche, Ministerialrat
Prof. Dr. Heinrich Brinkmann, Stadtrat
Dieter Gail, Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Ulrike Krautheim, Stadtverordnete
Gerhard Merz, Stadtverordneter
Gerhard Greilich, Stadtverordneter
Heiner Geißler, Stadtverordneter
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen
Burkhard Schirmer, Verein der Freunde des Stadttheaters Gießen e.V.
Stefan Becker, Vertreter des Landkreises Gießen
Andreas Münnich, Vorsitzender des Betriebsrats des Stadttheaters Gießen

Ein Entgelt wird für die Tätigkeit des Aufsichtsrates nicht gewährt.

Geschäftsführung

Cathérine Miville, Intendantin und Geschäftsführerin

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

In § 3 des Theatervertrages zwischen dem Land Hessen, der Stadt Gießen und dem Landkreis Gießen über den Betrieb des Stadttheaters verpflichten sich die Vertragspartner, die ab dem Haushaltsjahr 1990 nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebskosten gemeinsam zu tragen. Die vertraglichen Vereinbarungen führen zu Finanzierungsanteilen von 52 % des Landes, 40 % der Stadt und 8 % des Landkreises. Die Finanzierungsanteile der Stadt und des Kreises werden von diesen im Verhältnis der Geschäftsanteile (4/5 und 1/5) getragen. Dies bedeutet, dass auf den Landkreis 9,6 % (=1/5 von 48 %) und auf die Stadt 38,4 % (4/5 von 48 %) entfallen.

Ferner wurde am 04.06.2013 eine Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag ratifiziert. Mehrkosten durch Tarifsteigerungen werden i.H.v. mindestens 10% durch das Theater selbst getragen. 68 % der verbleibenden 90 % werden durch das Land und 32 % durch die Gesellschafter Stadt und Landkreis finanziert.

Eine Sonderregelung gilt laut Theatervertrag für das von der Stadt kostenfrei bereitgestellte Haupthaus. Die Kosten der Bauunterhaltung sowie die der notwendigen Ergänzungen und Erneuerungen der Bühnen- und Inneneinrichtung werden bis zur Grenze von 102.000 € von der Quotenregelung erfasst. Darüber hinausgehende Aufwendungen werden außerhalb der Quotenregelung des § 3 von der Stadt getragen.

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Zuschuss	1.288.144 €	1.257.460 €	1.231.060,00 €

Ansonsten bestanden in den Jahren 2013 - wie in den Jahren 2011 und 2012 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der Stadttheater Gießen GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Marburg WirtschaftsprüferIn: Achim Boller in 2013; Katja Möller in 2012 und 2011		
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	Ja	Ja

Geschäftsentwicklung

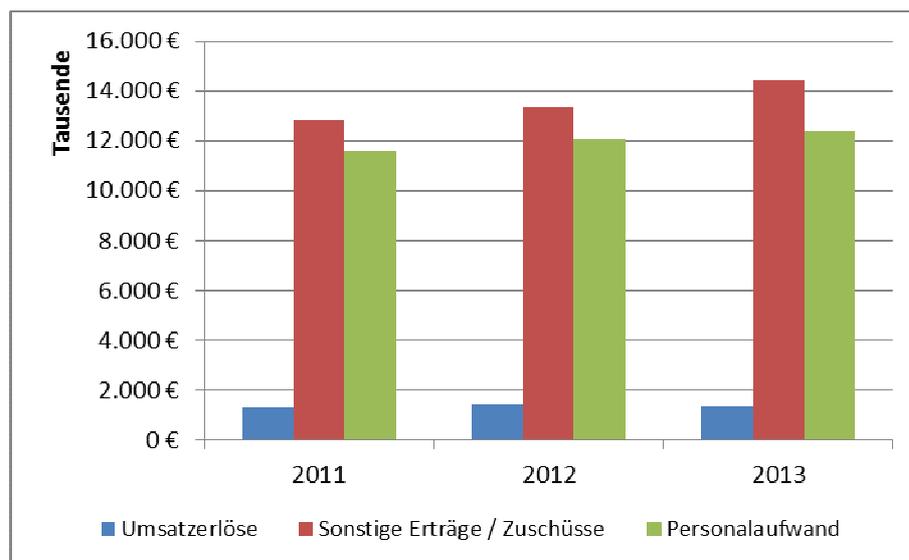
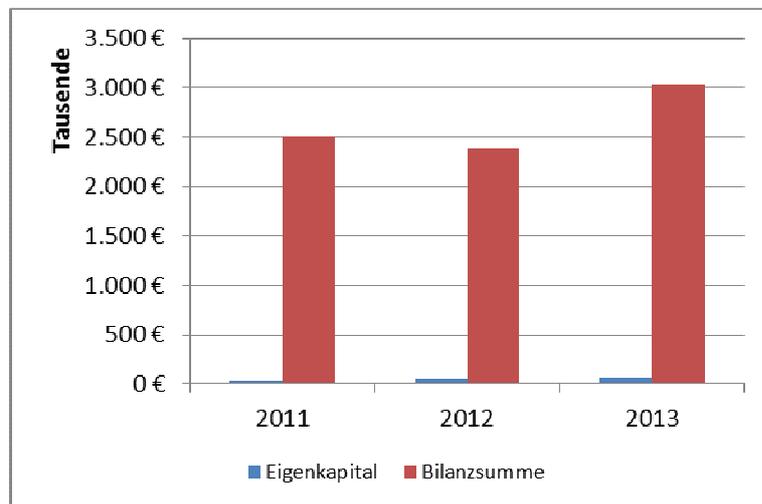
Bilanz des Unternehmens	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
AKTIVA			
A. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	208	203	230
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.996	1.305	1.330
III. Kassenbestände,	806	847	908
B. Rechnungsabgrenzungsposten	26	32	41
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Bilanzsumme	3.036	2.387	2.509
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklage	21	10	0
III. Verlustvortrag	0	0	-26
IV. Jahresüberschuss	10	11	36
B. Rückstellungen	1.771	1.402	1.385
C. Verbindlichkeiten	916	654	785
D. Rechnungsabgrenzungsposten	292	284	303
Bilanzsumme	3.036	2.387	2.509

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.352	1.404	1.311
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	14.397	13.356	12.827
Gesamtleistung	15.749	14.760	14.138
Materialaufwand	-1.822	-1.057	-955
Personalaufwand	-12.378	-12.050	-11.619
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.530	-1.637	-1.532
Betriebsergebnis	19	16	32
Erträge aus			
Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinserträge	4	9	16
Zinsaufwendungen	-13	-14	-12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	11	36
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	10	11	36

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	1,88%	1,97%	1,43%
Investitionen	413 T€	169 T€	267 T€
Cashflow	10 T€	11 T€	36 T€
Gesamtkapitalrentabilität	0,76%	1,05%	1,91%
Personalintensität	78,60%	81,64%	82,18%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
durchschnittliche Anzahl der Angestellten	155	163	155
durchschnittliche Anzahl der Arbeiter	53	51	53
Anzahl der Vorstellungen Großes Haus	216	222	214
Anzahl der Vorstellungen Studiobühne TiL	228	235	188

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH

Region Vogelsberg Touristik GmbH
Vogelsbergstraße 137a, 63679 Schotten
Telefon 06044 / 964848,
Telefax 06044 / 964849,
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Aufbau eines Servicecenters für Touristen, die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote, die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter, die Förderung der regionalen Kooperation, die Moderation regionaler Interessengruppen, die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination, die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg, das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert die touristische Vermarktung der Region. Ziel ist vor allem, den betriebswirtschaftlichen Erfolg für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen zu verbessern.

Ab dem 01.01.2009 wurde der Landkreis Gießen Gesellschafter an der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Ziel der Mitgliedschaft für den Landkreis Gießen ist die Unterstützung durch eine professionelle Vermarktungsorganisation, um die Wertschöpfung durch den Tourismus im Ostteil des Landkreises Gießen weiter zu erhöhen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH																		
Gründung	19.12.2001																		
Satzung	letzte Änderung am 19.11.2008 (Beschluss) bzw. am 24.03.2009 (Eintragung ins Handelsregister) <i>Nachrichtlich: Am 22.09.2014 erfolgte eine weitere Änderung.</i>																		
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 5746																		
Kapital	Stammkapital 144.250 € (150.750 € ab 22.09.2014)																		
Gesellschafter	<table><thead><tr><th><u>Gesellschafter</u></th><th><u>Anteil</u> %</th><th><u>Anteil</u> €</th></tr></thead><tbody><tr><td>Vogelsbergkreis</td><td>23,57</td><td>34.000</td></tr><tr><td>Wetteraukreis</td><td>14,73</td><td>21.250</td></tr><tr><td>Landkreis Gießen</td><td>6,93</td><td>10.000</td></tr><tr><td>Main-Kinzig-Kreis</td><td>3,47</td><td>5.000</td></tr><tr><td>Stadt Alsfeld</td><td>3,47</td><td>5.000</td></tr></tbody></table>	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> €	Vogelsbergkreis	23,57	34.000	Wetteraukreis	14,73	21.250	Landkreis Gießen	6,93	10.000	Main-Kinzig-Kreis	3,47	5.000	Stadt Alsfeld	3,47	5.000
<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> €																	
Vogelsbergkreis	23,57	34.000																	
Wetteraukreis	14,73	21.250																	
Landkreis Gießen	6,93	10.000																	
Main-Kinzig-Kreis	3,47	5.000																	
Stadt Alsfeld	3,47	5.000																	

Gesellschafter
(Fortsetzung)

<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> €
Gemeinde Antrifftal	0,17	250
Gemeinde Birstein	0,35	500
Gemeinde Echzell	0,17	250
Stadt Gedern	1,91	2.750
Gemeinde Feldatal	0,35	500
Gemeinde Freiensteinau	0,69	1.000
Gemeinde Gemünden (Feldatal)	0,17	250
Gemeinde Glauburg	0,17	250
Gemeinde Grebenhain	3,81	5.500
Stadt Grebenau	0,17	250
Stadt Herbstein	2,77	4.000
Gemeinde Hirzenhain	0,17	250
Stadt Homberg/Ohm	1,39	2.000
Stadt Hungen	0,69	1.000
Stadt Kirtorf	0,17	250
Stadt Laubach	3,12	4.500
Kreisstadt Lauterbach	2,77	4.000
Gemeinde Lautertal	0,17	250
Stadt Büdingen	2,25	3.250
Stadt Grünberg	3,12	4.500
Stadt Nidda	8,84	12.750
Stadt Ortenberg	0,69	1.000
Gemeinde Ranstadt	0,17	250
Stadt Romrod	0,17	250
Stadt Ulrichstein	2,25	3.250
Stadt Schlitz	1,04	1.500
Stadt Schotten	2,08	3.000
Gemeinde Schwalmtal	0,17	250
Gemeinde Wartenberg	0,17	250
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	1,04	1.500
IHK Gießen-Friedberg	1,73	2.500
HoGa Hotel- und Gaststätten-Verband Vogelsberg e.V.	1,73	2.500
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1,04	1.500
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	2,08	3.000

*Nachrichtlich: Neue Gesellschafter ab 22.09.2014
Gemeinde Mücke mit Stammeinlage von 1.500 €
Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V. mit Stammeinlage von 5.000 €*

**Steuerliche
Verhältnisse**

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH ist als Kapitalgesellschaft unbeschränkt körperschafts-, umsatz- und gewerbesteuerpflichtig. Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Fulda unter der Steuernummer 018 242 01638 geführt. Bisher fand keine steuerliche Außenprüfung statt.

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Manfred Göring, Landrat Vogelsbergkreis Vorsitzender
Joachim Arnold, Landrat Wetteraukreis stellv. Vorsitzender

Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vertreter/in des Gesellschafters Vogelsbergkreis. Stellvertretende/r Vorsitzende/r ist der/die Vertreter/in des Wetteraukreises (§ 7, 1 Gesellschaftsvertrag).

Aufsichtsrat

Manfred Göring, Landrat Vogelsbergkreis Vorsitzender
Joachim Arnold, Landrat Wetteraukreis stellv. Vorsitzender

Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen
Susanne Schaab, Bürgermeisterin Schotten, für die Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis ab 14.11.2013
Manfred Dickert, Bürgermeister Grebenhain, für die Städte / Gemeinden Vogelsbergkreis bis 13.11.2013
Freddy Kammer, Bürgermeister Hirzenhain, für die Städte / Gemeinden Wetteraukreis
Peter Klug, Bürgermeister Laubach, für die Städte / Gemeinden Landkreis Gießen
Dr. Frank Wendzinski, Geschäftsführer IHK Gießen-Friedberg
Ulrich Roth, 1. Vorsitzender HOGA Vogelsbergkreis e.V.
Hubert Straub, 1. Vorsitzender Pro Vogelsberg Touristik e.V.
Armin Klein, Geschäftsführer VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen

Geschäftsführerin

Roger Merk, Schotten ab 29.11.2013
Uta Nebe, Laubach bis 29.11.2013

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführerin unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Neben der Stammeinlage ist jährlich ein Zuschuss zu entrichten. Der Zuschuss berechnet sich wie folgt: 0,15 € pro Einwohner und pro Übernachtung, mindestens 600 €. Bezogen auf die Städte Grünberg, Hungen und Laubach und auf Basis der amtlichen Statistik für das Jahr 2010 beträgt der Zuschuss für den Landkreis Gießen für die Jahre 2012 bis 2014 25.847 € per anno. Anpassungen erfolgen im 3-Jahresrhythmus, die nächste mit Wirkung für das Jahr 2015.

Es bestanden im Jahr 2013 keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Region Vogelsberg Touristik GmbH nicht bestellt.

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Zuschuss	25.847	25.847 €	25.778 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2013	2012	2011
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		RG TREUHAND Revisionsgesellschaft GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

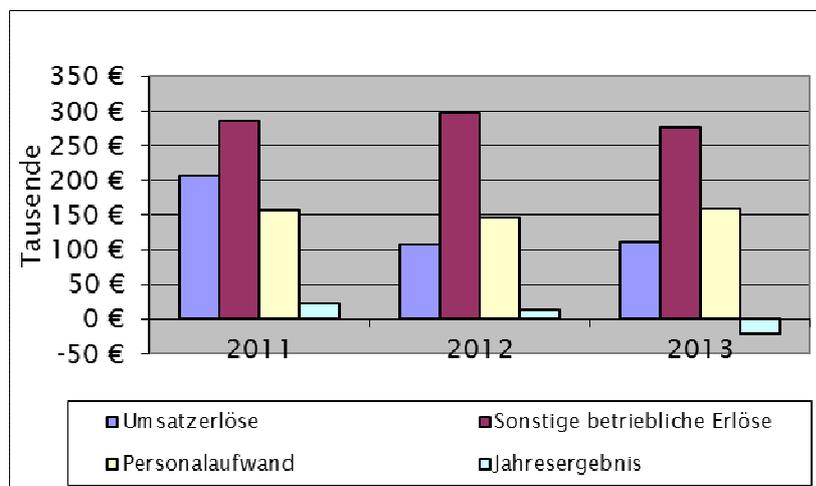
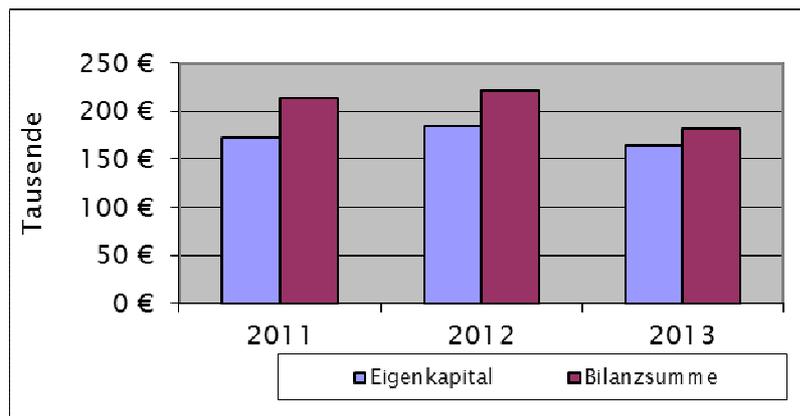
<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2013 T€	2012 T€	2011 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	10	9	8
II. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	5	4	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	4	11
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	164	202	188
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	5
Bilanzsumme	182	222	214
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	144	144	144
II. Gewinnvortrag	42	28	6
III. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-22	13	22
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	0	0	0
C. Rückstellungen	13	24	31
D. Verbindlichkeiten	5	13	11
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	182	222	214

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	112	108	207
Bestandsveränderungen	0	0	-1
Sonstige betriebliche Erträge	278	298	286
Gesamtleistung	390	406	492
Materialaufwand	-73	-77	-160
Personalaufwand	-159	-147	-157
Abschreibungen	-3	-4	-4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-178	-166	-152
Betriebsergebnis	-23	12	19
Sonstige Zinserträge	1	2	3
Zinsaufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-22	14	22
Jahresergebnis	-22	13	22

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	90,11%	83,33%	80,37%
Anlageintensität	5,49%	4,05%	3,74%
Liquidität 2. Grades	927,78%	564,86%	485,71%
Anlagedeckungsgrad 2	1640,00%	2055,56%	2150,00%
Investitionen	5 T€	6 T€	0 T€
Cashflow mit Berücksichtigung Gesellschafterleistung	19 T€	17 T€	26 T€
Cashflow ohne Berücksichtigung Gesellschafterleistung	-287,3 T€	-251,7 T€	-233 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-13,41%	7,03%	13,02%
Gesamtkapitalrentabilität	-12,09%	5,86%	10,47%
Umsatzrentabilität	-19,64%	12,04%	10,82%
Materialintensität	18,72%	18,97%	32,45%
Personalintensität	40,77%	36,21%	31,85%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Arbeitsnehmer im Jahresdurchschnitt in Vollzeitstellen	4,3	4	4

Graphische Darstellung



Lagebericht 2013

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3.3. Wasserverband Nidda

Wasserverband Nidda
Leonhardstraße 7 , 61169 Friedberg / Hessen
Telefon 06031/83-7100, Telefax 06031/83-7104
E-Mail: info@wasserverband-nidda.de
Home: http://www.wasserverband-nidda.de

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Ausbau und Unterhaltung der Nidda vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster) und Lich (OT Ober-Bessingen) sowie ab 01.01.2012 des **Eichelbachs** von der Mündung in die Nidda bis zur unteren Bebauungsgrenze Schotten/Breungeshain, jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient dem Hochwasserschutz und der Gewässerunterhaltung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Wasserverband		
Gründung	1961		
Satzung	i. F. vom 29.11.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 18.01.2011 mit Wirkung zum 01.12.2012 (StAnz. 41/2011)		
Mitglieder	<u>Landkreise</u> Landkreis Gießen Wetteraukreis Vogelsbergkreis	<u>Städte</u> Frankfurt/Main Bad Nauheim Bad Vilbel Butzbach Florstadt Friedberg Karben Lich Münzenberg Nidda Niddatal Schotten	<u>Gemeinden</u> Ranstadt Rockenberg Wöllstadt

Beteiligungen

Jedes Mitglied verfügt über einen Anteil von 5,55%.

Keine

Organe des Wasserverbandes

Verbandsversammlung, (18 Vertreter)

Vertreter Landkreis Gießen

Elke Högy Kreistagsabgeordnete

Verbandsvorstand (14 Personen)

Joachim Arnold, Landrat Wetteraukreis

Heinz Becker Kreistagsabgeordneter

Landkreis Gießen stellvertretender Verbandsvorsteher

Ulrich Madeisky, Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis

Andreas Friedrich, Stadtrat Bad Nauheim

Dr. Thomas Stöhr, Bürgermeister Stadt Bad Vilbel

Herbert Unger, Bürgermeister Stadt Florstadt

Werner Kristeller, Ltd. Baudirektor Stadt Frankfurt

Peter Ziebarth, 1. Stadtrat Stadt Friedberg

Guido Rahn, Bürgermeister Stadt Karben

Bernd Klein, Bürgermeister Stadt Lich

Hans-Peter Seum, Bürgermeister Stadt Nidda

Dr. Bernhard Hertel, Bürgermeister Stadt Niddatal

Cäcilia Reichert-Dietzel, Bürgermeisterin Gemeinde Randstadt

Susanne Schaab, Bürgermeisterin Stadt Schotten

Geschäftsstelle

Stefan Gottbehüt, Geschäftsführer

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2013 – wie auch in den Vorjahren 2011 und 2012 – keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Wasserverbandes Nidda nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnungen des Wasserverbandes werden durch die Revision des Wetteraukreises geprüft.

Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2009 wird der erste doppische Jahresabschluss erstellt. Dieser liegt zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor.

Ergebnishaushalt	Soll 2013	Soll 2012	Soll 2011
	T€	T€	T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	12	12	12
Kostenersatzleistungen und -Erstattungen	143	133	128
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	1.405	1.405	1.355
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	88	88	88
Erträge aus Auflösung von Sonderposten für Investitionszuwendungen, -zuschüssen, -sonstige ordentliche Erträge	819	473	377
	34	34	37
Summe der ordentlichen Erträge	2.501	2.145	1.997
Personalaufwendungen	-343	-314	-309
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-643	-634	-659
Abschreibungen	-1.037	-647	-492
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, sonstige besondere Finanzausgaben	-82	-80	-72
sonstige ordentliche Aufwendungen	-1	-1	-1
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.106	-1.676	-1.533
Verwaltungsergebnis	395	469	464
Finanzerträge	1	1	6
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-240	-297	-303
Finanzergebnis	-239	-296	-297
Ordentliches Ergebnis	156	173	167
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	156	173	167

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter (ohne Aushilfen)	9	9	8

3.3.4. Zweckverband Naturpark Taunus

Zweckverband Naturpark Taunus,
Hohemarkstr.192, 61440 Oberursel (Taunus)
Telefon 06171/97907-0, Telefax 06171/97907-11
e-mail: info@naturpark-taunus.de
Internet: www.naturpark-hochtaunus.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Förderung des Naturparks Taunus, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes, mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband																																
Gründung	1962																																
Satzung	Fassung mit Gültigkeit ab 01.01.2013																																
Mitglieder	<table><thead><tr><th></th><th><u>Anteil an Umlage ab 2013</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>Hochtaunuskreis</td><td>38,22%</td></tr><tr><td>Lahn-Dill-Kreis</td><td>6,11%</td></tr><tr><td>Landkreis Limburg-Weilburg</td><td>6,11%</td></tr><tr><td>Main-Taunus-Kreis</td><td>32,8%</td></tr><tr><td>Wetteraukreis</td><td>7,61%</td></tr><tr><td>Landkreis Gießen</td><td>1,53%</td></tr><tr><td>Stadt Frankfurt/Main</td><td>7,61%</td></tr></tbody></table> <table><thead><tr><th></th><th><u>Anzahl Vertreter</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>Hochtaunuskreis</td><td>11</td></tr><tr><td>Lahn-Dill-Kreis</td><td>2</td></tr><tr><td>Landkreis Limburg-Weilburg</td><td>2</td></tr><tr><td>Main-Taunus-Kreis</td><td>9</td></tr><tr><td>Wetteraukreis</td><td>3</td></tr><tr><td>Landkreis Gießen</td><td>1</td></tr><tr><td>Stadt Frankfurt/Main</td><td>3</td></tr></tbody></table>		<u>Anteil an Umlage ab 2013</u>	Hochtaunuskreis	38,22%	Lahn-Dill-Kreis	6,11%	Landkreis Limburg-Weilburg	6,11%	Main-Taunus-Kreis	32,8%	Wetteraukreis	7,61%	Landkreis Gießen	1,53%	Stadt Frankfurt/Main	7,61%		<u>Anzahl Vertreter</u>	Hochtaunuskreis	11	Lahn-Dill-Kreis	2	Landkreis Limburg-Weilburg	2	Main-Taunus-Kreis	9	Wetteraukreis	3	Landkreis Gießen	1	Stadt Frankfurt/Main	3
	<u>Anteil an Umlage ab 2013</u>																																
Hochtaunuskreis	38,22%																																
Lahn-Dill-Kreis	6,11%																																
Landkreis Limburg-Weilburg	6,11%																																
Main-Taunus-Kreis	32,8%																																
Wetteraukreis	7,61%																																
Landkreis Gießen	1,53%																																
Stadt Frankfurt/Main	7,61%																																
	<u>Anzahl Vertreter</u>																																
Hochtaunuskreis	11																																
Lahn-Dill-Kreis	2																																
Landkreis Limburg-Weilburg	2																																
Main-Taunus-Kreis	9																																
Wetteraukreis	3																																
Landkreis Gießen	1																																
Stadt Frankfurt/Main	3																																
Beteiligungen	Keine																																

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (31 Mitglieder)

Kristina Paulenz, Wetteraukreis
Reinhold Ketter, Landkreis Limburg-Weilburg
Hartmut Müller, Lahn-Dill-Kreis

Vorsitzende
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Vertreter des Landkreises Gießen

Gerald Dörr
Martin Hanika (Stellvertreter)

Verbandsvorstand

Ulrich Krebs, Landrat, Hochtaunuskreis
Hans- Jürgen Hielscher, Main-Taunus-Kreis

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Bardo Bayer, Kreisbeig., Wetteraukreis
Wolfgang Hofmann, Lahn-Dill-Kreis
Margot Schäfer, Lahn-Dill-Kreis
Karl-Heinz Stoll, Kreisbeig., Kreis Limburg/Weilburg
Anita Schneider, Landrätin, Landkreis Gießen
Klaus Wichert, Stadt Frankfurt

bis 22.02.2013, ab 05.09.2013
ab 23.02.2013 bis 04.09.2013

Der Verbandsvorstand besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden der Verwaltungsorgane der Verbandmitglieder oder an deren Stelle aus von einzelnen Verbandmitgliedern hierzu besonders benannten Vertretern. Verbandsvorsitzender ist das dem Hochtaunuskreis angehörende Vorstandsmitglied. Er leitet die Vorstandssitzungen. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden ist das dem Main-Taunus-Kreis angehörende Vorstandsmitglied.

Geschäftsstellenleiter

Uwe Hartmann

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Verbandsumlage	5.300,00 €	5.200,00 €	5.100,00 €

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes Naturpark Taunus nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnungen des Zweckverbandes werden von den Rechnungsprüfungsämtern der Verbandsmitglieder jährlich wechselnd in der Reihenfolge in der diese in § 6 der Satzung genannt sind geprüft.

Die vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreis Limburg-Weilburg geprüfte Jahresrechnung 2013 wurde in der Verbandsversammlung am 24.11.2014 beschlossen.

Geschäftsentwicklung

Bilanz	2013 T€	2012 T€	2011 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	3.454	3.546	3.614
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte und Bestand Publikationen	6	9	13
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45	110	264
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	121	133	144
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	9	3
Summe Aktiva	3.633	3.807	4.038
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Nettoposition	113	113	113
Ergebnisvortrag	14	14	19
Jahresüberschuss	0	0	-5
B. Sonderposten	1.475	1.543	1.543
C. Rückstellungen	49	57	77
D. Verbindlichkeiten	1.977	2.074	2.275
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5	6	16
Summe Passiva	3.633	3.807	4.038

Ergebnisrechnung	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	307	281	178
Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	38	24	18
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	21	1	10
Erträge aus Transferleistungen	0	0	0
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	456	434	414
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	68	67	45
sonstige ordentliche Erträge	21	50	62
Summe der ordentlichen Erträge	911	857	727
Personalaufwand	-390	-348	-331
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-294	-304	-262
Abschreibungen	-142	-145	-113
sonstige ordentliche Aufwendungen	-25	-6	-3
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-851	-803	-709
Verwaltungsergebnis	60	54	18
Finanzerträge	1	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-62	-62	-51
Finanzergebnis	-61	-62	-49
Ordentliches Ergebnis	-1	-8	-31
Außerordentliches Ergebnis	1	8	26
Jahresergebnis	0	0	-5

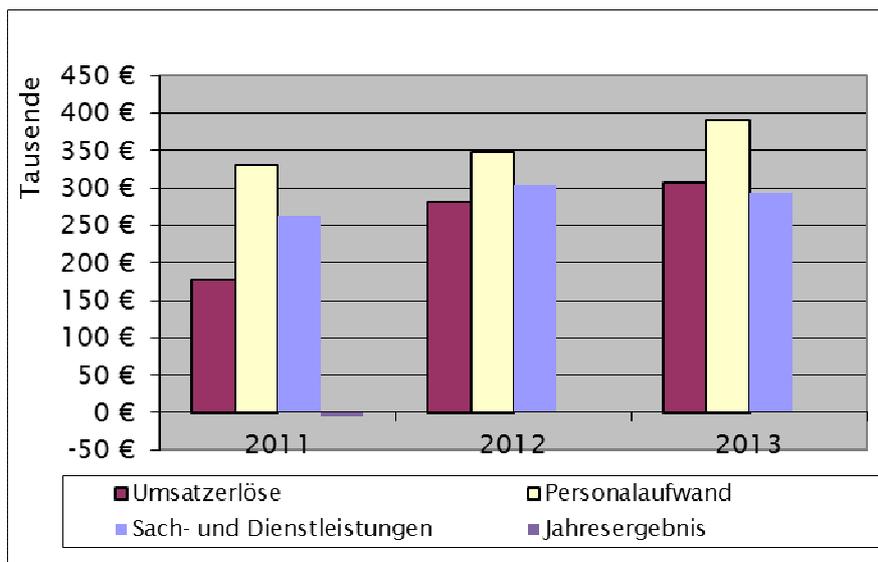
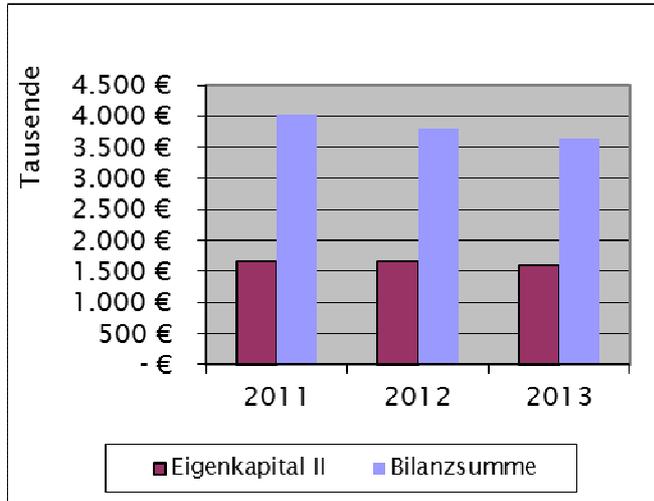
Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I	3,50%	3,34%	3,15%
Eigenkapitalquote II	44,10%	43,87%	41,36%
Anlageintensität	95,07%	93,14%	89,50%
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	0,00%	0,00%	-0,30%
Gesamtkapitalrentabilität	1,71%	1,63%	1,14%
Personalintensität	42,81%	40,61%	45,53%
Materialintensität	32,27%	35,47%	36,04%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	8	8	8

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung



3.3.5. Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg
Karl-Weber-Straße 2, 63679 Schotten
Telefon 06044/2631
Telefax 06044/987465
E-mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert im „Naturpark Hoher Vogelsberg“ den Natur- und Landschaftsschutz. Sein Ziel ist es, dieses Erholungsgebiet zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Zweckverband wird daneben den Fremdenverkehr fördern, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen. Er setzt sich für die Verwirklichung der Grundsätze des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes ein.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck gem. §3 „Aufgaben“ der Verbandssatzung. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform

Zweckverband

Gründung

1957

Satzung

Neufassung vom 16.01.2008

Mitglieder

<u>Mitglied</u>	<u>Anzahl Vertreter</u>	<u>Anteil gemäß</u>	<u>Anteil an</u>
	<u>in Verbands-</u>	<u>Stimmverteilung</u>	<u>Umlage</u>
	<u>versammlung</u>		
Vogelsbergkreis	8	34,75 %	42,1 %
Landkreis Gießen	2	8,7 %	11,1 %
Wetteraukreis	2	8,7 %	10,4 %
Stadt Schotten	1	4,35 %	13,3 %
Gemeinde Grebenhain	1	4,35 %	5,1 %
Stadt Ulrichstein	1	4,35 %	4,4 %
Stadt Laubach	1	4,35 %	4,0 %
Stadt Gedern	1	4,35 %	3,0 %
Stadt Herbststein	1	4,35 %	2,1 %
Gemeinde Lautertal	1	4,35 %	2,0 %
Gemeinde Freiensteinau	1	4,35 %	0,6 %
Stadt Nidda	1	4,35 %	0,6 %
Gemeinde Hirzenhain	1	4,35 %	0,4 %
Gemeinde Birstein	1	4,35 %	0,9 %

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (23 Vertreter)

Claudia Blum, Vogelsbergkreis

Dr. Jens Mischak, Vogelsbergkreis

Vorsitzender

stellv. Vorsitzende

Vertreter Landkreis Gießen

Ingrid Albert, Landkreis Gießen

Elisabeth Langwasser, Landkreis Gießen

Verbandsvorstand

Manfred Görig, Landrat

Susanne Schaab, Bürgermeisterin

Vorsitzender

stellv. Vorsitzende

Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen

Joachim Arnold, Landrat Wetteraukreis

Heiko Stock, Bürgermeister Lautertal

Beirat

Gerold Beckmann

Peter Rudel

DVG Fachsektion Vogelsberg

Fachbereich Regionalentwicklung und

Umwelt Wetteraukreis

bis 2014

Hartmut Greb

Dr. Berndt Ott

Joachim Schönfeld

Sebastian Strang

Karl-Heinz Zobich

Roger Merk

Uta Neebe

Jürgen Klein

Geopark Vogelsberg

Hessisches Forstamt Schotten

Naturschutzgroßprojekt

Naturschutzgroßprojekt

Vertreter des NABU-Kreisverbandes Vogelsberg

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsberger Höhen Club e.V.

bis 2013

ab 2013

ab 11/2013

bis 11/2013

ab 10/2013

bis 10/2013

Nachrichtlich:

Dr. Johannes Fertig

Fachbereich Regionalentwicklung und

Umwelt, Wetteraukreis

ab 2014

Geschäftsführer

Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Verbandsumlage	13.828,00 €	13.491,00 €	13.344,00 €
Zuschuss Lichtloipe	60,00 €	60,00 €	60,00 €

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnungen des Zweckverbandes werden durch das Revisionsamt des Vogelsbergkreises geprüft.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens

	2012* T€	2011 T€
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	688	328
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14	1
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	46	85
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	748	414
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
Nettoposition	169	169
Sonderrücklagen	11	11
Ergebnisvortrag	29	16
Jahresüberschuss	13	13
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	500	185
C. Verbindlichkeiten	26	20
Bilanzsumme	748	414

Ergebnishaushalt	Soll 2013 T€	2012* T€	2011 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2	5	2
Kostensatzleistungen und -Erstattungen	42	89	39
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	124	121	120
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	93	94	99
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	35	23	10
sonstige ordentliche Erträge	8	15	21
Summe der ordentlichen Erträge	304	347	291
Personalaufwendungen	-157	-158	-156
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-96	-153	-100
Abschreibungen	-50	-33	-22
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1	0	0
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-304	-344	-278
Verwaltungsergebnis	0	3	13
Finanzerträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Finanzergebnis	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	0	3	13
Außerordentliches Ergebnis	0	10	0
Jahresergebnis	0	13	13

* Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 wurde vom Vorstandsvorstand am 18.07.2014 aufgestellt. Das Revisionsamt des Vogelsbergkreises wurde mit der Revision beauftragt.

Kennzahlen

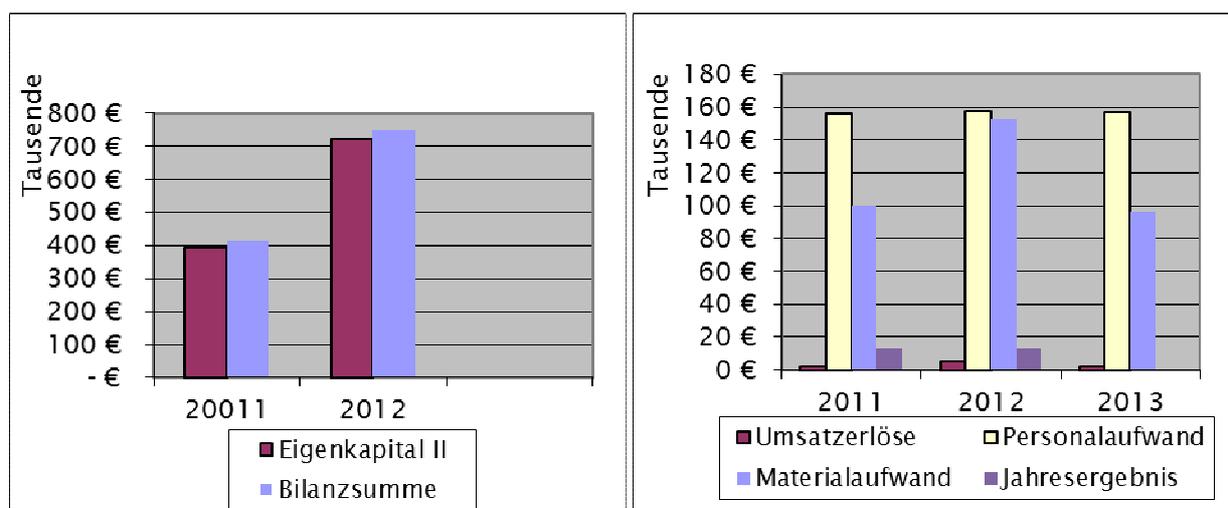
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote I		29,68%	50,48%
Eigenkapitalquote II		96,52%	95,17%
Anlageintensität		91,98%	79,23%
Liquidität 2. Grades		230,77%	430,00%
Anlagedeckungsgrad 2		104,94%	120,12%
Investitionen		393 T€	62,00
Cashflow		46 T€	35 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)		1,80%	3,30%
Gesamtkapitalrentabilität		1,74%	3,14%
Materialintensität	31,58%	44,09%	34,36%
Personalintensität	51,64%	45,53%	53,61%

Sonstige Kennzahlen	2013	2012	2011
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt (ohne Aushilfen)	2,5	2,5	2,5

* Eigenkapital II: Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Daneben ist vom Landesbetrieb Hessen-Forst ein Beamter der Bes. Gr. A 12 als Geschäftsführer zu 100% abgestellt.

Graphische Darstellung



Jahresbericht 2013 der Geschäftsstelle Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Ein Auszug aus dem Jahresbericht ist im Anhang enthalten.

4. Sonstige Mitgliedschaften und Stiftung
4.1.Sonstige Mitgliedschaften
4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften

Produkt: Organisation und Dokumentation der politischen Willensbildung (Stabsstelle Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Rat der Gemeinden und Regionen Europas e.V.	Stärkung eines vereinten und starken Europas, dass sich auf die lokale und regionale Selbstverwaltung und die Demokratie stützt	1.296,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	Ausbau und Pflege der kommunalen Selbstverwaltung	126.452,00 €
Verein für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.	Interkultureller Austausch und die Verständigung der in Gießen lebenden In- und Ausländer	32,00 €
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) – Landesausländer/innenbeirat e.V.	Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Situation der Migranten in Hessen, Förderung von Integration	204,52 €
„save-me-giessen“	Initiative verschiedener Flüchtlingsinitiativen sowie von Städten und Gemeinden. Vereinszweck ist die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-Programmen des UNHCR	beitragsfrei

Produkt: Revision (Organisationseinheit Revision)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
IDR - Institut der Rechnungsprüfer e.V. Spichernstr. 73, 50672 Köln	Unterstützung und Beratung der Rechnungsprüfer bei Fragen der öffentlichen Rechnungsprüfung, Verbesserung der Qualität sowie systematischer Erfahrungsaustausch zur Weiterentwicklung einer modernen Rechnungsprüfung etc.	50.00 €

Produkt: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann (Stabsstelle Kreisfrauenbüro)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros.	Selbstorganisation der kommunalen Frauenbeauftragten Hessens. Frauenbüros in den Kommunen erfüllen den gesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.	70,00 €

Produkt: Kreisarchiv

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Oberhessischer Geschichtsverein e. V.	Förderung der Heimatpflege	Beitragsfrei
Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.	Der Verband nimmt als Berufs- und Fachverband die Interessen des deutschen Archivwesens wahr und setzt sich dafür ein, dass seine Mitglieder ihre Dienstleistungen für die Gesellschaft und die Forschung erbringen können.	120,00 €
Historischer Verein für Hessen e. V.	Interesse wecken und Verständnis vermitteln für die Geschichte des heutigen Landes Hessen	30,00 €

Produkt: Personalservice (FachdienstPersonal)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten der Verbandsmitglieder; Abschluss von Tarifverträgen, Beratung in tarifrechtlichen Angelegenheiten	5.469,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)	Unterstützung bei der Führung, Steuerung und Organisation der Kommunalverwaltung	6.668,40 €

Produkt: Personalentwicklung Fachdienst Personal- und Organisationsentwicklung)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Hessischer Verwaltungsschulverband	Förderung und Bildung der Beschäftigten der Mitglieder	16.045,77 €

Produkt: Kreiskasse (Fachdienst Kreiskasse)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2012
Fachverband der Kommunal-kassenverwalter e. V.	Fachliche Beratung und Weiterbildung der Mitglieder	50,00 €

Produkt: Brandschutz (Fachdienst Gefahrenabwehr)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes	Förderung der wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Gefahrenabwehr für mehr Sicherheit in Bezug auf den Brandschutz, die technische Hilfeleistung, den Umweltschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz.	110,00 €

Produkt: Kreisvolkshochschule (Organisationseinheit Kreisvolkshochschule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Hessischer Volkshochschulverband e. V.	Vertretung der Volkshochschulen in Hessen ; Qualitätssicherung, fachliche Beratung, vhs spezifische Fortbildungsangebote	4.4178,20 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend und Soziales (Fachbereich Jugend, Soziales und Familien)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Förderung der sozialen Arbeit	910,95 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Ausbau berufsvormundschaftlicher Einrichtungen, Entwicklung der Kinderfürsorge	2.271,00 €
Hessischer Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	Förderung von Körperbehinderten	51,13 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Soziales (Fachdienst Soziales und Senioren)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Förderung von Maßnahmen und Einrichtung für Menschen mit Behinderung	51,13 €
Deutscher Kinderschutzbund e.V. Gießen	Förderung des Kinderschutzes – Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend, Soziales und Familien	100,00 €

Produkt: Jugendförderung (Fachdienst Familien, Inklusion, Demografie)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Landesfilmdienst e.V. (Institut für Medienpädagogik und Kommunikation)	Förderung der medienpädagogischen Bildung	beitragsfrei
Deutsche Jugendherbergswerk e.V.	Träger der Jugendherbergen	500,00 €

Produkt: Maßnahmen der Gesundheitspflege (Fachdienst Gesundheitsamt)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e. V.	Förderung der Gesundheit der hessischen Bevölkerung	511,29 €
Gesunde-Städte-Netzwerk	Aktions- und Leminstrument mit dem die Arbeit vor Ort im Sinne der „Gesunde Städte“-Konzeption der WHO unterstützt werden soll.	500,00 €
MRE (Multiresistente Erreger)-Netz Mittelhessen und Förderverein MRE-Netz Mittelhessen	Plattform, über die der Informationsaustausch, Fortbildungen und bedarfsgerecht praktische Hilfestellungen angeboten werden. Zielsetzung ist, die steigende Zahl von Infektionen durch multiresistente Erreger zu bekämpfen und Patienten besser zu schützen. Das Land Hessen hat die Initiative mit 24.000 € unterstützt.	beitragsfrei

Produkt: Sportförderung (Fachdienst Schule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	Förderung des Sports	55,00 €

Produkt: Abfallwirtschaft (Fachdienst Abfallwirtschaft)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Bundesgütegemeinschaft Kompost e. V.	Gütesicherung von Komposten und Gärprodukten sowie die Schaffung der dafür erforderlichen Voraussetzungen und Instrumente	511,00 €

Produkt: Wasser- und Bodenschutz (Fachdienst Wasser- und Bodenschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) - Bundesverband	Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserwirtschaft	423,00 €

Produkt: Naturschutz (Fachdienst Naturschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Naturlandstiftung Hessen e.V. Kreisverband Gießen	Vernetzung biologisch wertvoller Lebensräume	511,29 €
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.	Erhaltung und Schaffung naturnaher Landschaftsräume	3.100,00 €

Produkt Wirtschaftsförderung und Tourismus (Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Strukturentwicklung und Tourismus)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2013
Lahntal Tourismusverband e.V.	Förderung und Entwicklung des Wirtschaftszweiges Tourismus in der Region	31.355,42 €
Regionalmanagement „Mitte Hessen“ e.V.	Regionalförderung	20.000,00 €
Region Gießener Land e.V.	Zusammenarbeit der Mitglieder in der Region Giessener Land und die enge Verknüpfung von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Bildung, Kultur und Sozialem zur zukunftsorientierten nachhaltigen Entwicklung der Region. Lokale Arbeitsgruppe im Sinne des LEADER-Ansatzes.	Mitgliedsbeitrag 150,00 € Förderbeitrag 20.000,00 €
Mittelhessischer Bildungsverband e.V.	Förderung der beruflichen Bildung Benachteiligter im Raum Mittelhessen	beitragsfrei

4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitgliedschaften

4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen

Region GießenerLand e.V. –
Regionalentwicklung im Landkreis Gießen
Kerkraderstrasse 11
35394 Gießen
Telefon 0641 / 97 19 55 30
E-Mail: region@giessenerland.de
Internet: www.giessenerland.de



Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Zweck des Vereins ist die Zusammenarbeit der Mitglieder in der Region Gießener Land und die enge Verknüpfung von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Bildung, Kultur und Sozialem zur zukunftsorientierten nachhaltigen Entwicklung der Region. Er fungiert dabei als Lokale Aktionsgruppe (LAG) im Sinn des LEADER-Ansatzes. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen, entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und durch Presseveröffentlichungen sowie durch Förderung von Initiativen und Veranstaltungen. Der Verein unterstützt Projekte zur ländlichen Entwicklung, welche Bestandteil des gebietsbezogenen integrierten Entwicklungskonzeptes sind.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e.V.
Gründung	27.02.2008
Satzung	27.02.2008
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf /Lda. Gemeinde Biebental Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Grünberg Gemeinde Heuchelheim Stadt Hungen Gemeinde Langgöns Stadt Laubach

**Mitglieder
(Fortsetzung)**

Stadt Lich
Stadt Linden
Stadt Lollar
Stadt Pohlheim
Gemeinde Rabenau
Gemeinde Reiskirchen
Stadt Staufenberg
Gemeinde Wettenberg
Sparkasse Gießen
Sparkasse Grünberg
Volksbank Heuchelheim eG
Volksbank Mittelhessen eG
Kreishandwerkerschaft Gießen
TIG GmbH
AG der Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg
ZAUG gGmbH
Institut der Geographie J-L-Universität Gießen
Evangelische Kirchengemeinde Harbach
Kreisbauernverband Gießen-Wetzlar
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.
A.C. Consult
Freundeskreis Gailscher Park e.V.
A & O-Route Gießen
SPD-Kreistagsfraktion
Bezirkslandfrauenverband Gießen
Förderverein Lokale Agenda 21 e.V.
Freundeskreis Busecker Schloßpark e.V.
Dünsbergverein

17 Privatmitglieder

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme.

Vorstand

Kurt Hillgärtner, Bürgermeister	Vorsitzender
Anita Schneider, Landrätin	stellv. Vorsitzende
Stefan Bechthold	stellv. Vorsitzender
Silvia Linker	Schatzmeisterin
Christel Gontrum	Schriftführerin
Heinz Becker	Beisitzer
Thomas Bender, Bürgermeister	Beisitzer
Klaus Döring	Beisitzer
Walter Kwartnik	Beisitzer
Peter Momper	Beisitzer
Manfred Paul	Beisitzer
Horst Röhrig, Bürgermeister	Beisitzer
Rainer Wengorsch, Bürgermeister	Beisitzer

Geschäftsführerinnen

Elke Hochgesand
Mercedes Bindhardt bis Ende 2013

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Wirtschaft
Arbeitsgruppe Tourismus
Arbeitsgruppe Dorfentwicklung
Arbeitsgruppe Umwelt

Die Arbeitsgruppen sind die „Denkfabrik der Region“, die Projekte erarbeiten, miteinander vernetzen und dem Vorstand für seine Beschlussfassung eine Empfehlung aussprechen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag	150 €	150 €	150 €
Förderbeitrag	20.000 €	28.200 €	28.200 €

Wichtige Ergebnisse

Die Region GießenerLand wurde 2008 ins Leben gerufen, um mit Strategien und Projekten den ländlichen Raum des Landkreises weiterzuentwickeln. In Anbetracht von Problemfeldern wie zum Beispiel Arbeitsplatzmangel, Leerstand, Überalterung der Bevölkerung und fehlender Infrastruktur ist ein strukturiertes Regionalmanagement wichtiger denn je. Die Strategie-Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Wohn- und Lebensqualität sowie Umwelt wird von öffentlichen Arbeitsgruppen geleistet. Eine der Dienstleistungen des Vereins ist die Beratung in Förderfragen. So können konkrete Projektideen gemeinsam mit den zuständigen Behörden weiterentwickelt werden.

Der Verein hat bisher folgende Projekte ins Leben gerufen: bzw. begleitet:

- RegionMalt: Projekt des Binnenmarketings des Vereins, dass dazu beitragen sollte die Region für die Bürgerinnen und Bürger bewusster zu machen
- Kraftpaket: Verkauf von ausgewählten Produkten, die in der Region angebaut und hergestellt worden sind
- DorfVision: Projekte zum Thema Demographischer Wandel
- Breitband Initiative: Projekt zur flächendeckenden Versorgung des Landkreises mit Breitband-Internet
- Bioenergie-Region: Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen Gießen und Vogelsberg im Bereich erneuerbare Energien
- Limesinfozentrum und andere touristische Projekte zum Thema Limes
- Region stärkt Frauen und Beruf: Kooperationsprojekt mit der ZAUG gGmbH

- Stand auf der Mittelhessenschau; Hessentag 2012
- Kooperationsprojekte Max-Weber-Schule
- Zusammenarbeit mit Hessischen Regionalmanagern
- Zusammenstellung der regionalen Direktvermarkter
- Inwertsetzung des Uhrentürmchens im Gail'schen Park (Biebertal)
- Machbarkeitsstudie „Haus der Begegnung“ Laubach – Freientseen
- Lahnwanderweg; in Kooperation mit Landkreis Gießen
- Projekt zur Interkommunalen Zusammenarbeit: Immobilienbörse Gießen / Wetzlar und Umland; in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Gießen
- Dorfladen-Initiative Lich - Eberstadt
- Zukunftswerkstatt Bettenhausen 2020 (Begleitung)
- Fünf Holzpelletfeuerungsanlagen
- Eine Holzhackschnitzelanlage
- Puppenstubenmuseum Laubach; Machbarkeitsstudie + investive Maßnahmen
- Schwerpunktvertiefung iREK für die Ostkreiskommunen
- Existenzgründung "Conny's Nähcafé" in Heuchelheim
- Betriebserweiterung Be.Schick; Alten-Buseck
- Dorfladen Villingen
- Schlachtstätten in der Region
- Machbarkeitsstudie zu einem Modellprojekt zur Dorffinnenentwicklung (ALBIZ)
- Machbarkeitsstudie für die Brandsburgscheune Alten-Buseck
- Vorlesen in Familien, Lollar
- Kanukonzept Lahnpark, Kooperationsprojekt mit Lahn-Dill-Wetzlar
- Landesgartenschau 2014 Gießen Förderantrag
- Gesamtorganisation Pavillon der Regionen auf der Landesgartenschau 2014

4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V.

Lahntal Tourismus Verband e.V.
Brückenstraße 2
35576 Wetzlar
Telefon 06441-30998-0, Telefax 03212-1239508,
E-Mail: info@daslahntal.de, Internet: www.daslahntal.de



Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V. ist es, den Wirtschaftszweig Tourismus in der Region nachhaltig zu entwickeln, qualifizierte Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen und die endogenen Potenziale im Sinne einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung zu aktivieren. Mit der Stärkung des Tourismus sollen die regionale Strukturentwicklung und die Ziele der Agenda 21 unterstützt werden.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

(a) Marketing: Hier ist es das Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V., eine gemeinsame Image- und Vermarktungsstrategie für das Lahntal weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die vielfältigen Angebote des Lahntal-Tourismus sollen gebündelt und den Gästen nahegebracht werden. Dabei ist das Lahntal als touristische Destination anzusehen, unter deren Dachmarke sich die verschiedenen Teilregionen wiederfinden können. Im Lahntal spielen insbesondere folgende Nachfragesegmente eine Rolle:

- Städtetourismus
- natur- und landschaftsorientierter Aktiv- und Erholungstourismus wie Wandern, radwandern und Bootwandern
- Besichtigungs- und Kulturtourismus, z.B. Burgen, Schlösser, Museen und kulturelle Veranstaltungen
- Kur- und Gesundheitstourismus (insbesondere in den Kurorten)
- Tagungs-, Seminar und Geschäftsreiseturismus
- Gruppentourismus (Busreisen, Vereins- und Betriebsausflüge, Incentive-Reisen)

Neben den Kurzurlaubern, Tagesausflüglern und Naherholern werden insbesondere auch Zweit- und Drittturlauber angesprochen, die über eine ganze Woche das Lahntal bereisen

(b) Infrastruktur: Infrastrukturprojekte des Lahntal Tourismus Verband e.V. sind per se Projekte mit überregionaler bzw. besonderer regionaler Bedeutung und Wirksamkeit. Hierzu gehört insbesondere der weitere Ausbau der touristischen Infrastruktur, unter anderem für die Segmente

- Wandern, - Lahnwanderweg
- Radwandern, - Lahntalradweg
- Bootwandern - Ein- und Ausstiegsstellen sowie Rastplätze für Wasserwanderer

(c) Sonstiges: Der Aufgabenbereich des Lahntal Tourismus Verband e.V. erstreckt sich zusätzlich auch auf alle Tätigkeiten, die im Rahmen der Aufgabenerledigung bei einer Tourismusorganisation notwendig werden können.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e. V.
Gründung	2002 (von 1994 bis 2002 Lahntal-Kooperation)
Satzung	24.09.2002 zuletzt geändert am 21.11.2007
Vereinsregister	Amtsgericht Wetzlar, VR 1722
Mitglieder	Touristikverband Siegerland- Wittgenstein e.V. TKS – Tourismus, Kur und Stadtentwicklung Bad Lasphe GmbH TOuR GmbH Marburg-Biedenkopf Verein Region Lahn-Dill-Bergland e.V. Gemeinde Bad Endbach, TAG Marburger Land Marburg Tourismus und Marketing GmbH Landkreis Gießen Tourismusverband Lumdatal Touristik-Kooperation Gleiberger Land Gießen Marketing GmbH Lahn-Dill-Kreis Stadt Wetzlar Teilregion Solmser Land Stadt Braunfels Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V. Romantische Mittellahn Stadt Weilburg Stadt Limburg Lahn-Taunus-Touristik e.V. Stadt Diez Touristik im Nassauer Land e.V. Stadt- und Touristikmarketing Bad Ems
Wichtige Beteiligungen und Mitgliedschaften	Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) Hessischer Tourismusverband e.V.

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt und das Stimmrecht jedes ordentlichen Mitglieds berechnet sich nach der Beitragssumme.

Vorstand

Wolfgang Schuster, Landrat Lahn-Dill-Kreis	Vorsitzender
Paul Breuer, Landrat Landkreis Siegen-Wittgenstein	stellvertretender Vorsitzender
Robert Fischbach, Landrat Landkreis Marburg	stellvertretender Vorsitzender
Anita Schneider, Landrätin Landkreis Gießen	stellvertretender Vorsitzender
Manfred Michel, Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	stellvertretender Vorsitzender
Günter Kern, Landrat Rhein-Lahn-Kreis	stellvertretender Vorsitzender

Nicole Habich-Pfeifer, TKS Bad Laasphe	
Ralph Venohr, Bürgermeister Gemeinde Bischoffen (für Teilregion Lahn-Dill-Bergland)	ab 26.06.2013
Markus Schäfer, Bürgermeister Bad Endbach (für Teilregion Lahn-Dill-Bergland)	bis 26.06.2013
Egon Vaupel, Oberbürgermeister Stadt Marburg	
Sadullah Gülec, Gießen Marketing	
Wolfram Dette, Oberbürgermeister Stadt Wetzlar	
Hans-Peter Schick, Bürgermeister Stadt Weilburg	
Josef Oster, Bürgermeister Bad Ems	

Nachrichtlich – Änderungen ab 24.06.2014:

<i>Andreas Müller, Landrat Siegen-Wittgenstein</i>	<i>ab 24.06.2014</i>
<i>Paul Breuer, Landrat Landkreis Siegen-Wittgenstein</i>	<i>bis 24.06.2014</i>
<i>Kirsten Fründt, Landrätin Landkreis Marburg-Biedenkopf</i>	<i>ab 24.06.2014</i>
<i>Robert Fischbach, Landrat Landkreis Marburg</i>	<i>bis 24.06.2014</i>
<i>Frank Puchtler, Landrat Rhein-Lahn-Kreis</i>	<i>ab 24.06.2014</i>
<i>Günter Kern, Landrat Rhein-Lahn-Kreis</i>	<i>bis 24.06.2014</i>
<i>Signe Friedreich, TKS Bad Laasphe</i>	<i>ab 24.06.2014</i>
<i>Nicole Habich-Pfeifer, TKS Bad Laasphe</i>	<i>bis 24.06.2014</i>

Geschäftsführung

Achim Girsig

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2013	2012	2011
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag	31.355,42 €	30.692 €	29.874 €

Wichtige Ergebnisse

Tourismus-Eckdaten für das gesamte Lahntal

	2013	2012	2011
Übernachtungen	ca. 2,5 Mio.	ca. 2,5 Mio.	ca. 2,5 Mio.
Tagesausflügler	ca. 17 Mio.	ca. 30 Mio.	ca. 30 Mio.
Umsatzvolumen	ca. 700 Mio. Euro	1,18 Mrd. Euro	1,16 Mrd. Euro
Tourismusinduzierter Einkommenseffekt	ca. 182 Mio. Euro	ca. 300 Mio. Euro	ca. 300 Mio. Euro
Beschäftigungseffekt Tourismusgewerbe	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte

Erläuterung zu den neuen Zahlen 2013: Die Reduktion der Beträge im Vergleich zum Vorjahr resultiert zum größten Teil aus der deutschlandweiten Neuberechnung von Faktoren (Anzahl der Tagesgäste pro statistisch erfasste Übernachtungsgäste) (Faktor veröffentlicht vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr München (dwif) im Jahr 2013).

4.1.3. Bestellung von Sicherheiten und Gewährleistungen für sonstige Mitgliedschaften

Sonstige Mitgliedschaft	Sicherheit und weitere Details	Stand des Darlehensanteils für den der Landkreis Gießen die Bankbürgschaft übernommen hat per 31.12.2013
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Ausfallbürgschaft vom 05.06.2000 für ein bei der Sparkasse Gießen aufgenommenes Darlehen in Höhe von 3.900.000 DM für die Finanzierung eines Neubaus der Sophie-Scholl-Schule in Gießen; der Landkreis Gießen und die Stadt Gießen habe jeweils zu 50% die Bankbürgschaft übernommen; Höchstbetrag der Bürgschaft des Landkreises Gießen: 1.950.000 DM (= 997.019,17 €)	633.405,55 €

4.2. Jobcenter Gießen

Nordanlage 60
35390 Gießen



Telefon 0641/9393 781
E-Mail: jobcenter-giessen@jobcenter-ge.de
Internet: www.jobcenter-giessen.de

Aufgabe und Grundlage der Zusammenarbeit

Der Landkreis Gießen und die Agentur für Arbeit Gießen sind die Träger der Grund-
sicherung nach dem Sozialgesetzbuch II – SGB II – im Landkreis Gießen. Sie bilden
eine gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II und bestimmen mit dem Koopera-
tionsvertrag die Grundsätze ihrer Zusammenarbeit und der Aufgabenerledigung in
der gemeinsamen Einrichtung. Die Träger arbeiten vertrauensvoll zusammen mit
dem Ziel, die Aufgaben des Bundes und des Landkreises Gießen nach dem SGB II in
Einklang zu bringen und gemeinsam zu verfolgen. Die Aufgaben der beiden Träger
nach anderen gesetzlichen Bestimmungen, die Ziele der regionalen Arbeitsmarktpoli-
tik der Bundesagentur für Arbeit und des Landkreises Gießen werden hierbei be-
rücksichtigt.

Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit, Personalentwicklung und Mitarbeiterzufrie-
denheit werden neben dem gesetzlichen Leistungsauftrag als eigenständige Ziele
betrachtet und verfolgt. Die Träger streben eine weitestgehende Angleichung in
der Personalentwicklung und der Personalführungskultur der Beschäftigten beider
Träger an.

Erklärte Absicht der Vertragspartner ist es überdies, Unstimmigkeiten im Rahmen
der Trägerversammlung oder anderer noch vorzunehmender Abstimmungs- und
Einigungsprozesse konstruktiv zu lösen. Die Anrufung des Kooperationsausschus-
ses soll die Ausnahme bleiben.

Die Vertragspartner setzen ihre vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit
auf Augenhöhe im Rahmen der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung fort mit dem
Ziel, die Qualität zu sichern, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Bei wesentlichen nicht durch Gesetz vorgegebenen Veränderungen ihrer Zusamen-
arbeit verfolgen die Vertragspartner das Ziel der Einigung.

Beide Träger begreifen die Gesamtbewältigung der Grundsicherungsaufgaben als
ihre gemeinsame Herausforderung. Ergänzend zu den gesetzlichen Regelungen ver-
einbaren die Agentur für Arbeit und der Landkreis Gießen, dass sie Entscheidungen
von grundsätzlicher Bedeutung in der Trägerversammlung mit dem Ziel einer ein-
vernehmlichen Lösung gemeinsam erörtern. Ist diese nicht möglich, entscheidet der
jeweils zuständige Träger in seiner Verantwortung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Behörde sui generis
Gründung	28.01.2011
Kooperationsvertrag	28.01.2011
Vertragspartner	Agentur für Arbeit Gießen Landkreis Gießen

Organe

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung des Jobcenters Gießen besteht aus acht Mitgliedern. Ihr gehören je vier Vertreter/Innen des Landkreises Gießen und der Agentur für Arbeit an.

Eckhart Schäfer	Agentur für Arbeit, Leiter der Agentur
Katharina Groß	Agentur für Arbeit, Geschäftsführerin Operativ
Thomas Groos	Agentur für Arbeit, Geschäftsführer Interner Service
Bernd Ochsenhirt	Agentur für Arbeit, Bereichsleiter
Anita Schneider	Landkreis Gießen, Landrätin
Dirk Haas	Landkreis Gießen, Kreisbeigeordneter
Dirk Oßwald	Landkreis Gießen, EKB Kreisbeigeordneter
Dr. Christiane Schmahl	Landkreis Gießen, HKB Kreisbeigeordnete

Geschäftsführer

Wolfgang Hofmann	Vergütung nach Tarif der Bundesagentur für Arbeit
------------------	---

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Die Verwaltungsleistungen (Personalleistungen und Sachleistungen) des Jobcenters werden durch die Kooperationspartner erbracht. Ebenso werden die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die passiven Leistungen und die Eingliederungsleistungen durch die Kooperationspartner bereitgestellt – wie durch die Gesellschafter der GIAG.

<i>Einnahmen und Ausgaben der Kooperationspartner</i>	2013	2012	2011
Landkreis Gießen (Kommunale Leistungen nach dem SGB II)	T€	T€	T€
<i>Einnahmen</i>			
Erträge aus Transferleistungen: Bundesanteil an den laufenden Kosten der Unterkunft	13.276	13.533	13.460
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	4.138	4.139	4.146
Erstattungen von Sozialleistungen aus dem Landesaufnahmegesetz (differenzierte Erfassung erst ab 2013)	519	0	0
Zuweisungen aus dem Arbeitsmarktbudget des Landes	0	0	395
Erstattungen von örtlichen Sozialhilfeträgern	41	114	99
Erstattungen für Verwaltung	5.759	5.574	5.169
<i>Ausgaben</i>			
Transferaufwendungen: Kosten der Unterkunft und Heizung, begleitende Hilfe und einmalige Leistungen	41.415	39.718	39.701
Verwaltungsausgaben	8.722	8.014	7.903
Landkreis Gießen (Kommunale Leistungen zur Beschäftigungsförderung)			
<i>Einnahmen</i>			
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen (ab 2012 einschließlich Arbeitsmarktbudget des Landes)	959	891	314
<i>Ausgaben</i>			
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse an Jobcenter	464	343	202
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse an andere Organisationen	1.041	1.125	432
Verwaltungsausgaben	0	0	34

<u>Bundesanstalt für Arbeit</u>	T€	T€	T€
<i>Einnahmen als Treugeber</i>			
Erstattungen für Verwaltung	2.276	2.475	1.618
<i>Ausgaben als Treugeber</i>			
Eingliederungsleistungen	7.198	9.995	12.745
Grundsicherungen für Arbeitssuchende (Bundesleistungen) – Nettowerte* <i>*Erstattungen werden im Berichtssystem der BA nicht separat ausgewiesen</i>	42.818	41.805	42.250
Verwaltungsausgaben	16.950	15.096	12.099

<i>Sonstige Kennzahlen</i>	Jobcenter 2013	Jobcenter 2012	Jobcenter 2011
Integrationen (gesamt)	2.850	3.139	3.522
Integration U25 (Anteil der unter 25jährigen)	581	678	730

Integrationen: Ab 2011 werden die Integrationen nach einer veränderten Kennzahlenlogik nach § 48 a SGB II abgebildet. Als Integration zählt die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, der Beginn einer Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich + schulisch) und die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit.

5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO

Gemäß § 121 Abs. 7 HGO soll einmal in jeder Wahlzeit eine kommunale Gebietskörperschaft ihre eigenen wirtschaftlichen Betätigungen überprüfen. Dabei soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO im Einzelfall vorliegen und inwieweit diese Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können. Der Landkreis Gießen hat sich gemäß der Empfehlung des Regierungspräsidiums Gießen entschieden, mit der Vorstellung der Beteiligungsberichte die Überprüfung im Sinne des § 121 Abs. 7 HGO jährlich vorzunehmen und darüber zu berichten.

Das aktuelle Ergebnis der Prüfung wird jedoch nicht in einem separaten Bericht über die Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen dargestellt. Im Dezember 2013 wurde ein umfassender Bericht erstellt, der im Kreistag am 07. April 2014 behandelt worden ist. Seitdem haben sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Gießen keine Änderungen ergeben, die zu einer abweichenden Beurteilung führen. Einzige Änderung ist, dass die seit 2010 bestehende Stiftung in die Statistik der Beteiligungen aufgenommen worden ist.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird die aktuelle Auswertung der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung tabellarisch dargestellt.

In der Betrachtung werden die Beteiligungen berücksichtigt, die im Kapitel 3 des Beteiligungsberichtes dargestellt werden. Die sonstigen Mitgliedschaften werden nicht in die Betrachtung einbezogen.

Die Auswertung zeigt, ob die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 HGO gerechtfertigt ist. Dabei wird in der Spalte A bei jeder Beteiligung dargestellt, ob eine wirtschaftliche oder keine wirtschaftliche Tätigkeit vorliegt. Sofern eine Betätigung nichtwirtschaftlich ist, hätte an sich nicht weiter geprüft werden müssen, ob die Betätigung nach § 121 Abs. 1 HGO zulässig ist, da die entsprechenden Bedingungen nur bei einer wirtschaftlichen Betätigung erfüllt sein müssen. Abgesehen von dem ab 2013 bestehenden Servicetrieb und der ab 2010 bestehenden Stiftung – die als Selbstversorgerbetriebe eindeutig nicht wirtschaftlich tätig sind – wurden die übrigen nichtwirtschaftlichen Betätigungen dennoch der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung gemäß § 121 Abs. 7 auch daraufhin untersucht, ob die Bedingungen des § 121 Abs. 1 erfüllt sind.

Nach Darstellung der Wirtschaftlichkeit zeigt die Auswertung in Spalte B, ob der Bestandsschutz greift, d.h. ob die Tätigkeit bereits vor dem 01.04.2004 ausgeübt worden ist, wodurch die Tätigkeit ohne die in § 121 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 3 genannten Bedingungen zulässig wäre. Dann folgt in Spalte C das Ergebnis der Untersuchung, ob der öffentliche Zweck bei der Betätigung gerechtfertigt ist und in Spalte D, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kommune jederzeit in der Lage ist, das Unternehmen kontrollieren, steuern und etwaige finanzielle Risiken tragen zu können. Abschließend wird in Spalte E thematisiert, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden könnte.

Von den 26 unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises Gießen wurde die Betätigung von 13 Beteiligungen als nichtwirtschaftliche Betätigung betrachtet. Insgesamt unterliegen 4 Beteiligungen - nämlich die RegioMit Regionalfonds Mittelhessen GmbH, die Region Vogelsberg Touristik GmbH, die Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und die Breitband Gießen GmbH - nicht dem Bestandsschutz des § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO. Das Beteiligungsportfolio des Landkreises Gießen wurde seit dem 01.04.2004 um diese vier Beteiligungen und um die Stiftung und den Servicebetrieb als Organisationen, die sich nichtwirtschaftlich betätigen, erweitert. Ferner wurde die Regionalmanagement Mitthessen GmbH gegründet. Allerdings handelt es sich hier um eine Nachfolgeorganisation des Vereins Mitthessen e.V., weshalb der Bestandsschutz greift. Bei den wirtschaftlichen Betätigungen, die nicht unter den Bestandsschutz fallen, ist davon auszugehen, dass der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann. Bei den übrigen Beteiligungen wurde hinterfragt, ob die Tätigkeit privaten Dritten übertragen werden sollte.

Es kann festgestellt werden, dass aus Sicht der Organisationseinheit Controlling des Landkreises Gießen keine gesetzliche Notwendigkeit besteht, dass der Landkreis Gießen sich von einer oder von mehreren Beteiligungen trennt.

Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass es neben der Abwägung der in der Prüfung dargestellten fachlichen Argumente insbesondere eine politische Entscheidung ist, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf stehend angesehen wird und ob das Portfolio in der bestehenden Form und zu derzeitigen Bedingungen fortgeführt werden soll. Gerade in Bereichen, in denen der Landkreis Zuschüsse oder Umlagen leistet, ist es eine Frage der Setzung von Prioritäten unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen. Die Beantwortung der Frage, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf steht, wird davon beeinflusst, welcher Stellenwert der jeweiligen Betätigung eingeräumt werden soll.

	A Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	B Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	C Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	D Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	E Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
ZAUG Recycling GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant/ ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; bei Aufgabe ggf. Kontrollverlust bei Umsetzung umweltpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Ziele; Möglichkeit an positiven Entwicklung des Unternehmens zu partizipieren stehen den Risiken einer Beteiligung gegenüber;
ZR Holzrecycling GmbH	nein (§121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZR;
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	Ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten - gemäß Markterkundung;
Breitband Gießen GmbH	Ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten - gemäß Markterkundung;
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; es bestehen steuerliche Vorteile; für den Bereich Verkehr besteht zudem eine gesetzliche Verpflichtung;

*Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
Oberhessische Versorgungsbetriebe AG	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
ovag Energie AG	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
ovag Netz AG	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; für den Bereich Verkehr besteht zudem eine gesetzliche Verpflichtung; siehe ZOV;
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht für die Wasserversorgung eine gesetzliche Verpflichtung;

*Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht eine gesetzliche Verpflichtung;
Servicebetrieb Landkreis Gießen	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 3)	nicht relevant	nicht relevant	nicht relevant	politische Entscheidung wurde in 2012 getroffen im Sinne der Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnten Arbeitsverhältnissen sowie im Sinne einer ökologisch und ressourcenschonenden Leistungserbringung;
ZAUGg GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja* (unter Vorbehalt der Prioritätensetzung)	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
Technologie- und Innovationszentrum GmbH	Ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
RegioMit Regionalfonds Mittelhessen GmbH	Ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
Sparkassenzweckverband	nein (§ 121 Abs. 9)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht eine gesetzliche Verpflichtung;
Sparkasse Gießen	nein (§ 121 Abs. 9)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe Sparkassenzweckverband;
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	ja	ja	Ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten
ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen	ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; Zuschnitt auf kommunale Bedürfnisse; Austritt schwierig;
Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“	nein	nicht relevant	nicht relevant	nicht relevant	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten
Stadttheater Gießen GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja* (unter Vorbehalt der Prioritätensetzung)	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Ja	nein	ja	ja (unter Vorbehalt der Prioritätensetzung)	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
Wasserverband Nidda	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem ergibt sich derzeit für den Landkreis Gießen durch die Mitgliedschaft keine finanziell Belastung;
Zweckverband Naturpark Hochtaunus	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja* (unter Vorbehalt der Prioritätensetzung)	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja* (unter Vorbehalt der Prioritätensetzung)	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

6. Anhang

6.1. Anhang allgemein

6.1.1. Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen und Mitgliedschaften des Landkreises Gießen gegeben werden:

Rechtsformen des Privatrechts

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts, an der sich andere juristische Personen oder natürliche Personen mit einer Kapitaleinlage beteiligen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Als Ausgleich für die fehlende Haftung muss eine GmbH mit einem Stammkapital von mindestens 25.000 € ausgestattet sein. Die Gesellschaftsform ermöglicht geschäftliche Vorhaben mit begrenzbarem Risiko. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt. Diese Rechtsform kommt im kommunalen Bereich sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume ermöglicht (z.B. Ausgestaltung der Satzung).

Aktiengesellschaften

Aktiengesellschaften (AG) sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind mit einem Teil des Grundkapitals beteiligt ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende/individuelle Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum.

Die AG ist eine für Großunternehmen geeignete Gesellschaftsform, da unter anderem ein großer Kapitalbedarf durch den Verkauf von Gesellschaftsanteilen an eine Vielzahl von Personen gedeckt werden kann, das Risiko der an der Gesellschaft beteiligten Kapitalgeber begrenzt ist und die Bindung der Aktionäre lose ist, so dass die AG als juristische Person sehr weitgehend selbständig tätig werden kann.

Für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben ist die AG nicht unbedingt eine geeignete Gesellschaftsform, zumal die Möglichkeit der breiten Streuung von Kapitalanteilen meist nicht erforderlich ist.

Eingetragene Vereine

Vereine sind auf Dauer angelegte freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, wobei der Zweck vom jeweiligen Mitgliederbestand unabhängig ist. Organe bei den Vereinen sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

Rechtsformen des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts unterscheiden sich von den Körperschaften des Privatrechts dadurch, dass sie öffentlich-rechtlich organisiert sind und öffentlich-rechtlich handeln können. Körperschaften des öffentlichen Rechts sind unabhängig vom Wechsel der Mitglieder bestehende Organisationen, die ihre Rechtssubjektivität einem Hoheitsakt verdanken. Ihre Verfassung ist öffentliches Recht. Im Folgenden werden Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände als Formen von Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgestellt:

Zweckverbände

Mit Zweckverband werden im Kommunalrecht Körperschaften des öffentlichen Rechts bezeichnet, zu denen sich die Gemeinden und Landkreise zur Wahrnehmung einzelner Aufgaben zusammenschließen. Die Art der Finanzierung wird in der Satzung geregelt und erfolgt je nach Aufgabe durch Erwirtschaftung eigener Einnahmen z.B. Gebühren, Zuweisungen oder Umlagen. Zweckverbände sind die bekannteste und häufigste Form interkommunaler Kooperation. Zweckverbände verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht zur Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, in denen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften Mitglieder sein können, kommen bei Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche und andere juristische Personen in Betracht. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Wasser- und Bodenverbände nur für bestimmte Aufgaben im Bereich der Wasser- und Bodenbewirtschaftung gegründet werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG).

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die von einem Verwaltungsträger zur Erfüllung einer besonderen Verwaltungsaufgabe errichtet werden. Sie werden durch ein Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Von der Körperschaft des öffentlichen Rechts unterscheiden sich Anstalten dadurch, dass sie keine Mitglieder aufnehmen, sondern lediglich eine Benutzungsmöglichkeit bieten.

Rechtlich selbstständige Anstalten können durch die Kommunen nur aufgrund eines speziellen Gesetzes gebildet werden. Diese Rechtsform ist in der kommunalen Praxis vor allem bei den nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstituten zu finden, z.B. die Sparkassen. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft ist.

6.1.2. Begriffsdefinitionen

Anlagedeckungsgrad 2

$$\frac{\text{Eigenkapital II + langfr. Fremdkapital)} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Bei dem Anlagedeckungsgrad 2 wird untersucht, ob das Anlagevermögen durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital abgedeckt wird. Je größer die Anlagendeckung ist, umso solider ist die Finanzierung. Für die Kennzahl der Anlagendeckung sind nur branchenbezogene Aussagen ableitbar.

Anlageintensität

$$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Anlageintensität entspricht dem Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme und ermöglicht somit Aussagen zum Vermögensaufbau. Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher ist die Belastung mit fixen Kosten, insbesondere Abschreibungen und Zinsen.

Cashflow

Jahresüberschuss
+ Abschreibungen
+/- Veränderungen Rückstellungen für Pensionen und andere langfristige Rückstellungen
+/- Veränderungen Sonderposten mit Rücklageanteil

Bei dem Cashflow handelt es sich um eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Der Cashflow ist Ausdruck der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens. Im Rahmen des vorliegenden Beteiligungsberichtes wird der Cashflow in der links dargestellten Form berechnet.

Eigenkapital

Eigenkapital I
=Bilanzposten gemäß § 266 HGB

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklage
- IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag
- V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Eigenkapital sind Mittel, die von dem Eigentümer einer Unternehmung unbefristet zur Verfügung gestellt werden. Eigenkapital kann einem Unternehmen von außen (Kapitalerhöhung durch Einlagen) oder von innen (Verzicht auf Gewinnausschüttung) zugeführt werden.

In diesem Bericht wird für Zwecke der Bilanzanalyse zwischen Eigenkapital I und Eigenkapital II unterschieden.

Eigenkapital II

Eigenkapital I
+ Eigenkapitalanteil des Sonderpostens mit Rücklageanteil

Für Zwecke der Bilanzanalyse wird das Eigenkapital I um den Eigenkapitalanteil des Sonderpostens mit Rücklageanteil (Sonderposten für Investitionszuschüsse, empfangene Ertragszuschüsse) erweitert. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wird in der Handelsbilanz nach dem Eigenkapital und vor den Rückstellungen ausgewiesen. Aus Gründen der Vereinfachung wird dieser Posten zumeist zu ca. 50% als wirtschaft-

liches Eigenkapital und zu 50 % als Steuer-rückstellung dem mittelfristigen Fremdkapi-tal zugeordnet. Im vorliegenden Beteili-gungsbericht wird der Sonderposten zum Teil zu 100% dem wirtschaftlichen Eigenka-pital zugerechnet. Dies geschieht in den Fällen, wenn grundsätzlich keine bzw. nur eine geringfügige Ertragssteuer anfällt.

Eigenkapitalquote

$$\text{Eigenkapitalquote I} = \frac{\text{Eigenkapital I} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

$$\text{Eigenkapitalquote II} = \frac{\text{Eigenkapital II} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil der Kapitalbeträge wieder, der innerhalb des Gesamtkapitals dem Unternehmen als Ei-genkapital dauerhaft zur Verfügung steht. Je höher die Eigenkapitalquote, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängig-keit des Unternehmens. Sofern Sonderpos-ten mit Rücklageanteil vorhanden sind, wird zwischen Eigenkapitalquote I und Eigenkapi-talquote II unterschieden.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Rentabilität des Eigenkapitals ist das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Eigen-kapital. Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigen-kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Fremdkapital

Langfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahren
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Mittelfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit >1 Jahr und zugleich < 5 Jahre
- Fremdkapitalanteil der Sonderposten mit Rücklageanteil

Kurzfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr
- Sonstige Rückstellungen
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Fremdkapital ist die Gesamtsumme der über die Fremdfinanzierung aufgenommenen Geldmittel. Nach der Fristigkeit ist zwischen kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapi-tal zu unterscheiden

Gesamtkapitalrentabilität

$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Zinsen Fremdkapital}) \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Rentabilität des Gesamtkapitals setzt den Jahresüberschuss zuzüglich Zinsaufwand zum Gesamtkapital ins Verhältnis. Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Die Kennzahl ermöglicht eine von der Kapitalstruktur der Betriebe unabhängige Beurteilung der Ertragskraft.

Liquidität 2. Grades

$$\frac{\text{Monetäres Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$$

Zur Charakterisierung der kurzfristigen Liquiditätssituation verwendet man im Fall der bestandsorientierten Liquiditätsanalyse sogenannte Liquiditätsgrade, die sich durch die Fristigkeiten unterscheiden. Die Liquidität 2. Grades gibt eine Bewertung, wie das Unternehmen auf kurze Sicht seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Die Liquidität 2. Grades zeigt, inwiefern kurzfristiges Fremdkapital durch das monetäre Umlaufvermögen abgedeckt ist.

Monetäres Umlaufvermögen

- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (<1 Jahr – sofern aus Bilanz erkennbar)
- Wertpapiere
- Flüssige Mittel
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Personalintensität

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$$

Bei der Personalintensität wird der Personalaufwand ins Verhältnis zur Gesamtleistung eines Unternehmens gesetzt. Die Kennzahl gibt an, wie personalintensiv das Unternehmen arbeitet.

6.1.3. Gesetzliche Grundlagen

6.1.3.1. Auszüge aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

- (1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn
1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 01. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

- (1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit und unter Beteiligung privater Dritter erfolgt. Die Beteiligung der Gemeinden soll dabei einen Anteil von 50 Prozent nicht übersteigen. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Ist trotz einer Markterkundung die geforderter Beteiligung privater Dritter und Einwohner nicht zu erreichen, kann die Gemeinde ihren Anteil an der neuen Gesellschaft entsprechend steigern. Die Ergebnisse der Markterkundung in der Aufsicht vorzulegen. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

- (1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

- (2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten
1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
 3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
 1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentlichen Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
 1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
 3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.
- (9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

- (1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
 1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
 2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,

4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- (2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.
- (3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.
- (4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S. 671), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie
1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. darauf hinzuwirken, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.
- Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.
- (2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt wer-

den. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

- (1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.
- (2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über
 1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
 3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
 4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

- (3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

- (1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinde und Gemeindeverbände mit mehr als 50 von Hundert beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

- (1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstandes sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. S. 492).
- (2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.
- (3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisungen gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

- (1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.
- (2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung ent-

halten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

- (3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.
- (4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.
- (5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.
- (6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:
 - (1) den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
 - (2) die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
 - (3) die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer,
 - (4) die Bestellung des Abschlussprüfers,
 - (5) die Ergebnisverwendung,
 - (6) die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

- (7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats über ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:
 1. Bedienstete der Anstalt,
 2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

- (8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.
- (9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4 entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.
- (10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.
- (11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.
- (12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juni 2011 (GVBl. I S. 302), keine Anwendung.)

§ 127 Eigenbetriebe

- (1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.
- (2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.
- (3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

- (1) Entscheidungen der Gemeinde über
1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
 2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,
 3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs.1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

6.1.3.2. Auszüge aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

6.2. Anhang - Lageberichte

6.2.1. Lagebericht ZAUG Recycling GmbH - gekürzte Fassung - Ergänzung zu Kapitel 3.1.3.

6.2.1. Lagebericht ZAUG Recycling GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.3.

I. Wirtschaftsbericht

1.1 Darstellung zum Geschäftsverlauf / Geschäft und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Abfallvermeidung, die bessere Abfallverwertung, Aufbau und Unterhaltung von Logistiksystemen, der Betrieb von Recyclinganlagen sowie der Betrieb von Wertstoffhöfen im Landkreis Gießen.

Die negative Entwicklung des Ergebnisses des Geschäftsjahres 2013 ist überwiegend 3 Punkten geschuldet:

1. E-Schrott

Das gesamte Jahr 2013 war geprägt durch einen ständigen Preisverfall auf Seiten der Sekundärrohstoffe. In diesem Geschäftsbereich ist es üblich, Verträge mit einem fixen Preis über die Laufzeit ≥ 1 Jahr zu schließen. So geht der Preisverfall 1 zu 1 ins Ergebnis über.

2. Sammlung LVP LK GI

Der im Jahr 2011 gewonnene Sammelauftrag Gelbe Säcke / Gelbe Tonnen im Landkreis Gießen erweist sich auch im aktuellen Geschäftsjahr als Verlustbringer. Dieses ist dem Umstand geschuldet, dass die tatsächlich benötigten Gelben Tonnen und Säcke deutlich über den in der Ausschreibung genannten Stückzahlen liegen.

3. Aufbau neuer Geschäftsfelder

Der vor 3 Jahren verstärkt begonnene Aufbau neuer Geschäftsfelder im Bereich Sammellogistik / Containerlogistik verursacht weiterhin Anlaufverluste für die Anschaffung von Fahrzeugen und/oder Containern zzgl. der notwendigen Vertriebskosten. Weiterhin ist der Bereich Logistik durch hohe Ausfallzeiten der Fahrzeuge belastet (mangelnde Qualität).

1.2 Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1.2.1 Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2013		31.12.2012	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.888	42,2	3.194	43,7
Sonstige Aktiva	3.950	57,8	4.115	56,3
Aktiva	6.838	100,0	7.309	100,0
Eigenkapital	418	6,1	1.387	19,0
Langfristiges Fremdkapital	519	7,6	671	9,2
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital	5.901	86,3	5.251	71,8
Passiva	6.838	100,0	7.309	100,0

1.2.2 Ertragslage

	2013	2012
	T€	T€
Rohergebnis	7.593	7.870
Abschreibungen	576	648
Sonst. Aufwendungen inkl. Personalaufwand	7.522	7.096
Betriebsergebnis	-505	126
Finanzergebnis	-186	-176
Steuern	-32	6
Außerordentliches Ergebnis	-246	-190
Jahresüberschuss	-969	-234

Der Materialaufwand ist abermals um 142 T€ zurückgegangen. Dies ist überwiegend dem geringeren Eingang von Inputmengen geschuldet.

Allgemeine Lohnsteigerungen im marktüblichen Bereich sowie der Neugewinn der Sammelaufträge im Landkreis Gießen führten zu einer Erhöhung der Personalkosten um 95 T€. Allerdings sind die Kosten trotz des neuen Auftrags durch Personalanpassungen in allen Bereichen positiv beeinflusst.

Die Abschreibungen haben sich planmäßig um 72 T€ verringert, liegen aber immer noch auf hohem Niveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen 330 T€ höher als im Vorjahr und sind u. a. dem gestiegenen Bedarf an Gelben Säcken und Tonnen einhergehend mit benötigten Fahrzeugen geschuldet (Gewinn DSD-Sammlung LDK ab 01.01.2013). Darüber hinaus schlugen übliche Preissteigerungen in verschiedenen Bereichen zu Buche.

Die Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 T€ erhöht.

Das Ergebnis wird auch durch eine im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Wertberichtigung belastet.

Weiterhin wird das Jahresergebnis durch Vorlaufkosten für die neugewonnenen Sammelaufträge negativ beeinflusst.

Aufgrund dieser Entwicklungen weist das Unternehmen einen Jahresfehlbetrag von 969 T€ nach Steuern aus.

II. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

1.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Für die Entwicklung der Weltwirtschaft sehen wir insbesondere Risiken in der Veränderung der Energie- und Rohstoffpreise. Darüber hinaus könnten Änderungen in der Gesetzgebung beziehungsweise bei Steuern negative Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung haben.

1.2 Finanzrisiken

Die Gesellschaft unterliegt durch Kreditfinanzierung den üblichen Zinsänderungsrisiken. Währungsrisiken bestehen nicht. Forderungsausfallrisiken wurde durch Wertberichtigungen Rechnung getragen.

1.3 Branchenrisiken

Die Branche ist weiterhin von vorhandenen Überkapazitäten geprägt. Das führt nach wie vor zu einem hohen Druck auf die Marktpreise und sorgt somit zur Verminderung der Margen in den einzelnen Stoffströmen.

Weiterhin befindet sich die Optimierung der Kommunen im Bereich des E-Schrotts auf hohem Niveau. Dies führt zu einer anhaltend starken Wettbewerbsverdrängung, die überwiegend über den Preis geführt wird.

1.4 Chancen

Im Verlauf des 1. Quartals hat sich die Geschäftsentwicklung des Unternehmens deutlich positiver gestaltet. Dies ist überwiegend den neuen Aufträgen geschuldet. Die Rohstoff Erlöse haben sich auch im 1. Quartal weiter verschlechtert, so dass sie trotz vorsichtiger Annahme noch unterhalb der Planwerte liegen.

Die im letzten Jahr begonnenen Einsparmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsjahr konsequent weitergeführt. Das 1. Quartal hat mit einem positiven Ergebnis geendet, so dass die Geschäftsleitung daher von einem positiven Geschäftsverlauf im Jahr 2014 und 2015 ausgeht.

III. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Buseck, den 22. Oktober 2014

gez. Klaus Müller, Geschäftsführer

6.2.2. Konzernlagebericht OVVG - Ergänzung zu Kapitel 3.1.6. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg (Hessen)

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1. Grundlagen der Konzerns

Der OVVG-Konzern ist ein Multi-Dienstleistungskonzern, der in den Geschäftsfeldern Versorgung mit Energie und Wasser, Verkehr und Services tätig ist. Alleiniger Gesellschafter ist der Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen).

Die Steuerung des Konzerns erfolgt ausschließlich auf Ebene der Tochtergesellschaften. Konsolidierte Zahlen werden daher für Prognosezwecke und zur unterjährigen Steuerung nicht ermittelt. Wichtigste Steuerungsgröße ist dabei das Ergebnis der OVVG, um die Gewinnausschüttung an die Anteilseigner sicherzustellen.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Mit einem um 0,4 % gestiegenen Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich die deutsche Wirtschaft 2013 als stabil erwiesen. Die Wachstumswerte der Jahre 2011 und 2012 (3,3 % bzw. 0,7 %) wurden jedoch nicht mehr erreicht, da die negative weltwirtschaftliche Entwicklung sowie die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern zum Tragen kamen. So büßte der deutsche Außenhandel an Dynamik ein. Einer Steigerung des Exports um 0,8 % standen um 0,9 % höhere Importe gegenüber. Der Konsum hingegen war 2013 wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Private Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 0,9 %, die des Staates um 0,7 %. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen und des Staates reduzierte sich insgesamt um 2,4 %, während Bauinvestitionen um 0,1 % anstiegen.

Auf der Entstehungsseite des BIP konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre Wirtschaftsleistung steigern. Den deutlichsten Zuwachs erzielten dabei die Unternehmensdienstleister mit 3,5 %. Im Baugewerbe ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung hingegen um 0,4 % zurück. Das produzierende Gewerbe, welches ohne Baugewerbe rd. 25 % der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, liegt auf dem Niveau des Jahres 2012.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg 2013 zum siebten Mal in Folge auf 41,8 Mio. Die als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigen gemessene Arbeitsproduktivität ging 2013 zwar um 0,1 % zurück, je Erwerbstätigenstunde nahm sie jedoch um 0,3 % zu, da das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen als Summe der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden weniger stark stieg als das BIP.

Der Staatssektor (Bund, Länder und Gemeinden) schloss das Jahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Mrd. € ab. Dabei reduzierten Bund und Länder ihr Defizit im Vergleich zum Vorjahr deutlich, während die Gemeinden und die Sozi-

alversicherungen wieder einen Überschuss erwirtschafteten. In Summe hat der Staat eine Defizitquote von -0,1 % und kann für 2013 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Politische Rahmenbedingungen

Die Energiebranche steht heute geänderten politischen Rahmenbedingungen, einer sich stabilisierenden Wirtschaftslage in Europa und volatilen Energiemärkten gegenüber. Das Jahr 2013 wurde energiepolitisch geprägt von den wirtschaftlichen und strukturellen Einflüssen der Energiewende. Die Umsetzung der Energiewende, der langfristig sinkende Energieverbrauch und der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) stellen die Verteilnetzbetreiber vor neue Herausforderungen. Hierzu zählen zum einen ein optimierter Netzausbau und zum anderen die notwendige Steuerung intelligenter Netze aufgrund der zunehmend dezentralen Erzeugung. Die auf 5,277 ct/kWh gestiegenen EEG-Umlagen wirken sich erheblich auf die Endkundenpreise aus und führten zu einer Debatte um die Kosten der Energiewende, die Ex-Umweltminister Altmaier zu einem schlussendlich nicht umgesetzten Ad Hoc-Vorschlag für eine Strompreisbremse veranlasste. Zudem verursachte der steigende Anteil der EE mit gesetzlich geregelter Vorranginspeisung einen weiteren Verfall der Großhandelspreise, da immer mehr konventionelle Kraftwerke wie Gaskraftwerke wegen höherer Grenzkosten aus dem Markt gedrängt wurden. Die immer geringer werdenden Einsatzstunden mit zudem weiter rückläufigen Margen je Betriebsstunden führten zu hohen Verlusten der gesamten Erzeugungsbranche. Die zugespitzte Lage unterstreicht die branchenweite Forderung nach einem Kapazitätsmarkt, da nur mit einer marktgerechten Vergütung künftig eine notwendige Vorhaltung von gesicherter Leistung erfolgen kann. Unterschiedliche Modelle wurden im Vorfeld der Bundestagswahl präsentiert und deren Forderungen haben ebenso Eingang in die Koalitionsverhandlungen im Herbst 2013 gefunden, wie das klare Bekenntnis der Politik, das EEG grundsätzlich effizienter zu gestalten und Mehrkosten zu begrenzen.

Am 14. Juni 2012 wurde in Brüssel die EU-Energieeffizienzrichtlinie beschlossen und mit Wirkung zum 4. Dezember 2012 in Kraft gesetzt. Darin wird bis 2020 ein Rückgang des Energieverbrauches um 20 % im Vergleich zu 2005 gefordert.

Die durch die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) am 15. Oktober 2013 veröffentlichte Höhe der EEG-Umlage für 2014 auf Basis der Einspeiseprognosen führte zu einem Anstieg um rd. 18 % auf 6,24 Ct/kWh und erhöhte die staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises ein weiteres Mal.

Zusätzlich zur im letzten Jahr neu eingeführten Offshore-Haftungsumlage wurde mit der Verordnung zu abschaltbaren Lasten vom 28. Dezember 2012 eine vierte Umlage von 0,009 ct/kWh etabliert. Hierbei handelt es sich um die Wälzung von Aufwendungen, die bei Netzsituationen entstehen, in denen definierte Letztverbraucher vom Netzbetreiber gemäß entsprechender Vereinbarung abgeschaltet bzw. heruntergeregelt werden können und dafür eine Kompensation erhalten.

Die am 12. Juni 2013 beschlossene Reservekraftwerksverordnung sieht zur Sicherung von Reservekapazitäten ein bis Ende 2017 befristetes Stilllegungsverbot systemrelevanter Kraftwerke auf Veranlassung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vor.

Bezüglich der Einführung von intelligenten Stromzählern (engl. smart meter) in Deutschland wurden die Anforderungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) an die Schutzprofile konkretisiert und veröffentlicht. An der Novellierung der Messzugangsverordnung wird gearbeitet. Intelligente Messsysteme sollen einem effizienteren Energieeinsatz dienen und zunehmende Verbrauchstransparenz schaffen. Vorgabe der EU ist die Ausstattung von 80 % aller Haushalte mit intelligenten Messsystemen bis 2020. Da die Mitgliedstaaten alternativ eine Kosten-Nutzen-Analyse durchführen und darauf aufbauend eine individuelle Strategie umsetzen durften, hat das BMWi eine Studie in Auftrag gegeben, nach deren Ergebnis das beschriebene EU-Szenario für Deutschland nicht zu empfehlen ist. Insbesondere bei Letztverbrauchern mit geringem Jahresverbrauch übersteigen die Kosten eines intelligenten Messsystems deutlich die durchschnittlich zu erzielenden jährlichen Energieeinsparungen, weshalb ein verpflichtender Einbau unverhältnismäßig und wirtschaftlich unzumutbar wäre. Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit möglichen Implementierungsansätzen für Deutschland. Eine Einführung der smart meter-Technologie wird für frühestens 2015 erwartet.

Nachgebende Commodity-Preise insbesondere für Kohle und die geringen Spotmarktpreise für Strom drückten tendenziell auf die Terminpreise und führten zu einem sukzessiven Rückgang der Notierung für die Frontjahre. Unterjährig stellte sich sogar eine Backwardation-Situation ein, d.h. die weiter in der Zukunft liegenden Jahre notierten niedriger als das Frontjahr. Der bei geringer Volatilität seitlich verlaufende Gaspreis führte bei gleichzeitig sinkendem Strompreis zu einem immer niedriger werdenden Clean-Spark-Spread, der die Differenz zwischen kurzfristigen Kraftwerksgrenzkosten und dem Großhandelsstrompreis abbildet. Deutlich hat sich auch beim Gas eine Backwardation-Situation etabliert. Die den Strompreis wesentlich beeinflussenden Preise für CO₂-Verschmutzungsrechte, die dem europäischen Handelssystem unterliegenden sogenannten European Allowences (EUA), zeigten über das ganze Jahr hin starke Schwankungen im Kontext der schwachen europäischen Industriekonjunktur und der sich über das ganze Jahr hinziehenden Diskussionen verschiedener EU-Gremien über das Backloading, dessen Umsetzung erst im Dezember 2013 vom EU-Parlament endgültig beschlossen wurde. Danach wird ein Kontingent von 900 Mio. EUA schrittweise und befristet aus dem Markt genommen, damit der Preis für EUA wieder auf ein Niveau ansteigt, das eine Lenkungswirkung bzgl. klimaschonender Technologie und Emissions-Einsparungen entfaltet wird. Dieser erhoffte Effekt hat sich jedoch noch nicht eingestellt.

Die Europäische Kommission hat zudem in 2013 ein Beihilfeprüfungsverfahren zu energieintensiven Unternehmen gewährten Rabatten u.a. bei EEG Umlagen sowie dem Grünstromprivileg eingeleitet, dessen Konsequenzen noch nicht absehbar sind.

Aktuell wird auf europäischer Ebene das 4. Eisenbahnpaket diskutiert, das Auswirkungen auf die Anwendung des derzeit praktizierten Steuerquerverbunds haben könnte.

Branchenentwicklung

Energievertrieb Strom

Seit mehreren Jahren kennt der Strommarkt die Endkunden-Preise betreffend nur eine Richtung, im Jahr 2013 hat es Stromkunden jedoch besonders hart getroffen. Preistreiber war erneut die EEG-Umlage, die netto von 3,592 ct/kWh auf 5,277 ct/kWh anstieg, weshalb sich im Branchendurchschnitt Preiserhöhungen im zweistelligen Prozentbereich ergaben. Auch die ovag Energie musste im Segment der nicht leistungsgemessenen Kunden die Preise um rd. 13 % anpassen, was trotz aller Erläuterungen zu nachvollziehbaren Reaktionen der Kunden und auch der Medien führte. Über mehrere Wochen war das Servicecenter an der Kapazitätsgrenze angelangt und es kam teilweise zu längeren Wartezeiten. Die bei einer Preisänderung erwartbaren Kundenabwanderungen konnte ovag Energie durch gezielte Aktionen zur Kundenbindung, Kundenrückgewinnung bzw. Neukundengewinnung zu einem guten Teil verhindern bzw. kompensieren.

Preisanpassungen motivieren Verbraucher zunehmend zu aktiver Suche nach Alternativen. Als regionaler, serviceorientierter Energieversorger haben wir zur Erhöhung der Kundenbindung die Online-Zählerstandeingabe weiter entwickelt, so dass eingegebene Zählerstände noch einfacher automatisiert weiterverarbeitet und so die Erreichbarkeit des Servicecenters gesteigert werden konnte. Seit Herbst 2013 haben wir auf unserer Homepage einen Produktfinder integriert, der nach Eingabe der Postleitzahl das jeweils passende Produkt anzeigt. Seitdem ist auch der Online-Vertragsabschluss auf der Homepage möglich. Auch sogenannte Social Media Kanäle wie Facebook sind inzwischen als Kommunikationskanal im Massenkundengeschäft fester Bestandteil.

Am 12. April 2013 stellte die Flexstrom-Unternehmensgruppe einen Insolvenzantrag. Einer der größten und bekanntesten Billigstromanbieter verschwand damit vom Markt und viele Kunden verloren ihre geleisteten Vorauszahlungen. Auch mehr als 1.000 ehemalige Kunden der ovag Energie kamen nach der Pleite des Anbieters zunächst in die Ersatzversorgung. Diese zweite große Pleite verunsicherte einen Großteil der betroffenen Kunden merklich, viele sind aus der Ersatzversorgung heraus in die von uns angebotenen Vertragsprodukte gewechselt. Es zeigt sich einmal mehr, dass eine dauerhafte Kundenbindung im Stromgeschäft bei der aktuellen Höhe der Neukundenboni kritisch ist. Ob diese von Billiganbietern gewählte Strategie aufgeht, wird die Zukunft zeigen.

Die Strompreise über den Jahreswechsel 2013/2014 durch Erfolge in der langfristigen Energiebeschaffung stabil halten zu können, wurde durch eine weitere kräftige Steigerung der EEG-Umlage zunichte gemacht. In 2014 kommt eine deutliche Erhöhung unserer spezifischen Netznutzungsentgelte hinzu, wobei sich die Entgelte regional sehr unterschiedlich entwickelt haben. Dies und die daraus resultierenden Preisanpassungen müssen unseren Kunden vermittelt und transparent gemacht werden.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland im Jahr 2013 ist nach vorläufigen Zahlen um rd. 0,6 % auf 634 TWh gestiegen, der Bruttostromverbrauch um 1,1 % auf 599,8 TWh gesunken. Der Stromerzeugungsmix hat sich weiter hin zu Gunsten der EE entwickelt, ist jedoch immer noch durch Braun- und Steinkohle dominiert. Der Anteil der Kernenergie und der Gaskraftwerke ist erneut zurückgegangen. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Mix wuchs um rd. 6 % auf nunmehr 23,9 % (i.e. rd. 151,7 TWh; Vorjahr 22 %). Der Strom-Exportüberschuss stieg abermals gegenüber dem schon hohen Vorjahreswert mit rd. 34 TWh auf einen neuen Rekordwert. Energiebedingte CO₂-Emissionen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig zu ermitteln. Tendenziell wird aber auf Basis des Primärenergieverbrauches und des ermittelten Energieträgermixes von einer leichten Steigerung von ca. 2,5 % ausgegangen.

Wie bereits beschrieben war der Stromgroßhandelsmarkt im Jahr 2013 bestimmt von schwachen Rohstoffpreisen in Verbindung mit einem erstarkten Euro. Von Januar bis Ende Dezember 2013 ging der Terminmarktpreis für das Frontjahr Produkt Base cal 2014 um rd. 18 % von 45,31 €/MWh auf 37,33 €/MWh zurück und damit abermals stärker als bereits im vergangenen Jahr mit rd. 15 %. Das im Vorjahr drastisch gesunkene Peak/Base-Verhältnis hat sich etwas konsolidiert und notiert stabil um den Quotienten von rd. 1,29.

Stromnetze

Bis 2020 müssen nach Aussage der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) zwischen 1.500 und 3.600 km Höchstspannungsleitungen neu gebaut werden – nicht vom Staat, sondern von den Übertragungsnetzbetreibern. Wie in der dena-Verteilnetzstudie III ermittelt wurde, ergeben sich entsprechende Netzausbaubedarfe für Verteilnetzbetreiber, die jedoch in die aktuelle Regulierungspraxis der BNetzA noch keinen vollumfänglichen Eingang gefunden haben. Die Netzausbaukosten lassen sich noch nicht verbindlich abschätzen; sie werden aber langfristig über die Netzentgelte in den Strompreis einfließen.

Die BNetzA hat den Auftrag, die Systematik der Anreizregulierung zu prüfen und bis Ende 2014 einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Die Auswirkungen der Ergebnisse auf die zukünftige Regulierung ab 2019 (3. Regulierungsperiode) bleiben abzuwarten. Weiterhin gewinnt das Thema Regulierung auf europäischer Ebene immer mehr an Bedeutung. Neben der EU-Kommission beschäftigen sich auch ACER und CEER mit der Rolle von Verteilnetzbetreibern, um die Zielsetzung der Schaffung eines EU-Energiebinnenmarktes voranzutreiben.

Für die 2. Regulierungsperiode hat die BNetzA die Kostenbasis der Stromnetzbetreiber geprüft und vorläufige Effizienzwerte ermittelt. Finale Bescheide sind im Laufe des Jahres 2014 zu erwarten.

Die zu Gunsten der Netzbetreiber ergangenen Beschlüsse bspw. zu Indexreihen der BNetzA für die Bewertung des Anlagevermögens und zum Risikozuschlag bei der Verzinsung versuchte der Verordnungsgeber im Jahr 2013 durch Verwaltungsänderungen in ihrer Wirkung zu minimieren. Zwar beziehen sich die Verwaltungsänderungen zunächst grundsätzlich auf die 2. Regulierungsperiode, dennoch besteht die Möglichkeit, dass die durch die neuen Verordnungen vorgegebene

Systematik von der BNetzA auch auf die 1. Regulierungsperiode ausgedehnt werden soll. Für nach 2005 aktivierte Anlagen sinkt der Eigenkapitalzinssatz weiter von 9,29 % auf 9,05 % vor Steuern, für Altanlagen erfolgt eine Absenkung von 7,56 % auf 7,14 % vor Steuern. Die niedrigeren Eigenkapitalzinssätze gelten für Stromnetzbetreiber für die Jahre 2014 bis 2018. Für Fremd- und überschießendes Eigenkapital ist derzeit eine kalkulatorische Verzinsung von 3,98 % vorgesehen.

Vollständige Netzentgeltbefreiungen von Unternehmen gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV alter Fassung wurden im Anschluss an gerichtliche Entscheidungen abgeschafft und eine neue Systematik für reduzierte Netzentgelte eingeführt. Diese rückwirkende Veränderung hat sich entsprechend in der KWKG-Umlage für 2014 niedergeschlagen.

Mit Verabschiedung der Systemstabilitätsverordnung (SysStabV) vom 26. Juli 2012 wurden die Netzbetreiber per Verordnung erstmalig dazu verpflichtet, Eingriffe in private Stromerzeugungsanlagen vorzunehmen. Auf Grund unzureichender Schutzabschaltungen bei Netzfrequenzabweichungen besteht die Gefahr eines großflächigen Ausfalles von PV-Wechselrichtern und einer damit verbundenen Gefährdung des Stromnetzbetriebes. Die Umrüstung muss bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen sein. Die Kosten der Umrüstung werden in den Folgejahren über die Netzentgelte bzw. die EEG-Umlage an die Netzkunden weitergegeben.

Eine weitere gesetzliche Eingriffsverpflichtung der Netzbetreiber ist in §§ 13 und 14 EnWG festgeschrieben. Durch den zunehmenden Wegfall konventioneller Erzeugungskapazität aus Großkraftwerken und einer entsprechenden Zunahme schwankender EEG-Einspeisung ergibt sich bei einem Überangebot an regenerativer Energie das Erfordernis, zur Sicherstellung der Netzstabilität die Einspeiseleistung der Anlagen zu begrenzen. Bei einem zu geringen Angebot an Einspeiseleistung wird es erforderlich, Teilnetze und Netzkunden vom Strombezug zu trennen. Die Anforderung zur Kundenabschaltung erfolgt überwiegend von einem der vier ÜNB in Deutschland. Bei regionalen Netzengpässen müssen die Abregelungsmaßnahmen vom Verteilnetzbetreiber veranlasst und verantwortet werden.

Die Auswirkungen der Aufhebung eines BMF-Schreibens zu Rückstellungen für sogenannte Verrechnungsverpflichtungen durch die Finanzverwaltung am 22. November 2013 als Folge eines BFH-Urteils vom 6. Februar 2013 sind noch nicht abschätzbar.

Energiedienstleistungen

Auf dem Markt für Dienstleistungen im Energiesektor ist es ungeachtet der steigenden Anzahl gesetzlicher und sonstiger Anforderungen und der daraus resultierenden Überforderung kleinerer Stadtwerke für durch rechtliche Entflechtung entstandene konzernintegrierte Dienstleistungsgesellschaften schwierig, Betriebsführungsverträge mit konzernfremden Unternehmen abzuschließen. Dennoch werden die zukünftig erwarteten höheren Aufwendungen für IT-Sicherheit, bedingt durch die zunehmende Intelligenz und Datenkommunikation in den Stromnetzen, voraussichtlich regionale Kooperationen erfordern.

Wassermarkt

Der Wassermarkt unterliegt weiterhin der Überprüfung durch Kartellbehörden. Die OVAG ist als Trinkwasservorlieferant der Kommunen zur Zeit nicht direkt von laufenden Verfahren betroffen. Einige Wasserversorgungsunternehmen reagierten auf die Kartellverfahren und entzogen sich mit einer Rekommunalisierung der Trinkwasserversorgung der Kartellaufsicht.

ÖPNV

Der ÖPNV ist nur unwesentlich von kurzfristigen konjunkturellen Einflüssen betroffen. Mittel- und langfristig ist der ÖPNV vor allem durch die demografische und strukturelle Entwicklung beeinflusst. Daher betrachtet die Branche mit Sorge die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. In den ländlich geprägten Gebieten wird sich die Landflucht weiter verstärken, was negative Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen hat, und der Trend zu alternativen Bedienformen wird sich ausweiten.

Um den ÖPNV zukunftsfähig zu machen, muss sich die Branche im verstärkten Maß auf die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen und strukturellen Wandels einstellen.

Unternehmensentwicklung

OVVG-Konzern

Die Konzernunternehmen konnten sich nach wie vor gut am Markt positionieren. Dies gilt sowohl für den Bereich Wasser als auch für die Bereiche Stromnetz und Stromvertrieb.

Die Entwicklung des Konzerns hängt wesentlich von den bei den Beteiligungen bestehenden Pacht-, Wegenutzungs-, Straßenbeleuchtungs- und Wasserlieferungsverträgen ab. Ein Großteil der Verträge über Wegenutzung und Straßenbeleuchtung sowie Wasserlieferung mit Städten und Gemeinden bzw. Wasserlieferung mit Unternehmen hat Restlaufzeiten über mehr als 15 Jahre und bietet eine verlässliche Ertragsgrundlage.

Im Trinkwassergeschäft gab es bei unverändert leicht rückläufiger Abgabemenge mit Ausnahme des Planungsbeginns für eine Verbindungsleitung keine größeren Ereignisse.

Im Frühjahr 2013 haben wir die Bedingungen geschaffen, neben dem bundesweiten Stromvertrieb auch die bundesweite Erdgaslieferung durchzuführen. In einem ersten Schritt konnte hier das selbst gesteckte Ziel der Neukundengewinnung deutlich übertroffen werden. Dabei war zunächst nicht nur der quantitative Erfolg sondern das Übertragen der aus der Stromsparte gewohnten hohen Qualität in Abwicklung und Service auf den Gasvertrieb wichtig. Im nächsten Schritt werden weitere Liefergebiete erschlossen und die Kundenanzahl u.a. durch Ausweitung des Gewerbekundensegments konsequent ausgebaut. Bei der Erdgasbeschaffung wurde aufgrund des in der Anfangsphase kleinteiligen Volumens und der hohen Mengenflexibilität mit einem Dienstleister zusammengearbeitet. Ziel ist es, bei entsprechend hohem Absatzvolumen in der Zukunft die Wertschöpfungstiefe ähnlich wie bei Strom auf die Bereiche strukturierte Beschaffung und Bilanzkreismanagement auszuweiten.

Grundsätzlich lässt sich im RLM-Segment feststellen, dass immer mehr Kunden den Weg zum besten Angebot über Ausschreibungen bevorzugen. Dies führt zu sehr schwankenden Erfolgen. Bei großen Ausschreibungen konnten wir für die Jahre 2014 und 2015 Großkunden mit hohem Absatzvolumen halten, andererseits musste sie aber auch Bündelkunden an Wettbewerber abgeben. Bei den RLM-Kunden zeigt sich, wie knapp hier kalkuliert wird. Hier wird die Belieferung von Kunden zu auskömmlichen Wettbewerbspreisen flankiert und mit entsprechenden Dienstleistungsangeboten ergänzt. Die Schwerpunkte der Vertriebsaktivitäten in den nächsten Jahren werden sich daher an dem derzeitigen aggressiven Wettbewerbsumfeld orientieren.

Die SEPA-Umstellung konnte im abgelaufenen Jahr fast geräuschlos umgesetzt werden.

Das Thema Elektromobilität wurde fortentwickelt. Im Oktober 2013 wurde am Rathaus in Nidda die vierte öffentliche Ladesäule der ovag Energie in Betrieb genommen. Eine fünfte Ladesäule in Alsfeld soll die Ladeinfrastruktur in Oberhessen auf dem angestrebten Niveau komplettieren.

Die Beschaffung des physischen Bedarfs des Vertriebes wurde wie in der Vergangenheit gemäß der Risikostrategie und den regelmäßigen Vorgaben aus dem Risikokomitee erfolgreich umgesetzt, indem wettbewerbsfähige Beschaffungspreise durch den strategischen, in definierten Teilmengen erfolgenden kontinuierlichen Einkauf realisiert wurden. Rein strategischer Handel wurde im Berichtsjahr nur in sehr geringem Umfang durchgeführt, da die marktbeeinflussenden Rahmenbedingungen insbesondere durch politische Entscheidungen oder Ankündigungen die fundamental erwartbaren Entwicklungen oft durchkreuzten und damit sehr beliebig wurden. Die kohlebasierte virtuelle Kraftwerksscheibe der ovag Energie war der bereits oben beschriebenen negativen Entwicklung der Kraftwerksspreads ausgesetzt; sie wurde risikoorientiert und verlustminimierend in Teiltranchen bewirtschaftet.

Die eigenen Wind- und Solarparks wurden aufgrund der im Jahr 2013 verringerten Managementprämie der Direktvermarktungsregelung im EEG an einen Dienstleister vergeben, wodurch nahezu risikofrei ein erheblicher Zusatzertrag erwirtschaftet werden konnte. Lediglich die gut vorher-sagbare Produktion unserer Biogas-BHKWs wurde selber über einen eigenen EEG-Bilanzkreis direkt vermarktet. Die beiden Beteiligungen an Freiflächensolarparks in Linden und Wölfersheim haben sich gut entwickelt und ein positives Jahresergebnis generiert.

Im Sommer 2013 wurde der Bau eines Windparks bei Kefenrod mit 4 Anlagen (installierte Gesamtleistung 9,4 MW) begonnen. Das Investitionsvolumen beträgt rd. 15 Mio. €, die Inbetriebnahme ist für März 2014 geplant. Durch hessenENERGIE wurden 2013 acht wirtschaftlich interessante Windparkprojekte (davon zwei mit Partnern) ins BImSch-Genehmigungsverfahren gebracht. In Summe sind damit über 100 MW Windleistung in der konkreten Projektentwicklung, wodurch bei Realisierung die Position als führender Windkraftanlagenbetreiber in Hessen ausgebaut würde. Aktuell konnten wir unsere selbst aus EE erzeugte elektrische Energie durch die Investitionstätigkeit der vergangenen zwei Jahre von rd. 82 GWh/a auf rd. 147 GWh/a (+ 75 %) steigern, sodass sich daraus inzwischen rd. 11 % des Jahresstrombedarfs aller Vertriebskunden rechnerisch decken lässt.

Die Inbetriebnahme eines GuD-Kraftwerks der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (GKB), an dem wir mit einer Leistungsscheibe von 22 MW (entsprechend Gesellschaftsanteil von 4,95 %) beteiligt ist, hat sich durch den vom Generalunternehmer zu verantwortenden Bauverzug auf Ende 2014 verschoben. Da im Kraftwerksbetrieb durch die oben beschriebene Marktlage aktuell kaum positive Deckungsbeiträge möglich sind, führt die Verschiebung voraussichtlich zu keinen deutlichen Mehrbelastungen. Eine Entschädigung für Mehraufwand gemäß vertraglicher Pönalregelung ist in Verhandlung.

Mit Inbetriebnahme der Biomethananlage in Berstadt im September 2012 hatte der Bereich Handel die Verantwortung für die Biomethan Vermarktung an Dritte und die Verstromung zu EEG-Konditionen in eigenen BHKW-Anlagen übernommen. Durch den Zubau von fünf dezentral installierten BHKW in vier bestehenden Nahwärmeinseln in Schulen sowie einer Neuanlage im Krankenhaus für die Nahwärmeversorgung am Europaplatz sowie der Umrüstung von zwei weiteren Bestands-BHKW auf Biomethaneinsatz jeweils in 2013 konnte der interne Biomethanverbrauch in BHKWs deutlich gesteigert werden. Trotz dieser positiven Entwicklung ist die Vermarktung des noch nicht innerbetrieblich verwendeten Biomethans durch die niedrigen Biomethan-Großmarktpreise und die aktuelle politische Diskussion schwierig. Daneben sind erneut durch politisch beeinflusste Änderungen des EEG negative Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu erwarten. Insgesamt wurde für die Erzeugungssparte die Risikovorsorge um 12,8 Mio. € erhöht.

Wir sind steigenden Anforderungen des Gesetz- bzw. Verordnungsgebers ausgesetzt. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtungen (Vogelschutz, SysStabV, EinsMan, IT-Sicherheit etc.) bindet vermehrt Kapazitäten und stellt die Unternehmensorganisation vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig stoßen wir bei durch zunehmende Einspeisungen von erneuerbaren Energien erforderlichen Netzverstärkungs- bzw. -ausbaumaßnahmen zusammen mit den weiter wachsenden Lastmanagementanforderungen finanziell, technisch und personell immer öfter an Grenzen. Dadurch sind dringend für die Energiewende erforderliche Investitionen gefährdet, zumal die regulatorische Praxis keine direkte Kapitalkostenanpassung innerhalb einer Regulierungsperiode vorsieht.

Durch die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze im Rahmen der Anreizregulierung sind die mit dem Netzbetrieb erzielbaren Erlöse zum Geschäftsjahresbeginn bekannt. Die durch Mengendifferenzen erzielten Mehr- oder Mindererlöse werden auf dem bei der BNetzA geführten Regulierungskonto erfasst und spätestens in der darauffolgenden Regulierungsperiode ausgeglichen.

Im Zuge der Kostenprüfung für die 2. Regulierungsperiode wurde die Kostenbasis für die Erlösobergrenzen der Jahre 2014 bis 2018 von der BNetzA auf Basis des Jahresabschlusses 2011 geprüft. Im Rahmen der Kostenprüfung wurden nicht alle handelsrechtlich abgeleiteten Kosten- und Erlöspositionen anerkannt, da aus Sicht der BNetzA Besonderheiten des Basisjahres und weitere Themenbereiche wie u.a. Verlustenergie entgegen handelsrechtlicher Vorgaben unberücksichtigt blieben. Weiterhin hat eine Differenzierung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten (bspw. vorgelagerte Netzkosten und Vermiedene Netzentgelte) stattgefunden, die ovag Netz jährlich in den Erlösobergrenzen 2014 bis 2018 mit einem Versatz von zwei Jahren anpassen darf. Zusätzlich wird ovag Netz in der 2. Regulierungsperiode ein Effizienzwert <100 % zugeordnet. Vermindert um dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten verringert sich die Ausgangsbasis jährlich um ein Fünftel der von der BNetzA ermittelten Ineffizienzen, bis diese Ende der 2. Regulierungsperiode die Erlösobergrenze in kompletter Höhe schmälern.

Wir haben zusammen mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und dem Rhein-Main Verkehrsverbund (RMV) zur Aufgabe, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als Dienstleister zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln. Zunehmend sind Verkehrsunternehmer nicht in der Lage, kontrahierte (eigenwirtschaftliche) Verkehrsleistungen zu erbringen und versuchen von ihren Pflichten entbunden zu werden bzw. werden insolvent. Dann müssen wir gemeinsam mit dem Aufgabenträger ZOV eine Notmaßnahme realisieren, welche mit höheren Aufwendungen verbunden ist.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Konzernbilanzsumme ist von 480,8 Mio. € um 28,9 Mio. € auf 509,7 Mio. € gestiegen.

Das Anlagevermögen erhöhte sich im Berichtsjahr von 314,8 Mio. € um 9,2 Mio. € auf 324,0 Mio. €. Dabei ist besonders das Sachanlagevermögen deutlich von 214,6 Mio. € um 13,4 Mio. € auf 228,0 Mio. € gestiegen, was mit einem Zugang von 25,6 Mio. € im Wesentlichen auf zum Teil noch im Bau befindlichen Windenergieanlagen im Versorgungsgebiet sowie die laufende Umstellung konventioneller Straßenbeleuchtung auf LED zurückzuführen ist. Die Finanzanlagen verringerten sich hingegen um 3,5 Mio. € auf 87,6 Mio. €. Dies beruht im Wesentlichen auf der Umbuchung (Abgang) von im Jahr 2014 fälligen Wertpapieren in das Umlaufvermögen.

Das Umlaufvermögen hat sich von 148,4 Mio. € um 15,7 Mio. € auf 164,1 Mio. € erhöht. Während die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sich in Folge höherer Abschläge und rückläufiger Absatz – bzw. Durchleitungsmengen um 18,1 Mio. € auf den Stand 2011 verringerten, stiegen die Guthaben bei Kreditinstituten im Wesentlichen durch die langfristige Finanzierung der abgeschlossenen und laufenden Investitionsprojekte um 36,3 Mio. € an.

Die aktiven latenten Steuern erhöhten sich um 4,4 Mio. € auf 20,7 Mio. € in Folge gestiegener temporärer Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz bei Rückstellungen und im Anlagevermögen.

Die Eigenkapitalquote hat sich bei einem um 21,1 Mio. € auf 267,6 Mio. € deutlich gestiegenen Eigenkapital trotz einer höheren Bilanzsumme auf 52,5 % (Vorjahr 51,3 %) verbessert. Die Anlagendeckung inklusive Finanzanlagen betrug am Bilanzstichtag 82,6 % (Vorjahr 78,3 %).

Die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr von 94,1 Mio. € um 6,9 Mio. € auf 87,2 Mio. € vermindert. Die um 10,2 Mio. € niedrigeren Steuer- und die 1,7 Mio. € niedrigeren Pensionsrückstellungen glichen die um 5,0 Mio. € höhere sonstigen Rückstellungen vollständig aus.

Die Verbindlichkeiten im Konzern sind zugleich von 112,3 Mio. € um 17,0 Mio. € auf 129,3 Mio. € gestiegen. Hiervon belaufen sich die Verbindlichkeiten, deren Fristigkeit länger als ein Jahr beträgt, auf 65.300 T€ (Vorjahr 45.617 T€; davon mehr als fünf Jahre 40.865 T€; Vorjahr 29.815 T€). Der Anstieg basiert ausschließlich auf um 23,8 Mio. € gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hauptsächlich aus der Finanzierung von Erneuerbaren-Energieerzeugungsanlagen. Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden zu marktüblichen Zinssätzen verzinst. Nicht ausgenutzte Kreditlinien bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 42,3 Mio. €. (Vorjahr 3,1 Mio. €). Der Anstieg ist insbesondere auf niedrigere Forderungen, welche die Verminderung von Verbindlichkeiten überkompensierten, sowie das verbesserte Jahresergebnis zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit veränderte sich auf Grund rückläufiger Investitionen auf -27,7 Mio. € (Vorjahr -44,2 Mio. €). Eine die Kredittilgungen deutlich übersteigende Kreditaufnahme führte zu einem relativ konstanten positiven Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 21,9 Mio. € (Vorjahr 22,8 Mio. €). Insgesamt stieg der Bestand an flüssigen Mitteln um 36,3 Mio. € auf 67,7 Mio. € an.

Ertragslage

Die Ertragslage kann im Wesentlichen durch einige Eckdaten im Dreijahresvergleich dargestellt werden.

	2013		2012		2011	
Umsatzerlöse	476,1	Mio. €	441,7	Mio. €	406,3	Mio. €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17,6	Mio. €	17,4	Mio. €	17,6	Mio. €
Konzernjahresüberschuss	21,9	Mio. €	12,2	Mio. €	9,0	Mio. €

Die Gesamtleistung des Konzerns (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen) stieg von 443,5 Mio. € um 33,9 Mio. € auf 477,4 Mio. €.

Der starke Anstieg der Umsatzerlöse um 34,4 Mio. € entfällt mit 17,7 Mio. € auf die Sparte Stromverkauf und resultiert aus höheren gesetzlichen Umlagen bei rückläufigen Absatz- und Durchleitungsmengen. Zugleich wirken sich gestiegene Erlöse aus der Weiterverrechnung von

EEG-Strom (+4,1 Mio. €) der Netzsparte sowie Stromerlöse aus Windenergieanlagen (+2,7 Mio. €) aus. Sonstige Umsatzerlöse stiegen u.a. durch die Erträge aus Direktvermarktung erneuerbarer Energie (+6,9 Mio. €) an.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich hauptsächlich durch gestiegene Gewinne aus Anlagenverkäufen (+0,6 Mio. €).

Der Materialeinsatz in Bezug auf die Gesamtleistung des Konzerns stieg von 79,2 % im Vorjahr auf 79,5 % im Jahr 2013. Ursache hierfür waren im Wesentlichen die anteilig gestiegenen gesetzlichen Umlagen und der Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, insbesondere für stromwirtschaftliche Risiken (14,5 Mio. €). Die Personalaufwandsquote ist mit 9,9 % (Vorjahr 10,0 %) nahezu unverändert.

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr investitionsbedingt leicht gestiegen, während sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen u.a. wegen geringerer Reparaturmaßnahmen im Bereich der Windenergie gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. € verminderten.

Das Finanzergebnis war durch einen Einmalertrag von 1,1 Mio. € (Vorjahr 7,5 Mio. €) aus der buchhalterischen Neubewertung der als Deckungskapital bestimmten Spezialfonds zu Zeitwerten beeinflusst. Zugleich stieg der für Darlehen gezahlte Zinsaufwand um 1,5 Mio. € an, wodurch sich das Finanzergebnis um insgesamt 5,5 Mio. € auf 0,8 Mio. € verschlechterte.

Bei einem gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € leicht rückläufigen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit führten die gestiegenen aktiven latenten Steuern (4,4 Mio. €; Vorjahr 3,1 Mio. €) sowie der starke Rückgang des Steueraufwands (-0,1 Mio. € hauptsächlich durch die Folgewirkungen der Betriebsprüfung auf die noch nicht beschiedenen Veranlagungszeiträume ab 2009; Vorjahr 8,2 Mio. €) zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung.

Der Konzernjahresüberschuss stieg von 12,2 Mio. € im Vorjahr auf insgesamt 21,9 Mio. € an. Der Konzernbilanzgewinn beläuft sich auf 123,2 Mio. € (Vorjahr 103,1 Mio. €), und unterliegt weiterhin in Höhe von 45,2 Mio. € (+3,1 Mio. € aus Einmalertag und +4,4 Mio. € aus latenten Steuern) einer Ausschüttungssperre. Der Konzernjahresüberschuss liegt um 17,7 Mio. € über dem im Plan liegenden Ergebnis der OVVG von 4,2 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus bei den Beteiligungen thesaurierten Gewinnen (9,5 Mio. €), latenten Steuern (4,4 Mio. €) und Zwischenergebniseliminierungen (5,4 Mio. €).

Personal

Im Konzern waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 202 Mitarbeiterinnen und 442 Mitarbeiter (davon 50 bzw. 103 bei OVAG, 42 bzw. 41 bei ovag Energie, 70 bzw. 252 bei ovag Netz, 12 bzw. 29 bei HE, 28 bzw. 17 bei VGO; Vorjahr 633 Mitarbeiter/innen) beschäftigt. Darüber hinaus befanden sich noch 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ATZ-Freistellungsphase bzw. in Elternzeit. Von den Beschäftigten arbeiteten 82 in Teilzeit. Darüber hinaus befanden sich 54 Jugendliche (davon 7 Praktikanten/-innen) in der Ausbildung. Nebenberuflich waren für uns 443 Mitarbeiter/-innen (Zählerableser/-innen und Reinigungspersonal) tätig.

3. Nachtragsbericht

Mit Ausnahme von Kreditaufnahmen im Frühjahr 2014 zur Finanzierung von Wind- und LED-Projekten liegen aus Konzernsicht keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres vor.

4. Risiko- und Chancenbericht

Der Konzern ist durch den zunehmenden Wettbewerb, schwer kalkulierbare politische Entwicklungen, den Wandel der Energiemärkte und einen sich ständig ändernden Rechtsrahmen im Energiesektor und im öffentlichen Personennahverkehr einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt.

Um die Erfolgchancen und die Verlustrisiken optimal zu bewerten, gegeneinander abzuwägen und in die Entscheidungsprozesse des Konzerns einbeziehen zu können, hat die OVVG ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert. Die Risiken werden systematisch hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und potentieller Nettoschadenshöhe erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den Bereich Stromhandel, -beschaffung und -vertrieb existiert ein spezielles Risikomanagement auf Basis eines entsprechenden Risikohandbuchs, das systematisch an aktuelle externe Anforderungen und interne Prozessveränderungen angepasst wird. Kontrollinstanz ist dabei das regelmäßig tagende interne Risikokomitee. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Trans-

parenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die Entscheidungsträger werden regelmäßig umfassend über festgestellte Risiken und deren mögliche Auswirkungen informiert.

Aus Konzernsicht bestehen die folgenden wesentlichen Risiken und Chancen:

Allgemeine wirtschaftliche Veränderungen mit Auswirkungen auf die Konzerngesellschaften: Konjunkturelle Entwicklungen können den Absatz von Strom und Dienstleistungen sowie die Auslastung des Wasser- und Stromnetzes beeinflussen und sich sowohl positiv als auch negativ auf das Unternehmensergebnis auswirken. Durch die aktuell eingetretene Abkühlung des deutschen BIP-Wachstums haben sich keine Belastungen ergeben und es wird auch weiterhin nicht mit signifikanten Auswirkungen gerechnet.

Aus dem operativen Geschäft ergeben sich insbesondere Risiken aus Forderungsausfällen, denen mit einem entsprechenden Forderungsmanagement begegnet wird.

Die Erbringung von Dienstleistungen bedingt den Einsatz und die Bedienung komplexer technischer Anlagen. Risiken aus der eingesetzten Technik bestehen insbesondere dahingehend, dass Anlagen durch höhere Gewalt, z. B. Witterungseinflüsse, oder durch Bedienungsfehler beschädigt werden. Es besteht dabei das Risiko einer Schadenshaftung durch den Ausfall der Stromversorgung. Diesem begegnen wir mit hohen Sicherheitsstandards. Um die Risiken einzugren-

zen, werden regelmäßig Inspektions-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt sowie das Personal auf hohem Niveau geschult. Sofern es wirtschaftlich sinnvoll ist, werden die Risiken durch Versicherungen begrenzt.

Bei der Suche nach qualifiziertem Personal steht der Konzern in einem intensiven Wettbewerb um Mitarbeiter mit anderen Unternehmen. Um auch zukünftig qualifiziertes Personal gewinnen zu können, betont der Konzern bei seinem Außenauftritt u.a. seine Attraktivität. Im Bestreben, Fach- und Führungskräfte langfristig zu binden, setzt der Konzern auf interessante Aufgaben in Projekten, fortschrittliche Sozialleistungen, attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote sowie leistungsgerechte Vergütung.

Weiterhin bestehen Risiken aus dem Betrieb komplexer Informationstechnologie. Des Weiteren hat die Sicherung vor Datenverlusten, die Vertraulichkeit von Daten und deren Schutz vor Angriffen von außen eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Diesen Risiken wird mit ausgesuchten Dienstleistern und technischen Sicherheitsmaßnahmen sowie der speziellen Schulung des Personals begegnet.

Chancen sieht der Konzern in der Ausweitung und Optimierung des Dienstleistungsangebotes für andere Energieversorger auf Grund langjähriger Erfahrung in diesem Segment. Zudem bestehen Chancen aus der rückwirkenden steuerlichen Anerkennung der Aufwendungen für sog. Verrechnungsverpflichtungen und daraus resultierender Zinserträge.

Regulierungsrisiken und -chancen: Der ständige Wechsel des politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfelds kann die Ertragslage erheblich beeinflussen. Derzeit prüft die BNetzA im Rahmen der Evaluierung der Anreizregulierung inwiefern die angewendeten Instrumente die gewünschte Wirkung erzielen und die Zielsetzung der Anreizregulierung erfüllt haben. Aus Sicht der Netzbetreiber ist insbesondere zu prüfen, ob die Systematiken auch den zukünftigen Anforderungen gerecht werden, denen sich Netzbetreiber gegenübersehen (bspw. intelligente Netze). Für die 1. Regulierungsperiode sind in vielen Beschwerdeverfahren Vergleiche mit der BNetzA erzielt worden, die die Ansprüche der Netzbetreiber im Wesentlichen reflektieren. Weitere offene Aspekte sollten durch Verordnungsnovellen teilweise zu Lasten der Netzbetreiber geheilt werden. Für ovag Netz sind noch einige strittige Sachverhalte mit der BNetzA offen und bedürfen einer finalen Einigung. Zudem steht der finale Bescheid für die 2. Regulierungsphase noch aus. Ständig neue und sanktionsbewehrte gesetzliche Verpflichtungen erhöhen dabei das Risiko, bei einer nicht fristgemäßen Umsetzung Fahrlässigkeit gegen sich gelten lassen zu müssen. Entwicklungen in diesen Bereichen werden auch weiterhin zeitnah und aufmerksam verfolgt, um frühzeitig auf hieraus resultierende Risiken und Chancen reagieren zu können. Die Evaluierung der Anreizregulierung und die damit einhergehenden möglichen Anpassungen der Anreizregulierung ab 2019 werden weiter intensiv beobachtet.

Umweltrisiken- und -chancen: Niedrige Winterniederschlagsmengen haben direkten Einfluss auf die Grundwasserneubildung. Klimatisch bedingt rückläufige Winterniederschläge und Hitzetro-

ckenperioden im Sommer können Versorgungsrisiken auslösen. Zudem ist die Auswirkung verschärfter Trinkwasserqualitätsanforderungen durch verbesserte Untersuchungsmethoden noch unklar. Chancen bestehen in der Ausweitung des Wassergeschäftes nach Bau einer Verbindungsleitung.

Absatzchancen und -risiken durch wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerb: Die Konjunktur ist in Deutschland im Vergleich zu den anderen EU-Ländern intakt. Der Anteil der beeinflussbaren Kostenbestandteile im Strompreis für SLP-Kunden ist jedoch erneut gesunken und beträgt jetzt nur noch rd. 20% des Strompreises, d.h. 80% besteht nunmehr aus durchlaufenden Posten, für die der Vertrieb das Adressausfallrisiko tragen muss. Ausnahmen bilden hier die Verträge mit den RLM-Kunden, die Stromlieferung exklusive Netznutzung vereinbart haben. Deutlich an Bedeutung gewonnen hat im Jahr 2013 die Entwicklung der Netzentgelte, die sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren regional unterschiedlich entwickelt haben. Für Vertriebe stellt dies ein nicht unerhebliches Kalkulationsrisiko dar, zumal sich die im Oktober 2013 noch unverbindlich veröffentlichten Preisbestandteile der Netzentgelte bis zum Jahresende noch verändern und dann diese Änderungen auf Grund gesetzlicher Fristen in den Vertriebspreisen nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Der BGH hat am 31. Juli 2013 entschieden, dass einzelne Preisanpassungsklauseln in Verträgen mit Haushaltskunden unwirksam sind, direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft sind aktuell nicht absehbar.

Rechtliche Verfahren: Das Unternehmen ist durch seinen Geschäftsbetrieb in Gerichtsprozesse involviert und es werden außergerichtliche Ansprüche geltend gemacht. Wir erwarten hier jedoch derzeit keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation.

Die Auswirkungen des durch die EU-Kommission im Dezember 2013 eingeleiteten Prüfverfahrens zur Teilbefreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG Umlage ist noch nicht abschätzbar, könnte jedoch letztlich bei erforderlichen Rückforderungen zu höheren Insolvenzwahrscheinlichkeiten von Vertriebs- und Netzkunden führen.

ÖPNV-Risiken und -Chancen: Durch die im Jahr 2010 durchgeführte verbundweite Fahrgast- bzw. Verkehrserhebung ergibt sich durch Zunahme des Fremdnutzeranteils eine Verschlechterung der Erlössituation von jährlich rd. 1.500 T€. Diese Ergebnisse der Verbunderhebung wirken sich auch negativ auf die Erlössituation der eigenwirtschaftlich agierenden Unternehmen aus. Für das Linienbündel Lich wurde bereits aufgrund eines Antrags auf Entbindung von der Betriebspflicht beim Regierungspräsidium Gießen eine Betriebsführungsübertragung vollzogen. Obwohl derzeit zwar nicht mit weiteren Rückübertragungen von Linienkonzessionen und daraus resultierenden Mehraufwendungen für die Gesellschaft zu rechnen ist, besteht dieses Risiko inhärent weiter fort.

Die Implementierung der in 2013 begonnenen eTicketing-fähigen Infrastruktur bietet künftig weitere Potentiale zur Kostenreduzierung und zum flächendeckenden Roll-out im RMV-Bereich und somit zur Schaffung weiterer Synergieeffekte. Chancen bestehen zudem in der Einführung von technischen Lösungen im Bedarfsverkehr, da neben einer Reduzierung des Arbeitsaufwandes bei den Unternehmen und im Konzern mit besseren Möglichkeiten im Bereich von statistischen Auswertungen gerechnet wird.

Aus heutiger Sicht sind für die Zukunft keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken erkennbar, solange die abgeschlossenen Gewinnabführungsverträge und der steuerliche Querverbund unverändert fortgeführt werden. Die erkennbaren Risiken werden im Konzern nicht zur internen Steuerung quantifiziert.

5. Ausblick und Prognosebericht

In 2014 wird Deutschland nach den Prognosen der Commerzbank AG noch ein Wirtschaftswachstum von immerhin 2,0 % und 2015 von 2,1 % verzeichnen können und damit zu den Volkswirtschaften Europas mit dem stärksten Anstieg des BIP zählen. Die Inflation wird nach den Prognosen kurzfristig bis auf weiteres niedrig bleiben.

Trotz der zunächst angekündigten stabilen Preise haben die über den Jahreswechsel vorgenommenen Preiserhöhungen einiger Grundversorger die Stromkunden verunsichert. Ob die Strategien einiger Anbieter, mit immer höheren oder mit bereits kurz nach Vertragsbeginn auszubehandelnden Wechselboni neue Stromkunden langfristig zu binden, aufgeht, ist nicht absehbar. Neben Flexstrom hat u.a. der neueste Fall Prokon das Vertrauen der Stromkunden weiter erschüttert.

Für den Konzern stehen im kommenden Jahr die effiziente Neukundengewinnung im Strom- und Gasvertrieb stark im Fokus. Wir planen aber zudem die Bestandskundenpflege durch intensive Kommunikation der von uns erbrachten Leistungen weiterzuentwickeln. Dabei ist für das Jahr 2014 eine Vielzahl von Maßnahmen wie der Besuch zahlreicher Messen und die Durchführung einer neuen Imagekampagne vorgesehen. Daneben finden auch in diesem Jahr verstärkt Aktionen in Schulen statt.

Die direktvermarkteten Windparks sind inzwischen fernregelbar, sodass für das kommende Jahr höhere Zusatzerlöse aus dem Fernsteuerungsbonus zu erwarten sind. Für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus EE wird die Formulierung des neuen EEG 2014 entscheidend sein. Nur wenn weiterhin wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestehen, werden wir die bisher verfolgten langfristigen Projekte weiterführen. Im Bereich der konventionellen Erzeugung ist die Entwicklung von Marktregeln unabdingbar, um die Bereitstellung von Kapazitäten angemessen zu vergüten, wobei sich die Risiken der ovag Energie durch bereits getroffene Risikovorsorgen vermindert haben.

Die Preisentwicklung am Handelsmarkt Strom eröffnet gute Chancen für eine günstige Strombeschaffung für die Folgejahre. Die tendenziell gute Versorgung mit Gas, Kohle und EUA sowie die den Spotmarkt niedrig haltende wachsende Einspeisung aus EE lassen weiterhin Marktpreise auf historisch niedrigem Niveau erwarten.

Zunehmende regulatorische Eingriffe und Aktivitäten nationaler und europäischer Stellen u.a. bezüglich EEG-Umlagen, Netzentgelten, Beihilfeprüfungsverfahren, REMIT sowie EMIR erschweren allerdings die unternehmerischen Entscheidungen.

Durch das Wachstum des nördlichen Rhein-Main-Ballungsraums und den damit verbundenen Bahn- und Bundesstraßenausbau erforderliche Maßnahmen im Fernwasserleitungsnetz wurden u.a. durch Planung einer in 2016 in Betrieb zu nehmenden Verbindungsleitung intensiviert. Dabei wird weiterhin einerseits auf Erhaltung und Verbesserung von Wasserqualität und Versorgungssicherheit, andererseits auf Reduzierung des Energieverbrauchs durch modernisierte Technik und hydraulische Trennung von Systemen verschiedener Energieniveaus geachtet.

Die planmäßige Fertigstellung des LED-Projekts bis Ende 2014 ist realistisch.

Derzeit liegt ein vorläufiges Ergebnis der Kostenprüfung für die 2. Regulierungsperiode vor, wodurch eine gewisse Kalkulationssicherheit gegeben ist. Ein finaler Bescheid der BNetzA ist im Laufe des Jahres 2014 zu erwarten.

Das Defizit im ÖPNV wird sich in 2014 ausschreibungsbedingt um 3 Mio. € in Folge höherer Aufwendungen für bezogene Verkehrsleistungen weiter erhöhen.

Für das Jahr 2014 rechnet der Konzern auf Grundlage der Wirtschaftspläne der wesentlichen konsolidierten Gesellschaften mit einem Wachstum der Umsatzerlöse von 2 % bis 4 %, wobei keine gesonderte Planung auf Konzernebene stattfindet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit durch Cashpooling-Vereinbarungen gesichert. Die OVVG plant bei einem Beteiligungsergebnis von rd. 4 Mio. € ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. 4 Mio. € bzw. einen Jahresüberschuss in gleicher Höhe.

Der Konzern ist gut aufgestellt, um die vor ihm liegenden Herausforderungen zu meistern. Er ist traditionell regional stark verwurzelt, schafft Arbeitsplätze in der Region, ist für die Kunden leicht erreichbar und weist einen hohen Bekanntheitsgrad auf. Durch geplante hohe Investitionen wird das Unternehmensprofil noch stärker im Sinne von Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit geschärft.

Einige der im Lagebericht gemachten Angaben enthalten zukunftsbezogene Aussagen. Diese wurden auf Grundlage unserer Erwartungen und Einschätzungen über zukünftige, uns betreffende Ereignisse formuliert. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken und Ungewissheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse abweichen oder schlechter ausfallen als beschrieben.

Friedberg (Hessen), den 27. Juni 2014

Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Schwarz
(Vorsitzender)

Gnagl

6.2.3. Lagebericht Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke - Ergänzung zu Kapitel 3.1.11.

Zweckverband

Mittelhessische Wasserwerke

Lagebericht 2013

I. Grundlagen des Verbandes

Der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) erfüllte im Wirtschaftsjahr 2013 wiederum erfolgreich seine Aufgabe, seine Mitglieder und damit die Bevölkerung des mittelhessischen Raumes jederzeit mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis nach Steuern ergibt erneut einen Verlust, und zwar von 1.515.208,62 Euro, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll und den Verlustvortrag erhöht. Um das Steuerprivileg für den Verband zu erhalten, sind nach den „Gewinnjahren“ mindestens zwei Jahre mit Verlust erforderlich, um den Trend einer steuerlichen „Nulllinie“ nachzuweisen. In den Vorjahren wurde bereits ein Teil der Gewinnvorträge den Rücklagen zugeführt.

Der im Jahresabschluss abgebildete Geschäftsverlauf des Jahres 2013 ist noch einmal durch die für die Wirtschaftsjahre 2006-2009 durchgeführte Betriebsprüfung beeinflusst.

Obgleich aufgrund der Bilanzierungsregelungen in den außerordentlichen Posten kein Geschäftsvorfall zu erfassen war, haben doch die Sanierungsaufwendungen für die Liegenschaft in Gießen über mehrere Jahre hinweg anhaltende Wirkung und werden in diesem Umfang über eine lange Zeit nicht mehr zu erwarten sein, so dass bei isoliert wirtschaftlicher Betrachtung bei den ausgewiesenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2,19 Mio. Euro; i. Vj. 1,12 Mio. Euro) mit dieser Höhe bei üblichem Geschäftsverlauf in den nächsten Jahren nicht zu rechnen ist.

Die Umsätze aus der Wasserabgabe sind gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen stabil geblieben; es wurden mit 16,545 Mio. m³ 0,09 Mio. m³ weniger abgegeben als im Vorjahr.

Zur Sicherung und zum Ausbau der Versorgung der Kunden wurden im Jahre 2013 5,673 Mio. Euro im Anlagevermögen investiert. Die Finanzierung erfolgte durch Zuschüsse und Darlehen.

2. Lage**a) Vermögenslage**

Der Anteil des Anlagevermögens hat sich bei einer auf 63,08 Mio. Euro erhöhten Bilanzsumme von 90,5 % auf 90,4 % verringert.

Die im Bau befindlichen Anlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013 EUR
Sanierung des Hochbehälters Mellnau	24.511
Zubringerleitung zum Netz der OVAG	218.464
Verlängerung der Fördergenehmigung	111.076
KFZ-Unterstellhalle	127.359
Neubau Fluchttreppen, Verwaltungsgebäude	402.283
Ortsnetzerneuerung, diverse Orte	229.296
Erneuerung der Fernwirkanlagen	37.513
Ortsnetzerweiterungen	30.171
Neubau DA Goßfelden	107.496
GIS-System FA Barthauer	70.568
Umverlegungen und übrige Investitionen	<u>166.496</u>
	<u>1.525.233</u>

Im Jahr 2014 sind Investitionen von 5,935 Mio. Euro geplant.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen:

Eigenkapital	Stand 01.01.2013 EUR	Zugang EUR	Entnahme EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Stammkapital	18.000.000,00	0,00	0,00	18.000.000,00
Allgemeine Rücklage	6.050.243,56	0,00	0,00	6.050.243,56
Verlustvortrag/ Bilanzverlust (./.)	./. 446.754,84	0,00	./. 1.515.208,62	./. 1.961.963,46
	23.603.488,72	0,00	./. 1.515.208,62	22.088.280,10

Die Eigenkapitalquote (berechnet auf Basis des um Baukostenzuschüsse gekürzten Anlagevermögens) hat sich im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr von 38,30 % auf 35,00 % vermindert.

Rückstellungen	Stand 01.01.2013 EUR	Zuführung EUR	Entnahme EUR	Auflösung EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Pensionsrückstellungen	194.331,00	2.135,00	0,00	0,00	196.466,00
Sonstige Rückstellungen	2.405.568,81	798.962,08	671.943,08	1.846,73	2.530.741,08
	2.599.899,81	801.097,08	671.943,08	1.846,73	2.727.207,08

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen noch abzuführende Umsatzsteuer, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, Prüfungskosten, Resturlaubsansprüche und Überstunden, Altersteilzeit, Archivierungskosten, Porto-, Druck- und Veröffentlichungskosten sowie Kosten für Jahresabschlussarbeiten und Jubiläen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit sind mit den zulässigen versicherungsmathematischen Werten ermittelt.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Im Wirtschaftsjahr 2013 bestand ein dauerhafter Betriebsmittelkreditrahmen über 1,1 Mio. Euro, so dass die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben war.

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 1,835 Mio. Euro (31.12.2012: 2,138 Mio. Euro).

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des ZMW gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des vom Deutschen Standardisierungsrat DSR erarbeiteten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) entspricht:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Jahresergebnis (Verlust ./.. Gewinn +)	./.. 1.515	./.. 1.339
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	4.039	4.100
Zahlungsunwirksame Auflösungen von Zuschüssen	./.. 501	./.. 528
Zunahme (+) / Abnahme (./..) der Rückstellungen	+ 127	+ 13
Gewinn (./..) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 1	./.. 6
Zunahme (./..) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Posten des Umlaufvermögens (z. B. aktive RAP)	./.. 544	./.. 293
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (z. B. passive RAP)	<u>514</u>	<u>683</u>
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit (a)2.1212.631
Auszahlungen (./..) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	./.. 5.462	./.. 5.021
Auszahlungen (./..) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	<u>./.. 210</u>	<u>./.. 63</u>
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (b)	./.....5.672	./.....5.084
Einzahlungen von Zuschüssen	395	330
Tilgung (./..) / Aufnahme (+) von längerfristigen Krediten (Saldo)	<u>+ 2.853</u>	<u>+ 3.493</u>
Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit (c)3.2483.823
Veränderung der liquiden Mittel (Summe a-c)	./.. 303	1.370
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>2.138</u>	<u>768</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	<u>1.835</u>	<u>2.138</u>

(positive Beträge = Mittelzufluss, negative Beträge = Mittelabfluss)

c) Ertragslage

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderungen TEUR
Erlöse aus Wasserabgabe	16.540	16.500	+ 40
Sonstige Lieferungen und Leistungen	1.757	1.677	+ 80
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	501	527	./.
	18.798	18.704	+ 94

Die Steigerung der Erlöse aus der Wasserabgabe ist auf die Erhöhung der Mengenabgabe an die Weiterverteiler, saldiert mit der Senkung der maximalen Tageswassermenge als Berechnungsgrundlage für die Bereitstellungsgebühr von 73 % auf 70 % zurückzuführen.

Die Steigerung der Erlöse aus sonstigen Lieferungen und Leistungen ist durch höhere Leistungen bei den Betriebs- und Geschäftsführungen bedingt.

Die Erträge und Durchschnittserlöse aus der Wasserabgabe nach Kundengruppen betragen:

	2013		2012		spezifische Veränderungen	
	TEUR	Ct/m ³	TEUR	Ct/m ³	Ct/m ³	%
Weiterverteiler	7.781	68,34	7.711	67,68	+ 0,66	+ 1,0
Sondervertragskunden	743	58,27	796	57,39	+ 0,88	+ 1,5
Endverbraucher	8.016	206,39	7.993	207,39	./.	./.
	16.540	99,97	16.500	99,19	+ 0,78	+ 0,8

Die **Mengenabgaben** entwickelten sich wie folgt:

	2013		2012		Veränderungen	
	Tm ³	%	Tm ³	%	Tm ³	%
Weiterverteiler	11.386	68,8	11.394	68,5	./.	./.
Sondervertragskunden	1.275	7,7	1.387	8,3	./.	./.
Endverbraucher	3.884	23,5	3.854	23,2	+ 30	+ 0,8
	16.545	100,0	16.635	100,0	./.	./.

Die Wasserwerke Stadtallendorf und Wohratal förderten zusammen 16,754 Mio. m³ Wasser (im Vj. 16,743 Mio. m³), die übrigen Gewinnungsanlagen 0,399 Mio. m³ (im Vj. 0,407 Mio. m³). Die rechnerischen Wasserverluste und der nicht abgerechnete Verbrauch (u. a. erhöhte Spülmengen wegen der Inbetriebnahme von Teilen der neuen Wasseraufbereitung) betragen 0,608 Mio. m³ oder 3,54 % (im Vj. 0,515 Mio. m³ oder 3,00 %). Die genehmigte Förderkapazität für die Wasserwerke Stadtallendorf und Wohratal liegen zurzeit bei rd. 24,5 Mio. m³.

Der Personalaufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Vergütungen	6.599	6.286
Veränderung der Rückstellung für Altersteilzeit	./. 82	./. 47
Veränderung für noch ausstehenden Urlaub und Überstunden	./. 49	+ 52
Veränderung der internen Jahresabschlusskosten	+ 2	+ 2
Löhne und Gehälter	6.470	6.293
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	1.279	1.262
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	63	70
Beiträge zur ZVK	540	515
Beiträge zur Beamtenversorgungskasse	63	61
Veränderung der Pensionsrückstellung	+ 30	+ 18
Beihilfen	./. 0	./. 6
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.975	1.920
Personalaufwand insgesamt	8.445	8.213

Mehraufwendungen entstanden im Wesentlichen durch tarifbedingte Erhöhungen sowie durch geringe Personalaufstockung wegen Aufgabenerweiterungen bei bestimmten Betriebsbesorgungen.

Der **Personalstand** hat sich wie folgt entwickelt (bezogen auf Ganztagsstellen):

	31.12.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Planstellen	131,10	5,00	0,00	136,10 *
Mitarbeiter/innen	126,88	9,00	5,00	130,88
Mitarbeiter/innen in der Freistellungsphase der Altersteilzeit	9,00	0,00	3,00	6,00
Auszubildende**	8,00	0,00	2,00	6,00

* In der Übersicht sind sechs Stellen mit Befristung enthalten.

** Enthält einen Studium-Plus-Studenten.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

In den ersten sechs Monaten des Wirtschaftsjahres 2014 liegt die Wasserförderung knapp 2 % oberhalb der vergleichbaren Vorjahresmenge.

Dabei wird der Wasserverbrauch bzw. die -abgabe im Wesentlichen durch die unvermindert hohen Entwässerungsgebühren, die zurzeit hauptsächlich nach dem Frischwasserverbrauch berechnet werden, beeinflusst. Die Höhe der Entwässerungsgebühren ist im Wesentlichen verursacht durch die Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund der EKVO.

Das geplante Investitionsvolumen lt. Wirtschaftsplan 2014 beläuft sich auf 5,935 Mio. Euro. Zu dessen Finanzierung wird eine Darlehensaufnahme in Höhe von 5,169 Mio. Euro erforderlich. Darüber hinaus bestehen Verpflichtungsermächtigungen von 4,461 Mio. Euro. Hauptsächlich verursacht durch Kostensteigerungen bei Material und Personal ohne entsprechende Einnahmeerhöhungen sieht der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 trotz deutlicher Reduzierung des Investitionsvolumens einen Verlust von 0,35 Mio. Euro vor.

Der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke verfolgt weiterhin die langfristigen Ziele der Verkaufsmengensteigerung und Erschließung neuer Versorgungsgebiete. Nachfragen interessierter Kommunen werden im Einzelnen unter verschiedenen Aspekten geprüft. Mit der OVAG konnten zum einen ein Kooperationsvertrag zum Bau einer Verbindungsleitung und zum anderen ein Wasserlieferungsvertrag zwecks Lieferung von Trinkwasser in den Raum Frankfurt am Main unterschrieben werden. Diese beinhalten ein Investitionsvolumen von 6,5 Mio. Euro für den ZMW und sehen eine Wasserlieferung zwischen 2 und 5 Mio. Kubikmeter an die OVAG vor.

Deutliche demographische Veränderungen sind bei einem leitungsgebundenen Versorgungsunternehmen, das wesentliche Aufgabenfelder in dünn besiedelten Flächen zu bewältigen hat, immer ein aktuelles Thema im Zusammenhang mit künftigen Erwartungen. Die sogenannte Landflucht und damit spiegelbildlich die Verstädterung der deutschen Gesellschaft bei insgesamt deutlich rückläufigen Bevölkerungszahlen lassen die spezifischen Darbietungskosten und damit den kostendeckenden Frischwasserpreis merklich ansteigen - abzulesen daran, dass rd. 1.600 km Rohrnetz von einer immer geringer werdenden Verbraucheranzahl bzw. über eine immer geringer werdende Abgabemenge zu unterhalten sind. Dieses Problem verschärft sich deutlich durch die Tatsache, dass der satzungsgemäße Gewinnerzielungsverzicht Selbstfinanzierungen maximal bis zu den Abschreibungen zulässt, also inflationsbedingte und investitionsbedingte Ausweitungen des Anlagevermögens über akkumuliertes Eigenkapital nicht möglich sind, sondern hier ein Fremdfinanzierungsmechanismus einsetzt, der kosten- und abgabepreistreibend sein wird.

Umso bedeutsamer sind für den Verband Wasserlieferungen in neue Versorgungsgebiete, die die oben skizzierten drohenden Entwicklungen entschärfen bzw. sogar beseitigen. In diesem Zusammenhang ist auch die 2014 anstehende Neuerteilung der Fördergenehmigungen für das Wasserwerk Wohratal zu sehen. Wenn es nicht gelingt, die künftig zu erwartenden Fehlmengen im Verbandsgebiet durch Zusatzlieferungen außerhalb des Versorgungsgebietes auszugleichen, wird mit entsprechenden zusätzlichen Abgabepreiserhöhungen zu rechnen sein. Wasserpreissteigerungen aufgrund der allgemein steigenden Kosten der Förderung und Verteilung werden unabhängig davon unvermeidbar sein.

Interne Restrukturierungen sind im Kontext mit dem ERP-System mittelfristig in den Bereichen Verwaltungsmodernisierung (weitere Bausteine innerhalb des DMS - Planung und Dokumentation der Verteilungsnetze bzw. -anlagen) bereits in Durchführung.

Abschließend lässt sich der Stand der verschiedenen Projekte zusammenfassen.

Abgeschlossen wurden bis Mitte 2014

- die energetische und brandschutztechnische Sanierung der Gebäude in Gießen (Gesamtvolumen rd. 2 Mio. Euro)
- der Wasserrechtsantrag für das Wasserwerk Wohratal (Vorlage beim RP Gießen am 01.04.2014)

- das Gebührensplitting für die vom ZMW gesteuerten Abwasserbetriebe.

In der Umsetzung befinden sich zurzeit

- das Projekt einer Verbindungsleitung der ZMW- und OVAG-Netze (Gesamtvolumen rd. 12,6 Mio. Euro; alle Grunddienstbarkeiten von rd. 320 Grundstückseigentümern sind eingeholt; die Trassenführung und die Druckerhöhungsstation sind geplant; es stehen in Kürze die europaweiten Ausschreibungen für vier Lose an)
- die Erneuerung der Wasseraufbereitung im Wasserwerk Wohratal (4 von 10 Kammern sind bereits erneuert)
- Einführung einer integrierten Software im Sinne eines ERP-Systems
- Konzeptionierung eines Energiemanagements als Voraussetzung für (Strom-)Steuer-vergünstigungen
- Brunnenkopfsanierungen im zeitgleichen Zusammenhang mit einem energieoptimalen Pumpenmanagement
- Neuverhandlungen und gegebenenfalls Neuausrichtung der Betriebsführungs- bzw. Geschäftsbesorgungsverträge mit dem Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke und dem Abwasserverband Stadtallendorf-Kirchhain.

Projektiert bzw. voruntersucht werden

- eine neue Unternehmensstrategie mit den Schwerpunkten
 - Wechsel ins Gebührenrecht wegen kalkulatorischer Verrechnungen
 - Untersuchung im Hinblick auf die Frage „Beibehaltung des Gewinnverzichtes“ bzw. Folgen bei dessen Aufgabe insbesondere in steuerlicher Hinsicht (gewerbesteuerliche Folgen usw.)
 - Rechtsformwechsel im Falle der Beibehaltung des Preisrechtes.
- Wasserrechtsantrag für das Wasserwerk Stadtallendorf
- Einführung der E-Bilanz
- Regeln zur Archivierung des E-Mail-Verkehrs
- Aktualisierung des Organisationshandbuches nach Abschluss der o. g. Betriebsführungs- bzw. Geschäftsbesorgungsverträge.

V. Chancen- und Risikobericht

Mit Hilfe des Risikofrüherkennungssystems hat die Geschäftsführung die wesentlichen Risiken und Frühwarnsignale identifiziert und Maßnahmen zur Risikoabwehr ergriffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen. Eine umfassende Dokumentation der Risiken, Frühwarnsignale und Gegenmaßnahmen sowie die innerbetriebliche Organisation des Risikofrüherkennungssystems einschließlich des Berichtswesens wurde erarbeitet. In Zusammenarbeit mit einem externen Berater ist die Dokumentation vor einiger Zeit durchgeführt worden. Sie wird fortgeschrieben bzw. aktualisiert und dem Vorstandsvorsitzenden halbjährlich als Risikobericht vorgelegt.

Dabei wurden Risikozuwächse festgestellt, die nicht nur die Wasserabgabe und die Wettbewerbssituation betreffen, sondern die sich auch auf den technischen Bereich ausgeweitet haben. Indikatoren hierfür sind insbesondere die spezifischen Kennziffern im Anlagenspiegel „Abschreibungssatz“ und „Restbuchwerte in % der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten“. Obgleich bei den Verteilungsanlagen durch den Neubau der ZMW/OVAG-Verbindungsleitung im Jahre 2016 insgesamt eine Verbesserung zu erwarten ist, gilt dies bei einer spezifischen Betrachtung des Altbestandes nicht. Im Kontext mit den rückläufigen Investitionsplanansätzen - gerade in den Anlagenuntergruppen „Leitungsnetz und Grundstücksanschlüsse“ sowie „Speicheranlagen“ - wird sich die Risikobeurteilung insofern verschärfen. Insbesondere in diesen Bereichen sind die Anlagenreinvestitionsdauern künftig deutlich zu verkürzen. Dem damit ausge-

lösten steigenden Abschreibungsbedarf steht dann ein entsprechend sinkender Instandhaltungsaufwand gegenüber; auch die rechnerischen Wasserverluste dürften sich dann rückläufig entwickeln. Darüber hinaus zieht dies eine deutliche Verbesserung der Versorgungssicherheit nach sich.

Weitere steigende Risiken liegen in der Sparte Betriebsführungen für Verbände. Steuerliche Vorgaben sowie die Regelungen nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zwingen dazu, diese Tätigkeiten verlustfrei zu betreiben, was - allein aufgrund der Tarifverhandlungsergebnisse - zu Anpassungen der Verrechnungspreise bzw. zu Preissteigerungen führen muss. Dieser Mechanismus regt die betriebsgeführten Einrichtungen jedoch an, ständig Preisvergleiche anzustellen, was dann gewisse „Drohszenarien“ im Hinblick auf Kündigungen auslöst. Getrieben wird diese Entwicklung weiterhin durch die extreme Finanznot der Kommunen, da bei „hoheitlichen Verbänden“, die nicht über Gebühren Dritter, sondern mitgliedsbezogen umlagefinanziert sind, die Höhe der Umlagen - also auch soweit diese die Honorare für die Betriebsführungen betreffen - die Kommunalhaushalte entsprechend belasten, die jedoch dauerhaft um Ausgabenkürzungen bemüht sind. Im Rahmen dieses Mechanismus werden im Regelfall die neuen EU-Vergaberichtlinien - hier Artikel 12 RL 2014/24/EU - (noch) nicht berücksichtigt, trotz der Tatsache, dass die Schwellenwerte zwischen öffentlichen Auftraggebern für europaweite Ausschreibungen bei sonstigen Leistungen sehr niedrig festgelegt wurden. Hier werden sich auftraggeberseitig kurz- bis mittelfristig die notwendigen vergaberechtlichen Beurteilungen einstellen müssen (relevant für die Vergabekammern und externe Prüfer).

Da die Betriebsführungs- bzw. Geschäftsbesorgungsverträge des ZMW grundsätzlich wegen entsprechender Kündigungsklauseln europakonform ausgestaltet sind, genießen sie Bestandsschutz. Neuabschlüsse sind deutlich restriktiver für alle Vertragsparteien zu regeln und sind dann immer periodisch neu europaweit auszuschreiben.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der ZMW seine Aufwand- und Ausgabesituation sehr restriktiv behandelt und intensive Sparbemühungen betreibt. Bedingt durch die Betriebsgröße sind eine Vielzahl von Funktionen nur mit einem/einer Mitarbeiter/in besetzt, so dass das Streichen einer Stelle dazu führt, dass die betroffene notwendige Funktion nicht mehr erfüllt wird (beginnend bei der Telefonzentrale, Personalstelle, Hausmeister, EDV-Referat usw.). Diese Situation war Auslöser für die einzelnen Betriebs- und Geschäftsbesorgungsverträge unter dem Grundsatz „EINE Infrastruktur für möglichst viele Beteiligte“, um den Fixkostenblock von mehreren Teilnehmern schultern zu lassen. Besonders offenkundig wird dies, wenn bei gemeinsamen Baumaßnahmen z. B. von ZMW und ZMA nur noch ein Baubetreuer für das Gesamtprojekt zuständig ist. Bei dem Einsatz von Personal, das für die verschiedensten Geschäftsbesorgungen und Betriebsführungen bei wechselnden Schwerpunkten eingesetzt wird, ist zu berücksichtigen, dass Vertragskündigungen Restrukturierungen beim ZMW erforderlich machen.

Darüber hinaus ist die weitere Vernetzung der verschiedenen kaufmännischen, technischen und planerischen IT-Insellösungen über ein Datenmanagementsystem (DMS) fortgeschritten, so dass über eine in diesem System integrierte Suchmaschine zu Anfragen Meldungen aus allen Subsystemen angezeigt werden sollen, um den Informationsgehalt möglichst lückenlos zu erhalten und das entsprechende Risikoprofil vollumfänglich berücksichtigen zu können.

Zurzeit ist der ZMW - nach entsprechender europaweiter Ausschreibung - damit befasst, eine integrierte Software zu erwerben, die programmtechnisch die verschiedenen kaufmännischen, technischen und juristisch-vertragsrechtlichen Bestandteile miteinander - unter Einbeziehung des bereits implementierten DMS - verknüpft. Ausgelöst wurde dieser Erwerb durch die Tatsache, dass die zurzeit noch bis Ende 2014 im Einsatz befindliche Finanzbuchhaltungssoftware ab 2015 nicht mehr gepflegt wird und hier „zwangsweise“ sich neu orientiert werden musste. Diese integrierte Software im Rahmen eines ERP-Systems wird sukzessive modular erworben und implementiert, voraussichtlich über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren.

Die vorrangig zu erwerbenden Module umfassen im Wesentlichen die Finanzbuchhaltung und die dazu gehörenden Nebenbuchhaltungen (Anlagevermögen einschließlich Zuschuss- und Darlehensverwaltun-

gen, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltungen) gefolgt von der Kosten- und Leistungsrechnung, die mit einem Instandhaltungsmanagement und gegebenenfalls einer Fuhrparkverwaltung mit automatisierter Fahrzeugüberwachung verknüpft werden. Anschließen werden sich die technischen Bereiche, die mit der kaufmännischen Anlagenbuchhaltung verbunden werden (gegebenenfalls sogar in nur einer Datenbank).

Die ersten Schritte sind hier lediglich nur grob skizziert. In der Endausbaustufe dieses Systems wird erwartet, dass ein erheblicher Teil notwendiger Controllingansätze über dieses System erbracht werden, da der ZMW betriebsgrößenbedingt eine Controllerstelle nicht voll ausfüllen kann.

Organisatorisch abgeschlossen sind die Arbeiten zur Zusammenlegung der Planungen von Wasser und Abwasser (ZMW, ZMA) in der Abteilung PAD, was neben der genannten Verbesserung im Sinne einer Gesamtrisikoerfassung ein (gegebenenfalls auch nur kleineres) Heben von Synergieeffekten mitauslösen soll.

Mit der zunehmenden elektronischen Kommunikation, Sachbearbeitung und Archivierung unter Verzicht auf Papierdokumente (soweit rechtlich möglich) werden sich die Risikoprofile in diesen Bereichen in den nächsten Jahren zum Teil deutlich ändern.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Verband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Beim ZMW wird ein Asset-Liability-Management (ALM) gepflegt und in die zentralen Steuerungsprozesse des Unternehmens und des Risikomanagements eingebunden. Es dient der Überwachung der Erfüllbarkeit der lang- und kurzfristigen Verpflichtungen. Die Ergebnisse der Analysen werden im strategischen Investmentprozess berücksichtigt.

- Beiträge und Gebühren sind vorsichtig kalkuliert und werden - insbesondere, wenn sich Indizien aufgrund des Jahresergebnisses oder aufgrund von Entwicklungen aus der Kostenrechnung einstellen - im Regelfall kurzfristig überprüft.
- Das ALM ermöglicht es dem ZMW, frühzeitig negative Entwicklungen sowie die daraus erwachsenden Wechselwirkungen zu erkennen und zeitnah gegenzusteuern.
- Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des ZMW wird kurzfristig derzeit - soweit erkennbar - nicht durch bestandsgefährdende Risiken beeinträchtigt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Gießen, 30.06.2014

Verbandsvorsitzender

Vorstandsmitglied

.....
Karl-Heinz Schäfer
Bürgermeister

.....
Norbert Kortlüke
Stadtrat

6.2.4. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.12.

RHEIN-MAIN-VERKEHRSVERBUND GMBH HOFHEIM AM TAUNUS LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat den öffentlichen Auftrag, die gemeinsamen Aufgaben zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen. Durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleistet. Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV GmbH) ist der Gesellschaftsvertrag.

Mittel- bis langfristiges Ziel ist die Entwicklung eines qualitativ besseren ÖPNV. Der Focus liegt primär auf den Wünschen des Kunden. Der RMV hat sich besondere Aufgaben gestellt, um diese Ziele zu erreichen und damit die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern.

Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, muss der ÖPNV im Gesamtsystem, wie Infrastruktur, Angebot, Service und Tarif betrachtet werden. Hier sind Maßnahmen des RNVP 2019 wie bspw. die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes zur Kapazitätsausweitung, schnellere Züge und Einsatz von Schnellbussen als Ergänzung des Schienenverkehrs zu nennen.

Des Weiteren beteiligt sich der RMV im Rahmen der hessischen Mobilitätsoffensive mit anderen Partnern für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Zur Erreichung einer höheren Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Darüber hinaus ist die RMV GmbH bestrebt, für seine Kunden mittelfristig ein System für elektronisches Fahrgeldmanagement der höchsten Komfortstufe „Einsteigen und Losfahren“ (Be-In/Be-Out-Systems) aufzubauen und einzuführen. Zur Umsetzung wird im Rahmen eines Kooperationsprojektes eng mit der DB AG zusammengearbeitet. Neben der Erweiterung des RMV-HandyTickets um Bahn-Card-ermäßigte Einzelfahrkarten werden die Integration von RMV-Übergangstarifen und die Fahrplanauskunft weiter vorangetrieben. Ebenso sollen weitere Fahrkarten als eTicket angeboten werden.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Regiekosten sowie für bezogene Leistungen insbesondere Untersuchungen (gemäß Wirtschaftsplan) erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Die mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 ist die Grundlage zur Finanzierung der RMV GmbH. Während die Finanzierung der Regiekosten und Untersuchungen direkt der RMV GmbH zuzurechnen sind, werden die verbleibenden Finanzierungsmittel von der RMV GmbH treuhänderisch abgewickelt und als Treuhandvermögen gesondert erfasst.

2. Entwicklung der Beteiligungen im Geschäftsjahr 2013

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter an der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Der rms ist es gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Besetzung neuer Themen schrittweise von der schwierigen Situation ihrer Kunden in den letzten Jahren abzukoppeln. Im Themenfeld Datenmanagement F+E konnten erstmals größere Umsatzerlöse erzielt werden. Allerdings blieben durch die verzögerte Beauftragung der seit langem in Akquisition befindlichen Forschungsprojekte die Umsatzerlöse hinter dem Plan für 2013.

Die Umsatzerlöse der rms GmbH sind im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 14.359 auf TEUR 8.946 gesunken. Gleichzeitig erhöhte sich die Gesamtleistung der rms von TEUR 8.885 auf TEUR 9.565.

Gegenläufig hat sich allerdings die Betriebsleistung durch die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen von TEUR 8.817 auf TEUR 11.238 erhöht. Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus den Themenfeldern Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung sowie Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden.

Das Erlösvolumen mit Dritten konnte um rund 52 % gesteigert werden, der Anteil der Drittumsätze am Gesamtumsatz liegt damit bei TEUR 2.858 (i. Vj. TEUR 1.877).

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein weiterer Anstieg der Umsätze mit Drittkunden auf TEUR 3.022 erwartet.

Die Bilanzsumme sank von TEUR 5.574 im Vorjahr auf TEUR 3.798. Begründet im Aktiva ist dies auf den Rückgang der geleisteten Anzahlungen und im Passiva durch den starken Rückgang der Verbindlichkeiten zurück zu führen.

Trotz steigendem Umsatz mit Dritten muss der für das Jahr 2014 geplante Umsatz mit dem RMV weiter gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die RMV GmbH beträgt TEUR 309 gegenüber dem Vorjahr von TEUR 263.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma).

Im Rahmen des Leasing hält die fahma Fahrzeuge zur Bereitstellung an Eisenbahnverkehrsunternehmen vor. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Die fahma ist für die Beschaffung und Finanzierung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs zuständig. Alle Fahrzeuge sind langfristig an die VIAS GmbH und die Hessische Landesbahn GmbH vermietet.

Von grundlegender Bedeutung für die fahma sind der **Gesellschaftsvertrag** sowie der **Ergebnisabführungsvertrag** zwischen der RMV GmbH und der fahma.

Die Geschäftsführung wird seit dem 23.01.2012 durch Herrn Professor Knut Ringat wahrgenommen. Prokura ist weiterhin Herrn Kai Daubertshäuser erteilt, der diese Aufgabe – ebenso wie der kaufmännische Leiter - neben seinen Aufgaben im RMV wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt einen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Leasingleistungen analog zum Vorjahr in Höhe von TEUR 6.862. Für das Geschäftsjahr standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.327 gegenüber. Das Jahresergebnis der fahma beträgt TEUR 1.102 (i. Vj. TEUR 957). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2012 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch die Gesellschafter erfolgte am 17. Dezember 2013.

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 33,33 % der Anteile an der RTW.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“.

In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 13.03.2014 wurde von dem Notar die Änderung des Gesellschaftervertrags beurkundet, der zunächst die Aufnahme von Schwalbach und Eschborn als Gesellschafter vorsieht; bei den Gebietskörperschaften sind noch die entsprechenden Beschlüsse der kommunalen Gremien herbeizuführen. In einem zweiten Schritt soll Neu-Isenburg und das Land Hessen als Gesellschafter aufgenommen werden. Die Aufnahme aller neuen Gesellschafter vor der Sommerpause 2014 wird angestrebt.

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 280 auf TEUR 8.115.

Im Wesentlichen betrifft dies auf der Aktivseite die Forderungen gegen Gesellschafter und die liquiden Mittel, auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben am 20.11.2013 entschieden, nur einen Teil-Wirtschaftsplan bis zum 13.03.2014 mit einem Volumen in Höhe von 0,9 Mio. € zu beschließen. Ferner wurde die Geschäftsführung angewiesen „...vom 20.11.2013 bis zum 13.03.2014 nur noch solche Geschäfte zu tätigen, die zum ordnungsgemäßen Geschäfts-betrieb der Gesellschaft erforderlich sind bzw. sich aus bereits eingegangenen Ver-pflichtungen ergeben. Die Geschäftsführung ist mit Zustimmung der Vorsitzenden des Auf-sichtsrates und der Gesellschafterversammlung befugt, berechnete und erforderliche Nachträge zu bestehenden Verträgen zu beauftragen.“

Durch die Zahlung des Verpflichtungsüberschusses und der Mittel für den Wirtschaftsplan 2014/I sowie die Durchführung eines schriftlichen Beschlussverfahrens zum Wirtschaftsplan 2014/II von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung vor dem 13.03.2014 wurde die bestandsgefährdende Situation abgewendet und für die Gesellschaft kann eine positive Fortführungsprognose abgegeben werden.

Von dem Jahresabschlussprüfer wurden für das Jahr 2013 die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft.

Die Geschäftsführung hat dazu in Erfüllung der Aufgaben eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs eine rechtliche Stellungnahme beauftragt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass zum 31. Dezember 2013 eine Forderung gegen die Gesellschafter in Höhe von 1,7 Mio. € ausgewiesen werden muss.

2.4 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH.

Die RMV GmbH überträgt im Mobilitätsmanagement Aufgaben auf die ivm und stellt die notwendigen Mittel bereit.

Im Rahmen ihrer finanziellen Verpflichtungen wurde die RMV GmbH mit dem Land Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz gleich gestellt. Daher beteiligt sich die RMV GmbH nur an der Projektfinanzierung. Die Höhe der Mittel bestimmt die RMV GmbH selbst.

Im Geschäftsjahr sind die Betriebsaufwendungen der ivm marginal um TEUR 42 auf TEUR 1.953 (i. Vj. TEUR 1.995) gesunken.

Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgaben-träger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

2.5 VDV eTicket Service GmbH & Co. KG (ehemals: VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG))

Zum 30. Dezember 2013 wurde die Gesellschaft VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG umfirmiert. Neuer Name der Gesellschaft lautet: VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 11,27 % an den Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 381 auf TEUR 2.072 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 142 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 145 verbessert werden.

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013

Die mittelfristige Finanzierung im RMV ist durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen bis 2014 gesichert. Hieraus ergeben sich besondere Projekte, die auch im Geschäftsjahr 2013 im Focus standen.

Schwerpunkte im Geschäftsjahr waren u.a. die Fertigstellung des Schlusssentwurfs des Regionalen Nahverkehrsplanes. Dieser wurde von den RMV-Gremien beschlossen.

Im Dezember 2013 wurde dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung der Schlusssentwurf zur Zustimmung vorgelegt. Die Zustimmung zum landesweiten Regionalen Nahverkehrsplan durch das Hessische Ministerium erfolgte am 29. April 2014.

Im Rahmen der wettbewerblichen Vergaben im SPNV wurden Teilnetze ausgeschrieben. Weitere Angaben können dem RMV-Vergabekalender unter www.rmv.de entnommen werden.

Im Marketing lag ein Schwerpunkt im Ausbau der Vermarktungsaktivitäten im Bereich des Freizeitverkehrs und im weiteren im Bereich der Marketingkommunikation. Maßnahmen sind die weitere Verbreitung und Stärkung der innovativen Informations- und Vertriebskanäle des RMV sowie die Steigerung des Bekanntheitsgrades des RMV-HandyTickets.

Für die Vertriebsplattform verbundweites Hintergrundsystem (vHGS) wurde die zugehörige Infrastruktur wie Chipkarten, Software u. ä. angeschafft und Funktionen wie Umsetzung der SEPA-Anforderungen, CleverCard von Wochen- und Monatskarten als eTicket konnten realisiert werden.

Weitere Aufgaben des Geschäftsjahres 2013 lagen wiederum in den originären Aufgaben wie

- Qualitätserfassung und -bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2014

und im strategischen Bereich wie

- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
- Tarifstrukturreform
- Investitionsmaßnahmen

3.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zu 2012 um TEUR 3.176 auf TEUR 36.255 gesunken (i. Vj. TEUR 39.431). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang von Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.454, während die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 598 und die Absetzungen für Abnutzung um TEUR 381 gestiegen sind.

Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betragen TEUR 31.367 (i. Vj. TEUR 34.117). Hinzu kamen sonstige Erträge insbesondere aus Projektzuwendungen von TEUR 4.138 (i. Vj. TEUR 4.933). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR -750 (i. Vj. TEUR -381).

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.411 (i. Vj. 1.202) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -277 (i. Vj. TEUR -444) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Wie in den Vorjahren wird ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von TEUR 377 aus der ratierlichen Zuführung zur Pensionsrückstellung aus der Umstellung der Bewertungsmethoden bei der Erstanwendung des BilMoG ausgewiesen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

3.2 Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEUR 2.988 (i. Vj. TEUR 2.397). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Ebenfalls wurden TEUR 300 der Eigenkapitalrücklage der fahma GmbH zugeführt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 837 auf TEUR 32.498. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Rückstellungen um TEUR 749 zurückzuführen, die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich korrespondierend.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 25,8 % (i. Vj. 27,9 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 74,2 % (i. Vj. 72,1 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung des Anlagevermögens durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein entsprechender Sonderposten für Zuschüsse gebildet wurde.

3.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 199 auf TEUR 365 reduziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 1.824 (i. Vj. TEUR 2.243). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.023 (i. Vj. TEUR 1.929).

Die nicht verbrauchten Mittel des Landes Hessen aus der Finanzierungsvereinbarung sind an den Treuhandbereich transferiert und zum Stichtag als Forderungen gegen den Treuhandbereich in den Sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert. In Folge musste im Treuhandbereich der genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden, da die Mittel des Regiebereiches zur Verfügung standen.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gewährleistet.

3.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 7 Zugänge und 5 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen, durch Kündigung von Arbeitnehmern

bzw. als Vertretung der in Elternzeit befindlichen Mitarbeiter sowie ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 Auszubildende eingestellt werden. Die Mitarbeiteranzahl beläuft sich auf durchschnittlich 125 Personen (i. Vj. 124).

4. Ausblick

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH

Das novellierte ÖPNV-Gesetz trat zum 01.01.2013 in Kraft. In enger Zusammenarbeit haben sich die RMV GmbH und die Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung eingebracht. Die im neuen Gesetz verankerten Vorschriften fanden bereits bei der Erstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes Anwendung. Der neue Terminus lautet nun „verbundweiter Nahverkehrsplan“. Neu unterschieden werden die Busleistungen in Verbundbusverkehr, regionaler Busverkehr und lokaler Verkehr.

Im ÖPNV-Gesetz wurde eine weitere Neuerung zur Stärkung der verbundweiten Standards in den Focus gestellt. Beabsichtigt ist, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln. Ziel ist dabei, dass Fahrgäste sich künftig im gesamten ÖPNV-System zurechtfinden können und das Interesse am ÖPNV geweckt wird.

Im neuen ÖPNV-Gesetz wird an der bewährten Möglichkeit, die Zuwendungen des Landes in mehrjährigen Budgets mit den Verkehrsverbänden zu vereinbaren, festgehalten.

Maßgeblich für die positive verkehrliche Entwicklung seit Verbundstart ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Durch das finanzielle Engagement wurden die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu negativen finanziellen Auswirkungen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung nicht den Einflussmöglichkeiten des RMV unterliegen. Hier sind die Energiepreise, die derzeit auf Bundesebene in Diskussion befindliche EEG-Umlage und die Infrastrukturkosten im SPNV zu nennen. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen sind auch für die Zukunft Wege zu finden, um die verkehrliche Entwicklung halten bzw. weiter positiv fortzusetzen zu können.

Die Finanzierung des RMV wurde bereits mit dem Jahr 2000 zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes neu strukturiert. Somit wurde auch für die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH die Förderung auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt.

Hierzu wurden ab dem Jahre 2000 sowie aktuell für die Jahre 2010 bis 2014 eine Finanzierungsvereinbarung mit einer fünfjährigen Laufzeit mit dem Land Hessen geschlossen.

Das zuständige Ministerium bereitet eine solche Finanzierungsvereinbarung für die Budgetperiode ab 2015 vor. Unter anderem ist im Gesetz neu verankert, dass die Zuwendungen des Landes die vollständigen Fördermittel nach dem Regionalisierungsgesetz des Bundes umfassen. Da diese Regionalisierungsmittel ab 2015 jedoch einer Revision unterliegen, steht derzeit nicht fest, wie sich die Mittel entwickeln werden. Es ist eher von einer geringen Dynamisierung oder auch von einer Stagnation auszugehen. Die Mittel der zweiten großen Finanzierungssäule sind Gelder aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch hier ist derzeit der finanzielle Rahmen noch offen.

Angesichts dieser Entwicklung einerseits und der Kostenentwicklung andererseits wird in allen Aufgabenbereichen des Verbundes nach Synergien gesucht, um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV zu verbessern. Dies ist eine allgegenwärtige Aufgabe, der sich bei jedwedem Handeln gestellt werden muss. Sie wird prägend sein für die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiten im Verbund.

Über die Finanzierungsvereinbarung ab dem Jahre 2015 ff wurden bereits Verhandlungen mit dem Land aufgenommen und Vorschläge zum Ordnungsrahmen der Finanzierungsvereinbarungen erar-

beitet. Fragen zum Finanzierungsbedarf sind angesichts der bestehenden Unsicherheiten über die Höhe der Regionalisierungsmittel (RegM) vorerst ausgeklammert worden, da die Entscheidungen über deren Fortentwicklung im Rahmen der Revision des Regionalisierungsgesetzes (RegG) noch ausstehen. Eventuell können aus diesem Grund die Verhandlungen über die neu zu schließende Finanzierungsvereinbarung 2015 ff zwischen dem RMV und dem Land Hessen nicht in dem vorgesehenen Zeitplan abgeschlossen werden. Es ist möglich, dass die bestehende Finanzierungsvereinbarung verlängert werden muss.

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16.11.2011 die Geschäftsführung beauftragt, zeitnah ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das spätestens 2015 getrennte Budgets für den Regional- und Lokalverkehr ausweist. Die Diskussionen zwischen der Geschäftsführung und den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) zur Neuordnung der Finanzierungsinstrumente wurden intensiv geführt. U.a. wurde über folgende Eckpunkte einer Neuordnung der Finanzierungsinstrumente Einvernehmen erzielt:

- Die Anzahl der lokalen Finanzierungsinstrumente wird auf ein Finanzierungsbudget für den lokalen Verkehr reduziert.
- Durch einen Beschluss des Aufsichtsrates wird den LNO Planungssicherheit für ein mehrjähriges Budget eingeräumt. Die Laufzeit richtet sich nach der Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land und dem RMV.
- Die Zweckbindung des Budgets für den lokalen Verkehr ergibt sich aus den Aufgaben nach dem HessÖPNVG für den lokalen Verkehr. Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung wird durch eine Erklärung der Verantwortlichen für den lokalen Verkehr erbracht.
- Die Festlegung des Budgets für den lokalen Verkehr erfolgt durch den Aufsichtsrat des RMV. Auch der Verteilungsschlüssel für das lokale Budget liegt in der Entscheidung des Aufsichtsrates des RMV.
- Über die Lokalisierung des Regionalen Busverkehrs wird nach einer Änderung des HessÖPNVG im Regionalen Nahverkehrsplan entschieden.

Gespräche hierzu sind bereits mit den LNO geführt worden.

Allerdings ist im Falle der Verlängerung der derzeit laufenden Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und Land Hessen aufgrund der inhaltlichen Abhängigkeit auch die hier diskutierte Finanzierung mit den LNO entsprechend um ein Jahr zu verschieben.

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wurde der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.

Im Jahr 2013 wurde das formale Anhörungsverfahren zum Regionalen Nahverkehrsplan gemäß § 14 Abs. 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz durchgeführt. Außerdem wurden die Beschlüsse zum RNVP durch die RMV-Gremien gefasst.

Begonnen wurde das formale Anhörungsverfahren mit einer Auftaktveranstaltung am 24. Januar 2013 in Hofheim. Bei dieser wurden die lokalen Aufgabenträger und Gesellschafter des RMV über die Eckpunkte des Regionalen Nahverkehrsplans und den Ablauf des Anhörungsverfahrens informiert.

Im Anschluss daran wurden die mehr als 500 anhörungsberechtigten Institutionen schriftlich über das Verfahren informiert und gebeten, ihre Stellungnahme bis 26. April 2013 abzugeben. Die Dateien zum Regionalen Nahverkehrsplan wurden am 1. Februar 2013 freigeschaltet.

Insgesamt wurden mehr als 150 Stellungnahmen mit einem Umfang von etwa 500 Seiten und weit über 1.000 Aspekten abgegeben. Diese enthielten neben Änderungswünschen zum vorgelegten Text auch Lob sowie Anregungen zu lokalen und operativen Fragestellungen.

Die wesentlichen Rückmeldungen und Änderungsvorschläge wurden am 28. Juni 2013 im Rahmen einer Sitzung des Arbeitskreis Verkehrs- und Mobilitätsplanung den lokalen Nahverkehrsorganisationen vorgestellt und abgestimmt.

Die Abwägungen zu den verschiedenen Aspekten wurden im Sommer fertiggestellt. Der Zugang zur Datenbank wurde am 15. August 2013 freigeschaltet, so dass die jeweils relevanten Aspekte und die dazugehörigen Abwägungen nachgelesen und ausgedruckt werden können. Am gleichen Tag wurde auch der überarbeitete Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplans freigeschaltet, in dem die aus dem Anhörungsverfahren hervorgegangenen Änderungen eingearbeitet worden sind.

Der Schlussentwurf wurde dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung des RMV in der jeweiligen Sitzung am 21. November 2013 vorgelegt. Der Regionale Nahverkehrsplan wurde in beiden Gremien beschlossen.

Die letzten beiden Schritte zur Fertigstellung des Regionalen Nahverkehrsplans ist die Zustimmung durch das zuständige Landesministerium (gemäß § 14 Abs.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz) und die Veröffentlichung (gemäß § 14 Abs.8 Hessisches ÖPNV-Gesetz).

Der durch die RMV-Gremien beschlossene Regionale Nahverkehrsplan wurde am 2. Dezember 2013 dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Veröffentlichung wurden im Dezember 2013 begonnen, damit diese erfolgen kann, sobald die Zustimmung durch das Ministerium vorliegt.

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV

5.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr weiterhin in der wettbewerblichen Übergangsphase, d.h. es sind noch nicht sämtliche Verkehrsdienstleistungen (SPNV-Teilnetze) aus den Altverträgen mit der Deutschen Bahn AG (aus 2003) bzw. der Hessischen Landesbahn GmbH (aus 2003) wettbewerblich vergeben worden. Die wettbewerbliche Vergabe sämtlicher Teilnetze wird voraussichtlich bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen SPNV-Teilnetze ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH (aktuell Gesamtbericht 2012) zu entnehmen, zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes des Gesamtberichtes 2012 zusätzlich durchgeführten wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.1 enthalten.

Gemäß dem RMV-SPNV-Vergabekalender war in 2013 die Vergabe der Teilnetze „Odenwald“, „Dreieich“, „Kahlgrund“, „Nordost-Hessen-Netz“ und „Main-Neckar/Ried“ zu beginnen, durchzuführen bzw. abzuschließen. Die Ausschreibungsgewinner für die Teilnetze sind:

- „Odenwald“ VIAS Odenwaldbahn GmbH, „Dreieich“ DB Regio AG Region Hessen
- „Kahlgrund“ DB Regio Netz Verkehrs GmbH
- „Nordost-Hessen-Netz“ cantus Verkehrsgesellschaft mbH
- „Main-Neckar/Ried“ Entscheidung im Vergabeverfahren steht aus

Näheres kann dem RMV-SPNV-Vergabekalender wie auch dem jährlichen Gesamtbericht nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 jeweils unter www.rmv.de entnommen werden.

5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden seit Ende 2009 bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen BPNV-Linienbündel ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH zu entnehmen (aktuell Gesamtbericht 2012), zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes zusätzlich durchgeführten eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren wie auch den diesen folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.2 und F.3 enthalten.

5.2.1 Durchführung eigenwirtschaftlicher Genehmigungsverfahren im BPNV

Gemäß dem RMV-BPNV-Vergabekalender und in Umsetzung der Fristen des neuen PBefG waren im Berichtszeitraum in Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren für die Fahrplanjahre 2015 und 2016 für die Linienbündel

1. „F-Ost“
2. „LDD-Darmstadt-Weiterstadt“
3. „LDD-Darmstadt-Dieburg“
4. „LOF-Ost“
5. „Stadtverkehr Dreieich“
6. „LOF-Langen 2“
7. „MTK-Vordertaunus Los 1“
8. „MTK-Vordertaunus Los 2“
9. „NachtExpress Rhein-Main“

durchzuführen. Aufgrund von Lokalisierungswünschen betroffener Lokaler Nahverkehrsorganisationen wurden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren wie auch die dem folgenden Vergabeverfahren mit Ausnahme der vorbenannten Linienbündel Nr. 1 und 9 zurückgestellt. Das eigenwirtschaftliche Genehmigungsverfahren für das Linienbündel Nr. 3 erfolgt bis Mitte 2014. Eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge für die Linienbündel Nr. 1 und 9 wurden nicht gestellt.

5.2.2 Durchführung wettbewerblicher Vergabeverfahren im BPNV

Die den eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (durchgeführt in 2012) folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren wurden im Berichtsjahr durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Die Ausschreibungsgewinner für diese Linienbündel sind:

- „LDD-Darmstadt-Odenwald“ Omnibusbetrieb Winzenhöler GmbH & Co.KG
- „VBK-Alsfeld/Nordost“ ALV Oberhessen GmbH & Co.KG
- „LOF-West“ BRH viabus GmbH
- „LOF-Mitte“ BRH viabus GmbH
- „LMR-Nordost“ ALV Oberhessen GmbH & Co.KG
- „LMR-West“ Becker&Sohn GmbH & Co.KG gemeinschaftlich mit Bender Reisen GmbH & Co.KG

Außerhalb des Berichtszeitraumes wurden folgende Vergabeverfahren im BPNV nach Abschluss der eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (in 2013) durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen.

- „F-Ost“ Entscheidung im Vergabeverfahren steht aus
- „NachtExpress Rhein-Main“ BRH viabus GmbH

Näheres kann dem RMV-BPNV-Vergabekalender wie auch dem jährlichen Gesamtbericht nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 jeweils unter www.rmv.de entnommen werden.

5.3 Neuordnung der Zuständigkeit für regionale Buslinien / Direktvergaben

Die betroffene Genehmigungsbehörde wie auch die Betreiber der unter Ziffer 5.2.1 benannten und hinsichtlich des eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens zurückgestellten Linien-bündel wurden über die beabsichtigte, sukzessive Neuordnung der Zuständigkeiten für regionale Linien (Lokalisierung) nach den Bestimmungen der §§ 2 Abs. 3, 4 iVm. 7 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), dessen konkrete Umsetzung im Regionalen Nahverkehrsplan, Anlage 4 B „Angebotskonzept regionaler Bus-verkehr“ verankert ist, in Kenntnis gesetzt.

Die Lokalisierung erfolgt im Benehmen mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen. Dabei wird das lokale wie regionale Verkehrsangebot einer detaillierten Untersuchung und Bewertung unterzogen, um einen integrativen Ansatz unter verkehrlicher, betrieblicher und betriebswirtschaftlicher Gesamtbetrachtung zu ermöglichen und letztlich die einvernehmliche Basis für die Lokalisierung zu schaffen. Da dieses Vorgehen jedoch einige Zeit in Anspruch nimmt, wurden den Betreibern die Fortführung ihrer bestehenden Verkehrs-Service-Verträge zu gleichen Konditionen über eine Laufzeit von bis zu drei Jahren (bis zum Fahrplanwechsel 2018 im Dezember 2017) angeboten.

6. Marketing

6.1 Werbung und Marktauftritt

Neben der Aktualisierung und Weiterentwicklung der RMV-Kundeninformationen zu den Tarifangeboten, lag ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr auf dem Ausbau der Vermarktungsaktivitäten im Bereich des Freizeitverkehrs. Der Marktanteil des ÖPNV bei Wegeeinlässen im Freizeitbereich ist ausbaufähig und soll u.a. mit aufmerksamkeitsstarken Angeboten zu Fest- und Feiertagen gesteigert werden. So wurde erstmals zu den Weihnachtsfeiertagen 2013 ein „Festtagsangebot“ aufgelegt und verbundweit über ein breites Portfolio an Medien beworben. Grundlage des Angebots war eine Verlängerung der Gültigkeit von Tageskarten und Gruppentageskarten an Heiligabend und den Weihnachtsfeiertagen. Um eine valide Einschätzung zum Erfolg dieser Vermarktungsaktivitäten geben zu können, sind vergleichbare Aktionen für 2014 geplant.

Die Fahrten mit Bussen und Bahnen können auf Basis der zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 vereinfachten Mitnahmeregelung für Zeitkarteninhaber auch für Familienausflüge an Wochenenden attraktiver werden. Die Marketingkommunikation hierzu wurde mit einem aufmerksamkeitsstarken Motiv verbundweit aufgesetzt und ebenfalls über ein breites Portfolio an Kanälen umgesetzt.

Das erstmalig aufgelegte Hessenweite Fahrplanbuch mit allen regionalen Schienenverkehren wurde mit einer Freizeitkarte ergänzt. Diese zeigt attraktive Ausflugsziele entlang des Streckennetzes und unterstützt das Bestreben der Verbände, Busse und Bahnen auch für die Freizeitaktivitäten als wahrnehmbare Alternative zu platzieren.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Marketingkommunikation lag im Geschäftsjahr auf der weiteren Verbreitung und Stärkung der innovativen Informations- und Vertriebskanäle des RMV. Neben Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades des RMV-HandyTickets und dessen Funktionalitäten wurden, u.a. durch eine 2-für-1-Aktion zu Beginn der Sommerferien, zusätzliche Anreize für die Nutzung des HandyTickets gesetzt.

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsgesellschaften (LNO) sowie den Verkehrsunternehmen (VU) ihre Aktivitäten zur Effizienzstei-

gerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrtenerfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Möglichkeit zur Abrechnung über den Mobilfunkprovider bzw. die Telefonrechnung / Prepaidkarte und zum Kauf über die Fahrplan-auskunft haben dem HandyTicket neue Kundengruppen erschlossen. Die Zahl angemeldeter Kunden stieg von knapp 65.000 Ende 2012 auf knapp 100.000 Ende Dezember 2013 an. Der monatliche über den Kanal HandyTicket generierte Umsatz wuchs von rund TEUR 370 im Dezember 2012 auf über TEUR 550 im Dezember 2013 an. Die nach wie vor sehr hohen Zuwachsraten sowie die hohe Nutzerakzeptanz bestätigen die Strategie der RMV GmbH zur Stärkung dieses Vertriebskanals.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM auf Grundlage der VDV-Kernapplikation“ waren im Wirtschaftsplan 2013 rd. TEUR 4.200 eingestellt worden. Diese Mittel sind für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Chipkarten und Software u. ä.) und den Betrieb des verbundweiten Hintergrundsystems (vHGS) verwandt worden. In 2013 wurden folgende Funktionen realisiert:

- Umsetzung der SEPA-Anforderungen
- Realisierung der CleverCard und von Wochen- und Monatskarten als eTicket RheinMain
- Ausgabe von Papierfahrkarten über das vHGS zur Senkung der Vertriebskosten, da auf parallele Systeme verzichtet werden kann

Die Nutzung der VDV-Kernapplikation ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform (vHGS) auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert die ÖPNV-Partner im Verbund und sichert die getätigten Investitionen in Verkaufsinfrastruktur und Hintergrundsysteme.

Darüber hinaus ermöglicht die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahrens die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen und trägt somit nachhaltig zur Einnahmensicherung bei. Nicht zuletzt ist auf den Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden hinzuweisen. Ein wichtiger Meilenstein konnte in diesem Zusammenhang 2013 durch die Zertifizierung des vHGS durch die VDV Kernapplikations GmbH erreicht werden. Mit der Zertifizierung wurde bestätigt, dass das vHGS standardkonform realisiert wurde und somit der interoperable Betrieb im Rahmen des ((eTicket Deutschland sicher gestellt ist. Das vHGS des RMV ist damit das erste ((eTicket Deutschland-Vertriebssystem, das den Zertifizierungsprozess bestanden hat.

Die Mittel für die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM des Jahres 2010 (ca. TEUR 5.500) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010, 2011, 2012 und 2013 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010 und nur zum Teil in 2011. Ein Großteil des tatsächlichen Einbaus der Kontrollinfrastruktur fand 2012 und 2013 statt. Vor allem durch Lieferengpässe bei den Geräteherstellern und nicht den Anforderungen des RMV entsprechenden Software-lieferungen konnte der Prozess jedoch auch 2013 nicht komplett abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr wurde ferner der Ausbau des eTickets RheinMain zur RMV-Mobilitätskarte weiter forciert. Nun stehen den Inhabern des eTickets komplementäre Mobilitätsangebote bei fünf Partnern im Bereich Carsharing und Leihfahrrad zur Verfügung. Neben den Fahrzeugen von stadtmobil und den eCars und eBikes von eMobil-RheinMain steht jetzt auch die Fahrzeugflotte von book-n-drive und DB Flinkster rund um die Uhr zur Verfügung. Die RMV-Kunden erhalten bei der Anmeldung und Verwendung des eTickets RheinMain als Zugangsmedium ein einmaliges Fahrguthaben bei den Part-

nern. Weiter wurde zum Ende des Jahres mit dem Carsharing-Anbieter einfach mobil aus Mittel- und Nordhessen eine Kooperation abgeschlossen.

Am Busbahnhof in Eltville am Rhein wurde im Sommer 2013 nach Offenbach die zweite eMobil-Station mit 4 eBikes und einem neuen Verleihkonzept, ausgerichtet auf den Freizeit- und Tourismusverkehr, eröffnet. Dank der Kooperation mit dem lokalen Nahverkehrspartner RTV GmbH und der Stadt Eltville erfreuen sich die eBikes großer Beliebtheit.

6.3 Innovationen im ÖPNV - Forschungsprojekte

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zwei für die Innovationskraft des RMV sehr bedeutende Förderprojekte unter der Konsortialführerschaft von RMV GmbH bzw. deren Tochter rms GmbH gestartet. Im Projekt ((eSIM 2020 werden die technologischen Grundlagen für ein elektronisches Ticketing der Zukunft mit automatischer Fahrpreisbildung erforscht, während im Projekt DYNAMO ein dynamischer Reisebegleitdienst der Zukunft entwickelt wird. Beide Projekte werden im Rahmen der Förderinitiative „Von Tür zu Tür“ durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert und finden in der ÖPNV-Branche bundesweit hohe Beachtung.

7. Voraussichtliche Entwicklung (Wirtschaftsplan)

Die Wirtschaftspläne der RMV GmbH für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 haben folgende wesentlichen Eckdaten:

Finanzplan

Mittelherkunft	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung in %
Komplementärmittel	3.042	3.041	0,03
Landeszuwendung	25.533	21.164	20,64
Mittelverwendung			
Regie	13.620	12.098	12,58
Kernaufgaben + Strategische Projekte	11.692	9.423	24,08
Investitionen	1.917	1.540	24,48
USt	1.346	1.145	17,55

nachrichtliche Maßnahmen *	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung in %
C / D / SV-Projekte	22.449	15.790	27,62

* werden außerhalb des RMV Wirtschaftsplanes finanziert

:

Der Budgetansatz verhält sich – gemessen an den Aufgaben – als ausreichend. Die Wirtschaftspläne schließen systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

8. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Hofheim am Taunus, den 24. Juli 2014

Professor Knut Ringat
Sprecher der Geschäftsführung

Dr. André Kawai
Geschäftsführer

6.2.5. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1.

Servicebetrieb Landkreis Gießen

LAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2013

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Der 2013 gegründete Eigenbetrieb „Servicebetrieb Landkreis Gießen“ beruht auf dem Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 13. Februar 2012 mit dem Ziel der Rekommunalisierung der Reinigungs- und Hausmeisterdienste. Aufgrund dessen liegt der Gesellschaftszweck des Servicebetriebs insbesondere auf den Hausmeisterdiensten und Reinigungsdienstleistungen sowie weiterer Dienstleistungen für den Landkreis Gießen. Mit Gründung des Eigenbetriebes werden die Reinigungs- und Hausmeisterdienstleistungen nicht mehr an private Firmen vergeben. Im Eigenbetrieb wird eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung garantiert sowie die Arbeitsleistung nach TVöD EG2 entlohnt. Im Servicebetrieb Landkreis Gießen sind ca. 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Den größten Teil der Beschäftigten beinhaltet der Bereich Reinigung mit ca. 180 Kräften, gefolgt von 39 Hausmeistern und 3 EDV-Supportmitarbeitern. Der Overhead besteht aus 7 Personen. Die zentrale Personalkoordination, wie auch der Einkauf verfolgen hierbei die Ziele, eine ökologische und ressourcenschonende Leistungserbringung bei gleichzeitiger Kostenersparnis für den Landkreis Gießen zu ermöglichen. Eine Erweiterung des Dienstleistungsangebotes ist für die Zukunft vorgesehen.

Geschäftsentwicklung

Auf Beschluss des Kreistages vom 13.02.2012 werden dem Servicebetrieb Landkreis Gießen zur Leistungserbringung auf Grundlage eines Vergleichsmaßstabes Mittel bereitgestellt. Basis ist das Rechnungsergebnis aller relevanten Erlös- und Aufwandsarten für den gesamten Bereich der Hausmeister- und Reinigungsdienste (intern und extern) des Haushaltsjahres 2011 zzgl. Overheadkosten. Gehalts- und Preissteigerungsraten sind für die zukünftigen Jahre entsprechend zu berücksichtigen (Indizierung). Auf dieser Grundlage werden die vom Servicebetrieb geforderten Dienstleistungen erbracht. Dazu wurde die Reinigungsdienstleistung grundlegend umstrukturiert. Die Reinigungsqualität hat sich dadurch nicht verschlechtert. Ein aus vier Hausmeistern bestehendes mobiles Einsatzteam wurde gebildet, das neben den Hauptaufgaben wie z.B. die Pflege der Außenanlagen, Krankheits- und Urlaubsvertretung auch Aufgaben aus dem Bereich Bauunterhaltung übernimmt. Die im Reinigungsbereich aufgrund nichterfolgter Änderungskündigung entstandenen Zeitüberhänge konnten zum Teil vorzeitig abgebaut werden, sodass die Kosten weit unterhalb des Geschäftsjahresziels lagen. Weitere betriebliche Maßnahmen wie z.B. Gesundheitsprävention und Arbeitsschutz wurden in die Wege geleitet.

B. Umweltschutz

Der Servicebetrieb misst dem Schutz der Umwelt und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen große Bedeutung bei. Im Reinigungsbereich wurde ein Rahmenvertrag abgeschlossen, der für die tägliche Unterhaltsreinigung ausschließlich kennzeichnungsfreies Produkt vorsieht.

Die Einstellung der Heizungsregelungen an allen Schulliegenschaften werden durch einen Hausmeister mit entsprechender Ausbildung überprüft und sofern erforderlich erfolgt eine Neueinstellung die zur Reduzierung des Energieverbrauchs führt.

C. Darstellung der Lage

Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2013	
	<u>T€</u>	<u>%</u>
Anlagevermögen	457	66,8
Sonstige Aktiva	<u>227</u>	33,2
Aktiva	<u>684</u>	<u>100,0</u>
Eigenkapital	200	29,2
Langfristiges Fremdkapital	0	0,0
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital	<u>484</u>	<u>70,8</u>
Passiva	<u>684</u>	<u>100,0</u>

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen beträgt 66,7 %. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die betriebsnotwendigen Gegenstände zur Leistungserbringung in den Bereichen Reinigungsdienstleistungen und Hausmeistertätigkeiten.

Beim Eigenkapital handelt es sich um die vollständig eingezahlte Netto-Position, die dem Eigenbetrieb durch den Landkreis Gießen zur Verfügung gestellt wurde.

	2013	
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	5	TEUR
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-213	TEUR
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	208	TEUR
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>0</u>	TEUR

Da der Servicebetrieb selbst über keine eigenen liquiden Mittel verfügt, erfolgt die Abwicklung des Zahlungsverkehrs unter Zuhilfenahme eines Verrechnungskontos durch die Kasse des Landkreises Gießen. Die Zahlungsfähigkeit des Servicebetriebs ist somit durch die Liquidität des Landkreises Gießens zu jeder Zeit gewährleistet.

Für etwaige anstehende Investitionen hat sich der Landkreis Gießen bereit erklärt notwendige Investitionszuschüsse zu gewährleisten. Weiterhin werden die entstehenden Betriebskosten durch den Landkreis Gießen in Form von Zuschüssen abgedeckt.

Entwicklung der Rückstellungen:

	Stand	Verbrauch	Auflösung	Zuführungen	Stand
	01.01.2013				31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
TVöD-Leistungsentgelt	0,00	0,00	0,00	68.700,00	68.700,00
Resturlaub	0,00	0,00	0,00	30.700,00	30.700,00
Überstunden	0,00	0,00	0,00	24.800,00	24.800,00
Winterdienstpauschale Hausmeister	0,00	0,00	0,00	12.200,00	12.200,00
Erstellung/Prüfung Jahresabschluss	0,00	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
Entgeltanpassungen	0,00	0,00	0,00	7.600,00	7.600,00
ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00
	0,00	0,00	0,00	159.000,00	159.000,00

Darstellung der Ertragslage

	2013
	T€
Umsatzerlöse	5.925,00
Materialaufwand	304,00
Personalaufwand	5.369,00
sonstige betriebliche Erträge	68,00
Abschreibungen	100,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	220,00
Betriebsergebnis	0,00
Finanzergebnis	0,00
Jahresergebnis	0,00

Aufgrund der Betriebskostenzuschüsse durch den Landkreis Gießen, die sich an den angefallenen Erträgen und Aufwendungen des Geschäftsjahres bemessen, wird das satzungsgemäß vorgesehene ausgeglichene Jahresergebnis erzielt.

Die Zuschüsse des Landkreises bleiben somit um rd. 400 TEUR unter dem Vergleichswert 2011.

Entwicklung des Personals

Der Personalbestand des Servicebetriebs setzt sich sowohl aus eigens durch den Servicebetrieb angestellten Mitarbeitern als auch durch Mitarbeiter vom Landkreis Gießen, deren Kosten durch den Servicebetrieb getragen werden zusammen.

Im Geschäftsjahr waren durch den Servicebetrieb 33 Beschäftigte angestellt und vom Landkreis Gießen 205 Beschäftigte übernommen.

Hierfür fielen im Geschäftsjahr 2013 Aufwendungen in Höhe von TEUR 4.165 für Löhne und Gehälter sowie TEUR 1.202 für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung an.

Die Ausfallzeiten der Mitarbeiter je Bereich setzen sich wie folgt zusammen:

Bereich	Ausfallzeiten in % bezogen auf die Arbeitstage	
Reinigung	16	
Hausmeister	7	
EDV	3	
Overhead	3	

D. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

E. Chancen und Risiken

Chancen

Durch den vorzeitigen Abbau von Stundenüberhängen können ab dem Geschäftsjahr 2014 drei Stellen aus dem Reinigungsbereich dauerhaft unbesetzt bleiben. Durch eine kontinuierliche Anpassung der Reinigungsreviere im Zuge jeglicher Veränderungen und durch die daraus resultierenden Umsetzungsmaßnahmen wird der Reinigungsbereich optimiert. Weitere Optimierungen sind möglich durch den Wegfall von Auszahlung der Überstunden im Hausmeisterbereich, durch die Beschaffung weiterer Reinigungsmaschinen und durch Veränderungen der Leistungsvorgaben im Reinigungsbereich. Durch regelmäßig geschultes Fachpersonal ist der Servicebetrieb in der Lage auch zukünftig fachgerechte Unterhalts- und Grundreinigung sowie Werterhaltungsmaßnahmen durchzuführen.

Risiken

Es bestehen keine wesentlichen Risiken, da der Servicebetrieb nahezu ausschließlich für den Landkreis Gießen tätig ist.

Gießen, den 12. Mai 2014

Mario Rohrmus
Betriebsleiter

6.2.6. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2.

Lagebericht 2013

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der gemeinnützigen Berufsbildungsgesellschaft ist die Ausbildung, Beratung und Nachqualifizierung, von jugendlichen Arbeitslosen und erwachsenen Langzeitarbeitslosen aus der Stadt Gießen und dem Landkreis Gießen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch

- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern.

Daneben ist Zweck der Gesellschaft die Förderung des Natur- und des Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention. (Satzung vom 23.11.2011)

Die folgende Übersicht zeigt die Bereiche, in denen die ZAUG gGmbH 2013 tätig war.

Tätigkeitsbereiche der ZAUG gGmbH:

Ideeller Bereich	Zweckbetriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe
<p>Ausbildung und Qualifizierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Außerbetr. Ausbildung (integrativ) - Ausbildungskordinatoren: Schaffung neuer Ausbildungsplätze; Begleitung Jugendlicher mit Migrationshintergrund sowie junge Frauen (Ende: 31.07.2013) - Ausbildung Reha integrativ - "Gießener Weg" - Langzeitarbeitslose brauchen eine Chance - Erwachsenenbildung Umschulung (FBW) - Ausbildung mit Betrieben - NEU: KEINER GEHT VERLOREN mit Campfit, Jobagent, Werkstatt Zukunft und erweiterte vertiefte Berufsorientierung - NEU: Qualifizierung in der Altenpflege (ANQA) <p>Projekte/Netzwerke</p> <ul style="list-style-type: none"> - "Region stärkt Frauen und Beruf" (Unterstützungsangebot für Berufswiedereinsteigerinnen) - "Netzwerk Nachqualifizierung Gießen-Lahn - Dill" (Ende: 31.08.2013) - OloV 3 - Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit - Gießener Netzwerk für Alleinerziehende (GiNewA) (Ende: 30.04.2013) - Schulen mit GTAngebot / päd. Mittagsbetreuung - JugendStärken (Ende: 31.12.2013) - Bürgerarbeit - Jobakademie - Pro Aktiv - Aktivierung und soziale Teilhabe insbesondere für Alleinerziehende - Integration durch Qualifizierung (IQ) - Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung für Beschäftigte in heimischen Unternehmen (Alphabund) - Lebensphasenorientierte Arbeitsgestaltung: Innovativer und Demografischer Wandel im Gaststätten- und Hotelgewerbe (INDIGHO) - NEU: kommunale Qualifizierungsökonomie 	<ul style="list-style-type: none"> - Kindgerechter Mittagstisch - Gesunde Senioren- und Schulverpflegung - Netzwerk Bildung und Beratung in der Gastronomie (Mittel- und Nordhessen) 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungsrestaurant "Lahnterrasse" in Gießen - Arbeitnehmerüberlassung "ZAUG-Zeit" - Photovoltaikanlage Kiesweg

1.2. Entwicklung des Geschäftsverlaufs 2013 im Kerngeschäft Ausbildung und Qualifizierung

Der Geschäftsverlauf war fiskalisch betrachtet positiv. Unser Kerngeschäft richtet sich im Wesentlichen nach der Umsetzung der ständig vorgenommenen Arbeitsmarktreformen des SGB II und III. Die Benachteiligtenförderung unterliegt dem Zwang der Wirtschaftlichkeit. Das einzelne Schicksal der Menschen steht nicht mehr im Vordergrund, sondern allein die Zahlen der Integrationen.

Der Auftrag heißt, mit weniger Mitteln mehr Menschen in Arbeit bringen. Ziel ist die schnelle Beendigung der Hilfsbedürftigkeit - raus aus dem SGB II-Bezug. Zentrum ist nicht mehr Ausbildung und Qualifizierung, um regional Fachkräfte zu sichern und den Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen - sondern Integrationskennzahlen. Der regional spezifische Arbeitsmarkt – in Gießen haben wir 6.900 Langzeitarbeitslose, davon 4.500 länger als 4 Jahre im Leistungsbezug – spielt dabei nur eine rudimentäre Rolle. Daher sind auch im Geschäftsjahr 2013 die Maßnahmen nach dem SGB II mit dem Jobcenter Gießen weiter minimiert worden (s. dazu Abschnitt Ertragslage).

Die Arbeitsmarktreformen bedeuten auch für die ZAUG eine grundlegende Veränderung der Fördergrundsätze und Steuerungsprinzipien.

Seit Jahren weichen wir auf Bundes- und Landesprogramme aus, um die Angebote in unserem Kerngeschäft Qualifizierung zu halten bzw. zu erhöhen. Im Geschäftsjahr haben wir das Projekt Nachqualifizierung abgeschlossen, was uns eine neue Qualifizierungslinie erschlossen hat - die Nachqualifizierung von Beschäftigten in heimischen Betrieben. In diesem Bereich wird die ZAUG sich weiter aktiv an der Fachkräftesicherung für Gießen betätigen. Geplant ist ein Kompetenzzentrum Nachqualifizierung.

Die aus den strukturellen und inhaltlichen Veränderungen resultierenden Umstrukturierungsprozesse wurden 2013 rechtzeitig angegangen.

Die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung des Landkreises ermöglichte uns zwei neue Projekte über das Arbeitsmarkt- und Ausbildungsbudget, die unserem satzungsgemäßen Auftrag entsprechen.

Zweck- und Geschäftsbetriebe

Die Zweck- und Geschäftsbetriebe waren auch 2013 Ort der Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung. Das Konzept beinhaltet betriebsnahe Ausbildung, ohne die wir keine Erfolge für unsere Aufgabenerledigung erzielen könnten.

Statistik 2013

In der folgenden Statistik werden die Eintritte im laufenden Geschäftsjahr und zum Stichtag 31.12.2013 abgebildet:

Statistik Teilnehmer 2013 - Stichtag 31.12.2013											
Programm/Projekt	Teilnehmer am Stichtag 31.12.2013	m	w		Eintritte bis 31.12.13 über ganzes Jahr	m	w	Stadt Gießen	Landkreis Gießen	Andere Landkreise	Durchgeführte Seminare
Werkstatt Zukunft -Training zur Ausbildungsreife	15	9	6		32	23	9	15	17	0	-
Gießener Weg -Perspektive II	9	2	7		2	0	2	1	1	0	-
Gießener Weg	9	2	7		8	2	6	3	5	0	-
Ausbildungskoordinatoren Landkreis	0	0	0		0	0	0	0	0	0	-
Ausbildung statt Arbeitslosengeld II- außerbetrieblich	34	28	6		14	12	2	10	4	0	-
BaE-Reha	12	5	7		8	3	5	3	5	0	-
Ausbildung in der Migration- außerbetrieblich	8	7	1		0	0	0	0	0	0	-
Ausbildung betrieblich/Reha- Berufsausbildungsnetzwerk Mittelhessen	0	0	0		0	0	0	0	0	0	-
Bürgerarbeit	30	17	13		2	2	0	0	2	0	-
Camp dich fit 2013 /mit Einzelberatungen	0	0	0		36	24	12	13	23	0	-
Berufsrückkehrerinnen - Region stärkt Frauen und Beruf: Kurse zum Wiedereinstieg	0	0	0		30	0	30	4	22	4	-
ProAktiv-Aktivierung u. soziale Teilhabe	17	1	16		45	3	42	15	30	0	-
Ehrenamtliche	2	0	2		0	0	0	0	0	0	-
AGH bis 31.3.2013	0	0	0		1	1	0	1	0	0	-
Umschulung Fort- und Weiterbildung	13	12	1		9	7	2	2	4	3	-
Jobakademie	111	68	43		773	-	-	-	-	-	-
Seminare/Netzwerk BBG/TN	--	--	--		374	152	222	--	41	333	20
Beratene Unternehmen in der Nachqualifizierung	--	--	--		43	--	--	3	2	38	-
Ehrenamt: Bildungslotsen, Nachqualilotsen- Ehrenamtszuschalen	--	--	--		13	4	9	7	4	2	-
Perspektive Berufsabschluss - Nachqualifizierung Gießen und Lahn-Dill- Kreis/Beratungen	--	--	--		28	17	11	9	14	5	-
Arbeitsintegrierte Nachqualifizierung in der Altenpflege (ANQA)	17	5	12		19	5	14		12	6	
Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung für Beschäftigte in heimischen Unternehmen (ALPHA)	34	7	27		60	15	45	40	20	0	12
Teilnehmer gesamt	311	163	148	0	1497	270	411	126	206	391	32

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der ZAUG gGmbH minderte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,52 % auf 3.767 T€.

Dabei vermindert sich der Anteil des Anlagevermögens um insgesamt 260 T€ auf 1.439 T€. Im Jahr 2013 mindert sich der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen um 7,57 % auf rd. 38,2 %.

Im Jahresvergleich erhöht sich das Umlaufvermögen um rund 15,7 % (316 T€) auf 2.328 T€.

Der Vorratsbestand mindert sich um insgesamt 2,4 T€.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich im Geschäftsjahr um 5,3 T€, hingegen sind die Forderungen gegen Gesellschafter um 40,9 T€ gesunken. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhen sich im Geschäftsjahr um 111 T€. Diese Erhöhung ist zurückzuführen auf noch ausstehende Forderungen aufgrund von Schlussverwendungsnachweisen gegenüber Fördermittelgebern.

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 17,42% (244 T€) auf 1.646 T€ erhöht.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten mindert sich im Geschäftsjahr 2013 um 0,8 T€ auf 0,3 T€.

Die Eigenkapitalquote hat sich ohne Berücksichtigung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen auf 43,9 % des Gesamtkapitals eingestellt.

Das Fremdkapital besteht in seinen Hauptpositionen aus sonstigen Rückstellungen (805 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (102 T€), und sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von (242 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gibt es keine.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde i.H.v. 39 T€ gebildet. Gegenüber dem Vorjahr (90 T€) hat er sich um 51 T€ vermindert.

Das Anlagevermögen ist durch die langfristig zur Verfügung stehenden Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Finanzierung des Anlagevermögens (Deckungsgrad 1) erhöhte sich unter Berücksichtigung von 50% des Sonderpostens gegenüber dem Vorjahr auf 147 %.

Die Verschuldungsquote, ausgedrückt durch das Verhältnis Fremdkapital (einschließlich 50% der Sonderposten) zum Gesamtkapital, veränderte sich um 2,8% zu Gunsten des Eigenkapitals. Im Jahr 2013 konnte die Gesellschaft zu jeder Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Liquiditätskennzahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

Bezeichnung	31.12.2013		Vorjahr	
	T€	%	T€	%
Liquidität 1. Grades =				
<u>flüssige Mittel</u>	<u>1.646,0</u>	194,4	<u>1.402,0</u>	146,8
kurzfr. Femdkapital	846,8		954,8	
Liquidität 2. Grades =				
<u>flüssige Mittel+kurzfr. Forderungen</u>	<u>2.235,0</u>	263,9	<u>1.890,8</u>	198,0
kurzfr. Femdkapital	846,8		954,8	
Liquidität 3. Grades =				
<u>flüssige Mittel+ kurzfr. Forderungen+Vorräte</u>	<u>2.264,2</u>	267,4	<u>1.922,3</u>	201,3
kurzfr. Femdkapital	846,8		954,8	

2.2. Finanzlage

Die Mittelbewegungen zeigt die folgende Kurzfassung der Kapitalflussrechnung, die ausführlich im Prüfbericht im Rahmen der Finanz- und Vermögenslage dargestellt ist.

Bezeichnung	2013	2012
	T€	T€
Mittelzu/-Abfluss (./.)		
aus laufender Geschäftstätigkeit	315	-171
aus Investitionstätigkeit	-71	-145
aus Finanzierungstätigkeit	0	-48
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	2	-364
	44	
Finanzmittelbestand 1. Januar	1402	1766
Liquide Mittel zum 31. Dezember	1646	1402

2.3. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2013 veränderte sich gegenüber dem Vorjahr (-61 T€) um 131 T€ auf 70 T€.

Die Umsatzerlöse gingen um 296 T€ gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies ist im Wesentlichen dem Rückgang der Erlöse aus dem à la Carte und dem Bankettgeschäft im Ausbildungsrestaurant Lahnterrasse sowie der Verkleinerung der Arbeitnehmerüberlassung zuzuordnen. Das Geschäft der Arbeitnehmerüberlassung wurde 2013 konzentriert auf den Personalbedarf für Küchen- und Servicekräfte sowie Pädagogen an den Schulen und Ämtern des Landkreises Gießen. Eine Umsatzsteigerung (54 T€) konnte in Bereich des kindgerechten Mittagstisches aufgrund der Erhöhung der Preise für Mahlzeiten sowie der Steigerung der Essenszahlen verzeichnet werden.

Die Erträge aus Fördermitteln stiegen gegenüber dem Vorjahr um 204 T€ auf 3.804 T€. Größter Fördermittelgeber war, wie in den Vorjahren, das Jobcenter Gießen, mit 1.125 T€ gegenüber 1.250 T€ im Vorjahr. Der Anteil des Kostenträgers der SGB II – Maßnahmen sinkt im Jahr 2013 auf lediglich 29,57 % (2012 - 34,73%, 2011 - 50,90%; 2010 – 74,43%; 2009 – 83,7%) der Gesamtfinanzierung.

Das Angebot zur Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung wurde mit 549 T€ auf ein existenzielles Minimum heruntergefahren.

Durch die Übernahme von Projekten des Ausbildungsbudgets und des Arbeitsmarktbudgets des Landkreises Gießen konnten existenzsichernde Mittel und Projekte akquiriert werden. Weitere Kofinanzierungen und Regiemittel aus Projekten mit dem Landkreis konnten auf 313 T€ (Vj. 206 T€) ausgebaut werden. Das Projekt „Ganztagschulen nach Maß“ wurden für den Landkreis mit 557 T€ durchgeführt.

Die Übernahme der Ausbildung für Rehabilitanden der Agentur für Arbeit im Jahr 2012 konnte um 95 T€ auf 135 T€ im Jahr 2013 ausgebaut werden.

Wie im vergangenen Jahr wurden auch wieder vermehrt Bundes- und Landesmittel und der EU sowie Kofinanzierungen durch den Landkreis Gießen generiert. Die Erstattungen aus Bundesmitteln konnten im Jahr 2013 um 3% auf 886 T€ gesteigert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 321 T€ sind zurückzuführen auf die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 161 T€ sowie den Erträge aus der Auflösung und dem Verbrauch von Rückstellungen in Höhe von 86 T€. Die wesentliche Auflösung wurde im Bereich der Risiken aus Zuschussrückzahlungen für abgeschlossene Projekte in Höhe von 78 T€ durchgeführt. Für diese Projekte wurden Schlussverwendungsnachweise erstellt.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 44 T€ gemindert. Dies ist zurückzuführen auf den Rückgang der Umsatzzahlen im Ausbildungsrestaurant „Lahnterrasse“. Der Materialeinkauf wurde entsprechend angepasst.

Im Jahr 2013 waren im Durchschnitt 84 Personen inklusive des Personals der Arbeitnehmerüberlassung (rund 25 Personen) als Stammpersonal beschäftigt.

Die Personalkosten für die Stammebelegschaft ohne Arbeitnehmerüberlassung belaufen sich im Geschäftsjahr auf 2.275 T€ gegenüber 2.468 T€ im Vorjahr. Der Aufwand im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung beträgt 234 T€ gegenüber 436 T€ im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt wurden in der Arbeitnehmerüberlassung 25 (2012: 49) Personen beschäftigt. Die Kosten für Aushilfen stiegen im Geschäftsjahr um 50 T€ auf 565 T€ an. Für die Durchführung des Projekts „Ganztagschulen nach Maß“ für den Landkreis Gießen wurde entsprechendes Personal (362 T€) für die pädagogische Nachmittagsbetreuung an den Schulen eingestellt. Zum Stichtag waren im Jahr 2013 181 Aushilfen damit beauftragt.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen haben sich um 47 T€ vermindert. Im Vorjahr wurden insbesondere Investitionen (geringwertige Wirtschaftsgüter) für die Installation des Projekts Jobakademie getätigt.

Die Betriebskosten minderten sich um insgesamt 86 T€ auf 285 T€ aufgrund von geringeren EDV-technischen Aufbaukosten (im Vorjahr Projekt Jobakademie) und Einsparungen im Bereich Miete und Pachten sowie Mieten für Geräte und Einrichtungen.

Die Verwaltungs- und Vertriebskosten mindern sich um 55 T€ auf insgesamt 230 T€. Die wesentlichen Kosten sind Büro- und EDV-Bedarf in Höhe von 43 T€, Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 34 T€ für die Jahresabschlussprüfung sowie für die Prüfung der Trennungsrechnung. Der Rückgang der Verwaltungs- und Vertriebskosten ist zurückzuführen auf die Umgliederung der Kosten für Dienstleistungen aus der Lohnbuchhaltung und Buchführung von 50 T€.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich insgesamt um 203 T€ auf 683 T€. Die wesentlichen Positionen sind die Zuführung zur Rückstellung des Risikos der Rückführung von Fördermitteln in Höhe von 249 T€, die Kosten der Aus- und Weiterbildung von 175 T€ sowie den Aufwendungen für Teilnehmer (Erstattung der Fahrtkosten) von 90 T€ insbesondere durch die Jobakademie.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses von 5,3 T€ und dem Ergebnis Steuern von 3 T€ verbleibt ein Jahresüberschuss (vor Verlustvortragsverrechnung) von 70 T€.

Der Verlustvortrag beträgt 64,3 T€.

3. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

3.1. Darstellung der Risiken der zukünftigen Entwicklung

Betrachten wir die Einnahmen aus Fördermitteln als Projektfinanzierungen, müssen wir feststellen, dass diese in Umfang und Art wesentlich verändert sind. Sei es, dass die Programme und Projekte ausgelaufen oder diese in Höhe und Umfang minimiert sind.

Die nachfolgende Übersicht der Fördermittel für den satzungsgemäßen Auftrag von 2010 bis 2013 verdeutlicht die Schwankungen der bisherigen Fördermittel-einnahmen eindrucksvoll. (s. **Tabelle Fördermittelgeber**)

Die Schwankungen und Umstellungen auf die projektförmige Steuerung bleibt ein Dauerrisiko der Geschäftstätigkeiten und Ausrichtung der gemeinnützigen Berufsbildungsgesellschaft.

Die zukünftigen Chancen liegen in der Akquise weiterer Förderprogramme des Bundes und vor allem im Rahmen der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) und einer regional abgestimmten kommunalen Arbeitsmarktförderung, die auch neue innovative Wege ermöglicht.

Die generelle Frage bleibt trotzdem, ob die projektförmige Steuerung und Durchführung beruflicher Förderangebote zu den erzielten nachhaltigen Erfolgen führen kann.

Diese Frage führt in die Bedeutungslosigkeit, wenn die Strukturreformen so bleiben bzw. sich weiter nur an Wirtschaftlichkeitskriterien, Kennzahlen und am Wettbewerb orientieren.

Eine regionale und kommunale Steuerung ist dringend geboten, ansonsten erfolgt die Ausgestaltung der Ausbildung und Qualifizierung für Gießen nur nach den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit und dem Programmacher auf Bundesebene.

Weitere Chancen für die ZAUG liegen in die Akquise weiterer Aufgabenerledigungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge.

Fördermittel- geber	2010	2011	2012	2013	Plan 2014
Gesellschafterzuschuss LK Gießen	160.000,00	160.000,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00
Gesellschafterzuschuss Stadt Gießen	170.435,00	170.434,04	170.434,00	170.434,00	170.435,00
Landkreis Projekte:					
-Bibliothekshelfer	14.241,00	13.895,11	0,00	0,00	0,00
-IdeA (Frau und Beruf)	33.403,00	28.829,00	9.825,00	12.515,00	7.650,00
-Bürgerarbeit für Alleinerziehende	0,00	7.800,00	34.725,00	33.750,00	14.700,00
- Ausbildungslotsen	31.400,00	36.500,00	36.500,00	21.292,00	0,00
- Campfit	0,00	0,00	50.759,82	0,00	0,00
- Bildungswerk erneuerb.Energie	0,00	4.225,00	3.193,27	0,00	0,00
- Proaktiv	0,00	0,00	67.727,83	23.775,00	0,00
- Schulen mit GT-Angebot	0,00	164.754,84	490.074,33	556.619,53	293.250,23
- Eingliederungshilfen	0,00	12.457,48	0,00	0,00	0,00
- Ausbildungsbudget KEINER GEHT VERLOREN	0,00	0,00	0,00	111.269,05	303.980,00
- Arbeitsmarktbudget Pro Aktiv	0,00	0,00	0,00	95.824,47	95.100,00
- kom. Qualifizierungsökonomie	0,00	0,00	0,00	11.265,00	8.000,00
Stadt Gießen Projekte	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00	0,00
Stadt Gießen - Erstattung MSO	0,00	0,00	5.610,00	0,00	0,00
Agentur für Arbeit Gießen	54.339,24	18.513,00	40.001,16	134.758,69	187.652,20
Jobcenter SGB II	3.107.957,32	1.631.238,92	1.250.481,26	1.124.914,04	882.271,70
Sonstige Fördermittelgeber	34.301,39	44.829,09	33.342,40	31.750,29	6.600,00
Landesmittel / ESF	413.396,01	508.113,86	337.438,15	386.227,12	88.964,97
Bundesmittel / ESF	151.119,22	392.149,27	861.286,04	886.454,63	542.995,97
Gesamtergebnis	4.175.592,18	3.204.989,61	3.600.148,26	3.803.848,82	2.801.600,07

	2010	2011	2012	2013	Plan 2014
	in T€				
Umsatzerlöse	3.255	3.072	2.618	2.323	2.317
davon Erlöse 19%	1.593	1.241	884	553	581
davon Erlöse 7%	1.653	1.803	1.709	1.765	1.652
davon Erlöse 0%	9	28	25	5	84
Rohrertrag aus Zweck- und Geschäftsbetrieben	2.593	2.056	1.733	1.518	1.413

Die öffentlichen Fördergelder werden durch die Bewilligungsbescheide in Betrag und Laufzeit für die vertragliche Dauer garantiert. Seit 01.01.2005 beläuft sich der durchschnittliche Bewilligungszeitraum nach SGB II auf 6 Monate, außer bei den Ausbildungsprogrammen. Die Förderung ist ausschließlich Einzelplatz bezogen. Im ungünstigsten Fall gibt es eine Bewilligung, jedoch keine zugewiesenen TeilnehmerInnen und somit trotz Bewilligung keine Einnahmen für die ZAUG GmbH. Die finanziellen Rahmenbedingungen der Förderprogramme sind eng gefasst, zweckgebunden und vor allem decken sie nicht alle Kostenarten. Daher ist die Steuerung des Unternehmens weit schwieriger geworden und fordert stetige und weitere Reorganisationsmaßnahmen, die sich im Wesentlichen auf weiteren Personalabbau beziehen müssen. Die Geschäftsführung der ZAUG gGmbH muss stets frühzeitig auf Veränderungen in der inhaltlichen und fiskalischen Gestaltung, sowie die Sphärensteuerung

durch Balance der ideellen und wirtschaftlichen Betätigung reagieren, um weiteren existenziellen Risiken vorzubeugen. Dies ist im Geschäftsjahr 2013 erfolgreich gelungen.

3.2. Bestandgefährdende Risiken und voraussichtliche Entwicklung

Insbesondere durch die Abhängigkeit des Kostenträgers, der die SGB II - Maßnahmen finanziert (2009 lag der Anteil bei rd. 83,7 % der Gesamtfinanzierung der Gesellschaft, heute - im Jahr 2013 bei 29,57 %), dürfte sich die Abhängigkeit nicht weiter konzentrieren. In 2013 konnten wieder Projekte mit anderen Fördermittelgebern akquiriert werden.

Weiterhin besteht das Risiko im Bereich der Ausbildung. Es müssen nun die Ausbildungsplätze öffentlich ausgeschrieben werden. Dabei entsteht ein weiteres wesentliches Planungsrisiko bezüglich der Personalsteuerung sowie der zufließenden Fördergelder.

3.3. Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die VFE-Lage

Als Finanzmittel stehen der ZAUG gGmbH über die Förderprogramme Fördermittel des Europäischen Sozialfonds, des Bundes, des Landes Hessen, der Stadt Gießen, des Landkreises Gießen und des Jobcenters zur Verfügung, außerdem die Erlöse der Zweckbetriebe und der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Im der Gesellschafterversammlung am 23.11.2012 wurde eine neue Satzung beschlossen. Diese sichert zur Finanzierung der Gesellschaft eine max. Zuwendung des Landkreis Gießen i.H.v. 200.000 € und der Stadt Gießen i.H.v. 170.434 € ab dem Jahr 2012. Die Zuschussverpflichtung wird durch quartalsweise Vorauszahlungen geleistet.

Die Zuwendung erfolgt als institutionelle Förderung nach dem Zuwendungsrecht unter Beachtung der jeweiligen Vorgaben des EU-Beihilfenrechtes.

3.4. Wesentliche Chancen

Öffentlicher Betrauungsakt mit dem Landkreis Gießen

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir einen Betrauungsakt mit dem Landkreis als Hauptgesellschafter vorbereitet. Am 17.12.2012 wurde dieser auf 10 Jahre durch den Kreistag beschlossen.

Der öffentliche Betrauungsakt bestätigt und konkretisiert den durch den Gesellschaftsvertrag begründeten Zweck der ZAUG gGmbH, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu erbringen, um damit den Anforderungen des Europäischen Beihilfenrechtes („Monte-Almunia-Paket und Altmark-Trans-Rechtsprechung) Rechnung zu tragen. Der Betrauungsakt beruht auf der am 31. Januar 2011 in Kraft getretenen Nachfolgeregelung der Freistellungsentscheidung 2005/842/EG - dem Freistellungsbeschluss K(2011) 9380 - endgültig.

Die Stadt Gießen hat angelehnt einen Zuwendungsbescheid für 2013 ausgestellt.

Je mehr Projektakquise, vor allem im ideellen Bereich gelingt, umso größer sind die Chancen, dass die satzungsgemäßen Aufgaben zu erledigen und zu sichern sind, sowie die Balance der Sphären eingehalten werden kann.

Die Sicherung der Erlöse durch die Zweckbetriebe zur Finanzierung der Gesellschaft sind Risiko und Chance gleichzeitig. Produkte, die zukunftsfähig sind, müssen ausgebaut werden - auch hier gilt es neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Der volkswirtschaftliche Nutzen einer kommunalen Arbeitsmarkt- und Benachteiligtenförderung, auch mit beschränkten Mitteln und unsere konsequente Aufgabenerledigung für die Region und deren Menschen bleiben nach wie vor unumstritten.

3.5. Das Risikomanagement als Bestandteil des Qualitätsmanagements

Die operativen Betriebsstätten mit ihren Dienstleistungen, auch für den Markt, haben ihr größtes Risiko in der betrieblichen Praxis. Das Risikomanagement ist daher auf die Risikoerfassung und Kontrolle in diesen Geschäftsfeldern besonders geboten und konzentriert. Die Geschäftsführung ist im Managementprozess im QM mit Geschäftsplanung, Steuerung, Leistungsindikatoren, Zielkontrollen und den fiskalischen Risiken hinterlegt.

Des Weiteren führt der Qualitätsmanager regelmäßig eine Risikoinventur durch. Tritt ein Risiko ein, sind der Qualitätsmanager und die Geschäftsleitung darüber sofort zu informieren und es ist Abhilfe zu schaffen.

Einmal jährlich wird unser Qualitätsmanagementsystem durch eine externe Zertifizierungsstelle geprüft. Im Geschäftsjahr 2013 fand die Durchführung am 21.03.2013 ohne Beanstandungen statt. Unser Qualitätsmanagementsystem entspricht der DIN EN ISO 9001:2008.

Notwendige Prozessänderungen, Verbesserungen und Vorbeugungsmaßnahmen werden über einen permanenten Änderungsdienst in das QM eingepflegt und umgesetzt.

4. Sonstige Angaben

4.1. Personalentwicklung Stammpersonal

Die Zahl des Stammpersonals zum Stichtag 31.12.2013 beträgt 53 MitarbeiterInnen (ohne Arbeitnehmerüberlassung), davon sind 23 männlich und 30 weiblich. 31 Mitarbeiter sind befristet beschäftigt. In der Arbeitnehmerüberlassung waren zum Stichtag 24 Personen beschäftigt.

Das Stammpersonal ist zum überwiegenden Teil als Ausbildungs- und Betreuungspersonal im ideellen Bereich eingesetzt.

Gießen, am 09. Mai 2014

Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige
Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung

Monika Neumaier
Geschäftsführerin

6.2.7. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.3.

LAGEBERICHT der Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH Gießen

für das Geschäftsjahr 2013

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

1. Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Die 1999 gegründete Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG GmbH) konzentriert ihre Aktivitäten auf die Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft in Stadt und Landkreis Gießen und auf die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden.

Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein möglichst breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

2. Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage wird das Kerngeschäft der TIG GmbH insbesondere durch das Gründungsgeschehen und – im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu anderen Immobilienanbietern – durch die Entwicklung des regionalen Mietspiegels bestimmt.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war um 0,4% höher als im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 mit 41,8 Millionen das siebte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen ist auch im Jahr 2013 weiter zurückgegangen. Während die Zahl der Nebenerwerbsgründungen um 3,2% gestiegen ist, hat sich die Zahl der neu gegründeten Kleinunternehmen um 2,2% auf 238.000 verringert. Es wurden rund 129.000 Betriebe neu gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lässt. Das waren im Mittel sogar 4,1% weniger als in 2012. Neben der Zahl der Gründungen ist aber auch die Zahl der Betriebsaufgaben in 2013 auf den niedrigsten Wert seit 2003 gesunken (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Der Mietspiegel für Gießen weist für vergleichbare Büroräume in Gewerbegebieten (gute bis sehr gute Ausstattung, Parkplätze, verkehrsmäßig gut angebunden, repräsentatives Gebäude) eine durchschnittliche Miete von 5,00 – 7,50 €/m² aus und bleibt damit unverändert auf dem Vorjahresniveau.

3. Umsatzentwicklung und Entwicklung der Auslastung

Das Geschäftsjahr 2013 verlief für die TIG GmbH trotz gesamtwirtschaftlich weiter sinkender Gründerzahlen überaus erfolgreich. Die Mietauslastung der TIG GmbH konnte von 95% zum Jahresbeginn auf 100% im gesamten 4. Quartal des Jahres 2013 gesteigert werden und lag durchschnittlich bei 98,48 %. Im Jahresdurchschnitt waren das Gebäude Kerkrader Str. 7 zu 100,0 % belegt, das Gebäude Kerkrader Str. 9 zu 99,23 %, das Gebäude Kerkrader Str. 11 zu 95,3 % und das Gebäude Winchesterstr. 2 zu 99,05 %.

Die Nebenkosten für 2013 wurden so zeitnah abgerechnet, dass in den Jahresabschluss 2013 nicht nur die Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Nebenkostenabrechnung 2012 sondern auch aus der Nebenkostenabrechnung 2013 mit einfließen konnten.

Die hohe Mietauslastung und die Forderungen aus den Betriebskostenabrechnungen 2012 und 2013 führten zu einem Anstieg der Umsätze aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf 722 T€ (2012: 658 T€, 2011: 702 T€).

Die Netto-Mietpreise betragen in 2013 weiterhin unverändert 6,15 EUR/m² für Büroflächen in den Gebäuden Kerkrader Str. 7, 9 und 11 und 7,25 EUR/m² für Büroflächen im Gebäude Winchesterstraße 2. Die monatlich von den Mietern zu zahlenden Abschläge für Betriebskosten betragen je nach Gebäude, Lage und Ausstattung der Räume netto zwischen 3,60 €/m² und 4,30 € pro m² gemietete Bürofläche und sind damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Die Mieten im Technologiezentrum beinhalten zwar die Nutzung der Nebenflächen und der Parkplätze, müssen aber mit Mieten zwischen 5,00 EUR/m² und 7,50 EUR/m² für vergleichbare Gewerbeflächen in Gießen konkurrieren. Die TIG GmbH muss sich daher auch weiterhin von anderen Gewerbeflächenanbietern durch einen hohen technischen Standard, flexible Lösungen für individuelle Probleme sowie ein umfangreiches, qualifiziertes Zusatzangebot abheben, das z.B. Veranstaltungsmanagement, gemeinsame Marketingaktivitäten, technische Betreuung, die Bereitstellung von Fotokopiergeräten, Hausmeisterservice und ein interessantes Weiterbildungsangebot sowie voraussichtlich künftig auch ein Coworking-Büro und die Ausrichtung eines Existenzgründertages umfasst.

4. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Investitionen in einem Umfang von ca. 6 T€ getätigt. Die Zugänge umfassten im Wesentlichen die Erweiterung des betrieblichen EDV-Systems.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt, darunter 3 Vollzeit- und 4 Teilzeitkräfte. Die Stellen entfallen auf das Vermietungsgeschäft und auf die Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen.

6. Umweltschutz

Das Unternehmen führte im Geschäftsjahr keine umweltbelastenden Arbeiten durch. Umweltschutz-Aktivitäten und –Investitionen sind im Geschäftsjahr nicht notwendig gewesen und in den Folgejahren nach derzeitigem Kenntnisstand nicht notwendig.

7. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2013 war durch eine außergewöhnlich gute Mietauslastung gekennzeichnet. Der durchschnittlichen Auslastung von 98,5% gingen zahlreiche Akquiseaktivitäten in den Jahren 2012 und 2013 voraus. Insgesamt konnten 25 neue Mieter gewonnen werden, denen lediglich zehn Auszüge gegenüberstanden. Bei den meisten der beendeten Mietverhältnisse handelte es sich um Kleinstunternehmen, die ihre unternehmerische Tätigkeit zugunsten eines Angestelltenverhältnisses aufgegeben haben.

Gleichzeitig entwickelten sich auch die Perspektiven für den größten Mieter im TIG sehr positiv: Ende 2013 wurde der Antrag des Fraunhofer-Zentrums für Molekularbiologie und angewandte Ökologie IME (Projektgruppe Bioressourcen / Insektenbiotechnologie) auf die Errichtung eines LOEWE-Zentrums in Gießen seitens der Hessischen Landesregierung positiv beschieden. Hierdurch ist die Verlängerung des Mietvertrages mit Fraunhofer bis zur Fertigstellung des Neubaus, mindestens aber bis 2017 gewährleistet. Derzeit mietet das IME im TIG 860 m², darunter ca. 530 m² hochwertige Laborfläche, und wird voraussichtlich noch weiter expandieren. Das LOEWE-Projekt „Insektenbiotechnologie“ verankert neue Spitzentechnologien an der Schnittstelle von Roter, Grüner und Weißer Biotechnologie in der mittelhessischen Forschungslandschaft.

Das Geschäftsjahr verlief insgesamt plangemäß. Zentrales Thema war die Initiierung von Gegenmaßnahmen für einen für Ende des Jahres 2013 erwarteten, tilgungsbedingten Liquiditätsengpass. Weiterhin von Belang waren sowohl ein DSL-Versorgungseingpass am Standort Europaviertel und dessen Behebung als auch die erfolgreiche Fortsetzung des Projektes „Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“ und die Durchführung von Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen.

Liquidität: Die Liquiditätsproblematik, die die TIG GmbH seit ihrer Gründung begleitet, beruht ausdrücklich nicht auf mangelndem Vermietungserfolg, sondern auf den im Verhältnis zur Abschreibungsdauer ungewöhnlich kurzen Tilgungszeiträumen für die Gebäudedarlehen. Es ist schon lange bekannt, dass der Liquidität von 2013 bis mindestens 2019 besondere Aufmerksamkeit gelten muss.

Während die Gegenmaßnahmen für den für Ende 2013 absehbaren Liquiditätsengpass in Form einer verzinslichen Stundung von zwei Tilgungsraten à jeweils 81 T€ von 2014 bis 2020/21 (Stadt Gießen) bzw. einer Umwidmung von je 51 T€ von einem Kontokorrentkredit in ein Liquiditätsdarlehen (Sparkasse Gießen, Volksbank Mittelhessen) während des Jahres 2013 vorangebracht und schließlich auch von der Gesellschafterversammlung beschlossen wurden, hat auch die außergewöhnlich gute Mietauslastung mit ca. 25 T€ Mehreinnahmen in 2013 dazu beigetragen, dass das Liquiditätsproblem für 2013 deutlich entschärft werden konnte. Für die je zwei bis 2016 tilgungsfrei gestellten Darlehen von Sparkasse und Volksbank in Höhe von insgesamt 286,1 T€ war ebenfalls eine Tilgungsvereinbarung zu treffen. Dementsprechend wurde beschlossen, die Darlehen zum Termin der Endfälligkeit Ende 2016 in je ein neues Darlehen zu überführen.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2013 Liquidität in einer bis auf weiteres ausreichenden Höhe bereitgestellt, so dass – zusätzlich zu den ohnehin halbjährlich zu zahlenden Tilgungsleistungen für das Landesdarlehen – auch eine von der Universitätsstadt Gießen im Jahr 2006 gestundete Tilgungszahlung in Höhe von 81 T€ Ende 2013 vereinbarungsgemäß geleistet werden konnte.

Bei plangemäßigem Verlauf greifen die im Jahr 2013 eingeleiteten bzw. umgesetzten Maßnahmen voraussichtlich mindestens bis 2015/2016, so dass erst in 2016 anhand der dann aktuellen Vermietungs- und Liquiditätssituation wieder neue Überlegungen zur Liquiditätssicherung angestellt werden müssen.

DSL-Verfügbarkeit im Europaviertel: Einen entscheidenden Faktor für die Standortwahl junger, technologieorientierter Unternehmen stellt die Verfügbarkeit von DSL in ausreichender Bandbreite bzw. mit ausreichenden Übertragungsraten dar. Im Geschäfts

jahr spitzte sich die Knappheit der verfügbaren 16Mbit DSL-Anschlüsse zu, was der TIG GmbH den Abschluss neuer Mietverträge deutlich erschwert hat. Es zeichnet sich ab, dass die Telekom im Europaviertel auf VDSL mit Bandbreiten von bis zu 50Mbit/s umstellen wird. Aktuell sind diese Anschlüsse zwar noch nicht verfügbar, die Umsetzung scheint aber in Kürze zu erfolgen, was als sehr positive Entwicklung für die Sicherung und Weiterentwicklung des Gießener Europaviertels als Technologiestandort gelten darf.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen: Das Projekt „Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“, das die TIG GmbH als Projektträger in Kooperation mit dem Landkreis Gießen durchführt, wurde auch in 2013 erfolgreich fortgesetzt.

Das Projekt wird weitgehend aus ESF-Mitteln, Landesmitteln und Mitteln des Landkreises Gießen finanziert und umfasst insbesondere die Sensibilisierung der KMU für die Bedeutung von Mitarbeiterqualifikation, die Beratung zur Ausgabe von Qualifizierungsschecks und die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen zu aktuellen und zukunftsrelevanten Themen der beruflichen Weiterbildung.

Die aktuelle Förderphase des Projektes endet zum 31.12.2014. Ab dem 01.01.2015 gelten neue Förderrichtlinien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht noch nicht fest, ob und wenn ja zu welchen Konditionen ein Folgeantrag gestellt werden kann.

Reparatur und Instandhaltung: In 2013 wurden für die vier TIG-Gebäude Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen in der Größenordnung von ca. 42 T€ beauftragt und größtenteils auch bereits umgesetzt. Größere Posten waren die Renovierung des Seminarraumes Kerkrader Str. 11 (ca. 15 T€), die Erneuerung der Briefkastenanlage Winchesterstr. 2 (ca. 10 T€) und die Instandsetzung von Räumen im Zuge diverser Mieterwechsel (5 T€).

B. Darstellung der Lage**1. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage****Entwicklung der Vermögenslage**

	<u>31.12.2013</u>		<u>31.12.2012</u>		<u>Veränderung</u>	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. gewerbliche						
Schutzrechte	0,6	0,0	0,7	0,0	-0,1	-14,3
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	4.447,8	96,7	4.649,4	97,6	-201,6	-4,3
2. Betriebs- und						
Geschäftsausstattung	14,6	0,3	14,1	0,3	0,5	3,5
	<u>4.463,0</u>	<u>97,0</u>	<u>4.664,3</u>	<u>97,9</u>	<u>-201,3</u>	<u>-4,3</u>
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen						
und Leistungen	29,0	0,6	6,0	0,1	23,0	383,3
2. sonstige Vermögensgegenstände	4,4	0,1	2,4	0,1	2,0	83,3
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kredit-						
instituten	93,3	2,0	79,7	1,7	13,6	17,1
	<u>126,7</u>	<u>2,8</u>	<u>88,1</u>	<u>1,8</u>	<u>38,6</u>	<u>43,8</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
	10,5	0,2	9,9	0,2	0,6	6,1
	<u>4.600,2</u>	<u>100,0</u>	<u>4.762,3</u>	<u>100,0</u>	<u>-162,1</u>	<u>-3,4</u>

Entwicklung der Kapitalstruktur

	<u>31.12.2013</u>		<u>31.12.2012</u>		<u>Veränderung</u>	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	71,0	1,5	71,0	1,5	0,0	0,0
II. Gewinnvortrag	733,0	15,9	628,5	13,2	104,5	16,6
III. Jahresüberschuss	107,3	2,3	104,5	2,2	2,8	2,7
	<u>911,3</u>	<u>19,7</u>	<u>804,0</u>	<u>16,9</u>	<u>107,3</u>	<u>13,3</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.655,0	36,1	1.734,0	36,4	-79,0	-4,6
C. Rückstellungen						
sonstige Rückstellungen	72,0	1,6	73,8	1,5	-1,8	-2,4
	<u>72,0</u>	<u>1,6</u>	<u>73,8</u>	<u>1,5</u>	<u>-1,8</u>	<u>-2,4</u>
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	702,0	15,3	703,7	14,8	-1,7	-0,2
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11,3	0,2	5,5	0,1	5,8	105,5
3. sonstige Verbindlichkeiten	1.218,7	26,5	1.436,4	30,2	-217,7	-15,2
	<u>1.932,0</u>	<u>42,0</u>	<u>2.145,6</u>	<u>45,1</u>	<u>-213,6</u>	<u>-10,0</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>29,9</u>	<u>0,6</u>	<u>4,7</u>	<u>0,2</u>	<u>25,2</u>	<u>536,2</u>
	<u>4.600,2</u>	<u>100,0</u>	<u>4.762,3</u>	<u>100,0</u>	<u>-162,1</u>	<u>-3,4</u>

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 162 bzw. 3,4 % auf TEUR 4.600 verringert.

Die Veränderungen im Bereich des langfristigen Vermögens resultieren im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen im Bereich des Sachanlagevermögens. Im Bereich des langfristigen Kapitals sind die Minderungen insbesondere durch die planmäßigen Tilgungen sowie die Nachholung einer in 2006 gestundeten Tilgung der Gesellschafterdarlehen und durch die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen verursacht.

2. Darstellung der Ertragslage

	2013		2012		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	722,9	100,0	658,3	100,0	64,6	9,8
= Gesamtleistung	722,9	100,0	658,3	100,0	64,6	9,8
- Materialaufwand	<u>271,5</u>	<u>37,6</u>	<u>237,4</u>	<u>36,1</u>	<u>34,1</u>	14,4
= Rohertrag I	451,4	62,4	420,9	63,9	30,5	7,2
- Personalaufwand	<u>241,3</u>	<u>33,4</u>	<u>244,1</u>	<u>37,0</u>	<u>-2,8</u>	-1,1
= Rohertrag II	210,1	29,1	176,8	26,9	33,3	18,8
+ Sonstige betriebliche Erträge	204,6	28,4	270,0	41,0	-65,4	-24,2
- Abschreibungen	207,2	28,7	207,9	31,6	-0,7	-0,3
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>59,1</u>	<u>8,2</u>	<u>92,4</u>	<u>14,0</u>	<u>-33,3</u>	-36,0
= Betriebsergebnis	148,4	20,6	146,5	22,3	1,9	1,3
+ Finanzerträge	0,3	0,0	0,7	0,1	-0,4	-57,1
- Finanzaufwand	<u>23,5</u>	<u>3,3</u>	<u>24,6</u>	<u>3,7</u>	<u>-1,1</u>	-4,5
= Finanzergebnis	<u>-23,2</u>	<u>-3,2</u>	<u>-23,9</u>	<u>-3,6</u>	<u>0,7</u>	-2,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	125,3	17,3	122,5	18,6	2,8	2,3
- Sonstige Steuern	18,0	2,5	18,0	2,7	0,0	0,0
= Jahresergebnis	<u>107,3</u>	<u>14,8</u>	<u>104,5</u>	<u>15,9</u>	<u>2,8</u>	2,7

Die gestiegenen Umsätze sind im Wesentlichen auf die verbesserte Mietauslastung sowie auf die Erfassung der endgültigen Nebenkostenabrechnungen zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 107 erwirtschaftet, der um TEUR 3 über dem Vorjahresniveau liegt.

1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der erfolgreiche Betrieb eines Gründer- und Technologiezentrums erfordert Fluktuation. Langjährige Mieter, die dem Gründerstatus entwachsen, siedeln sich dauerhaft außerhalb des TIG in Stadt oder Landkreis Gießen an, und die frei werdenden Flächen werden wieder an junge Unternehmen oder Existenzgründer vermietet. Die fast vollständige Auslastung der Gebäude in 2013 ist zwar betriebswirtschaftlich wünschenswert, sollte aber nur von kurzer Dauer sein, um den für ein Technologie- und Gründerzentrum erforderlichen Erneuerungsprozess in der Mieterstruktur nicht zu gefährden.

In diesem Spannungsfeld gilt es, eine tragfähige Balance zu finden und diese durch eine permanente Optimierung des Angebots auch perspektivisch zu gewährleisten.

C. Chancen

Auslastung / Mieterstruktur: Der TIG GmbH ist es in den letzten Jahren gelungen, den Anteil der Existenzgründer signifikant zu erhöhen. In den Jahren 2011 bis 2013 konnten mehr als 40 junge Unternehmen und Existenzgründer im TIG angesiedelt werden. In Kombination mit den Bestandsmietern, die sich aus Unternehmen, universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie einzelnen TransMIT-Zentren zusammensetzen, ist eine für ein Technologie- und Gründerzentrum ausgesprochen gesunde Mieterstruktur entstanden, die die Möglichkeit vieler interessanter Kooperationen und Synergien bietet.

VDSL im Europaviertel: Die Zusage der Deutschen Telekom, im Europaviertel auf VDSL-Technologie umzustellen und damit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50Mbit/s zu ermöglichen, wird das Gewerbegebiet als Technologiestandort (unter den oben genannten Prämissen) deutlich voranbringen. Es besteht somit eine realistische Chance, nun auch weiterhin technologieorientierte Unternehmen am Standort ansiedeln zu können.

Mieterzufriedenheit: Ende 2013 wurde im TIG eine Mieterumfrage durchgeführt, an der 42 Unternehmen (50 % der zu diesem Zeitpunkt 84 TIG-Mieter) teilgenommen haben. Trotz einiger deutlich bemängelter Widrigkeiten sowohl am Standort Europaviertel als

auch im TIG wird die Gesamtzufriedenheit im TIG fast ausschließlich mit „sehr zufrieden“ (48,8%) bis „zufrieden (43,9%) beurteilt, 48,8% der antwortenden Unternehmen würden den Standort uneingeschränkt empfehlen, 36,6% würden ihn „eher empfehlen“, nur 1 Unternehmen würde den Standort „eher nicht“ empfehlen. Die generell hohe Zufriedenheit lässt vermuten, dass die Unternehmen nicht ohne zwingenden Grund abwandern, was sich sowohl auf die Mietauslastung als auch auf die Unternehmensstruktur und die Kooperationen untereinander positiv auswirkt. Selbstverständlich werden die Kritikpunkte aus den Fragebögen ernst genommen und eine weitere Steigerung der Kundenzufriedenheit angestrebt.

Neue Projekte: Hohe Auslastungsquoten ermöglichen dem TIG, im Idealfall entstehende zeitliche und finanzielle Spielräume für neue wirtschaftsfördernde Projekte zu nutzen. Ab 2014 sollen im TIG ein Coworking-Space mit 2-3 ausgestatteten Büroarbeitsplätzen für die tagesflexible Anmietung durch Unternehmen zur Verfügung stehen, jährlich mindestens ein Existenzgründungstag mit Vortragsangebot und Präsentation stattfinden und auch verstärkt Weiterbildungsveranstaltungen für Gründer und Jungunternehmer angeboten werden.

Neubauprojekte Europaviertel: Die TIG GmbH wird sich auch künftig an der Entwicklung von Folgekonzepten beteiligen und die Unternehmen, die der Gründerphase entwachsen, rechtzeitig aktiv bei der Suche neuer, geeigneter Flächen innerhalb von Stadt bzw. Landkreis Gießen unterstützen.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen: Die Verlängerung des Projektes vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2014 bietet der TIG GmbH die Chance, ihre Kompetenz in der betrieblichen Weiterbildung und (über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und die Mitarbeit in Netzwerken) auch ihren Bekanntheitsgrad innerhalb des Landkreises Gießen weiter auszubauen. Eine Verlängerung über den 31.12.2014 hinaus wird angestrebt.

Weiterbildungsportal Landkreis Gießen: Das innerhalb des hessenweiten Weiterbildungsportals von der TIG GmbH betriebene Regionalportal wird auch weiterhin das Leistungsspektrum der Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen ergänzen und die Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern optimieren.

1. Risiken

Risikobereitschaft des Unternehmens

Die Geschäftsführung ist durch eine konservative Geschäftspolitik bestrebt, die unternehmerischen Risiken weitestgehend zu reduzieren.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement besteht ein der Größe und Komplexität der Gesellschaft entsprechendes Berichtssystem. Mit dem Planungssystem werden monatlich Abweichungen der tatsächlichen von der geplanten geschäftlichen Entwicklung analysiert und damit zeitnah Risiken identifiziert.

Unter Beachtung des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit sind die Existenz des Unternehmens bedrohende Risiken im Rahmen von Versicherungspolicen abgesichert.

Risiken aus der Finanzierung

Das wesentliche Risiko für die TIG GmbH sind Liquiditätsengpässe, die sich aus der Tilgung der laufenden Kredite ergeben. Die hohe Tilgungslast ergibt sich im Zusammenhang mit den Laufzeiten dieser Kredite, die deutlich kürzer sind als die entsprechenden Abschreibungszeiträume für die Gebäude. Obwohl die Liquidität durch die in 2013 getroffenen Maßnahmen bei guter Mietauslastung erst einmal bis mindestens 2016 sichergestellt sein dürfte, gilt diesem Thema nach wie vor die volle Aufmerksamkeit der Geschäftsführung.

Ein weiteres Finanzierungsrisiko stellen Forderungsausfälle dar. Hier sind der TIG GmbH keine aktuellen Einzelrisiken bekannt.

Geschäftliche Risiken:

Durch die kleinräumige Vermietung, eine mittelfristig gesicherte Vermietung an große Mieter wie beispielsweise Fraunhofer, die Justus-Liebig-Universität und die LEA Medizintechnik GmbH sowie aufgrund der grundsätzlich hohen Zufriedenheit der Mieter im TIG ist das kurzfristige Risiko für sinkende Auslastungsquoten und Forderungsausfälle insgesamt gering. Nachfolgend werden die mittel- bis langfristigen Risiken für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt:

- Reparatur und Instandhaltung: Die Gebäude Kerkrader Str. 7, 9 und 11 hatten in den letzten Jahren einen nur sehr geringen Reparatur- und Instandhaltungsbedarf. Mittel- bis langfristig wird dieser voraussichtlich ansteigen (Umbau der Sanitärräume zu vermietbaren Flächen, Nachrüstung der Gebäude bspw. mit Außenjalousien zum Sonnenschutz etc.). Auch im Gebäude Winchesterstr. 2 fallen zunehmend Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten an. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen kann derzeit noch in Abhängigkeit von der Ertragslage gesteuert werden.
- Steigende Betriebskosten: Die Wettbewerbsfähigkeit wird neben der Höhe der Kaltmieten zunehmend von der Höhe der Nebenkosten pro m² bestimmt. Es zeichnet sich ab, dass die Energiekosten in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Der Prozess lässt sich nicht verhindern, sondern nur verlangsamen, indem die verschiedenen Betriebskostenarten laufend überprüft und Verträge optimiert werden. Allein durch die Grundsteuererhöhung der Stadt Gießen steigen die Betriebskosten ab 2014 um weitere 0,20 EUR pro m² und Monat an. Den steigenden Betriebskosten sollte auch zukünftig mit möglichst stabilen Mieten begegnet werden.
- Verfügbarkeit von DSL: Wie bereits erwähnt ist die Verfügbarkeit von DSL mit zeitgemäßen Übertragungsgeschwindigkeiten ein bedeutender – wenn nicht der bedeutendste – Standortfaktor für technologieorientierte Unternehmen. Diesem Thema muss deshalb auch weiterhin große Beachtung gelten, und zwar sowohl vom TIG-Management als auch von allen am TIG beteiligten Akteuren.

- Strukturierte Verkabelung: die Gebäude Kerkrader Str. 9 und 11 verfügen nicht über eine strukturierte Verkabelung. Dieser Umstand wird zurzeit von der TIG GmbH durch alternative technische Lösungen kompensiert. Hier bleiben die Entwicklung der Technik und das Nachfrageverhalten potentieller Mieter abzuwarten; ggf. wird die TIG GmbH in eine strukturierte Verkabelung investieren müssen.
- Attraktivität Standort Europaviertel: Aus Sicht der TIG und ihrer Mieter wären Aktivitäten zur Verbesserung bzw. Sicherung der Standortattraktivität hinsichtlich ÖPNV-Anbindung und Beschilderung wünschenswert und notwendig. Auch das gastronomische Angebot im Europaviertel stellt einen wichtigen Standortfaktor dar und sollte erhalten bzw. weiter optimiert bleiben.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013 sind keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung, die zu einer geänderten Beurteilung der Unternehmenslage führen würden, eingetreten. Die Berichterstattung bezieht sich ausschließlich auf die voraussichtliche Entwicklung wichtiger Vorgänge.

1. Vermietungsgeschäft:

Zum 01.04.2014 beträgt der Vermietungsstand aller vier Gebäude 97,6%. Dabei liegt die Mietauslastung des Gebäudes Kerkrader Str. 7 bei 94%, Kerkrader Str. 9 bei 100,0%, Kerkrader Str. 11 bei 96,9% und Winchesterstr. 2 bei 97,7%. Trotz einiger vorwiegend expansionsbedingter Auszüge im 1. Quartal 2014 konnte zeitnah wieder eine überdurchschnittlich gute Auslastung erreicht werden. Für 2014/2015 geht die Geschäftsleitung von einer durchschnittlichen Gebäudeauslastung von mindestens 95% aus.

2. Liquidität:

Die für eine dauerhafte Liquiditätssicherung notwendige Mietauslastung von 95% wird in 2014 voraussichtlich erreicht bzw. überschritten. Weiterhin wurden in 2013 verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Liquidität bei plangemäßigem Verlauf mittelfristig sicherstellen.

Gießen, den 21. März 2014

gez. Antje Bienert

(Geschäftsführung)

6.2.8. Lagebericht RegioMit Regionalfonds Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.4.

RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RegioMIT GmbH)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

I. Geschäftsmodell

Der Regionalfonds Mittelhessen hat in den Jahren 2005 bis 2010 Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten, deren Gründung nicht länger als zehn Jahre zurückliegt, im Gebiet der Städte Gießen und Wetzlar (vormals Ziel 2- Fördergebiete) sowie im Gebiet des Landkreises Gießen in der Start- und Wachstumsphase mit Beteiligungskapital ausgestattet. Die regionalwirtschaftliche Förderung bestand in der Bereitstellung von Beteiligungskapital bis maximal € 250.000 in Form stiller Beteiligungen, und zwar für innovative und technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs.

Das Gesamtvolumen des am 1. März 2005 von den Städten Gießen und Wetzlar, dem Landkreis Gießen, den regionalen Kreditinstituten und dem Land Hessen gegründeten Fonds RegioMIT beträgt € 2,5 Mio. Darin enthalten sind Fördermittel des Landes Hessen aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von € 1 Mio. Die Verwaltung des Fonds wurde der BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main, einer Tochter der Helaba/Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, übertragen.

II. Wirtschaftsbericht

a) Geschäftsverlauf

Auf eine ausführliche Stellungnahme zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird verzichtet, da die RegioMIT GmbH lediglich noch über drei Portfoliounternehmen verfügt und keine Beteiligungen mehr eingehen kann, da sie ausinvestiert ist und sich in der Auslaufphase befindet.

Die Gesellschafter haben im Geschäftsjahr 2013 beschlossen, den Fonds, der lediglich noch aus drei Portfoliounternehmen besteht, zu schließen, das Neugeschäft einzustellen und alle noch vorhandenen Beteiligungen entsprechend ihrer Laufzeit zurückzuführen. Der Fonds hat bei seiner Gründung den Bedarf an alternativen Finanzierungsformen in der Region optimal abgedeckt, eignet sich jedoch aufgrund des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus nur eingeschränkt für die Einbindung in Unternehmensfinanzierungen. Zudem bestehen mittlerweile alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsgeschäftes durch den ebenfalls von der BM H verwalteten Mittelhessenfonds bzw. die Hessen Kapital-Fonds.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr musste kein Portfoliounternehmen Insolvenz anmelden. Der Beteiligungsbestand umfasst am 31.12.2013 noch drei Unternehmen. Bisher sind nahezu 54% des investierten Fondskapitals insolvenzbedingt ausgefallen. Rechnet man die Erträge aus Beteiligungsentgelten abzüglich der aufgelaufenen Verwaltungskosten hinzu, so hat der Regionalfonds Mittelhessen in den fast neun Jahren seiner Laufzeit 35% seines Fondsvermögens verloren.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Finanzierung in der frühen Unternehmensphase mit hohen Risiken verbunden ist. Junge Unternehmen, wie sie im Investitionsfokus der RegioMIT GmbH stehen, haben es aufgrund ihrer geringen Kapitalpuffer und fehlender Liquiditätsreserven sehr schwer, starke Auftragseinbrüche oder auch lange Markterschließungsphasen zu verkraften. Dies hat sich auf die Ertragssituation und somit auf das Fondsvermögen der RegioMIT GmbH ausgewirkt.

Trotz des Wertberichtigungsbedarfs können positive Aspekte der Arbeit des Regionalfonds Mittelhessen hervorgehoben werden, wie die mit Hilfe der Beteiligungen geschaffene und erhaltene Zahl von Arbeitsplätzen sowie das damit verbundene Investitionsvolumen. Auch die positive Außenwirkung auf andere Regionen Deutschlands, z.B. durch die Verleihung des PPP-Preises 2008 als überzeugendes Projekt öffentlich-privater Partnerschaft, und die überregionale Kooperationen aller Beteiligten in der Region Gießen-Wetzlar sind zu nennen.

Im Geschäftsjahr 2013 weist der Fonds ein negatives Jahresergebnis in Höhe von T€ 154,4 aus (Vorjahr: +T€ 6,7). Ausschlaggebend dafür war die Bildung einer Wertberichtigung von 98,3% auf die stille Beteiligung an einem Portfoliounternehmen aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse. Ohne die gebildete Wertberichtigung wäre ein positives Ergebnis ausgewiesen worden. Die aktuellen Risiken des Fonds sind somit bilanziell verarbeitet, wobei die Ergebnissituation zum Jahresende 2013 nicht den Erwartungen der Planung entspricht.

b) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertragsseite ist geprägt von den Erträgen aus dem Beteiligungsgeschäft in Höhe von € 85,9 (Vorjahr: T€ 89,4) sowie Zinseinnahmen auf Bankguthaben von €1,3 (Vorjahr: T€ 3,0). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 72,4 (Vorjahr: T€ 85,8) bestehen im Wesentlichen aus der Geschäftsbesorgungsvergütung für die BM H als verwaltende Managementgesellschaft sowie Abschluss- und Prüfungskosten.

Liquide Mittel zum 31.12.2013 in Höhe von T€ 1.045,3 stellen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes für die kommenden Geschäftsjahre sicher. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Sämtliche der RegioMIT GmbH zur Verfügung gestellten Fondsmittel sind in die Kapitalrücklage des Fonds eingezahlt und bilden im Fall von Beteiligungsabschreibungen einen ausreichenden Risikopuffer zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung.

Der Anteil der liquiden Mittel beträgt ca. 75% (Vorjahr: ca. 45%) an der Bilanzsumme von T€ 1.401 (Vorjahr: T€ 1.558). Der Anstieg ist begründet in der Rückzahlung von zwei stillen Beteiligungen. Die Eigenkapitalquote liegt weiterhin bei ca. 99% (Vorjahr: ca. 99%).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

IV. Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Beteiligung an kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen, die am Kapitalmarkt nur eingeschränkt Finanzmittel aufnehmen können, besteht die Gefahr des Ausfalles der investierten Mittel. Insbesondere Beteiligungen im Frühphasenbereich sind mit hohen Risiken verbunden. Da Beteiligungsmittel ohne die Gewährung von Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden und mit Rangrücktrittsvereinbarungen versehen sind, birgt diese Finanzierungsform weitere Risiken. Gerade die nachhaltige Erschließung der Marktsegmente durch die finanziell unterstützten Unternehmen ist zeitlich und volumenmäßig schwer einschätzbar. Den Risiken steht ein positiver Wirtschaftsfördereffekt der mit den ausgereichten Beteiligungen initiierten Investitionen gegenüber.

Aufgrund der Einzahlung der Fondsmittel in die Kapitalrücklage der RegioMIT GmbH besteht aktuell keine Gefahr der bilanziellen Überschuldung. Die Liquidität des Fonds ist durch die noch vorhandenen finanziellen Mittel mittelfristig gesichert. Durch die vorgenommenen Wertberichtigungen auf kritische Beteiligungsengagements sind die aktuellen Risiken im Beteiligungsportfolio angemessen berücksichtigt.

Chancen bestehen in der Rückführung der noch ausgereichten stillen Beteiligungen, womit die ausschüttungsfähige Liquidität für die Gesellschafter erhöht wird.

V. Prognose

Die Geschäftsführung geht derzeit davon aus, dass es aufgrund des bereinigten Fondsportfolios und der stabilen Entwicklung von zwei der drei noch vorhandenen Beteiligungsengagements im laufenden Geschäftsjahr zu keinem weiteren Wertberichtigungsbedarf kommen wird. Die drei im Fonds noch verbliebenen Beteiligungen sollen möglichst zeitnah zurückgeführt werden, so dass der Regionalfonds Mittelhessen geschlossen werden kann. Für 2014 wird ein positives Ergebnis erwartet, sofern die wertberichtigte Beteiligung zurückgeführt wird. Andernfalls wird für 2014 von einem leicht negativen Ergebnis ausgegangen.

Gießen, 28. Februar 2014

RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RegioMIT GmbH)
Die Geschäftsführung

Zabel

6.2.9. Lagebericht Sparkasse - Ergänzung zu Kapitel 3.2.6.

Lagebericht

1 Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen¹

Die Weltwirtschaft stellte sich im Jahr 2013 nicht sehr dynamisch dar. Einige Industrieländer wie Japan oder das Vereinigte Königreich konnten aber konjunkturell wieder Tritt fassen. In den USA war das Wachstum zwar nicht überbordend, doch kam dort wenigstens der Abbau der Arbeitslosigkeit voran. Eine wirtschaftliche Normalisierung ist damit entsprechend unserer Erwartung eingeleitet. Enttäuschend hingegen verlief die Entwicklung der Schwellenländer. In der Krisenbekämpfung Europas sind deutliche Fortschritte zu erkennen. Im Euroraum wurde 2013 zumindest die Rezession überwunden, wobei erfreulich ist, dass der Außenhandel hier einen Wachstumsbeitrag geleistet hat und die Südländer offenbar graduell wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben. Allerdings blieb die Arbeitslosigkeit in den Krisenländern vorerst beharrlich hoch. Noch deutlich dynamischer als im Euroraum setzte in Deutschland das Wachstum im zweiten Quartal wieder ein, was im Gesamtjahr immerhin für ein reales Bruttoinlandsprodukt von

0,4 % reichte. Das ist zwar weniger als im Jahr zuvor (2012: + 0,7 %), doch unterstreicht die vom schwachen Start geprägte magere Gesamtjahreszahl diesmal die tatsächliche Entwicklung innerhalb des Jahresverlaufs, während sich die Dynamik im Verlauf des Berichtszeitraums erheblich besser als 2012 entwickelte, so dass seit dem zweiten Quartal 2013 durchaus von einem Aufschwung gesprochen werden kann. Dieser Aufschwung wurde, wie erwartet, allein von der Binnenwirtschaft getragen, wobei der Konsum quasi im Alleingang mehr Nachfrage erzeugte. Die Investitionstätigkeit durchschritt im Laufe des Jahres 2013 zwar ebenfalls ihren zyklischen Tiefpunkt, doch die Trendwende kam zu spät, um die Jahresraten ins Plus zu ziehen. 2013 waren im Jahresdurchschnitt 41,8 Mio. Menschen erwerbstätig – 233.000 mehr als im vorangegangenen Jahr. Nie zuvor war in Deutschland ihre Zahl so hoch. Zugleich stieg die Arbeitslosenquote, aber unter Berücksichtigung der Konjunkturschwäche Anfang 2013 ist der Zuwachs um nur 0,1 Prozentpunkte auf eine Quote von 6,9 % als moderat zu bezeichnen. Auch dank der guten Beschäftigungslage erreichten die Staatseinnahmen 2013 ein Rekordniveau. Bei gleichzeitig niedrigen Zinsausgaben war der gesamt-

staatliche Haushalt nahezu ausgeglichen (Budgetsaldo: 0,1 % des BIP). In Deutschland stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,5 %, in der europäisch harmonisierten Abgrenzung dagegen etwas mehr. Während der letzten drei Monate des Jahres 2013 rutschte die Zwölfmonatsrate im Euroraum dann sogar unter die Ein-Prozent-Marke. Bei solchen Ergebnissen wird das Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB), die Rate unter, aber nahe bei zwei Prozent zu halten, zunehmend verfehlt. In dieser Situation hat die EZB nach einem ersten Schritt im Mai 2013 Anfang November 2013 ihre Leitzinsen erneut gesenkt. Der Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seither bei 0,25 %, der für die Einlagefazilität bereits seit Mitte 2012 bei glatt Null.

¹ Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

1.2 Zur Wirtschaftslage der Region

Die skizzierten internationalen Entwicklungen auf den Märkten mit den Nachwirkungen aus den Finanzkrisen waren, aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenhangs, im Jahr 2013 mehr oder weniger deutlich auch regional spürbar. Die bedeutenden Branchen entwickelten sich mit

ihren „Branchenkonjunkturen“ annähernd gleichförmig zum Durchschnitt in der deutschen Volkswirtschaft, da sich die Rahmenbedingungen kaum unterscheiden. Die regionale Konjunktur tritt gemäß einer Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der örtlichen IHK noch immer auf der Stelle. Sie hatte sich gegenüber der Frühjahrsumfrage zuletzt sogar noch weiter eingetrübt und blieb damit hinter unseren Erwartungen zurück. Im Regionalbezirk Gießen der Agentur für Arbeit waren 2013 im Jahresdurchschnitt 20.343 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Quote stieg im Jahresmittelwert um 0,2 %-Punkte auf durchschnittlich 5,9 % und blieb damit in den Schwankungsbreiten der letzten Jahre. Die regionale wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Kerndaten wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erheblich gegenüber dem Vorjahr verändern.

1.3 Rahmenbedingungen der Sparkasse Gießen

1.3.1 Satzungsrecht

Die Sparkasse Gießen ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie haftet für ihre Verbindlichkeiten mit dem gesamten Vermögen. Träger ist der

Sparkassenzweckverband Gießen. Die folgenden Gebietskörperschaften gehören ihm an: Allendorf/Lumda, Buseck, Fernwald, Gießen, Heuchelheim, Langgöns, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Reiskirchen, Staufenberg, Landkreis Gießen.

1.3.2 Öffentlicher Auftrag

Die Sparkasse Gießen hat in ihrem Geschäftsgebiet als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in vielfältiger Weise besondere Leistungen zur Stärkung der kommunalen Belange erbracht, vor allem im wirtschaftlichen, regional-politischen, sozialen und kulturellen Bereich. Hierzu gehören die finanzielle Unterstützung sozialer Einrichtungen, die Förderung der kulturellen Vielfalt und der verschiedensten Aktivitäten von Vereinen und Institutionen, um ihre Aufgaben und Ziele erfüllen zu können. Zur Förderung der Region haben wir 2013 das Kapital der Gemeinnützigen Stiftung der Sparkasse Gießen um 500 TEUR auf insgesamt 3,65 Mio. EUR erhöht. Im Geschäftsjahr 2013 unterstützten wir allein über unsere Stiftung soziale Einrichtungen, Vereine, Schulen, Projekte und Initiativen mit 90,7 TEUR (nach 91,2 TEUR im Jahr 2012).

Die Sparkasse Gießen zählt zu den großen Arbeitgebern und Ausbildern in der Region. Daneben ist sie eine bedeutende Auftraggeberin für die heimische Wirtschaft und trägt als Steuerzahlerin zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. Über die Gewerbe- und Grundsteuer fließen den Kommunen direkt Mittel zu, aber auch an den Einkommens- und Körperschaftsteuerumlagen partizipieren die Gemeinden vor Ort. Ein weiterer Beleg für die Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region ist unsere Beteiligung an drei Wirtschaftsfördergesellschaften in einem Umfang von insgesamt 120 TEUR, womit wir Existenzgründungen ermöglichen und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zum beiderseitigen Nutzen verbessern. Darüber hinaus leisten wir durch vermittelte Förderkredite im Umfang von 21.817 TEUR (2012: 17.566 TEUR) einen Beitrag zur heimischen Kreditversorgung. Gemäß § 15 Abs. 2 HSpG haben wir dem Lagebericht einen statistischen Bericht über die Erfüllung unseres öffentlichen Auftrags im Geschäftsjahr 2013 beigelegt.

1.3.3 Bankenaufsichtsrecht

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch das bevorstehende Inkrafttreten einer ganzen Reihe neuer bankaufsichtlicher Regelungen Umsetzungsmaßnahmen erforderlich: Den Schwerpunkt bildete dabei das sogenannte CRD-IV-Paket, welches aus einer Richtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) und einer Verordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) besteht und unter dem Begriff „Basel III“ bekannt geworden ist. Die Verordnung CRR ist unmittelbar anzuwenden und enthält neben anderen die qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen sowie die Offenlegungspflichten. Zusätzlich gibt die CRR erstmals ein Verfahren zur Berechnung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) vor. Ergänzt wird sie um Regelungen zu Großkrediten und zur Liquiditätsausstattung von Instituten. Das CRD-IV-Umsetzungsgesetz ist von weiteren Rechtsverordnungen begleitet: etwa zur Neufassung der Solvabilitätsverordnung (SolV) zu den Eigenkapitalanforderungen und den Details zur Festlegung von Kapitalpuffern, der Großkredit- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV), der neu erlassenen Finanzinformationsverordnung

(FinaV), in welcher erstmals ein Basismeldewesen für unterjährige Finanzdaten verpflichtend wird, sowie durch die geänderten Vorschriften in der Liquiditätsverordnung (LiqV). Weitere wichtige Anforderungen ergaben sich durch Anpassung des Kreditwesengesetzes (KWG) infolge der Verabschiedung des sogenannten „Trennbankengesetzes“ und des oben erwähnten CRD-IV-Umsetzungsgesetzes. Auf der Basis des veröffentlichten CRD-IV-Pakets haben wir die nötigen Umsetzungsschritte eingeleitet. Die Anforderungen aus der vierten MaRisk-Novelle wurden fristgerecht erfüllt, da für einige Vorschriften aufsichtlich eine längere Implementierungsphase bis ins Jahr 2014 hinein bestand. Erwähnenswert sind hier die präzisierten Anforderungen an eine Kapitalplanungsrechnung über mehrere Rechnungslegungsperioden sowie die Anforderungen an ein System zur Verrechnung von Liquiditätskosten. Zusätzlich wurde eine MaRisk-Compliance-Funktion installiert, obwohl weite Teile der Compliance-Funktion bereits durch bestehende Beauftragte wie die Zentrale Stelle nach § 25 c KWG oder aber den Beauftragten für die Wertpapier-Compliance wahrgenommen werden. Darüber hinaus wurde entsprechend den Anforderungen der

MaRisk ein Leiter Risikocontrolling-Funktion zur Stärkung des Risikocontrollings bestellt, der bei wesentlichen risikopolitischen Entscheidungen des Vorstands mit einzubeziehen ist. Die Begleitung von Umsetzungsmaßnahmen der EU-Verordnung zur SEPA-Migration für unsere Kundschaft und die erforderlichen technischen Maßnahmen der Sparkasse konnten planmäßig durchgeführt werden.

1.3.4 Das Verbundkonzept

Mit dem Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen wurde unter einem gemeinsamen Leitbild die Zusammenarbeit zwischen den hessischen und thüringischen Sparkassen und der Landesbank Hessen-Thüringen noch planvoller, systematischer und transparenter gestaltet, womit wir zwei wesentliche Ziele verfolgen. Zum einen sollen die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen und ihrer Verbundunternehmen bei bestehender traditioneller Arbeitsteilung durch konsequente Nutzung von Verbundvorteilen spürbar verbessert werden; zum anderen wurde bereits erreicht, dass die Unternehmen der Gruppe noch stärker als wirtschaftliche Einheit (ausgestattet mit einem gemeinsamen Sicherungssystem)

wahrgenommen werden. Die Solidität des Verbundkonzepts wird durch die positiven Bonitätseinstufungen zweier unabhängiger internationaler Rating-Agenturen eindrucksvoll bestätigt. Die Rating-Agentur Fitch hat der regionalen Sparkassen-Finanzgruppe am 28. Februar 2014 ein Bonitätsrating von A+ verliehen. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat zuletzt am 15. Oktober 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen das Rating von A/A-1 mit stabilem Ausblick bestätigt.

1.3.5 Einlagensicherung

Durch ihre Mitgliedschaft im Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen hat auch die Sparkasse Gießen Anschluss an das dort verwaltete Sicherungssystem, welches regelmäßig von den Mitgliedsinstituten dotiert wird. Ferner gehören wir zum Sicherungssystem des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) in Berlin. Die einzelnen Sicherungseinrichtungen des Haftungsverbundes sind miteinander verknüpft und zwischen den 11 Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände besteht ein überregionaler Ausgleich. Auf diese Weise fließen alle regionalen Fonds in

eine Haftungsgemeinschaft ein, sodass trotz Selbstständigkeit der regionalen Einrichtungen im Notfall das Gesamtvolumen aller Fonds gemeinschaftlich zur Verfügung steht. Insofern beinhalten die Systeme neben einem unbegrenzten Schutz der Einlagen auch eine Institutssicherung.

1.3.6 Vertriebsausrichtung

Bedarfsorientierung, Nachhaltigkeit, regionale Nähe und eine hohe Qualität sind die Eckpfeiler unserer vertrieblichen Ausrichtung, bei der die Kundschaft im Mittelpunkt steht. Wir sind nah an den Menschen in der Region, wo immer Finanzdienstleistungen gebraucht werden. Seit vielen Jahren können unsere Kundinnen und Kunden zwischen den verschiedenen Vertriebswegen Filiale, Online-Banking und Telefon-Banking wählen und entscheiden, wo sie welche Geschäftsvorfälle erledigen. Dazu ist die Sparkasse Gießen mit einem ausgedehnten Filialnetz, das 31 personalbesetzte Filialen und 14 SB-Center umfasst, fast überall im Geschäftsgebiet präsent.

1.4 Geschäftsentwicklung

Die Sparkasse Gießen weist entgegen der Erwartung im Vorjahr für 2013 in den Kundensegmenten ein rückläufiges Volumen aus. Aufgrund der Rückgänge beim Kreditvolumen sowie der Einlagen unserer Kundschaft verkürzte sich die Bilanzsumme um 0,7 % und betrug zum Jahresende 1.930,1 Mio. EUR (2012: 1.943,9 Mio. EUR). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) belief sich damit auf 1.943,2 Mio. EUR (2012: 1.958,1 Mio. EUR). Zum 31.12.2013 betreuten wir für unsere rund 129.000 Kundinnen und Kunden insgesamt ca. 264.000 Konten und Depots, über welche wir im Geschäftsjahr Buchungen in Höhe von 24,9 Mio. (nach 24,0 Mio. im Vorjahr) abwickelten. Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte 2013, wie im Vorjahr prognostiziert, erneut auf einem hohen Niveau gehalten werden.

1.4.3 Kreditgeschäft

Zum Jahresende 2013 bilanzierten wir 1.164,5 Mio. EUR Kredite und Darlehen (inkl. Schuldscheindarlehen) an unsere gewerbliche, kommunale und private Kundschaft (Veränderung gegenüber 2012: - 35,4 Mio. EUR; - 3,0 %) – ein Ergebnis, das unsere Vorjahresprognose einer positiven Entwicklung nicht bestätigt. Der Rückgang war vor allem bei der Inanspruchnahme von gewerblichen Krediten festzustellen. Die Wohnungsbaukredite unserer Kundinnen und Kunden konnten knapp unter dem Vorjahresniveau gehalten werden. Die Kommalkredite stiegen um 2,3 Mio. EUR auf 57,5 Mio. EUR. 2013 schlossen die Kundinnen und Kunden der Sparkasse Gießen 1.483 Privatkredite mit einem Volumen von 13,8 Mio. EUR ab (2012: 1.278; 11,4 Mio. EUR). Im privaten Geschäftsfeld kam es wegen sehr starken, auch überregionalen Wettbewerbs lediglich zu 212 (2012: 256) Finanzierungen von Immobilienerwerben und Neubauvorhaben. Das Bruttovolumen lag mit 54,3 Mio. EUR unter dem des Vorjahres (62,6 Mio. EUR). Alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft schirmten wir vollständig durch Vorsorgepositionen ab.

1.4.1 Zentrale Daten zur Entwicklung 2013

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen	1.943,2	1.958,1	-14,9	-0,8
Bilanzsumme	1.930,1	1.943,9	-13,8	-0,7
Betriebsergebnis vor Bewertung	21,8	23,3	-1,5	-6,4
Bewertungsergebnis	10,4	14,1	-3,7	-26,2
Betriebsergebnis nach Bewertung	11,4	9,2	+2,2	+23,9

1.4.2 Entwicklung der Aktiva der Sparkasse Gießen

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	82,6	134,5	-51,9	-38,6
Forderungen an Kunden (inkl. Avale)	1.164,5	1.199,9	-35,4	-3,0
Eigene Wertpapiere	611,6	539,5	+72,1	+13,4
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	19,6	21,3	-1,7	-8,0
Übrige Aktivbestände	64,9	62,9	+2,0	+3,2
Geschäftsvolumen	1.943,2	1.958,1	-14,9	-0,8

1.4.6 Entwicklung der Passiva der Sparkasse Gießen

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125,8	131,7	-5,9	-4,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.568,9	1.577,1	-8,2	-0,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	4,6	10,1	-5,5	-54,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	41,1	51,5	-10,4	-20,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken	37,6	25,3	+12,3	+48,6
Eigenkapital	125,8	122,1	+3,7	+3,0
Übrige Passivbestände	39,4	40,3	-0,9	-2,2
Geschäftsvolumen	1.943,2	1.958,1	-14,9	-0,8
Summe Kundeneinlagen	1.614,6	1.638,7	-24,1	-1,5

1.4.4 Eigenanlagen

Als Ausgleich für den Unterschied zwischen den Einlagen und den Krediten unserer Kundschaft wurde im Geschäftsjahr das Volumen der in Wertpapieren angelegten Mittel der Sparkasse Gießen um 72,1 Mio. EUR (+ 13,4 %) auf 611,6 Mio. EUR erhöht. Die Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet 36,9 % (2012: 22,9 %) öffentliche Emittenten, 48,5 % (2012: 60,7 %) Kreditinstitute und 14,6 % (2012: 16,4 %) Unternehmensanleihen. Die Restlaufzeiten der festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich im Berichtsjahr auf 3,74 Jahre (Vorjahr: 3,53 Jahre). Als Bilanzausgleich reduzierten wir im Jahr 2013 unsere Forderungen an Kreditinstitute um 51,9 Mio. EUR auf 82,6 Mio. EUR. Diese Position dient vorwiegend den kurz- und mittelfristigen Anlagen der Liquidität.

1.4.5 Beteiligungen

Der hier ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse Gießen in Höhe von 19,6 Mio. EUR sank lediglich aufgrund einer Abschreibung (2012: 21,3 Mio. EUR). Die Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen stellt die größte Einzelposition dar.

Weitere Beteiligungen an den Verbundunternehmen belegen die Einbindung der Sparkasse Gießen in den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie die Deutsche Sparkassenorganisation. Zusätzlich bringen wir uns bei Wirtschaftsfördergesellschaften der Region ein.

1.4.7 Einlagen, verbriefte und nachrangige Verbindlichkeiten

Das Einlagengeschäft hat, entgegen unserer Vorjahresprognose, 2013 Rückgänge zu verzeichnen. Hier haben wir wiederum Produkte für die Bedürfnisse unserer Kundschaft bereitgehalten. Erneut nachgefragt wurden kurzfristig verfügbare Einlagen. Dabei erwiesen sich das Sparkassen-Tagesgeld-Online-Konto sowie Zins & Cash für täglich fälliges Geld als äußerst geschätzte Alternativen zu den Angeboten der Direktbanken. Daneben legten Kundinnen und Kunden ihre finanziellen Rücklagen verstärkt in unseren rentablen Sparkassenbriefen an. Offensichtlich steht hier die Sicherheit ihrer Geldanlagen im Vordergrund. Die Steigerungen der Kundeneinlagen einschließlich der Eigenemissionen und des Nachrangkapitals aus dem Jahr 2012 konnten nicht fortgesetzt werden. Im Jahr 2013 verringerten

sich die Bestände um 24,1 Mio. EUR (- 1,5 % nach + 2,7 % im Jahr 2012) auf 1.614,6 Mio. EUR

1.4.8 Refinanzierungen bei Kreditinstituten

Auf der Passivseite reduzierten wir, wie schon im Vorjahr, wegen ausreichender Liquidität durch Kundeneinlagen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,9 % auf 125,8 Mio. EUR (2012: 131,7 Mio. EUR).

1.4.9 Rücklagen

Die Sparkasse Gießen verfügt über eine gute Eigenkapitalsituation. Die in der Bilanz ausgewiesene Position beträgt inklusive des Bilanzgewinns 125,8 Mio. EUR (2012: 122,1 Mio. EUR). Daneben konnte der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken mit einer Zuführung von 12,3 Mio. EUR auf 37,6 Mio. EUR deutlich gestärkt werden.

1.5 Nicht bilanzwirksames Kundengeschäft

1.5.1 Wertpapiergeschäft (Depot B)

2013 wird als äußerst erfolgreiches Jahr in die Börsengeschichte eingehen. Nach dem bereits sehr guten Vorjahr konnten die Aktienmärkte erneut zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Ausgehend von 7.661 Punkten zum Jahresende 2012 legte der DAX eine beeindruckende Entwicklung hin und schloss Ende 2013 mit einem Plus von 25,5 % bei 9.552 Punkten. Nicht nur die Aktienmärkte, sondern vor allem die Rentenmärkte standen 2013 unter dem Einfluss der Notenbanken. Dazu gehörte auch, den Leitzins zweimal auf aktuell nur noch 0,25 % zu senken. Gleichzeitig machte EZB-Chef Draghi klar, dass die Zinsen angesichts moderater Inflationsprognosen noch für einen längeren Zeitraum niedrig bleiben könnten. Das Wertpapiergeschäft der Sparkasse Gießen entwickelte sich trotz gegenläufiger Tendenzen an den Kapitalmärkten insgesamt sehr gut. Während Rentenprodukte im Jahresverlauf etwas unter Druck gerieten und phasenweise weniger gefragt waren, erlebten flexible Produktlösungen im Investmentbereich und höher rentierliche Wertpapieremissionen unserer Verbundpartner ganzjährig sehr regen

Zulauf. Der Wertpapier-Bruttoabsatz lag mit 142,4 Mio. EUR unverändert auf hohem Niveau (2012: 146,3 Mio. EUR). Bedingt durch die Zuwächse beim Investmentfondsgeschäft sowie positive Kursentwicklungen insbesondere aktienmarktnaher Wertpapiere stiegen die Depotwerte unserer Kundschaft (ohne eigene Inhaberschuldverschreibungen) von 529,5 Mio. EUR auf 550,4 Mio. EUR.

1.5.2 Auslandsgeschäft

Die Internationalisierung und Globalisierung der Märkte schreitet weiter voran und berührt in unterschiedlichem Ausmaß einen wachsenden Kreis unserer mittelständischen gewerblichen Kundschaft. Als der „Mittelstandsfinanzierer Nummer 1“ haben wir uns bereits frühzeitig auf diese Entwicklung eingestellt und stehen unseren Kundinnen und Kunden durch einen ganzheitlichen Beratungsansatz und die eigene Service- und Dienstleistungsgesellschaft, S-International Mittelhessen GmbH, mit Antworten und Lösungen kompetent zur Seite. Erfolgreich haben wir im Jahr 2006 mit den Sparkassen Wetzlar und Grünberg diese Gesellschaft gegründet. Ihr Service- und Dienstleistungsangebot konnte in den letzten Jahren konsequent ausgebaut und auf mandatiert teilnehmende Sparkassen erweitert

werden. Das Außenhandelsgeschäft und die Sicherungsgeschäfte im Zins-, Währungs- und Rohstoffbereich betrachten wir als nachhaltige Schlüsselthemen im Dialog mit unseren gewerblichen Kundinnen und Kunden.

1.5.3 Immobilien-Vermittlung

Wiederum gab es in diesem Segment ein erfolgreiches Jahr zu verzeichnen. So hat die Sparkasse Gießen bei der Vermittlung von Immobilien 2013 insgesamt 90 Abschlüsse (2012: 111) mit einem Volumen von 18,2 Mio. EUR (2012: 17,9 Mio. EUR) getätigt.

1.5.4 Bauspargeschäft

Im abgelaufenen Jahr konnten wir mit 53,5 Mio. EUR nicht ganz an die Bausparleistung des Vorjahres (2012: 63,0 Mio. EUR) anknüpfen, lagen aber über dem Produktionswert des Jahres 2011 (51,5 Mio. EUR). Insgesamt ist dies ein zufriedenstellendes Ergebnis, da einerseits der anhaltende Trend zur Sachwertorientierung und die damit verbundene Begleitung unserer Kundinnen und Kunden in die eigenen vier Wände auch die Bausparvermittlung grundsätzlich weiter stimulierte, wir aber andererseits über das LBS-Gemeinschaftsgeschäft unsere Potenziale nicht umfassend heben konnten.

1.5.5 Versicherungsgeschäft

Nach vier guten Jahren in Folge wird 2013 als ein eher durchwachsendes Versicherungsjahr in die Geschichte eingehen. Im Bereich der Kompositversicherungen (Sachversicherungen) konnten wir 2013 abermals ein gutes Ergebnis erzielen. Mit 2.449 Verträgen blieben wir nur unwesentlich unter dem Vorjahreswert (2012: 2.876 Verträge), überstiegen aber die Produktionswerte aus dem Jahr 2011 (2.295 Verträge). Allgemein schwierige Rahmenbedingungen im Lebensversicherungsabsatz begleiteten uns fast das ganze Jahr hindurch. Mit einem Volumen von 15,3 Mio. EUR lagen wir hier hinter unseren Erwartungen zurück, während wir 2012 noch eine Produktionsleistung von rund 20 Mio. EUR vorweisen konnten.

1.6 Wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr 2013

Im Zuge des altersbedingten Ausscheidens des Vorstandsvorsitzenden Ende April 2013 gab es zur Neubesetzung dieser Position ein deutschlandweites Ausschreibungsverfahren, welches mit der Bestellung des neuen Vorstandsvorsitzenden am 21. August 2013 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Da

das bisherige Vorstandsmitglied Bereich Marktfolge aus dem eigenen Haus zum Vorstandsvorsitzenden bestellt wurde, erfolgte zeitgleich ein weiteres Ausschreibungsverfahren zur Nachbesetzung dessen vakanter Position. Mit Abschluss des Verfahrens am 30. Januar 2014 und Wirkung zum 1. Juli 2014 wird der Vorstand wieder komplettiert.

2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1 Vermögenslage

Nach Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat wird die Sicherheitsrücklage voraussichtlich 125,4 Mio. EUR und der Fonds für allgemeine Bankrisiken 37,6 Mio. EUR betragen. Damit erhöht sich das Kernkapital gegenüber dem Vorjahr um 10,9 %. Die Kernkapitalquote (Verhältnis der o. g. Eigenkapitalbestandteile zu den gewichteten Adressenausfallrisiken und operationellen Risiken) lag zum 31.12.2013 nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) bei 13,9 % (2012: 11,7 %). Neben Kernkapitalbestandteilen verfügt die Sparkasse Gießen über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Zum Jahresende 2013 setzte sich das anrechenbare Ergänzungskapital aus den Vorsorgereserven

gemäß § 340 f HGB sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen. Bei mit Eigenkapital zu unterlegenden Kreditrisiken nutzt die Sparkasse Gießen zwecks Erfüllung der regulatorischen Anforderungen den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) und bei operationellen Risiken den Basis-Indikator-Ansatz (BIA).

Das haftende Eigenkapital (Kernkapital und Ergänzungskapital) gemäß § 10 Kreditwesengesetz (KWG) überschritt, bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen per 31. Dezember 2013, mit einem Solvabilitätskoeffizienten von rund 24,0 % (2012: 21,7 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Die Basis für eine Geschäftsausweitung ist somit gemäß den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) an die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute gewährleistet. Die verschärften Eigenkapitalanforderungen nach der Basel III-Regulatorik sind in unseren Planungen berücksichtigt.

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Gießen war entsprechend unseren Erwartungen im Geschäftsjahr 2013 stets gegeben und die Anforderungen der Liquiditätsverordnung (LiqV) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurden kontinuierlich eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir jederzeit ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Die Kennziffer nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) betrug bei einer Mindestanforderung von 1 zum 31.12.2013 4,75 (2012: 4,62) und bewegte sich im Jahresverlauf in der Bandbreite von 4,34 bis 5,12. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde 2013 nicht genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen verpfändete die Sparkasse Gießen Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens. Darüber hinaus stand uns die Landesbank Hessen-Thüringen bei Bedarf mit einer Liquiditätskreditlinie zur Verfügung. Hinsichtlich der Steuerung unseres Liquiditätsrisikos wird auf die Ausführungen unter „Risikoberichterstattung“ (s. Kapitel 5) verwiesen.

Ertragslage				
in Mio. EUR	2013	2012	Veränderungen	
				%
Zinsüberschuss	50,7	50,3	+0,4	+0,8
Provisionsüberschuss	+13,5	+13,1	+0,4	+3,1
Sonstige betriebliche Erträge und Nettoertrag des Handelsbestandes	+3,5	+4,6	-1,1	-23,9
Verwaltungsaufwendungen	-40,6	-39,9	+0,7	+1,8
Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,3	-4,8	+0,5	+10,4
Betriebsergebnis vor Bewertung	21,8	23,3	-1,5	-6,4
Bewertungsergebnis	+1,9	-0,8	-2,7	-337,5
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-12,3	-13,3	-1,0	-7,5
Betriebsergebnis nach Bewertung	11,4	9,2	+2,2	+23,9
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuern	-7,7	-5,5	+2,2	+40,0
Jahresüberschuss	3,7	3,7	+0,0	+0,0

2.3 Ertragslage

Im Jahr 2013 konnte nach einem guten Vorjahresergebnis wiederum ein über unseren Erwartungen liegender hoher Zinsüberschuss von 50,7 Mio. EUR (2012: 50,3 Mio. EUR) erzielt werden. Ein Grund dafür lag in der bundesdeutschen Zinsstruktur. Während die kurzfristigen Zinsen wie erwartet nahezu gleich blieben, stiegen die langfristigen erneut leicht an. Unsere Annahmen gingen insgesamt von sich seitwärts entwickelnden Zinssätzen aus. Mit

Abflauen der Krisenängste und attraktiven Angeboten gelang es der Sparkasse Gießen wiederum, den Provisionsüberschuss entsprechend der Erwartung bei 13,5 Mio. EUR auf einem sehr hohen Niveau zu halten und das historisch gute Ergebnis des Vorjahres von 13,1 Mio. EUR noch leicht zu übertreffen. In diesem Zusammenhang sind als Ertragsquellen neben den Wertpapierumsätzen das Immobilien- sowie das Auslandsgeschäft hervorzuheben. Wie zuvor vermutet, konnten bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen nur wenige

Einsparungspotenziale gehoben werden. So wuchs der Aufwand leicht um 1,8 % auf 40,6 Mio. EUR (2012: 39,9 Mio. EUR). Während die darin enthaltenen Personalaufwendungen, sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie Unterstützung sanken, erhöhten sich die Sachaufwendungen. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen stiegen vor allem über den Aufwandsersatzanspruch durch eine Beteiligung auf 5,3 Mio. EUR (2012: 4,8 Mio. EUR). Unsere Aufwands-/Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio: Verwaltungsaufwendungen, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen im Verhältnis zu Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, sonstigen betrieblichen Erträgen und dem Nettoertrag des Handelsbestandes) lag 2013 bei 67,8 % (2012: 65,7 %). Entsprechend unserer Prognose im Vorjahr, sank das Betriebsergebnis vor Bewertung der Risiken von 23,3 Mio. EUR um 6,4 % auf 21,8 Mio. EUR und blieb damit auf einem erfreulichen Wert. Das Ergebnis entspricht 1,12 % des Geschäftsvolumens (2012: 1,19 %).

Nach einer Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen beziffern sich die Zuschreibungen zu

Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft gemeinsam mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen zu einem Ertrag von 1,9 Mio. EUR gegenüber einem Aufwand von 0,8 Mio. EUR für 2012. Hier wurden unsere Vorjahreserwartungen bei Weitem übertroffen. Die deutliche Verbesserung dieses Ergebnisses resultiert aus der positiven Kursentwicklung unserer Wertpapiere sowie dem bereits hohen bestehenden Volumen an Risikoabschirmung im Kreditgeschäft. Zu betonen ist, dass wir bei der Bewertung sämtlicher Wertpapiere, wie schon in den Vorjahren, konsequent das strenge Niederstwertprinzip angewandt haben. Im Rahmen unserer Risikovorsorge lag der Schwerpunkt der Betrachtung, so wie letztes Jahr erwartet, neben der Abschreibung einer Beteiligung wieder im Kundenkreditgeschäft. Den Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340 g HGB) haben wir, wie bereits in den Vorjahren, deutlich erhöht. Die Zuführung lag hier mit 12,3 Mio. EUR unter der des Vorjahres (2012: 13,3 Mio. EUR). Damit können wir die hohen bankaufsichtsrechtlichen Kernkapitalanforderungen aus „Basel III“ ab dem Jahr 2014 erfüllen. Der Steueraufwand stieg im Jahr 2013 gegenüber

2012 um 2,2 auf 7,7 Mio. EUR. Hier wirkte sich eine veränderte steuerliche Rechtsprechung im Wertpapierbereich aus. Allein 3,3 Mio. EUR aus dieser Position stehen den kommunalen Trägern der Sparkasse Gießen in Form von Gewerbesteuer zur Verfügung. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit plus Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage des Vorjahres) lag 2013 bei 20,0 % (2012: 19,0 %). Insgesamt kann für 2013 bei Einbeziehung aller Ergebnisteile einschließlich der Dotierung der Risikovorsorge unser Jahresüberschuss bzw. Bilanzgewinn mit 3,7 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres bestätigt werden. Er soll nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes unter Abzug einer Ausschüttung an die Träger der Sparkasse den Rücklagen zugeführt werden, um die Erfüllung der Anforderungen aus „Basel III“ zu stärken.

Die nachstehende Übersicht erlaubt einen Vergleich wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen der Sparkasse Gießen mit dem Ergebnis aller Bankengruppen in Deutschland (laut Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom September 2013) in Relation zum operativen Ertrag (Basis: Gewinn- und Verlustrechnung).

in %	2013	2012	Alle Bankengruppen 2012
Zinsüberschuss	81,3	79,6	71,5
Provisionsüberschuss	+21,6	+20,7	+21,7
Nettoertrag des Handelsbestandes	0,0	0,0	+5,5
Sonstiger betrieblicher Ertrag/Aufwand	-2,9	-0,3	+1,3
Operativer Ertrag	100,0	100,0	100,0
Verwaltungs- und sonstiger Aufwand	-65,1	-63,1	-64,2
Betriebsergebnis vor Bewertung	34,9	36,9	35,8
Bewertungsergebnis	-16,7	-22,3	-3,3
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	-9,1
Steuern	-12,3	-8,7	-6,7
Jahresüberschuss	5,9	5,9	16,7

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufes

Die Geschäftsentwicklung und die Lage der Sparkasse Gießen sind insgesamt weiterhin gut. Zwar nahmen die Kundenvolumina im Geschäftsjahr 2013 leicht ab, jedoch wurden die Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen deutlich übererfüllt. Den Jahresüberschuss nutzen wir wiederum zur Eigenkapitalstärkung.

Die folgende Darstellung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen in Relation zum Geschäftsvolumen (Basis: Gewinn- und Verlustrechnung) rundet den Vergleich ab.

in %	2013	2012
Zinsüberschuss	2,61	2,57
Provisionsüberschuss	+0,69	+0,67
Sonstiger betrieblicher Ertrag/Aufwand	-0,09	-0,01
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-2,09	-2,04
Betriebsergebnis vor Bewertung	1,12	1,19
Bewertungsergebnis	-0,53	-0,72
Steuern	-0,40	-0,28
Jahresüberschuss	0,19	0,19

2.4

3 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum Jahresende beschäftigten wir insgesamt 558 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (31.12.2012: 552), darunter 181 Teilzeitkräfte (31.12.2012: 179) und 71 Auszubildende (31.12.2012: 63). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte, entspricht dies einer Personalkapazität von 475 Betriebsangehörigen (31.12.2012: 468). Die Fluktuation war über einen langen Zeitraum hinweg sehr gering. Seit 2011 hat sie zugenommen, was insbesondere auch an den Austritten durch Altersteilzeit lag. Sie beträgt im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 7 % der Beschäftigten. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein hohes Gut der Sparkasse Gießen. Als einer der größten Ausbilder in der Region führen wir jedes Jahr eine hohe Anzahl von Bankkaufleuten erfolgreich bis zur Prüfung. Darüber hinaus fördern und entwickeln wir unsere Fachleute mit modernen personalwirtschaftlichen Instrumenten und bieten einen sicheren Arbeitsplatz. Die Investitionen in die Qualität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vielfältig: Einerseits verfügen wir über ein hausinternes Schulungsangebot und nutzen die zahlreichen Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Sparkassenorganisation sehr intensiv; andererseits begleiten

Mitarbeiterstruktur					
Weiblich	354				
Männlich	204				
Alter in Jahren	Unter 30 145	Unter 40 71	Unter 50 152	Unter 60 174	Über 60 16
Zugehörigkeit in Jahren	Bis zu 10 176	Mehr als 10 86	Mehr als 20 150	Mehr als 30 119	Mehr als 40 27

wir auch einzelne Angestellte in ihren Studiengängen an der Sparkassenhochschule oder an externen Universitäten und Fachhochschulen. Eine systematische Personalplanung – quantitativ wie qualitativ – garantiert die erfolgreiche Umsetzung der in unserer Geschäftsstrategie verankerten Ziele und Werte. Gemeinsam mit den Führungskräften analysieren wir laufend die demografische Entwicklung der Belegschaft in unserer Sparkasse und passen das personalwirtschaftliche Instrumentarium entsprechend an. Den damit verbundenen Herausforderungen stellen wir uns und arbeiten stetig an den Bereichen Nachwuchssicherung, Personalentwicklung, Wissensmanagement und Führung. Grundsätzlich halten wir auch unser Ausbildungsplatzkontingent auf hohem Niveau.

4 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 haben sich bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht ergeben.

5 Risikoberichterstattung

5.1 Risikomanagement

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht man eine potenzielle Verlust- oder Schadensgefahr im Falle, dass zukünftige Entwicklungen ungünstiger verlaufen als geplant. Risiken lassen sich nicht vermeiden, wohl aber können diese gesteuert und kontrolliert werden. Die bewusste Übernahme von Risiken (z. B. aus dem Kreditgeschäft) zählt zu den Kernfunktionen der Sparkasse Gießen und ist Bestandteil ihres satzungsgemäßen Auftrags, die heimische Wirtschaft mit Finanzierungsmitteln zu versorgen.

5.2 Risikomanagementstruktur und -prozesse

Die Aufgabe des organisatorisch eingerichteten Risikomanagements besteht darin, die relevanten Risiken in einem Prozess möglichst frühzeitig zu identifizieren, zu messen, transparent zu machen, zu steuern und hinsichtlich der

verfolgten Zielsetzung zu überwachen, um betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und den aufsichtlichen Anforderungen nach § 25 a ff. KWG sowie den Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) gerecht zu werden. Das Risikomanagement umfasst im Wesentlichen diese Funktionen bzw. Prozessphasen: Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken im Rahmen der Risikoinventur sowie ggf. anlassbezogen im Rahmen definierter Prozesse während der laufenden Geschäftstätigkeit.

Wir setzen verschiedene Methoden und Verfahren ein, die eine quantitativ wie qualitativ fundierte Risikomessung und -bewertung der einzelnen Risikoarten ermöglichen. Die Risikosteuerung erfolgt prinzipiell auf der Basis der in den beiden vorangehenden Schritten erlangten Informationen und umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken entweder bewusst zu übernehmen oder zu verringern, zu diversifizieren, zu vermeiden bzw. sie zu übertragen. Als Steuerungsgrundlagen dazu dienen Limite und Schwellenwerte. Es besteht ein umfangreiches, auf die Bedeutung der Risiken abgestimmtes Reporting-Verfahren, welches auch das Aufsichtsorgan mit einbezieht.

Turnusgemäß werden zu jeder Risikoart im Rahmen der Risikoinventur die für das Risikomanagement identifizierten wesentlichen Prozesse, Methoden, Verfahren und Instrumente in Bezug auf ihre Angemessenheit überprüft. Die Dokumentation erfolgt in unserem Risikohandbuch. Ergänzend dazu wurden Organisationsrichtlinien zur Beschreibung der Prozesse und Verantwortlichkeiten erstellt. Entsprechend den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erfolgt in der Sparkasse Gießen eine organisatorische Trennung bis einschließlich der Vorstandsebene zwischen Markt- und Handelsfunktionen einerseits sowie Marktfolge-, Überwachungs- und Controllingfunktionen zur Messung, Quantifizierung, zum Reporting und zur Kontrolle des Risikos andererseits. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass bei risikorelevanten Geschäften Interessenkonflikte vermieden und Entscheidungen möglichst objektiv getroffen werden können. Für diese Entscheidungsprozesse existiert ein abgestuftes Kompetenzsystem, das regelt, welche Hierarchieebene in der Sparkasse Gießen welche risikorelevanten Maßnahmen einleiten darf. Neben dem vorhandenen prozessintegrierten internen Kontrollsystem und dem

skizzierten Risikomanagementsystem fungiert prozessunabhängig die Interne Revision. Sie überwacht die Strukturen und Abläufe nach den geltenden Grundsätzen (Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit, Sicherheit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit etc.).

5.3 Risikoziele und -strategien

Die Sparkasse Gießen verfolgt eine konservative Risikopolitik nach Maßgabe des Vorsichtsprinzips, bei der die Risiken stets deutlich unterhalb der festgelegten Verlustobergrenze in der Risikotragfähigkeitsrechnung bleiben. Um Risiken gezielt eingehen und unter Ertragsgesichtspunkten steuern zu können, bedarf es einer abgestimmten Risikostrategie bei Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtlichen Eigenkapitals. Unsere vom Vorstand verabschiedeten und mit dem Verwaltungsrat erörterten Strategien beinhalten Prinzipien im Umgang mit Risiken, setzen die Rahmenbedingungen des Risikomanagements und bringen in den dort festgelegten Limiten und Schwellenwerten die Risikotoleranz der Sparkasse Gießen zum Ausdruck. Das Ziel besteht auch darin, Risikokonzentrationen möglichst zu vermeiden bzw. solche im bestehenden Risikomanagementprozess

adäquat zu steuern. Die qualitativen und quantifizierten Risikoziele in der Risikostrategie werden turnusgemäß überprüft und sind Bestand des Prozesses zur Gesamtbanksteuerung im Risikomanagement der Sparkasse.

5.4 Risikotragfähigkeit und Stresstests

Die Risikotragfähigkeit zeigt auf, welche Risiken sich die Sparkasse Gießen zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebes leisten kann und welche Mittel zur Deckung etwaiger Verluste einsetzbar sind (Risikodeckungspotenzial). Die periodenbezogene Risikotragfähigkeitsrechnung gibt die Rahmenbedingungen für die Risikosteuerung vor und wird anhand des Grundsatzes der Unternehmensfortführung entwickelt. Mit der Darstellung des Risikodeckungspotenzials und der strategischen Limitierung von Risiken bildet die Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kernelement unseres Risikomanagements. Als verwendbares Risikodeckungspotenzial stehen der Sparkasse Gießen neben dem für das laufende Jahr geplanten Ergebnis Teile der Vorsorgereserven (§ 340 f HGB) zur Verfügung. 2013 wurden vom vorhandenen freien Risikodeckungspotenzial 32 % (Vorjahr:

36 %) zur Unterlegung der Risikolimits eingesetzt. In unserem Limitsystem begrenzen wir die Adressenrisiken (45 % des Gesamtbanklimits, Vorjahr: 45 %), Marktpreisrisiken (52 % des Gesamtbanklimits, Vorjahr: 53 %) und operationellen Risiken (3 % des Gesamtbanklimits, Vorjahr: 2 %). Darüber hinaus bestehen ausreichende Puffer für weitere Risikoarten. Die Risikotragfähigkeitsberechnung wird vierteljährlich vorgenommen. Durch unsere Verfahren zur Messung und Steuerung gewährleisten wir, dass Risiken für die Sparkasse Gießen jederzeit quantifiziert und im Rahmen der gesetzten Limite gehalten werden können. Über die Auslastung erstatten wir regelmäßig dem Vorstand und Verwaltungsrat Bericht. Die eingeräumten Globallimite erwiesen sich im Geschäftsjahr jederzeit als ausreichend. Zusätzlich zur Abdeckung von Risiken aus anderen Bereichen bereitgestellte Risikopuffer blieben unangetastet. Entsprechend ihrer Geschäftsaktivitäten führt die Sparkasse Gießen regelmäßig Stresstests für die wesentlichen Risiken durch. Hierbei wurden außergewöhnliche, jedoch plausibel mögliche Ereignisse mit Annahmen aus dem Umfeld eines regionalen Finanzdienstleisters definiert und mittels Sensitivitäts- und Szenario-Analysen bezüglich ihres

hypothetisch eintretenden Verlustpotenzials über alle relevanten Risikoarten hinweg untersucht. Zur höchsten Risikoausprägung führten die Szenarien „harter konjunktureller Abschwung“ und „Wegfall des größten Arbeitgebers“. Unsere aktuellen Berechnungen zeigen, dass die Risikotragfähigkeit auch den errechneten hypothetisch eintretenden Verlustpotenzialen aus Stresstests standhalten kann. Dies belegt, dass sich die Sparkasse Gießen unter den formulierten Stressbedingungen als sehr robust erweisen würde. Die Überprüfung der Risikofaktoren und der verwendeten Parameter bei Berücksichtigung möglicher Risiko- und Ertragskonzentrationen erfolgte im Zuge der quartalsmäßigen Berechnungen. Entsprechend den aufsichtlichen Erfordernissen führen wir zusätzlich zu den jährlichen Berechnungen sogenannte inverse Stresstests durch. Hier wird untersucht, welche Risikofaktoren in welcher Ausprägung bewirken, dass das Geschäftsmodell der Sparkasse Gießen nicht mehr fortgesetzt werden kann und damit unsere Überlebensfähigkeit gefährdet wäre. Aufgrund ihrer Konstruktionsweise steht bei inversen Stresstests eher die kritische Reflexion der Risikofaktoren und -parameter im Vordergrund.

5.5 Risikoarten

Als wesentliche Risiken bezeichnen wir Adressenrisiken und Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsänderungsrisiken). Hinzu kommen noch Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken sowie Ertragsrisiken.

5.5.1 Adressenrisiken

Adressenrisiken beinhalten die Gefahr, dass Kunden oder Vertragspartner ihre Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur unvollständig erfüllen bzw. Wertverluste infolge von Bonitätsverschlechterungen oder einer Verschlechterung der Kreditwürdigkeit eintreten. Adressenrisiken können demnach vor allem im Kreditgeschäft und bei Eigenanlagen (Depot A) auftreten. Wir betreiben das Kreditgeschäft als eines unserer Kerngeschäftsfelder zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags. Dagegen dient das Eigengeschäft im Depot A im Wesentlichen zur Investition des Einlagenüberhangs. Es umfasst Emittenten- und Kontrahentenrisiken sowie im eher geringen Maße Aktien- und Länderrisiken. Die Sparkasse Gießen wird dabei nur Risikokonzentrationen eingehen, die für sie beherrschbar sind. Zur rechtzeitigen Identifizierung und Überwachung unserer Kreditrisiken setzen wir ein EDV-gestütztes Risikofrühwarnsystem

ein, das anhand von definierten Warnsignalen Engagements als auffällig klassifiziert. Hierdurch können zielgerichtete Maßnahmen zur Risikobegrenzung rechtzeitig wirksam eingeleitet werden. Bei auffälligen Engagements ist jeweils zu entscheiden, welche Betreuungsform für sinnvoll erachtet wird. Zur systematischen Analyse sowie zur Messung und Klassifizierung der Risiken im Firmenkunden- und im Privatkundenkreditgeschäft dienen die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelten und aufsichtlich anerkannten Rating- und Scoring-Verfahren. Dabei ordnen wir Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers der Rating- oder Scoring-Note auf einer Skala von 1 bis 18 zu, welche Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten entsprechen. Die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) genutzten Verfahren werden regelmäßig gepflegt und weiterentwickelt. Zur Sicherung der hohen Qualität unserer Instrumente findet jährlich eine umfassende Überprüfung der Prognosegüte statt.

Am Bilanzstichtag wiesen die eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren folgende Bonitätsstruktur auf:

Ratingklassen	Kreditvolumen in Mio. Euro 2013	Kreditvolumen in Mio.Euro 2012	Anteil in %	Ausfallwahrscheinlichkeit in %
1-9	1.178,0	1.186,0	84,93	0,00 bis 2,00
10-15	156,5	175,3	11,28	3,00 bis 45,00
16-18	52,6	53,3	3,79	100,00
	1.387,1	1.414,6	100,00	

Neben der Bonität der Kreditnehmer sind zur Verfügung stehende Sicherheiten von maßgeblicher Bedeutung für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit unserer Kundinnen und Kunden. Diese Kriterien fließen auch in die risikoadjustierte Konditionskalkulation ein. Die Sicherheiten bewerten wir nach den Beleihungsgrundsätzen und passen sie im Zuge von implementierten Überwachungsverfahren an, sofern sich bewertungsrelevante Faktoren ändern. Ein ordnungsgemäßes Sicherheitenmanagement bildet die Voraussetzung, um eigenkapitalentlastende Kreditrisiko-Minderungstechniken nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) nutzen zu können. Auch im Bereich der Eigenanlagen achten wir beim Erwerb von Wertpapieren auf eine gute Bonität (Investment Grade). Zur Beurteilung der Wertpapieremittenten greift die Sparkasse Gießen unter anderem auf externe Ratings der internationalen Rating-Agenturen sowie ggf. auf von den Landesbanken mit eigenen aufsichtlich anerkannten Modulen erstellte interne Ratings zurück. Zur Steuerung unseres Emittentenrisikos bestehen ausdifferenzierte Limite, die im Berichtsjahr sämtlich eingehalten wurden.

Folgende Bonitätsstruktur ergibt sich 2013 für die Eigenlagen ohne Fonds und Aktien:

Ratingklassen	Kreditvolumen in Mio. Euro	Ausfallwahrscheinlichkeit in %
1-2	521,7	0,00 bis 0,12
3-4	13,0	0,17 bis 0,30
5-6	14,3	0,40 - 0,60
	549,0	

Kontrahentenrisiken in Form von Verlusten können durch Ausfall eines Partners bei schwebenden Geschäften entstehen. Zur Abwicklung von Handelsgeschäften wählen wir unsere Vertragspartner sorgfältig nach Bonitäts Gesichtspunkten aus und legen Kontrahentenlimite fest, die laufend überwacht werden, sodass die Verlustgefahr hier als sehr gering einzuschätzen ist. Länderrisiken im Wertpapierbereich können lediglich bei Eigenanlagen im Depot A entstehen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um breit diversifizierte Anlagen mit guter bis sehr guter Bonität, die in Spezialfonds oder in Publikumsfonds gehalten werden. Bedeutsam sind ferner die im Eigenmanagement stehenden Unternehmensanleihen internationaler Konzerne mit Stammsitz in Deutschland, deren Finanzierungsgesellschaften überwiegend in den Niederlanden beheimatet sind. Derartige Risikokonzentrationen betrachten wir auch aufgrund der erwähnten Unterlimite als vertretbar. Wertpapiere von Emittenten aus den sogenannten PIIGS-Staaten machen in der Summe 9,1 Mio. EUR (Vorjahr: 8,6 Mio. EUR) aus und werden überwiegend in Spezial- und Publikumsfonds gehalten. Das Länderrisiko der Sparkasse Gießen ist damit von untergeordneter Bedeutung. Beteiligungsrisiken können aus einem möglichen Rückgang des Anteilswertes, ausbleibenden

oder rückläufigen Ausschüttungen sowie aus Verlustübernahmen entstehen. Nachdem im Berichtsjahr eine weitere Anpassung der Risikovorsorge für eine indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin vorgenommen werden musste, sehen wir im Beteiligungsbestand keine wesentlichen Risiken. Zur Quantifizierung der Adressenrisiken auf Portfolioebene setzt die Sparkasse Gießen das von der SR weiterentwickelte Kreditportfoliomodell CreditPortfolioView (CPV) ein. Mit dieser Anwendung lassen sich durch Simulationen Aussagen über künftig mögliche Wertänderungs- und Verlustverteilungen im Portfolio darstellen, die der Berechnung der erwarteten und unerwarteten Verluste bei einem Konfidenzintervall von 99 % dienen. Die Eingangsgrößen des mathematisch-statistischen Modells wurden historisch ermittelt. Das Rechenmodul ermöglicht Aussagen zum Risikogehalt eines Kreditportfolios und zeigt Optimierungspotenziale bei Größen- und Branchenkonzentrationen auf. Von daher fließen nunmehr auch die über das Kreditportfoliomodell quantifizierten Adressenrisiken in die periodische Risikotragfähigkeitsrechnung ein und sind ebenfalls im Rahmen der Stresstest-Szenarien berücksichtigt. In einem umfangreichen Reporting-Verfahren wird der Vorstand und der Verwaltungsrat vierteljährlich über

die wesentlichen Entwicklungen im Kundenkredit- und Eigengeschäft informiert. Die Bonität unserer Kreditengagements überwachen wir regelmäßig im Verlauf eines Jahres. Bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder wenn Leistungsstörungen auftreten, schirmen wir die Engagements durch Risikovorsorgemaßnahmen ab. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen wird, auch im kleinteiligen Kreditgeschäft, aufgrund der individuellen Einschätzung und mathematisch-statistischer Verfahren ermittelt. Für latente Ausfallrisiken hat die Sparkasse Gießen ihren Bestand an Pauschalwertberichtigungen überprüft und angepasst. Für das Kreditgeschäft ist ein Limit im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung definiert. Die Darstellung des sogenannten Risikofalls per 31.12.2013 zeigt eine Limitauslastung im Kreditgeschäft und den Beteiligungen von 58,99 %, beim Eigengeschäft (Depot A) eine Auslastung von 66,56 %. Die Limite wurden regelmäßig eingehalten. Per Saldo ergab sich aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zum Bilanzstichtag ein positives Bewertungsergebnis sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch bei den Eigenanlagen.

5.5.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken lassen sich in Zinsänderungsrisiken und zinsinduzierte Abschreibungsrisiken untergliedern. Hier erfolgt eine ganzheitliche Abwägung dieser, aber auch weiterer Risiken (z. B. Aktienrisiken, Spreadrisiken). Die Sparkasse Gießen betrachtet ihr Marktpreisrisiko turnusgemäß sowohl auf periodischer als auch auf wertorientierter Ebene in eigenständig integrierten Risikomess-Systemen. Eine Steuerung des Zinsbuches erfolgt primär periodenorientiert. Die auf wertorientierter Basis gewonnenen Erkenntnisse fließen angemessen in die Entscheidungsfindung ein und erfüllen unter Risk-/Return-Gesichtspunkten eine „erforderliche Nebenbedingung“.

5.5.2.1 Zinsänderungsrisiken (Zinsspannenrisiken)

Das Zinsspannenrisiko ergibt sich durch die negative Abweichung des Zinsergebnisses von einem Referenzwert. Es resultiert aus der Unsicherheit der zukünftigen Zinsentwicklung sowie aus Veränderungen der Geschäftsstrukturen und stellt für die Sparkasse Gießen das bedeutendste Marktpreisrisiko dar. Wir berechnen unser Zinsänderungsrisiko durch Anwendung der „Integrierten Zinsbuchsteuerung

Plus“ mit entsprechenden Programm-Modulen. Dabei führen wir auf der Basis festgelegter Annahmen zur Zinsentwicklung und zur Entwicklung von Geschäftsstrukturen Szenario-Analysen durch, um die Zinsspannen im Erwartungs- und Risikofall zu ermitteln. In diesem Zusammenhang wird eine Betrachtung auf den Bilanzstichtag und mehrere Folgejahre vorgenommen. Die Limitauslastung des quantifizierten Zinsspannenrisikos beträgt zum 31.12.2013 27,73 %. Das Reporting geht vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse Gießen. Die Marktpreisrisiken werden in unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch Limite begrenzt, welche mit Zustimmung des Verwaltungsrats festgelegt wurden. Die Limite wurden jederzeit eingehalten. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos haben wir im Berichtsjahr zwei Payer-Swaps über insgesamt 7 Mio. EUR abgeschlossen, womit sich unsere Swappeschäfte für 2013 auf 32 Mio. EUR (Vorjahr: 25 Mio. EUR) belaufen. Im Zuge der Analyse wertorientierter Kennzahlen können weitere ergänzende Informationen zur Steuerung des Zinsergebnisses gewonnen werden. Als Orientierungsgröße wird eine nach Risk-/Return-Aspekten vereinbarte Benchmark mit der Struktur einer gleitenden 10-Jahres-Anlage und einem Risikohebel von 2,0

nachgebildet. Methodisch erfolgt die Berechnung des Zinsänderungsrisikos durch Anwendung der oben erwähnten „Integrierten Zinsbuchsteuerung Plus“ und ihrer entsprechenden Programm-Module. Dabei legen wir mittels einer „modernen historischen Simulation“ in einem Portfolio die Obergrenze für den potenziellen Verlust fest, die aufgrund von Marktschwankungen im Rahmen der vorgegebenen Haltedauer von 90 Tagen und der definierten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau: 95 %, Stützzeitraum: 01.01.1988–31.12.2011) nicht überschritten wird. Die vom Rechenmodul ermittelten Auslastungen des Risiko- und Abweichungslimits werden regelmäßig beobachtet. Im Berichtsjahr erfolgte ein monatliches Reporting inklusive Barwert- und Cashflow-Betrachtung. Die Anlageentscheidungen im Depot A sind auch durch die ermittelten Zinsbuch-Cashflow-Strukturen determiniert. Die in Szenarien simulierten Zinsänderungen signalisieren Ergebnisschwankungen in Bandbreiten, welche wir für beherrschbar halten und die durch unsere Limite in der Risikotragfähigkeitsrechnung jederzeit ausreichend berücksichtigt werden können.

5.5.2.2 Abschreibungsrisiken

Abschreibungsrisiken entstehen, wenn sich zum Beispiel Kurse von Finanztiteln auf volatilen Märkten für die Sparkasse Gießen ungünstig entwickeln und am Bilanzstichtag abgewertet werden müssen. Das Abschreibungsrisiko bzw. Bewertungsergebnis für Wertpapiere aus dem Anlagebuch, der Liquiditätsreserve sowie aus Handelsgeschäften wird mit der Software „SimCorpDimension“ auf der Basis von Simulationsrechnungen zum Bilanzstichtag ermittelt. Zusätzlich berücksichtigen wir bei den Simulationen Aktien-, Fondspreis- und Spreadrisiken, wobei Annahmen bezüglich künftiger Zinsentwicklungen, Fonds- und Aktienpreisveränderungen sowie mögliche Spreadausweitungen zugrunde liegen. Zur Ermittlung von Marktpreisrisiken aus Fonds und Aktien arbeiten wir mit Expertenschätzungen, die auf der Basis historischer Kennzahlen plus Zuschlägen zustande kommen. Das allgemeine und besondere Kursrisiko wird dabei einheitlich betrachtet. Die Ermittlung der Risiken aus dem Handelsbuch und Anlagebuch erfolgt hingegen börsentäglich durch Gegenüberstellung von Markt- und Buchwerten. Da die Sparkasse Gießen nicht als Handelsbuchinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) fungiert, gibt es hier keine

bedeutsamen Risiken. Das quantifizierte Marktpreisrisiko beträgt zum 31.12.2013 58,35 % des Limits. Die simulierten Ergebnisse für den Erwartungswert werden monatlich und für den Risikofall vierteljährlich aktualisiert. Einen Vergleich prognostizierter und tatsächlicher Ergebnisse nehmen wir im halbjährlichen Turnus vor. Die zu Beginn des Jahres 2013 eingeplanten Bewertungsverluste für Wertpapiere sind angesichts der Zins- und Kursentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten nicht eingetreten, sodass sich per Saldo Zuschreibungen ergaben.

5.5.2.3 Baseler Zinsschock

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) überwacht die Zinsänderungsrisiken unter anderem anhand des im Rundschreiben 11/2011 näher dargestellten Zinsrisikokoeffizienten („Baseler Zinsschock“), um sich vor allem zum Umfang der betriebenen Fristentransformation der Institute ins Bild zu setzen. Die bei einem plötzlichen (Ad-hoc-)Zinsschock von + 200 Basispunkten bzw. - 200 Basispunkten auftretende negative Veränderung des Zinsbuchwertes ist zum aufsichtlichen Eigenkapital in Beziehung zu setzen und soll die Meldegrenze von 20 % nicht überschreiten. Die ermittelte Verhältniszahl

(der Zinsrisikokoeffizient) lag im Berichtsjahr jeweils größtenteils über dem definierten Wert (31.12.2013: 21,3 %, Vorjahr: 21,7 %). Die auf der Basis der Meldegrenze erhöhten Zinsänderungsrisiken können durch ausreichend freies aufsichtliches Eigenkapital getragen werden und haben insofern keine aufsichtlichen Konsequenzen. Ermittlung und Reporting an den Vorstand erfolgen in monatlichen Abständen.

5.5.3 Liquiditätsrisiken

Unter „Liquiditätsrisiken“ versteht man das Risiko, dass gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllt werden können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Weitere Risiken liegen in einer Liquiditätskrise, wenn eine Refinanzierung nur zu erhöhten Marktzinssätzen möglich ist (Refinanzierungskostenrisiko) oder Bilanzaktiva nur unter ihrem eigentlichen Marktwert liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko). Die Sparkasse Gießen refinanziert sich über Kundengelder (Einlagenüberhang) und unterhält einen bedeutenden Anteil ihrer Eigenanlagen in Wertpapieren mit hoher Marktliquidität (Liquiditätsreserve). Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden die erwarteten Zahlungsströme

regelmäßig beobachtet und berichtet. Neben der täglichen Liquiditätsübersicht zeigt unsere monatlich erstellte Liquiditätsplanung frühzeitig potenzielle Über- und Unterdeckungen auf und die quartalsmäßigen Reporte enthalten ergänzende Angaben zur Deckung eines ggf. erforderlichen zusätzlichen Liquiditätsbedarfs.

Um die Einhaltung der aufsichtlichen Vorgaben nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) und den Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) sicherzustellen, beobachten wir die Entwicklung der Liquiditätskennziffern anhand eines Ampelsystems mit entsprechenden Schwellenwerten, wobei deren Überschreitung an geeignete Gegenmaßnahmen gekoppelt ist. Die aufsichtlich relevante Liquiditätskennzahl bewegte sich im Berichtsjahr stets deutlich oberhalb des geforderten Mindestwerts von 1,0 (31.12.2013: Faktor 4,75). Daneben verfügt die Sparkasse Gießen über ein internes Limitsystem, dessen Untergrenzen mit 1,15 und 1,50 definiert sind. Die Beobachtungskennziffer mit dem Horizont von einem Jahr gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) beträgt zum 31.12.2013 1,57 (2012: 4,18). Diese Kennzahl unterliegt systemrelevant größeren Schwankungen. Um den erhöhten Anforderungen der MaRisk gerecht zu werden, weist die Sparkasse Gießen ihre Liquidität

mit dem Konzept der sogenannten „Überlebensperiode“ (Survival Period) nach. Hierbei wird unter Berücksichtigung der täglichen Liquiditäts-Cashflows der Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit ermittelt. Aktuell beträgt die Überlebensperiode 42 Monate. Die internen Limite wurden stets eingehalten. Liquiditätsrisiken berücksichtigen wir in der Risikotragfähigkeitsrechnung präventiv mit einem ausreichenden Risikopuffer.

5.5.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Beschäftigten, von internen Verfahren, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Sparkasse Gießen hat ein geschlossenes System zum Management und Controlling operationeller Risiken implementiert: Im Rahmen einer „ex-post“-Betrachtung werden auftretende Schadensfälle in einer zentralen Schadensfalldatenbank fortlaufend erfasst und ausgewertet. Das ermittelte Schadenspotenzial lag hierbei stets innerhalb der bereitgestellten Risikolimite. Zum 31.12.2013 beträgt das berechnete operationale Risiko 48,05 % des Limits. Darüber hinaus werden ex ante mit dem Instrument der Risikolandkarte anhand von definierten

hypothetischen Szenarien Schadensereignisse nebst möglichen Eintrittswahrscheinlichkeiten geschätzt, um Verlustpotenziale quantifizieren zu können. Ein Reporting zu den operationellen Risiken erfolgt vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat. Wir nutzen die gewonnenen Erkenntnisse und analysieren daraufhin die bestehenden Prozesse und Sicherungseinrichtungen, um den Eintritt derartiger Ereignisse künftig weitgehend zu vermeiden bzw. das Eintrittsrisiko zu mindern; oder wir prüfen, ob unter Kosten-Nutzen-Aspekten ein Transfer von Risiken (Versicherung) sinnvoll ist. Die Sparkasse Gießen hat weitreichende organisatorische Vorkehrungen im Umgang mit operationellen Risiken getroffen. So ist für kritische Geschäftsprozesse durch entsprechende Notfallplanungen vorgesorgt. Zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Vermeidung von Schäden durch Unterbrechungen wurden im Rahmen der Geschäftsfortführungsplanung Notfallübungen angesetzt, um die im Notfallhandbuch beschriebenen „Handlungsanweisungen“ auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Einen besonderen Schwerpunkt bei der Steuerung operationeller Risiken bildet der Bereich IT-Sicherheit. Diesbezügliche Regelungen enthält unser Konzept „Sicherer IT-Betrieb“.

Der Risikomanagementprozess schließt auch unsere Auslagerungen (u. a. FI, SR, dwp-Bank etc.) ein. Diese werden turnusgemäß sowie bei Bedarf anlassbezogen hinsichtlich ihrer Risiken nach den Vorgaben der Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) analysiert. Das Berichtswesen erfasst wesentliche Schadensereignisse (Ad-hoc-Meldungen) sowie das über die Risikolandkarte in Szenarien ermittelte hypothetische Verlustpotenzial. Daraus ergaben sich bisher keine Erkenntnisse über den Eintritt nicht zu bewältigender Risiken. Operationelle Risiken sind gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV) mit Eigenkapital zu unterlegen. Hier nutzt die Sparkasse Gießen bei der Berechnung die Methode des Basisindikatoransatzes (BIA).

5.5.5 Ertragsrisiken und sonstige Risiken

Strategische Risiken, Ertragsrisiken und sonstige Risiken (z. B. Reputationsrisiken) können grundsätzlich nie ganz ausgeschlossen werden. Modellierete Ereignisse mit Ertrags- und Reputationsrisiken bewerten wir im Rahmen von Stresstest-Szenarien und stellen sie mit ihren ermittelten hypothetischen Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenüber, was auch für die Einbeziehung

von Risikokonzentrationen gilt. Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sorgen wir dafür, dass unverträgliche Risikokonzentrationen vermieden werden, dies beispielsweise im Kreditgeschäft und bei Eigenanlagen durch ein differenziert ausgerichtetes Limitsystem.

5.6 Zusammenfassung der Risikolage

Die Sparkasse Gießen geht nur solche Risiken ein, die sich mit den zuvor genannten bewährten Verfahren und Methoden identifizieren, messen und beherrschen lassen. Sämtliche Unternehmens- und Risikoziele sowie die daraus abgeleiteten strategischen Maßnahmen sind auf eine nachhaltige Geschäftspolitik unter Beachtung der satzungsmäßigen Rahmenbedingungen angelegt. Im Zusammenhang mit der turnusgemäß stattfindenden Risikoinventur werden entsprechend den Kriterien Beherrschbarkeit, Eintrittswahrscheinlichkeit und Bedeutung die Adressenrisiken und Zinsänderungsrisiken für die Sparkasse Gießen als wesentlich eingeschätzt. Ihnen nachgeordnet sind Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, Ertragsrisiken sowie sonstige Risiken. Für alle erheblichen Risikoarten hält die Sparkasse Gießen ein funktionierendes Risikomanagementsystem bereit, das

erprobte Methoden und Verfahren nutzt, um Risiken frühzeitig erkennen und steuern zu können. Den zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 limitierten Risiken steht ein ausreichendes Deckungspotenzial in der Risikotragfähigkeitsrechnung gegenüber. Unser GuV-orientiertes Limit ist am Jahresende 2013 mit 55,3 % ausgelastet. Wir sind Mitglied im Verbundkonzept Hessen-Thüringen. Zur Überwachung der ökonomischen Verfassung der Sparkassen hat man dort ein kennzahlenbasiertes Risikotransparenzsystem anhand von Ampelfarben eingerichtet. Alle Teilampeln der Sparkasse Gießen wurden „grün“ eingestuft und signalisieren keinerlei erkennbaren Risiken für den Verbund. Neben dem eigens dazu geschaffenen Reservefonds der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen bestehen im Haftungsverbund der deutschen Sparkassenorganisation noch weitere Sicherungsmechanismen, die nicht nur gläubigerschützende Funktionen, sondern auch einen Institutsschutz umfassen.

6. Prognosebericht

Der Prognosebericht basiert auf Expertenschätzungen sowie wesentlichen volks- und betriebswirtschaftlichen Annahmen und auf Modellberechnungen. Die tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Erwartungen an die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Laut den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) 2014 sollen sich sowohl der Welthandel als auch die Produktion in den Industrieländern und Schwellenländern beleben. Beide Institutionen stellen für 2014 ein Wachstum der Weltproduktion von 3,6 % in Aussicht, jedoch bestehen in vielen Ländern weiterhin große Anfälligkeiten. Der Euroraum dürfte seine im Sommer 2013 eingeleitete Erholung 2014 fortsetzen und festigen. Zumindest die großen Länder Frankreich, Italien und Spanien müssten positive Wachstumsraten erreichen. Für Deutschland steht 2014 ein guter Konjunkturjahrgang ins Haus. Die Entwicklung wird nun vorwiegend von einer Erholung der Investitionstätigkeit getrieben, nachdem diese bereits 2013 ihren zyklischen Wendepunkt vollzogen hat. Für das gesamte Bruttoinlandsprodukt 2014 liegen die meisten Prognosen der einschlägigen Institutionen bereits zu

Jahresbeginn in einem recht engen Feld zwischen 1,5 und 2,0 %. Die Agentur für Arbeit Gießen gibt sich beim Ausblick auf das Jahr 2014 verhalten optimistisch, da ermutigende Anzeichen für die Konjunktur auch die Prognosen am Arbeitsmarkt beeinflussen. Erwartet wird neben den saisonüblichen Schwankungen eine nahezu gleichbleibende, eventuell leicht sinkende Arbeitslosenzahl. Wir rechnen mit einem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft, das allerdings große regionale Unterschiede aufweist. Die Wirtschaft in Deutschland dürfte sich, getragen von der durch Konsum und Investitionen ansteigenden Binnenwirtschaft, weiterhin günstig entwickeln. Für die Unternehmen in unserer Region erhoffen wir uns davon entsprechende Impulse. Aus den oben genannten Gründen ist die Sparkasse Gießen im Hinblick auf einen guten Geschäftsverlauf 2014 optimistisch. Durch die stärkere Vergabe von Krediten wollen wir hier unseren Beitrag leisten. Für unser Haus erwarten wir eine stabile, gute Entwicklung mit entsprechenden Zuwächsen im Kredit- und im Einlagengeschäft. In den ersten Monaten des Jahres 2014 gestaltete sich die Situation diesen Erwartungen gemäß. So konnte beispielsweise zum Ende des Monats Februar 2014 das Kreditvolumen der Sparkasse Gießen deutlich

ausgeweitet werden. Chancen für die Sparkasse Gießen im Hinblick auf eine günstige Geschäftsentwicklung erwachsen aus dem Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit der Sparkassen, weshalb wir durch attraktive Kundenprodukte die angestrebte Ausweitung unserer Kredit- und Einlagenbestände fördern. Weiterhin kritisch gesehen werden muss jedoch der massive Preiswettbewerb einiger Institute. Eine zusätzliche Belastung liegt in den verschärften aufsichtlichen Vorgaben. Aufgrund des weiterhin beharrlichen Niedrigzinsniveaus prognostizieren wir für 2014 einen unter dem Level des Vorjahres liegenden und trotzdem zufriedenstellenden Zinsüberschuss in einer Bandbreite von 47 Mio. EUR bis 49 Mio. EUR, wobei ein möglicher Zinsanstieg das Risiko darstellt. Sollten auch künftig von einigen Instituten Zinssätze außerhalb der Marktgegebenheiten angeboten werden, birgt die Marktverzerrung ein zusätzliches Risiko. Chancen hingegen eröffnet eine relativ steile Zinskurve. In unserer vierteljährlichen Zinsbuchsteuerung werden Chancen und Risiken auf der Basis unterschiedlicher Zinsszenarien dargestellt. Den Provisionsüberschuss für die Folgejahre wollen wir, wie schon im Berichtsjahr 2013, durch attraktive Angebote auf sehr hohem Niveau halten.

Sofern sich die Entwicklung an den Finanzmärkten positiv gestaltet, scheinen uns die Aussichten hier vielversprechend; ein Risiko erwächst allerdings aus Rückschlägen an den Aktienmärkten. Die Personal- und Sachaufwendungen werden weiter ansteigen. Bei den Personalaufwendungen resultiert dies insbesondere aus Tarifierhöhungen. Zwar bedeutet der nach wie vor hohe Kostenblock ein Risiko; ihm stehen aber Chancen durch unser neu gestaltetes Aufwandsmanagement gegenüber. Insgesamt rechnen wir in diesem Jahr wegen der Veränderungen an den Zinsmärkten und des Kostendrucks mit einem Rückgang beim Betriebsergebnis vor Bewertung, sodass es sich voraussichtlich zwischen 17 Mio. EUR und 22 Mio. EUR bewegen wird. Ein Bedarf an Risikovorsorge dürfte 2014 gleichermaßen im Kredit- wie auch im Wertpapiergeschäft anfallen. Chancen ergeben sich hier aus der günstigen Bonitätsstruktur unseres Kundenkreditportfolios. Im Wertpapiergeschäft werden in den folgenden Jahren aufgrund der erwarteten zinsbedingten Kursrückgänge Abschreibungen erforderlich sein, die zu einem deutlich schwächeren Ergebnis als im Jahr 2013 führen. Chancen birgt indes das anhaltend niedrige Zinsniveau. Durch ein aktives Treasury und eine effiziente

Betreuung der Problemengagements werden die Risiken minimiert. Die von uns eingesetzten Instrumente zur Erkennung, Analyse und Steuerung etwaiger Abweichungen haben wir bereits weiter oben im Kapitel 5, „Risikoberichterstattung“ dargelegt. Wir streben eine Erhöhung der Eigenkapitalausstattung an. Zu diesem Zweck soll der Jahresüberschuss auf dem Niveau des Berichtsjahres gehalten werden und der Solvabilitätskoeffizient insbesondere beim Kernkapital weiterhin wesentlich über dem bankaufsichtlich geforderten Mindestsatz liegen. Im Hinblick auf eine Umsetzung der Vorschriften aus Basel III beabsichtigen wir, neben der bilanziellen Sicherheitsrücklage kontinuierlich die weitere Kernkapitalposition „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ aus Überschüssen zu dotieren. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit wird die Sparkasse gemäß den Regelungen der Liquiditätsverordnung (LiqV) auch künftig wie bisher die nötige Liquidität vorhalten. Daneben ist ab 2014 die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) im Rahmen einer Beobachtungsphase zu melden. Das Liquiditätspaket wird ergänzt durch Offenlegungsvorschriften, die im Januar 2014 vom Baseler Ausschuss publiziert wurden.

Darüber hinaus wird die neue Kennzahl der „Survival Period“ zur internen Risikosteuerung eingesetzt (s. „Risikoberichterstattung“, Abschnitt 5.5.3). Die bisherigen Berechnungen zeigen jeweils überdurchschnittliche Ergebnisse, wie wir sie auch für 2014 erwarten. Risiken liegen hier in Rückschlägen der Finanzkrise, Chancen dagegen sehen wir im prognostizierten günstigen Konjunkturverlauf. Die zur Identifizierung, Steuerung und Kontrolle von Risiken notwendigen Instrumente, Verfahren und Datengrundlagen sollen, wie schon in den Vorjahren, auf einem hohen Niveau gehalten werden. Das Bilanzstrukturmanagement der Sparkasse Gießen steckt den Rahmen für sämtliche Wachstums- und Ertragsziele ab, die wir uns gesetzt haben. Mit seinen Instrumenten wollen wir stets eine positive Geschäftsentwicklung erreichen, unsere Ertragssituation auf hohem Niveau halten sowie das Adressen- und Marktpreisrisiko begrenzen, um das gute Jahresergebnis auch in den Folgejahren zu stabilisieren.

6.2.10. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.7.

Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (RMG)

Lagebericht zum 31.12.2013

0. Vorbemerkungen

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragraphen 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach Paragraph 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 27. Dezember 2012 wurde die Gesellschaft gegründet und am 9. Januar 2013 in das Handelsregister eingetragen.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Neugründung von Institutionen aus den Bereichen Kommune, Wirtschaft, Hochschule sowie dem Verein Mittelhessen. Sie ist als Ausgründung aus dem Verein Mittelhessen entstanden. Der verantwortliche, ehrenamtliche Gründungsgeschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH war Dr. Matthias Leder. Ihm folgte Dr. Heinz Spremberg für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September 2013. Seit dem 13. November 2013 ist Jens Ihle Geschäftsführer der Gesellschaft.

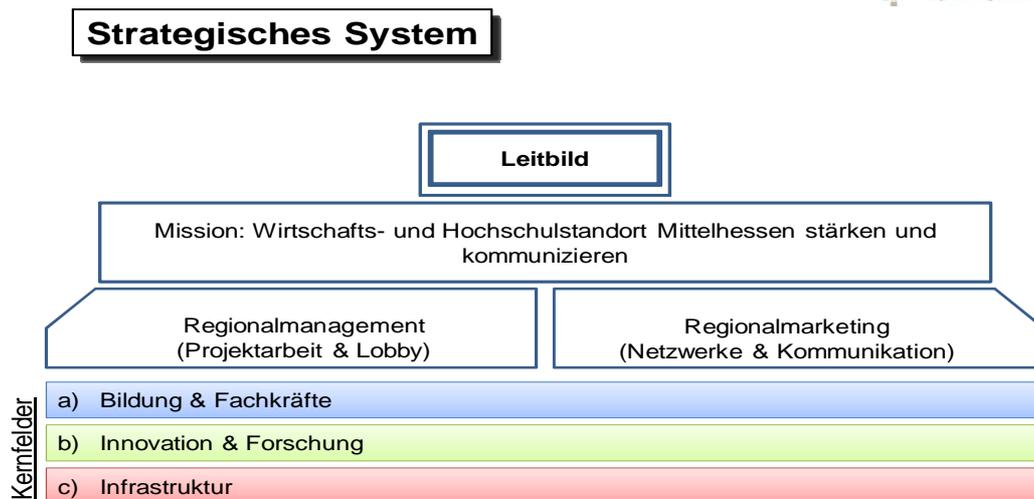
Die RMG hat ein Stammkapital von T€ 25. Die aufgelisteten Gesellschafter und ihren Anteil der Beteiligung an der GmbH findet sich in **Anlage 1**.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessens. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitä-

ten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, die die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind im Leitbild (**Anlage 2**) formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.



Die Finanzierung der Projekte erfolgt über Eigenmittel aus den Gesellschaftereinlagen, der Basisförderung des Regionalmanagements, Sponsorings oder Projektbeteiligungen sowie Projekt-Fördermittel (z.B. Förderprojekte EXPO Real und Breitbandberatung Mittelhessen)

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes lag das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr bei 0,4 %, nachdem es im Vorjahr noch um 0,7 % gewachsen war. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland nur moderat gestiegen. Der Grund für die gegenwärtige Schwächephase ist neben dem verhaltenen Wachstum wichtiger Industrie- und Schwellenländer auch fehlende Impulse seitens der Auslandsnachfrage infolge der europäischen Staatsschuldenkrise. Die starke Binnennachfrage und damit der Motor des Wirtschaftswachstums konnte dies nur bedingt kompensieren. Unterstützend wirkten neben dem historisch niedrigen Zinsniveau auch die guten Rahmenbedingungen bei Beschäftigung und Einkommen. Für 2014 hat die Bundesregierung ihre Schätzung für das kommende Wirtschaftswachstum auf 1,7 % erhöht. Eine sich abzeichnende Ver-

besserung im Eurogebiet und die weitere konjunkturelle Aufhellung anderer Industriestaaten begünstigen den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland. Somit dürfte auch der Außenhandel wieder an Stärke gewinnen.

Im Zuge von Globalisierung und technologischer Entwicklung verändern sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zunehmend. Nationen und Regionen konkurrieren stärker mit anderen Wettbewerbern als noch vor 10 oder 20 Jahren. Aus dieser Entwicklung ergeben sich ganz neue Herausforderungen, auf die die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft reagieren müssen, um im Wettbewerb nicht zurückzufallen. So schwierig dieser Wandel für strukturschwache Regionen auch zu bewältigen ist, so grundlegend sind die sich aus den Veränderungsprozessen ergebenden Möglichkeiten, den Wettbewerb durch innovative Ansätze proaktiv zu begegnen und eine Region als attraktiven Standort auszubauen. Ein wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang das Regionalmanagement, das spezifische regionale Entwicklungsaufgaben im Rahmen der regionalen Wettbewerbsstärkung übernimmt. Ein Regionalmanagement kann aber ohne die Beteiligungsbereitschaft der regionalen Akteure eine Region kaum weiterentwickeln. Für das Regionalmanagement besteht in dieser Hinsicht die besondere Herausforderung, die vielfältigen Interessen und Zielvorstellungen der für die Regionalentwicklung relevanten Stakeholder zu berücksichtigen. Zwangsläufig muss ein Mindestmaß an Übereinstimmung und Einigkeit zwischen den Anspruchsgruppen bestehen, wenn durch Aktivitäten des Regionalmanagements Synergien und Wettbewerbsvorteile entstehen sollen. Dazu wurde der oben beschriebene Strategieprozess umgesetzt.

b) Geschäftsverlauf

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH wurde am 27. Dezember 2012 gegründet. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2012 belief sich auf T€ 0. Die Bilanzsumme erhöhte sich zum 31. Dezember 2013 gegenüber dem Gründungsjahr um T€ 165,2.

Entgegen der Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2013 die einen Jahresverlust prognostizierte, konnte das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft mit einem positiven Ergebnis abschließen. Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 89,2 ausgewiesen.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung hat sich für das Jahr 2013 positiv entwickelt. Durch zusätzliche Einnahmen und gezielte Einsparungen bei den Ausgaben konnte der Jahresüberschuss erwirtschaftet werden. Die geplanten Umsatzerlöse aus der Organisation von Veranstaltungen erhöhten sich um T€ 14,9. Das Land Hessen stellte zusätzliche EU-Fördermittel in Höhe von T€ 12,6 als Sonderzuwendung für die GmbH-Gründung zur Verfügung. Weitere T€ 10,0 resultieren aus der Erhöhung des geplanten Kooperationsbeitrages zwischen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH und dem Verein Mittelhessen. Weitere Einsparpotentiale wurden durch Umverteilung der Personalkosten vorgenommen. Dabei wurden erstmalig die Gesamtpersonalkosten prozentual anteilig den jeweiligen Förderprojekten angerechnet. Somit reduzierten sich die Ausgaben um ca. T€ 28,9. Weitere Einsparungen in Höhe von T€ 31,2 bei den Personalaufwendungen sind einmal durch das frühzeitige Ausscheiden des zweiten GmbH-Geschäftsführers sowie durch die Elternzeit eines Mitarbeiters zu verzeichnen. Nach einem professionellen Bewerbungsverfahren konnte die neu ausgeschriebene Stelle des GmbH-Geschäftsführers zum 1. Juni 2013 besetzt werden. Der damalige Stelleninhaber hat zum 30. September 2013 aus persönlichen Gründen die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bereits wieder verlassen. Die Stelle des GmbH-Geschäftsführers wurde erst zum 13. November 2013 mit dem damaligen Regionalmanager neu besetzt.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt mit T€ 89,2 über dem budgetierten Ergebnis.

Die Cost-Income-Ratio hat den Anfangswert von 46,9 %. Diese Verwaltungsaufwand-Ertrags-Relation gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Effizienz der Gesellschaft. Je geringer der Wert ist, desto effizienter wirtschaftet das Regionalmanagement.

d1) Kapitalstruktur

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2013 T€ 25,0. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 15,1 %.

d2) Investitionen

Im Kalenderjahr 2013 wurden keine Investitionen durch die Gesellschaft getätigt.

d3) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist sehr gut. Zum 31. Dezember 2013 weist die Bilanz einen Kassenbestand in Höhe von T€ 78,5 auf.

Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 36,3 sowie Forderungen in Höhe von T€ 79,5. Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

e) Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 165,2. Sie besteht zu 0,4 % aus Anlagevermögen, 48,1 % aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, 47,5 % aus liquiden Mitteln und 4,0 % aus aktiver Rechnungsabgrenzung.

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Alle Bilanzzahlen zeigen ein Plus. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert.

3. Nachtragsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH erzielt im Jahr 2013 einen steuerlichen Verlust in Höhe von ca. T€ 280,0. Dieser begründet sich im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die von den Gesellschaftern zu erbringenden Beiträge (Paragraph 5 des Gesellschaftsvertrages) aus Sicht des Steuerberaters keinen steuerlichen Ertrag, sondern eine sogenannte verdeckte Einlage darstellen. Durch diesen nicht unerheblichen Verlust fallen weder Körperschaft- noch Gewerbesteuer an.

Auch unterliegen die Beiträge aus Sicht der Steuerberatung nicht dem Umsatzsteuergesetz. Aber auch hier ist eine abweichende Sichtweise der Finanzverwaltung nicht auszuschließen. Es besteht also das Risiko, dass die Beträge doch der Umsatzsteuer unterliegen (Behandlung als sogenannter unechter Zuschuss = umsatzsteuerpflichtige Einnahme).

Es empfiehlt sich daher, ein Teil des Jahresüberschusses für die Rückstellung für Steuern zu verwenden, wenn das Finanzamt eine andere Sichtweise an den Tag legen würde.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2013 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2014 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresüberschuss von mindestens T€ 7,5 EUR gerechnet. Im Falle der Realisierung angedachter Förderprojekte, könnte sich das Ergebnis positiv verändern. Die beiden Planungen finden sich in der **Anlage 3**.

Die RMG wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

5. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die Drittmittelakquise ist auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig. Die neue EU-Förderperiode hat am 1. Januar 2014 begonnen, die Umsetzungsrichtlinien für das Bundesland Hessen befindet sich immer noch in der Abstimmung zwischen EU, Bund und dem Land Hessen. Die Identifikation von Projekten, die Bedarfe der Region, die Rolle des Regionalmanagement als koordinierende Kraft und die Förderprogramme in Einklang bringen, ist eine schwierige Aufgabe.

Die künftige Notwendigkeit Kooperationsprojekte auf regionaler Ebene aufzusetzen scheint aufgrund der zunehmend kleineren Fördertöpfe hingegen sehr wahrscheinlich.

b) Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über die RMG umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen.

Dazu sind Projekte im Bereich Fachkräftemarketing geplant, die zu Umsatzerlöse führen. Dabei handelt es sich um die Projekte Mittelhessen Connect und DemografieFIT. Im erstgenannten Projekt wurde ein Vertrag mit einem Dienstleister abgeschlossen, der eine erfolgsbedingte Umsatzbeteiligung garantiert. Im zweiten Beispiel soll versucht werden, das bereits einmal erfolgreiche Förderprojekt fortzusetzen. Über neue Fördermittel sowie Beiträge von Projektpartnern soll das Projekt finanziert werden. Der Beitrag der RMG ist dabei die Akquise der Partner und Fördermittel sowie die Durchführung der gesamten Öffentlichkeitsarbeit. Diese Dienstleistungen der RMG werden als Kostenfaktor in die Projektkalkulation einbezogen.

Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die neue Website der RMG dar. Da Mittelhessen ein heterogener Wirtschaftsraum ist und über 15 Tageszeitungen hier berichten, ist die offizielle Seite der Region eine attraktive Plattform, um Onlinedienste anzubieten. Hierzu ist die neu konzipierte Website sehr gut geeignet. Das o. g. Beispiel Mittelhessen Connect ist die erste Umsetzung dazu.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt.

Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

7. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet vierteljährlich einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsatzgesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

8. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Gießen, 20. Juni 2014

Jens Ihle
Geschäftsführer

6.2.11. Lagebericht ekom21 - KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.2.8.

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Überblick

Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21 - KGRZ Hessen) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die mit Wirkung zum 1. Januar 2008 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Kommunalen Gebietsrechenzentren Kassel und KIV in Hessen hervorgegangen ist.

Die ekom21 - KGRZ Hessen bietet für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandte Einrichtungen, folgende Leistungen an:

- Bereitstellung von informationstechnischen Anlagen und Lösungen,
- Entwicklung, Wartung und Vertrieb von Informationstechnologien,
- Betriebliche Abwicklung von Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie
- Beratung, Schulung und Dienstleistungen aller Art auf dem IuK-Sektor.

Für die ekom21 - KGRZ Hessen sind das Datenverarbeitungsverbundgesetz (DV-VerbundG) vom 22. Juli 1988, in der Fassung vom 04.04.2007, zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 27. Mai 2013, das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2012, das Eigenbetriebsgesetz in der Fassung vom 09. Juni 1989, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 sowie die Satzung in der Fassung vom 09. September 2013 maßgebend.

Das Geschäftsgebiet der ekom21 - KGRZ Hessen umfasst räumlich die kreisfreien Städte Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Gießen, Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunuskreis, Kassel, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Main-Taunus-Kreis, Marburg-Biedenkopf, Main-Kinzig-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Schwalm-Eder, Vogelsbergkreis, Waldeck-Frankenberg, Wetterau und Werra-Meißner.

Der ekom21 - KGRZ Hessen gehören insgesamt 380 Städte und Gemeinden, 19 Landkreise, das Land Hessen sowie 93 sonstige Mitglieder an.

Der Wirtschaftsplan der ekom21 - KGRZ Hessen weist einen Gewinn in Höhe von 4.900,00 Euro aus.

Das Jahresergebnis der ekom21 - KGRZ Hessen weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 303.010,48 Euro aus.

1.2 Marktstellung und Leistungsangebot

Die in 2013 in zentraler Verarbeitung eingesetzten Verfahren werden fast flächendeckend bzw. mit einem hohen Verbreitungsgrad von den Mitgliedern genutzt. Zur Erhaltung und zum Ausbau des Kundenstammes wurden bisherige Produkte durch erworbene bzw. selbst neu entwickelte Verfahren ersetzt. Dabei kommen in der Regel neue Produkte auf der Basis von Client-Server- oder Web-Server-Technologie zum Einsatz. Dieser Prozess wird auch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgesetzt. Kundenzuwächse gab es insbesondere im Bereich Personalwesen und Archivierung.

In vielen Produktbereichen konnte die Kundenanzahl gesteigert werden.

- Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten für newssystem® kommunal zwei autonome Kunden für den ASP-Betrieb (Application Service Providing) der ekom21 gewonnen werden. Das zeigt, dass das ASP-Modell eine hohe Akzeptanz findet und der autonome Betrieb bei den Kunden dieses Bereiches nur eine geringfügige Rolle spielt. Auch in 2013 fand das Produktportfolio der ekom21 den Zuspruch der Kunden, was durch zahlreiche Beauftragungen von zusätzlichen Modulen und Produkten zum Ausdruck kam. An diesem Erfolg hatten zahlreiche Veranstaltungen in Form von Präsentationen und Roadshows einen nicht unwesentlichen Anteil. Im Bereich Support konnte durch die erfolgreiche Einführung eines Ticketsystems die Kundenzufriedenheit gesteigert werden.
- Kompass21, das kommunale Planungs-, Analyse- und Steuerungssystem wurde grundlegend erneuert und im 4. Quartal 2013 produktiv gesetzt. Neben einer neuen, sehr intuitiv bedienbaren Oberfläche, ist der Funktionsumfang u.a. um Liquiditätsanalysen und Prognosen gewachsen, so dass auch Fragestellungen der Haushaltskonsolidierung durch Forecast-Analysen hervorragend unterstützt werden.
- Die Einführung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrs zum 01.02.2014 bestimmte in vielen Bereichen die Arbeit. Die ekom21 - KGRZ Hessen hat die Kunden bei der Umstellung mit Workshops, Leitfäden und mit einem SEPA-Assistenten, einer Eigenentwicklung, unterstützt. Die Vorabankündigungen an die Bürger konnten dank der vorgenommenen Änderung in den Steuerbescheiden mit den Jahresbescheiden 2014 versendet werden. Dies ersparte den Kunden hohe Porto-Kosten.
- Das alt bewährte Kopfbankverfahren musste auf Grund der Umstellung auf SEPA abgelöst werden. Die ekom21 setzt mit dem neuen Service „Zentralisierung und Automatisierung von Zahlungen“ neue Maßstäbe in der Zahlungsabwicklung. Die Anwender werden durch ein selbst entwickeltes Modul in newssystem® kommunal bei der täglichen Arbeit komfortabel unterstützt. Zweimal im Monat führt die ekom21 mit dem neuen Service für 145 Anwender automatisiert einen Abbuchungslauf durch. Die geänderten SEPA-Fristen sind hiermit für die Kunden kein Problem.
- Jede Kommune muss erstmalig zum 31.12.2015 einen Gesamtabschluss, d. h. die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der Kommune, ihres Sondervermögens, ihrer Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, aufstellen. In newssystem® kommunal kann der Gesamtabschluss unter anderem über ein eigenes Modul erstellt werden, welches von der SqpÖV (Softwarequalität und Softwareprüfung in der Öffentlichen Verwaltung) mit dem Ergebnis eines TÜV-Zertifikates ausgezeichnet ist. newssystem® kommunal hat als erstes Verfahren in Deutschland dieses Zertifikat erhalten.

- Der Mandanten-Abgleich dient der Vereinheitlichung der Kunden-Datenbanken und der Auslieferungen der neuen gesetzlichen Vorgaben, die durch die Evaluierung der GemHVO bedingt sind. Erstmals für die Haushaltsplanung 2014 müssen die neuen Vorschriften umgesetzt werden. In 2013 wurden bei insgesamt 95% der Kunden der Mandanten-Abgleich und damit die neuen gesetzlichen Anforderungen gemäß GemHVO umgesetzt.
- Das Mitarbeiterportal als Web-Applikation aus LOGA[®] und das integrierte Zeitmanagement-System wurde bis Ende 2013 bereits bei über 100 Kunden mit über 10.000 Zeitarbeitsfällen produktiv installiert. Außerdem konnte das Modul LOGA[®] BEM, das Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), verstärkt bei den LOGA-Kunden zum Einsatz gebracht werden.
- Insgesamt wurden 40 LOGA[®]-Schulungsveranstaltungen mit über 500 Teilnehmern durchgeführt. Des Weiteren wurden verstärkt Kundenworkshops zu SEPA und zu speziellen Personalwirtschaftsthemen (wie z.B. EFET) durchgeführt.
- Ein wichtiger und zeitintensiver Schwerpunkt, war die LOGA[®]-SEPA-Umstellung. So wurde im LOGA[®]-Personalabrechnungsverfahren die Umstellung der bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen mittels eines Konverters nach IBAN und BIC umgestellt. Des Weiteren erfolgten in Abstimmung mit zahlreichen Kunden SEPA-Testläufe und Ende 2013 bereits die ersten produktiven Umstellungen auf das SEPA-Format.
- Ein weiteres zentrales Thema war die Umstellung aller LOGA[®]-Mandanten auf das ELStAM-Verfahren (Elektronische LohnSteuer Abzugs Merkmale). Dieses elektronische Datenaustauschverfahren ersetzt ab dem 1. Januar 2013 die Lohnsteuerkarten aus Papier und musste im Jahre 2013 bei allen LOGA-Kunden eingeführt werden.
- Die dauerhafte Langzeitarchivierung von Dokumenten im BSI-zertifizierten Rechenzentrumsbetrieb erhöht weiter ihren Verbreitungsgrad in den Kommunen. Aufgrund der ausgeprägten Zuverlässigkeit dieser ASP-Lösung entscheiden sich immer mehr Verwaltungen für diese sichere Komplettlösung. Neben der revisionssicheren Archivierung in den Anwendungsbereichen Standesamt mit Personenstandsregister und Sammelakte, dem Personalwesen, dem Finanzwesen mit der Steuerakte und den Eingangsrechnungen sowie den Passanträgen, wird das Archivierungsangebot ständig um weitere Aufgabengebiete erweitert. So wurden mittlerweile auch die Archive für die elektronische Ausländerakte und für die Bescheide des Gewerbewesens in Betrieb genommen.
- Die Nachfrage nach der Digitalisierung von vorhandenem Aktenmaterial nimmt zu. Immer mehr Verwaltungen beauftragen die ekom21 damit, alte Aktenbestände, zum Teil ganze Steueraktenarchive, zu digitalisieren, um den so gewonnenen Raum anders nutzen zu können. Die Dokumente werden gescannt und elektronisch mit Indexdaten versehen, so dass auch die Altakten in die digitalen Archive übernommen werden können.
- Mit Hilfe des Content-Management-Systems (CMS) eCity21 gestaltet derzeit noch eine Reihe von hessischen Kommunen ihren Internetauftritt. Vor dem Hintergrund des technischen Wandels und veränderter Kundenanforderungen wurde von der ekom21 ein neues Werkzeug geschaffen. In den nächsten Monaten werden eCity21-Kunden auf die zeitgemäße Lösung cm21 umgestellt.

- Auch das Barkassensystem eCash21 wurde auf die neuen Anforderungen der Kunden angepasst, die Anwendung wurde komplett überarbeitet und ist nun in der Lage über entsprechende Schnittstellen Daten mit dem Einwohnerwesen und jedem beliebigen Finanzwesen zur Optimierung des Verwaltungshandelns auszutauschen. Eine Reihe von Verwaltungen hat sich bereits in 2013 für den Einsatz von eCash21 entschieden.
- Die ekom21 - KGRZ Hessen hatte im November 2012 im Rahmen des rheinland-pfälzischen Vergabeverfahrens „Beschaffung einer KFZ Zulassungssoftware sowie die damit verbundenen Leistungen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz“ ein Angebot abgegeben. Dieses Angebot wurde angenommen und Mitte Februar 2013 fand die offizielle Vertragsunterzeichnung im Beisein der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände statt. Der ursprüngliche Projektplan sah vor, die 39 Zulassungsbehörden im Jahr 2013 auf das neue Verfahren vorzubereiten und umzustellen. Aufgrund von personellen Veränderungen beim Auftraggeber wurde im Sommer 2013 der geplante Rollout mit dem Ziel unterbrochen, im Januar 2014 die Umstellungen fortzusetzen.
- Der Juni des Jahres 2013 war unter anderem von den Produktivsetzungen bei unseren neuen Kunden geprägt. So konnte am 1. Juni die Zulassungsbehörde im Landkreis Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) und knapp vierzehn Tage später die Zulassungsbehörde im Landkreis Sömmerda (Thüringen) mit unserem Zulassungsverfahren starten.
- In owi21ToGo wurde die lange geforderte Online-Fallübertragungsfunktionalität implementiert. Außerdem konnte am 14.09.2013 owi21ToGo als Full-Service-Lösung bei der Hessischen Polizei in Produktion genommen werden. Hierbei wird die Polizei von der ekom21 mit Smartphones, Datentarifverträgen und natürlich owi21ToGo versorgt. Darüber hinaus konnten 13 weitere hessische owi21ToGo-Kunden gewonnen werden. Insgesamt verwenden damit in Hessen 108 Städte und Gemeinden owi21ToGo.
- Für das Verfahren webFlur wird seit Mai eine neue Version eingesetzt. Damit steht uns ein Modul für Baumkataster und Verkehrszeichen zur Verfügung. Zusätzlich gibt es eine neue Schnittstelle zu Ingrada-web sowie eine neue Schnittstelle zu frei verfügbaren Flurkarten des HLBG Wiesbaden.
- Mit Autista10 wurden zahlreiche Neuerungen für die Standesämter umgesetzt, die intensive Tests notwendig machten, da mit der Version eine neue Infrastruktur für das elektronische Personenstandsregister umgesetzt wurde. Mit der neuen Version sind zum 01.11.2013 alle Autista-Kunden mit dem elektronischen Personenstandsregister verbunden.
- Im Bereich des Rechenzentrums wurden weitreichende Maßnahmen für die Datenhaltung getroffen. Hiermit reagiert die ekom21 - KGRZ Hessen auf das rasant angewachsene Datenvolumen. Da in diesem Bereich das größte Wachstum vorhergesehen wird, werden auch in 2014 weitere Optimierungen und Investitionen anstehen.
- Die ekom21 trägt dem Trend Infrastructure as a Service (IaaS), Software as a Service (SaaS) Rechnung und hat mit der Bereitstellung von Testumgebungen für das Verfahren newssystem® kommunal den ersten Schritt in Richtung Private Cloud vollzogen. Um für die schnelllebigen Anforderungen der Kunden gewappnet zu sein, stehen hier weitere Maßnahmen an.

- Das Geschäftsfeld Hosting/Housing konnte weiter ausgebaut werden. Mit IVENA (Verfahren zur optimalen Kommunikation zwischen Rettungsdiensten, Krankenhäusern und Leitstellen) wird ein weiteres strategisch wichtiges Verfahren bei ekom21 gehostet. Hier sieht die ekom21 - KGRZ Hessen für die Zukunft weiteres Ausbaupotential, wobei wir hoffen, dass das Gütesiegel Zertifizierung ISO 27001 auf Basis IT Grundschutz und die ITIL-konformen Prozesse Kundenentscheidungen positiv beeinflussen.
- Im Druckzentrum wurde ein Generationswechsel eingeläutet. Zwei alte Laserdrucksysteme wurden durch neue Farb-Tintenstrahldrucker ersetzt. Beide Systeme können sowohl Simplex als auch als Twin-System Duplex drucken. Die Nachbereitung wird vom Drucken abgekoppelt, d.h. es wird von Rolle auf Rolle gedruckt und danach offline nachbereitet. Dieser Philosophiewechsel hatte massive Eingriffe in die Prozesse des Druckzentrums zur Folge. Durch die Entkopplung und die anschließende Offline-Nachverarbeitung mit Schneidemodul, Lochung, Schweißunnel und Ablage können die einzelnen Systeme optimal zum Einsatz gebracht werden. Auch die Kuvertierung wurde erneuert. Die Geschwindigkeit der Kuvertieranlage mit bis zu 18.000 Kuverts optimiert die Durchlaufzeiten. Die Anforderung Kuvertieren von DIN A4 Dokumenten, gerade im OWI Bereich, wurde durch die Anschaffung einer C4 Kuvertieranlage, die bis zu 3.000 Dokumente pro Stunde kuvertieren kann, umgesetzt.
- In 2013 wurde das Zukunftsthema Virtual Desktop (VDI) aufgegriffen und mit dem Pilotprojekt Meißner umgesetzt. VDI kann ein wichtiges Thema für die Zukunft werden. Immer mehr Kommunen können kein eigenes IT-Personal beschäftigen. Die Anwendungen werden komplexer und die Anforderungen an Datensicherheit und Datenschutz immer höher. Hier sieht die ekom21 großes Potential.
- IT Sicherheit ist bei ekom21 nicht nur ein Lippenbekenntnis. Um noch sicherere Arbeitsplätze zu schaffen, wurde in 2013 die Auswahl eines Tools für Software-Positiv Liste abgeschlossen und mit dem Web-Filtering der Zugriff auf das Internet reglementiert.
- Das zentrale Lizenz-Management wurde aufgebaut und in einem Software Asset Management Tool abgebildet. Über Lizenz-Pooling ist ein kostenschonender Umgang mit zeitweise genutzter Software geplant.
- Der fünfte Hessische kommunale Datenschutztag frischte bei den angereisten kommunalen Datenschutzbeauftragten die für ihre Tätigkeit erforderliche Sach- und Fachkenntnis auf. In der Podiumsdiskussion stellte sich die Aufsichtsbehörde direkt den Fragen aus dem Publikum - auf diese Weise konnte der maximal Nutzen der Veranstaltung für die Teilnehmer erzielt werden. Der behördliche Datenschutzbeauftragte hat außerdem eine Vorabkontrollen- und Verfahrensverzeichnisinventur abgeschlossen.

1.3 Entwicklung von Produkten

Die Modernisierung der Produktpalette stand auch in 2013 im Vordergrund. In allen finanzrelevanten Verfahren mussten die Programme auf SEPA umgestellt bzw. angepasst werden.

Große Schritte konnten bei der Entwicklung des neuen Einwohnerwesens emeld21 gemacht werden. In 2015 werden alle Kunden dieses Produktbereiches in das neue Einwohnerwesen überführt werden.

Der Schwerpunkt der Entwicklung im KFZ-Wesen war die Vorbereitung auf das Auslaufen der nationalen Zahlungsinstrumente und die Einführung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes (SEPA) sowie die Übernahme der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung des Bundes.

Das Jahr 2013 war für den owi21-Bereich ein Konsolidierungsjahr. In der technisch redesignnten owi21-Version 3.1 vom Mai 2012 sowie in der Folgeversion 3.2 hatte die Fehlerbehebung und die Optimierung von Schwächen die höchste Priorität. Im ersten Quartal wurden in der Version 3.1 ca. 200 Anforderungen für unsere bundesweiten Kunden umgesetzt. Parallel dazu wurde die Version 3.2 entwickelt, in der zusätzlich einige fachliche Kundenanforderungen umgesetzt wurden. Von März bis September wurde owi21 mit der Version 3.2.5 SEPA-fähig gemacht und die Version Anfang Oktober produktiv gesetzt.

Der Hersteller der Software newssystem® kommunal beginnt ab 2014 mit der Einführung von NAV 2013, die erweiterte Systemanforderungen bedingen und entsprechende Investitionen in der Hardware nach sich ziehen wird. Die hausinterne Projektgruppe ist seit 2012 aktiv und plant, basierend auf den letzten Projektkennzahlen, die Bereitstellung von NAV2013 für die Kunden der ekom21 im Jahr 2015.

1.4 Wichtige Ereignisse während des Geschäftsjahres

Das Jahr 2013 wurde dazu genutzt, die Anti-Korruptionsorganisation auf den neuesten Stand zu bringen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dazu einen speziell ausgearbeiteten Intranet-Test abgelegt. So wurde der Erweis erbracht, dass die Richtlinie der ekom21 nicht nur gelesen und verstanden wurde, sondern auch angewendet werden kann. Wie es der Hessische Erlass verlangt, wurden die traditionell als besonders korruptionsgefährdet geltenden Bereiche gezielt geschult. Auch die Beteiligungen der ekom21 wurden beim Aufbau einer Anti-Korruptionsorganisation nicht ausgeklammert: sowohl die KIV Thüringen als auch die Softplan Informatik GmbH verfügen über eigene, auf sie maßgeschneiderte Anti-Korruptionsrichtlinien und eigene Selbstschutzmechanismen. Darüber hinaus hat die Innenrevision 2013 mehrere Prüfungen und Beratungen durchgeführt.

1.5 Auftrags- und Absatzlage

Wie bereits dargelegt, soll durch die ständige Anpassung bisheriger Produkte an aktuelle und künftige Bedarfslagen und die Einführung neuer Produkte die Kundenzahl gehalten bzw. ausgebaut und somit die Marktstellung des Unternehmens verbessert werden. Darüber hinaus ist es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, das Produktangebot laufend zu überprüfen und ggf. in neue oder bestehende Produkte zu integrieren. Daher ist Produktbereinigung bzw. Produktintegration als eine ständige Aufgabe anzusehen.

Analog zu den Prognosen ist der Markt für IT-Dienstleister im kommunalen Umfeld auch im Jahr 2013 stagnierend. Obwohl die IuK-Branche zum Teil erhebliche Einbrüche zu verzeichnen hatte, konnte sich das Geschäft der ekom21 - KGRZ Hessen entgegen dem allgemeinen Trend gut behaupten. Voraussetzungen für die gute Geschäftsentwicklung waren insbesondere verstärkte Marketingaktivitäten.

2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ekom21 - KGRZ Hessen

Mit dem Zusammenschluss der KGRZ Kassel und KIV in Hessen zur ekom21 - KGRZ Hessen ist ein großer Schritt zur Schaffung weiterer Synergieeffekte getan worden.

Durch die ekom21 - KGRZ Hessen kann, bei einer Straffung der Produktpalette und Einführung neuer Produkte, die dem Bedarf des kommunalen Marktes entsprechen, eine hohe Wertschöpfung auch für den Kunden erzielt werden. Hierzu ist allerdings die Realisierung der Rationalisierungspotentiale im Unternehmen weiterhin erforderlich.

2.1 Personal

Durch geeignete Maßnahmen versucht die ekom21 - KGRZ Hessen der geänderten Marktsituation Rechnung zu tragen. So werden durch rechtzeitige Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf ihrem angestammten Tätigkeitsfeld nicht mehr eingesetzt werden können, auf neue Aufgaben in anderen expandierenden Geschäftsfeldern vorbereitet. Daneben ist es in manchen Geschäftsfeldern erforderlich, rechtzeitig in einem bestimmten Umfang qualifiziertes Personal zur Erledigung der Aufgaben, zur Know-how-Sicherung und für zusätzlichen Wissenstransfer in das Unternehmen einzustellen oder auszubilden.

Dieser Prozess wurde in der Personalentwicklungsplanung dargestellt und muss nun sukzessive umgesetzt werden.

2.2 Produkte

Um den Risiken eines verringerten Produkteinsatzes und den damit verbundenen Einnahmeverlusten entgegenzusteuern, legt die ekom21 - KGRZ Hessen bei allen Produkten auf folgende kundenorientierte Aspekte besonderen Wert:

- konkurrenzfähige, bedarfsorientierte Softwareprodukte
- umfassendes und attraktives Dienstleistungsangebot
- angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis
- Darlegung von Wirtschaftlichkeits- und Mehrwertaspekten
- klar definierte Migrationszeiträume
- Ausbau der Produkte in Richtung eGovernment
- kundenbezogene Informationspolitik

Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Einführung und der Produktion des Verfahrens werden durch Projektgruppen, der Erstellung von Projekt- und Rolloutplänen und durch Qualitätssicherung minimiert.

2.3 Risikomanagement

Es wurden insgesamt vier Berichte erstellt und der Vorstand beziehungsweise der Aufsichtsrat sowie der Finanzausschuss dazu mündlich informiert. In diesem Rahmen fand auch zwei Innenrevisions-Beratungen statt.

3 Entwicklung des Jahresergebnisses

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss der ekom21 - KGRZ Hessen schließt mit einem Gewinn in Höhe von Euro 303.010,48 ab.

Die Aufwendungen lassen sich wie folgt aufteilen:

Aufwendungen	Plan 2013	Ist 2013	Differenz
Materialaufwand	32.782.950,00	35.086.038,98	2.303.088,98
Personalaufwand	31.665.450,00	31.572.795,65	-92.654,35
Abschreibungen	4.072.900,00	3.109.947,73	-962.952,27
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.536.000,00	8.826.866,46	290.866,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.000,00	1.240.491,57	1.238.491,57
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	324.650,00	324.650,00
Steuern von Einkommen + Ertrag	0,00	6.050,80	6.050,80
sonstige Steuern	14.950,00	-101.987,93	-116.937,93
Summe	77.074.250,00	80.064.853,26	2.990.603,26

Die **Abweichungen gegenüber dem Planansatz** sind wie folgt begründet:

- **Materialaufwand**

Die Mehraufwendungen im Bereich Materialaufwand betragen insgesamt 2.303 TEUR. Ein Großteil dieser Kosten resultierte aus der Beschaffung von IT-Standardprodukten aufgrund verstärkter Kundennachfrage (+ 1.837 TEUR). Parallel dazu stiegen auch die Einnahmen in diesem Bereich. Die bezogenen DV-Leistungen führten zu Mehrausgaben in Höhe von 426 TEUR. Gründe hierfür waren u.a. die Anmietung von PC-Kundensystemen (+ 201 TEUR), höhere Leitungsaufwendungen (+ 193 TEUR), das Outsourcing des zentralen Rechnerbetriebes (+ 154 TEUR) sowie außerplanmäßige Ausgaben für den extern durchgeführten Druck und Versand von Wahlbenachrichtigungen zur Hessischen Landtags- und Bundestagswahl (149 Tsd. Euro) sowie für die Weiterentwicklung und Erweiterung der Anwendung Fahrerlaubniswesen fe21 (144 Tsd. TEUR). Demgegenüber standen jedoch auch Einsparungen bei den Softwareausgaben aus dem mit Microsoft abgeschlossenen Volumenlizenzvertrag (- 369 TEUR) sowie bei den Fullservice-Leistungen im Zuge der Druckerkonzeption für einzelne Kunden (- 104 TEUR). Im Bereich Kunden-Porto Kuvertierung fielen die tatsächlichen Aufwendungen um 246 TEUR geringer aus als geplant; entsprechend reduzierten sich auch die Einnahmen.

Personalaufwand

Die Personalkosten lagen um 93 TEUR unter ihrem Gesamtansatz. Mehrausgaben in Höhe von 678 TEUR ergaben sich bei den Zuführungen zur Altersteilzeit, da für potentielle Neuabschlüsse insgesamt 708 TEUR ausserplanmäßig zurückgestellt wurden. Dieser zusätzliche Aufwandsposten konnte jedoch zum Großteil durch Gehaltseinsparungen bei den Angestellten aufgefangen werden, da einzelne Planstellen bzw. Stellen von unterschiedlichen MitarbeiterInnen nicht oder nicht zeitnah besetzt wurden.

Abschreibungen

Die Abschreibungen unterschritten um 963 TEUR ihre Sollvorgabe. Diese Minderaufwendungen waren vor allem darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl der in 2013 vorgesehenen bzw. der aus dem Vorjahr übertragenen Investitionsvorhaben -vorrangig im Bereich immaterieller Wirtschaftsgüter und zentraler DV-Anlagen- nicht oder nur in Teilen umgesetzt wurde.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen um knapp 291 TEUR höher aus als geplant. Für diverse Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden und Grundstücken wurden Mehrausgaben in Höhe von 606 TEUR geleistet, da einzelne Bau- und Sanierungsmaßnahmen, deren Umsetzung ursprünglich im Wirtschaftsplan des Geschäftsjahres 2014 vorgesehen waren, bereits vorgezogen wurden. Ein Großteil der in 2013 angefallenen Kosten bezog sich auf erforderliche Brandschutzmaßnahmen an den Standorten Kassel und Gießen (957 TEUR). Diesen standen jedoch entsprechende Minderaufwendungen aus nicht verrechenbaren Vorsteuern von rund 535 Tsd. Euro gegenüber, die vor allem mit dem zu hoch eingestellten Planansatz zu erklären sein dürften.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsanteile der Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeitverpflichtungen sind ab dem Jahr 2010 gesondert auszuweisen. Diese Darstellung spiegelt den reinen Personalaufwand transparenter wieder, während die Zinsanteile die zu erwirtschaftende Rendite aus durch entsprechende Rückstellungen gebundene Mittel ausdrücken. Diese gesonderte Aufteilung wurde in den Planzahlen jedoch nicht hinterlegt.

Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern wurden Rückerstattungen in Höhe von knapp 62 TEUR vereinnahmt, die mit der Umsatzsteuer-Außenprüfung des Finanzamtes für die Jahre 2004 bis 2011 im Zusammenhang standen.

Diesen Aufwendungen stehen folgende Erlöse gegenüber:

Erlöse	Plan 2013	Ist 2013	Differenz
Erlöse aus Zentralrechnerverfahren	37.540.372,00	37.445.073,11	-95.298,89
Erlöse für Connectivity	4.376.000,00	4.821.867,62	445.867,62
Erlöse aus dem Vertrieb von Hard- und Software	19.544.261,00	21.204.588,59	1.660.327,59
Erlöse aus Dienstleistungen	4.992.087,00	4.865.065,94	-127.021,06
Erlöse aus Druck- und Kuvertierleistungen	5.500.930,00	5.662.190,31	161.260,31
Sonstige betriebliche Erträge	4.067.100,00	4.934.722,27	867.622,27
Erträge aus Beteiligungen	26.000,00	32.307,43	6.307,43
Zinsen und ähnliche Erträge	1.032.400,00	1.407.280,47	374.880,47
Summe	77.079.150,00	80.373.095,74	3.293.945,74

Die Erlöse aus Zentralrechnerverfahren lagen in ihrer Gesamthöhe fast im Rahmen der Planung. Mindererträge im Bereich Einwohnerwesen wurden hierbei durch Mehreinnahmen im Bereich Finanzwesen entsprechend ausgeglichen.

Bei den Leitungsentgelten (Connectivity) wurden die Planumsätze um 446 TEUR überschritten, da zusätzlich angeforderte Leistungen (u.a. Managed-Link-Dienste, Bandbreitenerweiterungen usw.) gegenüber Kunden abgerechnet werden konnten.

Die Mehrerlöse aus dem Vertrieb von Hard- und Softwareprodukten von insgesamt 1.660 TEUR ergaben sich im Wesentlichen aus dem verstärkten Absatz von IT-Standardprodukten.

Bei den Erlösen aus Dienstleistungen waren in 2013 leicht negative Abweichungen in Höhe von 127 TEUR festzustellen, da anvisierte Planerträge sowohl im Bereich Ordnungswidrigkeiten owi21 als auch bei diversen Verfahrensschulungen nicht bzw. nicht in voller Höhe zu realisieren waren. Höher als veranschlagt fielen hingegen die Einnahmen aus technischen IT-Servicediensten sowie aus erbrachten Dienstleistungen im Anwendungsverfahren Finanzwesen newsystem® kommunal aus.

Die Erträge im Bereich Druck und Kuvertierung setzten sich im Einzelnen aus Porto-Erlösen Kuvertierung (4.376 TEUR) sowie aus erbrachten Dienstleistungen (1.286 TEUR) zusammen. Der Mehrerlös in Höhe von 161 TEUR war vor allem auf die Abrechnung der Druck- und Versandleistungen von Wahlbenachrichtigungen zur Hessischen Landtags- und Bundestagswahl (191 TEUR) zurückzuführen, welche nicht geplant waren und durch einen Dritten erbracht wurden.

Die Mehreinnahmen im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge von knapp 868 TEUR waren im Wesentlichen nicht geplanten Auflösungen von Rückstellungen (466 TEUR) sowie höheren Versicherungs- bzw. Ersatzleistungen (535 TEUR) zuzuschreiben.

Bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen entstanden Mehrerlöse in Höhe von 403 TEUR, welche nach Abschluss der Umsatzsteuer-Außenprüfung des Finanzamtes für die Jahre 2004 bis 2011 außerordentlich erzielt werden konnten.

Im Bereich der Planerlöse 2013 wurden nachträglich einzelne Umgruppierungen vorgenommen, die zu Verschiebungen gegenüber den ursprünglichen Erlöspositionen im Wirtschaftsplan geführt haben.

3.2 Investitionen

Der Vermögensplan sah Ausgaben in Höhe von 6.013.242 Euro vor. In 2013 wurden Investitionen in Höhe von 4.260 TEUR Euro getätigt. Für das neue Einwohnerwesen emeld21 wurden bisher noch keine Abschlagsrechnungen gestellt, so dass die für diese Maßnahme veranschlagten Investitionen in das Jahr 2014 zu übertragen sind.

Es wurden folgende Investitionsmaßnahmen durchgeführt:

- diverse Software und Lizenzen
- Color-Drucksystem incl. Nachbereitungs technik
- Kuvertiermaschine
- Server- und Datensicherungssysteme
- Datenspeicherungssysteme
- Arbeitsplatzausstattungen mit PCs, Monitoren und Druckern
- Netzkomponenten

3.3 Personal- und Sozialbericht

Nach der Stellenübersicht verfügt die ekom21 - KGRZ Hessen zum Bilanzstichtag über insgesamt 439,3 Stellen (54,0 Beamten-,385,3 Angestelltenstellen). In 2013 waren durchschnittlich bei der ekom21 - KGRZ Hessen 412,58 auf volle Beschäftigung umgerechnete Stellen besetzt.

Die Gesamtsumme der Personalaufwendungen hierfür lässt sich wie folgt aufteilen:

Aufwandsgruppen	Plan 2013	Ist 2013	Differenz
Dienstbezüge der Beamten	1.833.274,00	1.832.316,18	-957,82
Vergütungen der Angestellten	20.125.576,00	19.837.737,53	-287.838,47
Sozialversicherung Angestellte	3.843.497,00	3.791.306,31	-52.190,69
Altersversorgung Angestellte	1.646.248,00	1.636.964,23	-9.283,77
Versorgungsbezüge	3.922.256,00	3.964.371,63	42.115,63
Beihilfen	574.599,00	628.087,16	53.488,16
Zuführung zur Pensionsrückstellung	220.000,00	-95.355,35	-315.355,35
Zuführung zur Rückstellung für Beihilfen	300.000,00	99.054,00	-200.946,00
Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung	-800.000,00	-121.686,04	678.313,96
Summe	31.665.450,00	31.572.795,65	-92.654,35

4 Lage der ekom21 - KGRZ Hessen

4.1 Vermögenslage

Aktiva	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
A. Anlagevermögen			
- Immaterielle Wirtschaftsgüter	3.217,5	3.633,2	-415,7
- Sachanlagen	10.758,3	9.379,3	1.379,0
- Finanzanlagen	4.009,9	4.029,4	-19,5
	17.985,7	17.041,9	943,8
B. Umlaufvermögen			
- Vorräte	947,8	777,4	170,4
- Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.934,7	8.775,6	159,1
- Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	45.717,9	47.062,4	-1.344,5
	55.600,4	56.615,4	-1.015,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.862,5	1.552,4	310,1
Summe:	75.448,6	75.209,7	238,9

Die Finanzanlagen 2013 enthalten die Beteiligungen und die gewährten Arbeitgeberdarlehen.

Kennzahl	2013	2012	Veränderung
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	0,32	0,30	0,02

Die Entwicklung der Intensitätskennzahlen gibt Auskunft über die Liquidierbarkeit der Vermögensgüter und stellt sich wie folgt dar:

Kennzahl	2013	2012	Veränderung
Anlagevermögen / Gesamtvermögen	0,24	0,23	0,01
Umlaufvermögen / Gesamtvermögen	0,74	0,75	-0,01

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Gewinn in Höhe von 303.010,48 Euro ab und führt somit zu einem Anstieg des Eigenkapitals.

Eigenkapital	2013	2012	Veränderung
I. Stammkapital	11.600.000	11.600.000	0
II. Rücklagen			
1. Allg. Rücklage	24.790.404	24.790.404	0
III Gewinn/Verlust			
Gewinn-/Verlustvortrag	-957.623	-905.354	-52.269
Jahresfehlbetrag/-überschuss	+303.010	-52.269	+355.279
Summe:	35.735.791	35.432.781	+303.010

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Rückstellungen für	Stand am 01.01.2013	Verbrauch Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2013
Pensionsverpflichtung	14.962.631	0	854.804	15.817.435
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.202.000	816.000	732.000	1.118.000
Beihilfeverpflichtungen	6.565.805	0	580.638	7.146.443
Personalarückstellungen	3.335.904	3.290.304	3.381.690	3.427.290
Unterlassene Instandhaltungen	420.806	41.492	293.000	672.314
Abschluss- und Beratungskosten	141.438	133.438	190.246	198.246
Aufbewahrungsrückstellung	89.900	0	0	89.900
Ausstehende Rechnungen	114.511	42.511	0	72.000
Softwarearbeiten	425.000	425.000	0	0
Summe	27.257.995	4.748.745	6.032.378	28.541.628

Die versicherungstechnische Lösung der Beamtenversorgung bei dem ehemaligen KGRZ KIV in Hessen sieht eine Abdeckung der Verpflichtungen bei Ausscheiden im 65. Lebensjahr vor. Weiterhin sieht diese Lösung keine Abdeckung von Witwen und Waisen vor. Die bestehenden Rückstellungen wurden um 393.547 Euro auf 5.071.915 Euro aufgestockt. Die Rückstellung für die Ansprüche der Beamten und Versorgungsempfänger des ehemaligen KGRZ Kassel wurden um 461.257 Euro erhöht.

Da der angestrebte Personalabbau bzw. -umbau vornehmlich durch den Abschluss von Verträgen zur Altersteilzeit erfolgen soll, wurden in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. In 2013 konnten die Rückstellungen um 816 TEUR reduziert werden. Der Tarifvertrag sieht eine weitergehende Regelung der Altersteilzeit vor. Für potentielle Anwärter wurden Rückstellungen in Höhe von 708.000 Euro gebildet.

Für notwendige Baumaßnahmen an den Dienstgebäuden im Standort Gießen und im Standort Kassel wurden in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Neue Rückstellungen wurden für Instandhaltungen, die bis zum 31. März 2014 abgeschlossen sind, in Höhe von 293.000 Euro gebildet.

Für zu erbringende Beihilfen für Versorgungsempfänger und Beamte müssen Rückstellungen gebildet werden. Nach den versicherungsmathematischen Berechnungen betragen die Verbindlichkeiten zum 31.12.2013 gegenüber den Beamten des ehemaligen KGRZ Kassel 958.231 Euro und gegenüber den Beamten der ehemaligen KIV in Hessen 7.087.058 Euro. Durch die Neubewertung der Rückstellungen nach den Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wurden Erhöhungen von 1.838 TEUR notwendig. Diese Differenz wird bis zum Jahr 2024 jährlich zu mindestens 1/15 (148,6 TEUR) zugeführt.

4.2 Finanzlage

Die ekom21 - KGRZ Hessen konnte im Berichtsjahr ihren Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nachkommen. Skontomöglichkeiten wurden soweit möglich ausgeschöpft.

	<u>TEUR</u>
Jahresüberschuss	303,1
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+3.109,9
Veränderung der Rückstellungen	+1.283,6
Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	0,0
Veränderung aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+184,3
Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-639,1
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-1.347,7
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>+2.894,1</u>

4.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen um 3.043,4 TEUR über den entsprechenden Zahlen des Vorjahres. Dieser Anstieg ist auf eine Steigerung von Produktionsentgelten sowie durch zusätzliche Einnahmen durch das Wahlgeschäft zu sehen.

Erträge / Aufwendungen	2013 TEUR	2012 TEUR	Ergebnis- veränderung TEUR
Umsatzerlöse	73.998,8	70.955,4	3.043,4
Sonstige betriebliche Erträge	4.204,1	4.038,0	166,1
Gesamtleistung	78.202,9	74.993,4	3.209,5
Materialaufwand	35.086,0	35.531,4	-445,4
Personalaufwand	30.864,8	28.322,0	2.542,8
Planmäßige Abschreibungen	3.109,9	3.334,3	-224,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.639,7	7.288,3	1.351,4
Erfolgsunabhängige Steuern	14,6	15,4	-0,8
Betriebsaufwand	77.715,0	74.491,4	3.223,6
Betriebsergebnis	487,9	502,0	-14,1
Neutrales Ergebnis	-164,6	155,3	-319,9
Finanzergebnis	193,9	280,0	-86,1
Gesamtergebnis vor laufenden Steuern	517,2	937,3	-420,1
Außerordentliche Aufwendungen	324,6	980,4	-655,8
Umsatzsteuer (Vorjahre)	-116,6	0	-116,6
Ertragssteuern	6,1	9,2	-3,1
Jahresüberschuss (i. V. Fehlbetrag)	303,1	-52,3	355,4

4.4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres bekannt geworden sind, liegen nicht vor.

4.5 Weitere Geschäftsentwicklung der ekom21 - KGRZ Hessen und Ausblick

Der im Herbst 2013 aufgestellte Wirtschaftsplan 2014 geht von einem Gewinn in Höhe von 41.600 Euro aus. Dieses Ergebnis zeigt, dass weiterhin an der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gearbeitet werden muss. Außerdem ist mit Blick auf die zukünftige Entwicklung festzustellen, dass sich der Marktdruck aufgrund der zunehmenden Anzahl von Konkurrenzprodukten auf die ekom21 - KGRZ Hessen erhöht. Für die ekom21 - KGRZ Hessen wird es von Bedeutung sein, dass die Kunden die aufgezeigten Migrationswege zu den neuen bzw. fortentwickelten Anwendungen mitgehen.

Um ein Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Kundenorientierung und Innovationsfähigkeit zu erreichen, muss weiter an der Gewinnung von Synergien gearbeitet werden.

Die Tendenz, dass die Kunden Projekte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit durchführen, hat sich verstärkt. Die ekom21 - KGRZ Hessen wird die Kunden hierbei fachlich unterstützen.

Im Bereich des kommunalen Finanzwesens werden Themenschwerpunkte wie die Vermarktung der Strategieprodukte kompass21 als BI-Lösung, rw21 als Rechnungsworkflow sowie weiterer integrierter Zusatzprodukte zu newsystem® kommunal, auf der Agenda stehen. Weiterhin werden Dienstleistungen für Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse, neben den Kernaufgaben Support, Produktmanagement und Technik der zur Verfügung gestellten Verfahren, angeboten. Aber auch die Umsetzung von gesetzlichen Änderungen und Produktweiterentwicklungen werden wichtige Themen sein.

Kenntnisse über besondere Umstände oder Vorkommnisse, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, liegen nicht vor.

Gießen, 25. April 2014

Bertram Huke
(Geschäftsführer)

Ulrich Künkel
(Geschäftsführer)

6.2.12. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1.

Stadttheater Gießen GmbH, Gießen

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2013

Seit der Spielzeit 2002/2003 wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführerin und Intendantin Cathérine Miville vertreten.

A. UNTERNEHMENSZWECK

Der Gesellschaftszweck der Stadttheater Gießen GmbH besteht in der Führung eines **Mehrspartentheaters** mit den Bereichen **Schauspiel, Musiktheater und Tanz** in Gießen sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater **Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte** sowie **Kinder- und Jugendtheater** im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.

Die Gesellschaft dient ausschließlich **zwei gemeinnützigen Zwecken**: Der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes.

Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien“ der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studierenden beteiligt. Die Gesamtverantwortung für diese Beteiligung liegt bei der Intendantin.

Die Gesellschaft pflegt außerdem **zahlreiche Kooperationen** und **unterstützt kulturelle Projekte** und Einrichtungen unterschiedlichster Art: Das Stadttheater Gießen ist Mitglied der **Hessischen Theaterakademie**. Weitere Kooperationen werden mit dem Kulturamt der Stadt Gießen, der Gießener Musikschule und verschiedenen Instituten der **Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU)** sowie der **Technischen Hochschule Mittelhessen (THM)** gepflegt. Es bestehen aktive Arbeitskontakte sowohl zu der VHS der Stadt als auch zu der des Kreises sowie zu der Stadtbibliothek Gießen und zu den Gießener 50er-Vereinigungen.

Bereits im 6. Jahr ist das Stadttheater Gießen offizieller **Kulturpartner** des Hessischen Rundfunks. Diese Auszeichnung für Programm und Qualität des Gebotenen beschert dem Haus neben dem Renommee auch zusätzliche Präsenz im Sender.

Das Stadttheater beteiligte sich in den vergangenen Jahren intensiv am **Auf- und Ausbau der Gießener Kulturloge**; die Institution wird inzwischen von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen und ihre Existenz begrüßt. Gleichmaßen stiegen auch das Interesse und die Akzeptanz der Bezugsberechtigten. Es kann jedoch nicht deutlich genug unterstrichen werden, dass jegliche Unterstützung – von privatwirtschaftlicher und öffentlicher Seite – für diese noch neue und in ihrer Existenz keinesfalls gesicherte Institution mehr als berechtigt, sinnvoll und vor allem notwendig ist.

Insgesamt fanden im Berichtsjahr **Kooperationen und Arbeitskontakte** mit folgenden Institutionen, Projekten, Einrichtungen und Initiativen statt:

- Stadt Gießen (u.a. Kulturamt, Sportamt der Stadt, Amt für soziale Angelegenheiten/Seniorenbüro)
- Staatliches Schulamt für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis
- Stadt Wetzlar
- Justus-Liebig-Universität Gießen (zahlreiche verschiedene Studiengänge)
- Theatermaschine 2013 (Studierende der angewandten Theaterwissenschaft der Uni Gießen)
- Diskurs-Festival (Festival for young performing arts/Europäisches Theaterfestival)
- Hessische Theaterakademie
- Technische Hochschule Mittelhessen
- Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Frankfurt
- Kultursommer Mittelhessen
- IGS Busecker Tal – Gesamtschule Busecker Tal (Tanzfonds Partner)
- Volkshochschule der Stadt Gießen
- Volkshochschule des Landkreises Gießen
- Stadtbibliothek Gießen
- Hessischer Rundfunk (Kulturpartnerschaft)
- Deutschlandradio Kultur
- Gießener Musikschule
- Wetzlarer Singakademie
- Gießener Konzertverein
- Gesangverein Jugendfreund 1888 Watzenborn-Steinberg
- Marburger Bachchor
- Mathematikum (Straße der Experimente)
- Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.
- Hessischer Schulchorwettbewerb (vom Lions-Club Gießen ausgerichtet)
- Festival TanzArt ostwest
- Hein-Heckroth-Gesellschaft Gießen e.V.
- Girls Day/Boys Day 2013 der Stadt Gießen
- Frau und Kultur e.V.
- AIDS-Hilfe Gießen
- KulTour 2000 e.V.

- Gießener 50er-Vereinigungen
- Verein der Freunde des Theaters e.V.
- Deutsch-türkisches Jugendwerk e.V.
- Rotary-Club „Altes Schloss“ Gießen
- American drama-group (englischsprachige Schauspielaufführungen)
- Förderverein Lokale Agenda 21
- Poetry Slam – Lars Ruppel
- Museum der Stadt Rüsselsheim
- Gegen-den-Strom-Festival der Stadt Bad Ems
- RITTAL ARENA WETZLAR
- SKART (freie Theatergruppe) und Kampnagel Hamburg
- Lebenshilfe Gießen
- Gießener Kulturloge
- JVA Butzbach
- Kulturstiftung des Bundes (Tanzfonds Erbe/Tanzfonds Partner und Bühnenförderung)
- Kulturfonds Frankfurt RheinMain
- Stiftung der Sparkasse Gießen
- Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen
- Deutscher Bühnenverein / In welchen Städten wollen wir leben
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Ein „**Blick hinter die Kulissen**“ wurde auch im Berichtsjahr wieder sehr zahlreichen GießnerInnen gewährt: **112 Gruppen aus Schulen, KiTas, Vereinen, Institutionen und Wirtschaft** wurden durchs Haus geführt und über **Arbeitsabläufe, Berufe und technische Möglichkeiten** des Theaters informiert; gerade auch Führungen mit Erwachsenen führen oft zu besserem Verständnis der Beteiligten dafür, warum Theater machen so viel Geld kostet; es wird aber ein Eindruck davon vermittelt, was **der Stadtgesellschaft ohne Theater alles fehlen würde**.

Die Zahl der Schulen, die über die Kooperation mit den **Staatlichen Schulämtern der Landkreise Gießen-Vogelsberg und Limburg-Weilburg** zu Partnern des Theaters wurden, ist in 2013 auf 29 gestiegen: Willy Brandt Schule – Berufsbildende Schule Gießen, Haupt- und Realschule Nidda, Carl-Kellner-Schule Gesamtschule Braunfels, Theo Litt Schule Gießen, Gesamtschule Gleiberger Land, Theodor Heuss Schule Wetzlar – Berufliches Gymnasium, Schwingbachschule Rechtenbach, Sandfeldschule Grundschule Gießen, Ostschule Gießen, Friedrich-Feld-Schule, Berufsbildende Schule Gießen, Ricarda-Huch-Schule Gesamtschule, Albert-Schweitzer-Schule Förderschule, Grundschule Atzbach, Grundschule Rödgen, Albert Schweitzer Schule, Grundschule Wetzlar, Grundschule Lollar, Grundschule Manderbach, Regenbogenschule Holzheim, Grundschule Sonnenberg, Ludwig Uhland Schule Gießen, Grundschule Wißmar, Anne Frank Schule / Linden, IGS Busecker Tal, Landgraf Ludwig Gymnasium Gießen, IGS Brüder-Grimm Schule Kleinlinden,

Liebiggymnasium Gießen, Gesamtschule Hungen, Johanneum Herborn, Herderschule Gießen.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeiten waren **TheatermitarbeiterInnen 2013 an 122 Tagen zu Einführungs- und Leseveranstaltungen sowie Nachbereitungs-Gesprächen nach Theaterbesuchen in Schulklassen der Stadt und des Landkreises Gießen; 7 Theaterschul-Projekte** wurden im Programm „Das dritte Auge“ beratend unterstützt und auch **Theater-AGs** wieder intensiv betreut: 3 AGs wurden wöchentlich mit SchülerInnen der Herderschule durchgeführt und auch mit der Theater-AG der Brüder Grimm Schule wurde einmal pro Woche gearbeitet; **sieben altersgerechte Orchesterworkshops** wurden in verschiedenen Schulen durchgeführt und auch Probenbesuche im Orchesterübungsraum erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit. Sie sind auf 25 Termine angewachsen, die alle von der Musikpädagogin begleitet wurden.

In 14 Lehrertreffs wurde der Dialog mit den PädagogInnen gepflegt und Einführungen für Kinder und Jugendliche geeignete Produktionen gehalten.

B. NORMALER GESCHÄFTSVERLAUF

I. Anzahl Vorstellungen 2013

Im Großen Haus wurden 216 Vorstellungen angeboten.

Zum Vergleich:

2003:	210 Vorstellungen	2009:	213 Vorstellungen
2004:	195 Vorstellungen	2010:	219 Vorstellungen
2005:	217 Vorstellungen	2011:	214 Vorstellungen
2006:	208 Vorstellungen	2012:	222 Vorstellungen
2007:	221 Vorstellungen	2013:	216 Vorstellungen
2008:	218 Vorstellungen		

228 Vorstellungen wurden 2013 im TiL, der Studiobühne des Stadttheaters, gezeigt:

Zum Vergleich:

2003:	136 Vorstellungen	2009:	188 Vorstellungen
2004:	154 Vorstellungen	2010:	181 Vorstellungen
2005:	169 Vorstellungen	2011:	188 Vorstellungen
2006:	198 Vorstellungen	2012:	235 Vorstellungen
2007:	188 Vorstellungen	2013:	228 Vorstellungen
2008:	175 Vorstellungen		

2. Der Spielbetrieb

Rund **114.000 Menschen** haben im Berichtsjahr **Vorstellungen auf beiden Bühnen** des Stadttheaters **besucht**. Zahlreiche Dialog- und Informationsangebote bereicherten das Programm und vertieften den Kontakt zwischen Publikum und TheatermacherInnen, genauso Sonderveranstaltungen wie z.B. die **LANGE THEATERNACHT**. Die Reihe „nachgefragt“ erfreut sich zunehmenden Interesses; nach Aufführungen von Produktionen, wie **AB HEUTE HEISST DU SARA, DIE VERWIRRUNGEN DES ZÖGLINGS TÖRLESS** oder **DU, DU & ICH**, die von Schülergruppen und jungen Erwachsenen besucht werden, finden grundsätzlich Nachgespräche statt, was von Schulen und LehrerInnen sehr begrüßt wird.

Geprägt war das Jahr 2013 zusätzlich durch den **Gießener Festivalommer 2013**: Das Stadttheater Gießen richtete im Juni die **25. HESSISCHEN THEATERTAGE** aus und gleich im Anschluss das Theaterfestival **BÜCHNER international**. So konnte das Stadttheater dem Gießener Publikum das **größte Theaterfestival präsentieren, das in der Stadt je zu erleben war (siehe 2.4 Gießener Festivalommer 2013)**.

Als eigenen Beitrag zum Büchner-Jahr bündelte das Stadttheater die Kräfte all seiner Sparten in der Uraufführung von **BUCH.BÜHNE.BÜCHNER – Stationen einer Jagd**. Das Mehrsparten-Theaterprojekt wurde von Richard van Schoor (Komposition) und Thomas Goritzki (Buch und Regie) als Auftragswerk für das Gießener Theater geschrieben und realisiert. Die assoziative Auseinandersetzung mit dem Phänomen Büchner wurde überregional als zentraler, wichtiger Beitrag zum Büchner-Jahr anerkannt.

MUSIKTHEATER

Der Spielplan im **Musiktheater** **erregte erneut vor allem durch Ausgrabungen und Erstaufführungen besondere Aufmerksamkeit**.

So erfreute sich die Deutsche Erstaufführung der Oper **FOSCA** von Antônio Carlos Gomes größter Beliebtheit beim Publikum wie die Barockoper **AGRIPPINA**, die als Inszenierung kontrovers diskutiert, jedoch musikalisch als absolutes Glanzlicht bejubelt wurde. Zum Ende der Spielzeit 2012/13 feierte die letzte Oper von **KOMMILITONEN! (DE)** von Peter Maxwell Davies und David Pountney in deutscher, englischer, chinesischer und lateinischer Sprache in Kooperation mit der Hessischen Theaterakademie im Stadttheater Premiere; diese wurde **live von hr 2** übertragen und von **Deutschlandradio Kultur** zeitversetzt gesendet. Der **musikalische Aufbruch**, den das Stadttheater Gießen im Herbst 2012 durch das Engagement von Michael Hofstetter zum GMD startete, trug **wunderbare Früchte**, die sich auch im Jahreshaft der **Fachzeitschrift OPERN WELT** wie folgt spiegelten: „**Innovationsschub – das Theater Gießen übertrifft sich selbst – und daran hat der neue, alte GMD Michael Hofstetter entscheidenden Anteil**“

Dieser besondere Erfolg war auch der ersten Premieren in 2013/14 vergönnt: Seit vielen Jahren erlebte das Gießener Publikum mit **DER FLIEGENDE HOLLÄNDER** erstmalig wieder eine szenische Aufführung eines Werkes von Richard Wagner.

Pünktlich zum **200. Geburtstag von Giuseppe Verdi** veröffentlichte das Stadttheater mit **OBERTO** seine erste CD einer Opernaufführung und nahm dies zum Anlass bei einem Pressegespräch den Lieblingskomponisten so vieler Opernliebhaber mit einem Ständchen des Opernchores im Foyer des Stadttheaters zu würdigen. Die **nationale und internationale Fachpresse** wertete die Gießener CD-Aufnahme der konzertanten Aufführung von Verdis erster Oper unter der **Musikalischen Leitung von Michael Hofstetter** als aus den **zahlreichen Neuerscheinungen zum Verdi-Jahr herausragend** hervor. Dabei wurden das **hervorragende Solistenensemble**, das **Philharmonische Orchester** und der unter der **Leitung von Jan Hoffmann stehende Chor** gleichermaßen positiv bewertet; ebenso fand die **technische und klangliche Qualität** der Aufnahme große **Anerkennung**.

SCHAUSPIEL

Im Januar setzte das **Schauspielensemble** mit der Erarbeitung von **DIE VERFOLGUNG UND ERMORDUNG JEAN PAUL MARATS** von Peter Weiss seine schon zu einer kleinen Reihe gewachsenen **Auseinandersetzungen mit Klassikern des 20. Jahrhunderts** fort und das Kinder- und Jugendtheater brachte mit **DU, DU & ICH** des niederländischen Dramatikers Theo Franz auch ein „**Pflichtstück für alle Eltern**“ auf die Bühne im TiL. In **KINDER DER SONNE** von Maxim Gorkij wurde versucht, die Leere, die zwischen verlorenen Idealen und falscher Sicherheit entsteht, auszuloten. Als Premiere der Spielzeit 2012/13 stieß das erstaunliche Erinnerungskunstwerk **EISENSTEIN** – Familientragödie und Geschichtspanorama in einem – des noch jungen Autors Christoph Nußbaumer, auf größtes Interesse beim Publikum.

Schon gleich zum Auftakt der Spielzeit 13/14 wurde wieder ein Klassiker des 20. Jahrhunderts neu gelesen und auf seine derzeitige Aktualität überprüft: Das Volksstück von Bertolt Brecht **HERR PUNTILA UND SEIN KNECHT MATTI**.

Und mit **AB HEUTE HEISST DU SARA** – Bilder aus dem Leben einer Berlinerin von Volker Ludwig und Detlef Michel nach dem autobiographischen Bericht „Ich trug den gelben Stern“ von Inge Deutschkron mit Musik von Hansgeorg Koch wurde eine immer weiterhin **aktuelle Auseinandersetzung mit totalitären Systemen, mit Ausgrenzung, Zivilcourage und dem Mut im Überlebenskampf** nicht nur, aber insbesondere auch mit Blick auf das junge Publikum inszeniert. Gleichzeitig wurde dem **Wunsch des Schauspielensembles**, nach mehr Möglichkeiten in Produktionen **zu singen**, Rechnung getragen. Begleitet wurde dieser Weg durch **Stimmbildung und Gesang coaching**; was sich als außerordentlich erfreulich und erfolgreich erwies.

Zeitgenössische Werke wurden im Herbst auch im TiL gezeigt: DAS INTERVIEW nach dem Film von Theo van Gogh und dem Drehbuch von Theodor Holman; der Dialog zwischen einem Film-Sternchen und einem politischen Reporter war eigentlich im Zusammenhang mit der Eröffnung der neuen Studiobühne im Kino am Berliner Platz auf den Spielplan gesetzt worden. **Die Uraufführung LENZ. FRAGMENTE** von Katharina Gericke, die im Zusammenhang mit dem Büchnerjahr auf dem Spielplan gesetzt wurde und **KASPAR HÄUSER MEER** Schauspiel von Felicia Zeller. Die preisgekrönte Komödie thematisiert das sensible Verhältnis zwischen MitarbeiterInnen und BürgerInnen auf dem Sozialamt aus Sicht der Betreuerinnen.

Und auch im Jahr 2013 mordeten die beiden Schwestern in der Erfolgsinszenierung von **ARSEN UND SPITZENHÄUBCHEN** munter weiter; im Insektenkrimi **DIE WANZE** von Paul Shipton schnüffelte der Privatdetektiv Wanze Muldoon genauso unverzagt weiter wie Martin Gärtner in seinem SoloAbend **KÖNIG ÖDIPUS** von Bodo Wartke nach dem antiken Drama des Sophokles weiter und versuchte, einer verworrenen Familiengeschichte mit viel Spaß und Musik auf den Grund zu kommen.

Zwei Gastspiele der American Drama Group in englischer Sprache ergänzten das Schauspielangebot: **THE WAVE** von Rhue Morton und Shakespeares **MACHBETH**.

Auch die **Kinder und Jugendlichen** waren in 2013 wieder ganz außerordentlich erfolgreich: Die auf Gießen adaptierte Version von **DIE WEIHNACHTSGANS AUGUSTE** – Familienstück von Peter Ensikat nach Friedrich Wolf begeisterte Kinder und Erwachsene gleichermaßen und **DER DICKSTE PINGUIN VOM POL** von Ulrich Hub wurde wirklich der Liebling von allen ab 4 Jahren.

In Kooperation zwischen der freien Theatergruppe SKART, Kampnagel Hamburg und dem Stadttheater Gießen entstand die vom Fonds Darstellende Künste, der Hamburgischen Kulturstiftung, dem Kulturamt Gießen, dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und der Rudolf Augstein Stiftung unterstützte interaktive Musiktheater-Performance **VON EINEM, DER AUSZOG, DAS FÜRCHTEN ZU LERNEN** von SKART, frei nach den Gebrüder Grimm für alle ab 8 Jahren, die in der TiL-studiobühne aufgeführt wurde. Philipp Karau und Mark Schröppel von der Gruppe SKART produzierten schon ihre Diplominszenierung am Institut für Angewandte Theaterwissenschaften an der JLU in Kooperation mit dem Stadttheater und Kampnagel Hamburg.

Und die **Jugendclubs** bereicherten zusätzlich das TiL Programm für Kinder- und Jugendliche mit **AMOR UND PSYCHE**, der jährlichen Produktion des Jugendclub-Tanz, sowie mit **SURVIVAL OF THE FITTEST – WETTBEWERB DES LEBENS**, der Produktion mit dem Jugendclub-SPIELTRIEB des Stadttheaters. Und last but not least realisierte der unter der Leitung von Martin Gärtner seit vielen Jahren ganz besonders erfolgreiche Kinder- und Jugendchor des Stadttheaters mit **BRUNDIBAR** von Hans Krása

eine Oper für Kinder und erntete für diese sehr anspruchsvolle Arbeit wieder höchste Anerkennung.

SPIELREICH – Familientheatertage im TiL standen unter dem Motto **MUT TUT GUT**. Vom **20. bis 24. März 2013** präsentierte das Kinder- und Jugendtheater alle Produktionen, die im Laufe der Spielzeit Premiere hatten, geballt in einer Woche. **Workshops und Mitmachangebote** lockten das junge Publikum zusätzlich. Das schon traditionelle kleine Festival stand erneut unter der **Schirmherrschaft** von **Frau Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich**.

TANZTHEATER

Für den TANZ war 2013 erneut ein ganz **besonders erfolgreiches Jahr**: Schon seit Langem ist klar, dass die Tanzcompagnie, unter der Leitung von Ballettdirektor Tarek Assam, zu den **Aushängeschildern des Stadttheaters** gehört. Dem Engagement des Tanzchefs ist es zu verdanken, dass das Tanzensemble bereits zum zweiten Mal zu **Gastspielen auf renommierte Festivals nach China** eingeladen wurde: Vom **22. Juli bis zum 4. August 2013** tourte die Compagnie mit dem Stück **MACBETH**, einer **Choreographie von Tarek Assam und David Williams**. Die Produktion wurde fünfmal in Urumqi und einmal in Beijing auf dem „**Beijing Dance Festival**“ gezeigt und mit dem **Tanzpreis des „Dritten Urumqi-Tanzfestivals“** ausgezeichnet. Begleitet wurde die Tanzcompagnie von der für **MACBETH** aus **Gießener Jazzgrößen** zusammengestellten **Live-Band** und von **Steff Hans**, dem stellvertretenden Technischen Direktor des Stadttheaters; insgesamt waren **22 Gießener Theatermacher** unterwegs. Zusätzlich zu den Aufführungen hielt Tarek Assam an der Xinjiang University Vorlesungen in Tanz-Masterclasses.

Aber auch die Spielzeit der Tanzcompagnie war durch ganz besondere Highlights geprägt: **HEMINGWAYS PARTY (UA)**, Choreographie von David Williams und Tarek Assam, beschäftigte sich mit der Psyche eines außergewöhnlichen Mannes und rückt einzelne Episoden seines Lebens in den Mittelpunkt. Das Tanzstück machte **Furore** nicht zuletzt auch wegen des außergewöhnlich betanzbaren **Bühnenraums von Lukas Noll**. Für **DER BLICK DES RABEN (UA)**, ein Tanzabend zu Edgar Allan Poe von Tarek Assam, vergab das Stadttheater einen **Kompositionsauftrag** an den renommierten Komponisten **Moritz Eggert**, dessen eigens für diesen Abend komponierte Musik live unter der musikalischen Leitung von GMD Michael Hofstetter vom Philharmonischen Orchester Gießen musiziert wurde. Auch in der Studiobühne entstanden zwei neue Tanzproduktionen: **SIDDHARTHA**, Tanzstück von Tarek Assam und Mirko Hecktor, und **SLEEPWALKER**, Tanzstück von Tarek Assam und Paul Julius.

Und das jährlich zu Pfingsten ausgerichtete, internationale **Festival TanzArt ostwest** präsentierte 2013 neben zahlreichen **Tanzkompagnien aus Deutschland und Europa auch erstmalig TänzerInnen aus China**.

Eine weitere **besondere Anerkennung** der Arbeit von Tanzchef Tarek Assam und seinen TänzerInnen belegt die Förderung mit € 125.000.--, eines auf zwei Jahre ausgelegten **EDUCATION-Projektes** durch **TANZFONDS PARTNER der Kulturstiftung des**

Bundes. Und last but not least wählte die **Jury der Kulturstiftung des Bundes THE HORTA PROJECT – SOAP RECREATION** zur Förderung im Rahmen der Tanzfonds-Erbe-Projekte aus. Diese Produktion wird von der Compagnie im Frühjahr 2014 realisiert.

SONDERPROJEKTE UND -VERANSTALTUNGEN

Zusätzlich **bereicherten Sonderveranstaltungen und -projekte auch im Berichtsjahr wieder das Angebot für die** Gießener BesucherInnen. Ob bei der „**Langen Theaternacht**“ im Großen Haus, die wieder weit mehr als 1.000, meist junge Menschen anlockte, die **late-nights im TiL** oder beim **Foyer um 5** im Großen Haus: alles Dialogangebote an das Gießener Publikum, die sehr aktiv aufgenommen und besucht werden.

Das **Benefizkonzert** im Rahmen von „**Gießen hilft**“, das der Rotary Club „Gießen Altes Schloß“ in Kooperation mit dem Stadttheater unter der Schirmherrschaft der Gattin des Ministerpräsidenten, Ursula Bouffier, nach dem durchschlagenden Erfolg 2011 schon zum dritten Mal durchführte. Diesmal wurde ein „**Festival der Stimmen**“ **geboten, an dem sich vom Stadttheater Solisten und Chor, der Kinder- und Jugendchor und Kindersolisten sowie die SCHMACHTIGALLEN beteiligten.**

Am **14. April 2013 richtete das Stadttheater die Verleihung des Hein-Heckroth-Bühnenbildpreises an Anna Viebrock aus.** Der Preis wurde durch **Frau Ministerin Eva Kühne-Hörmann** verliehen. Der in diesem Zusammenhang stehende **Förderpreis der Stadt Gießen** ging an die Bühnen- und Kostümbildnerin **Dorothee Curio** und wurde von der OB der Stadt Gießen **Dietlind Grabe-Bolz** überreicht.

Für die **Seniorenveranstaltung** mit der Stadt Gießen wurde eigens eine für den Anlass geeignete Version der Operette **VIKTORIA UND IHR HUSAR** von Paul Abraham erarbeitet. Auch das Preisträgerkonzert des Hessischen Schulchorwettbewerbs wurde wieder im Stadttheater präsentiert. Und bei der **Straße der Experimente**, die vom **Gießener Mathematikum** auf dem Uni Platz gestaltet wird, war das Stadttheater wieder mit einem attraktiven Stand präsent, der viel Aufmerksamkeit auf sich zog.

Zum Auftakt in die Spielzeit 2013/14 beteiligte sich das Stadttheater mit Orchester, Chor und Solisten und Jan Hoffmann als Musikalischem Leiter an der **Klassik-Open-Air-Gala VOCI NELLA NOTTE** zum **Jubiläum 125 Jahre Gesangverein Jugendfreund 1888 Watzenborn-Steinberg.**

2.1 Theater unterwegs

Die **Tanzcompagnie** Gießen hat mit noch mehr **Gastspiel-Einladungen** als im Vorjahr ihre bundesweite Präsenz in 2013 weiter ausgedehnt. Neben **Abstechern** nach **Nordhausen, Koblenz, Darmstadt, Bremerhaven, Würzburg, Ingolstadt, Greifswald** und **Hagen** ging sie auch **international** auf Reisen nach **Bari**, nach **Eupen** und im Zusammenhang mit dem von der **Kulturstiftung des Bundes** geförderten Tanzprojekt **Erbe**, in dem zwei Tanzstücke von **Rui Horta** rekonstruiert wurden, nach **Lissabon**.

Die im Vorjahr begründete Kooperation mit der chinesischen Tanz-Szene wurde dieses Jahr durch fünf **Aufführungen von „Macbeth“** auf dem **„Third China Xinjiang International Dance Festival“** in **Urumqi** und einer Vorstellung auf dem **„Beijing Dance Festival“**, **Beijing**, vertieft. Die Compagnie erhielt in Urumqi den **Tanzpreis** des Festivals.

Das Schauspielensemble war mit Shakespears **OTHELLO** zum renommierten Festival **WOCHE JUNGER SCHAUSPIELER** in **Bensheim** eingeladen; eine schöne Auszeichnung für die Aufführung, die von der jungen Regisseurin Karoline Behrens inszeniert wurde, und in der drei AnfängerInnen sich mit durchschlagendem Erfolg als Ophelia, Emilia und Jago präsentierten.

Das TiL-Stück **KÖNIG ÖDIPUS** eine Neudichtung von Bodo Wartke nach dem antiken Drama des Sophokles, wurde wegen des außerordentlichen Erfolgs in der Spielzeit 13/14 wieder aufgenommen und so oft gespielt, dass es nur zweimal auf Gastspiel gehen konnte. Es war in **Herrischried** und in der Geschwister-Scholl-Schule in **Alsfeld** zu sehen. Auch unser zweites auf die Antike bezogenes TiL-Stück **ORPHEUS** war auf Gastspiel, und zwar in **Marburg**. Daneben waren **KASPAR HÄUSER MEER** in der **JVA Butzbach** und **DER UNTERGEHER** von Thomas Bernhard zweimal in **Münster** zu sehen. Auch in diesem Berichtsjahr trat der **Jugendclub Tanz** des Stadttheaters bei verschiedenen Anlässen **in der Region** auf.

Zusätzlich musizierten Solisten, Chor und Philharmonisches Orchester des Stadttheaters bei verschiedenen **Gastkonzerten in Wetzlar** (11.06.13), mit einem Hindemith-Konzert im Museum der Stadt **Rüsselsheim** (21.06.13), beim „Gegen den Strom“-Festival in **Bad Ems** (2.10.13) sowie bei zehn Mittagskonzerten im Rathaus Gießen.

Als großartige Gemeinschaftsleistung wurde in den Medien die in **einer neuen Dreistädte-Partnerschaft Gießen, Marburg, Wetzlar** realisierte **Aufführung von Verdis MESSA DA REQUIEM** gewertet. Unter der **Musikalischen Gesamtleitung** von **Jan Hoffmann** beeindruckten 200 Sängerinnen und Sänger das Publikum in einer bisher einzigartigen mittelhessischen Drei-Städte-Kooperation zwischen dem **Chor des Stadttheater Gießen, dem Gießener Konzertverein, der Wetzlarer Singakademie und dem Marburger Bachchor**. Nach den beiden vorangegangenen – ebenfalls sehr erfolgreichen – Aufführungen im Stadttheater Gießen und in der

Lutherischen Pfarrkirche St. Marien, Marburg, setzte der Abend in der **Rittal-Arena** in Wetzlar einen **krönenden Abschluss** der Konzertreihe, die anlässlich des Verdijahres 2013 entstanden ist. Mit minutenlangem Applaus und Standing Ovationen brachten die über **1.400 BesucherInnen** am 15. November 2013 ihre Begeisterung in Mittelhessens größter Konzerthalle zum Ausdruck. Die **Schirmherrschaft** für diese Drei-Städte-Kooperation, die nach Meinung von **Wolfgang Dette**, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, ein **Signal für die mittelhessische Kulturlandschaft** setzte, hatte Hessens **Ministerpräsident Volker Bouffier** übernommen.

2.2 Praktika, Jugendclubs, Zusammenarbeit Lebenshilfe Gießen

Im Jahr 2013 betreuten die MitarbeiterInnen des Stadttheaters **199 PraktikantInnen** in fast allen Abteilungen (2012: 224) sowie weiterhin weit **über 200 Jugendliche** in **Jugendclubs** und pflegten ein aktives Netzwerk **von Volunteers** an den Hochschulen.

Die Zusammenarbeit mit der **Lebenshilfe Gießen** (Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Kreisvereinigung Gießen e.V.), die 2009 mit der **Schaffung von zwei festen Stellen** im Bereich Vorderhaus/Einlass verstetigt wurde, wird weiterhin fortgesetzt. Die beiden Mitarbeiter ergänzen die Arbeit der in diesem Bereich beschäftigten Damen und werden von unseren BesucherInnen sehr positiv angenommen.

2.3 Ausbildungstätigkeit

Als Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft leistet die Stadttheater Gießen GmbH seit langem einen verantwortungsbewussten Beitrag als **Ausbildungsbetrieb** und **begleitete 2013 insgesamt 13 junge Menschen auf dem Weg zu ihrem Beruf**.

Neben dem modern und bedarfsgerecht ausgerichteten Ausbildungsberuf **Veranstaltungs-technikerIn** bildet das Stadttheater **TheatermalerInnen, MaskenbildnerInnen** sowie eine **Schreinerin** aus. **Die Ausbildung im Bereich Bürokauffrau/kaufmann wurde zunächst ausgesetzt**; sie soll vor einem Neuengagement neu konzipiert werden.

Auch an der **Bildungsmesse CHANCE** beteiligte sich das Stadttheater erneut und präsentierte an einem attraktiven Stand Theaterberufe und Ausbildungsmöglichkeiten.

2.4 Gießener Festivalsommer 2013

2.4.1 Theaterfestival BÜCHNER international

vom 22. bis 30. Juni 2013 am Stadttheater Gießen

Publikum und Presse von Bandbreite und Qualität des Programms beeindruckt

9 Tage lang war Gießen zum „**Büchner-Mekka**“ für Theatermacher und Theaterfans aus aller Welt geworden. Dank der **Förderung durch die Kulturstiftung des Bundes und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst** war es dem Stadttheater Gießen möglich, unter dem Titel **BÜCHNER international ein einmaliges Festival mit Büchner-Inszenierungen aus aller Welt in Gießen zu präsentieren**. Diese Theaterstage wurden zu einem der zentralen Ereignisse im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen, die hessenweit **anlässlich Büchners 200. Geburtstages zu Leben und Werk** stattfanden. Eindrücklich konnte erlebt werden, dass Büchners Schaffen und Wirken an Aktualität nichts eingebüßt hat und Kulturschaffende weltweit bis heute inspiriert.

Publikum und Presse zeigten sich gleichermaßen durch die große Bandbreite des Festivalprogramms beeindruckt: Gastspiele aus Ländern wie Brasilien, Südafrika, Ukraine oder Japan trugen ebenso zu einer intensiven Theaterwoche bei, wie Performances von Studierenden der **Angewandten Theaterwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen** oder eine täglich stattfindende wissenschaftliche Vortragsreihe im Theaterfoyer. Und nicht nur die unterschiedlichen Gastländer mit ihren Sprachen und Theaterkulturen zeugten von der **Vielfalt des Festivalprogramms**, auch die verschiedensten ästhetischen Sprachen waren vertreten: **So konnte von südafrikanischem Puppenspiel über belgisches Musiktheater und koreanischen Tanz bis zu rumänischem Schauspiel oder einer schweizerischen Performance nahezu das gesamte Spektrum theatraler Spielformen gesehen werden.**

Und auch die Publikumsresonanz gibt dem Konzept des Festivals in Gießen Recht. Insgesamt erfreuten sich **7.966 Besucher** aus nah und fern am Festivalprogramm, darunter einige „Dauergäste“, die sich zunächst am ersten Tag neugierig in die ersten Veranstaltungen begeben hatten, um dann begeistert täglich wieder zu kommen. Das große Interesse zeigte sich unter anderem auch bei den **allabendlichen, das Festivalzelt füllenden Publikumsgesprächen im Anschluss an die Vorstellungen**, wo beim direkten Austausch mit den Gastensembles das Verständnis für die gezeigten Inszenierungen vertieft werden konnte. **Die Festivalmacher sind mehr als zufrieden mit Ablauf, Stimmung und Resonanz des Festivals und freuen sich vor allem über die Tatsache, dass BÜCHNER international sichtbare Wirkung auf die Zuschauer hatte und viele von ihnen täglich mit neuen Anregungen, Gedanken und Eindrücken aus dem Theater kamen.**

Für das Festival **BÜCHNER international** wurden insgesamt **Kosten in Höhe von € 603.000** veranschlagt. **Der wesentliche Anteil wurde dabei vom Land (€ 254.025) und von der Kulturstiftung des Bundes (€ 250.000) übernommen.** An **Drittmitteln und Spenden** konnten von der Stadttheater Gießen GmbH insgesamt € 63.000 eingeworben werden. Hierbei ist besonders der **Kulturfonds Frankfurt RheinMain** zu erwähnen, der das Gastspiel der aufwendigen Woyzeck-Inszenierung der **Handspring Puppet Company** aus Südafrika mit € 45.000,00 unterstützte und dadurch

erst möglich machte. Die **Sparkassen Kulturstiftung Hessen-Thüringen** förderte das Festival mit € 10.000,00. **Die Ausgaben beliefen sich insgesamt auf € 637.1872,71.**

Das Festival BÜCHNER international fand in Gießen direkt im Anschluss an die 25. Hessischen Theatertage statt. Daraus ließen sich deutliche **Synergie- und Einspareffekte** generieren. Ein Teil der Kosten für Festivallogistik und Werbung wurde daher zu gleichen Teilen den beiden Festivals zugerechnet.

Die eigenen Einnahmen lagen bedauerlicherweise deutlich unter den Planzahlen. Die verstärkten Marketing-Anstrengungen konnten dieses Ergebnis zwar verbessern, jedoch nicht vollständig ausgleichen. **Trotzdem ist eine Anzahl von rund 8.000 BesucherInnen des Festivals ein als Erfolg zu wertendes Ergebnis, auch wenn es sich nicht in den entsprechenden eigenen Einnahmen widerspiegelt.**

Insgesamt sind alle Ausgaben an der Planung für ein erfolgreiches **BÜCHNER international** orientiert vorgenommen worden. Die Aufwendungen standen stets unter den Prämissen der Sparsamkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit.

2.4.2 Das Stadttheater Gießen richtete die 25. Hessischen Theatertage aus. | 17 Stunden geballte hessische Theatervielfalt

Mit insgesamt **76 Veranstaltungen** auf den Bühnen des Stadttheaters und an vielen verschiedenen Orten in der Stadt zogen die **25. HESSISCHEN THEATERTAGE** – unter der **künstlerischen Gesamtleitung von Intendantin Cathérine Miville** – das Publikum vom **13. bis zum 21. Juni 2013** in seinen Bann.

Die Vielfalt der Produktionen und die immense Bandbreite hessischen Theaterschaffens lockten **zehn Tage lang die Theaterfans Mittelhessens in die Stadt an der Lahn**, entfachten Festivalstimmung und trafen auf die geballte Schaulust der zahlreichen Zuschauer!

Rund **6.900 BesucherInnen zählten die 25. HESSISCHEN THEATERTAGE** bei den Veranstaltungen in den Zuschauerräumen des Stadttheaters ohne die große Zahl schaulustiger Passanten bei **Aktionen im Stadtraum und im Theaterpark.**

Aber auch die Zahl der Mitwirkenden auf und hinter der Bühne war beachtlich: **272 Akteure und Techniker der hessischen Theater, 53 Studierende der Hessischen Theaterakademie, insbesondere der Angewandten Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, über 100 Jugendliche der verschiedenen Jugendclubs Hessens sowie insgesamt rund 300 Mitarbeiter des Stadttheater Gießen brachten die Stadt in Festivallaune, sorgten für einen reibungslosen Ablauf und hinterließen bei den Besuchern einen starken Eindruck.**

Das **Festivalbudget von € 240.000.--** stammt aus **Finanzmitteln der Hessischen Theaterkommission** und wird somit mittelbar vom **Land Hessen** finanziert.

Zum Abschluss der 25. HESSISCHEN THEATERTAGE wurden vier **PREISE – jeweils mit € 5000.-- dotiert – sowie ein nichtdotierter Ehrenpreis verliehen.**

Der **Publikumspreis „Ich bin begeistert“**, der sich ausschließlich auf die Vorstellungen im Großen Haus des Stadttheaters bezog, ging an die Oper Frankfurt für ihre Kinderversion von Rossinis DER BARBIER VON SEVILLA.

Der **Preis „Junge Experten“**, bei dem alle Veranstaltungen, Installationen, Ausstellungen und Performances jenseits der großen Bühne in Augenschein genommen worden waren, wurde in diesem Jahr geteilt und ging an die beiden Studierenden der Angewandten Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, **Benedikt Grubel und Philipp Krüger**, für ihre Performance **LE PRINCIPE ORAL**, die im städtischen Schwimmbad gezeigt wurde, sowie an das **Brachland-Ensemble Kassel** für ihre integrative Produktion **IDOLE**. Diese Preise wurden durch Schüler der Oberstufe und junge Studierende juriert.

Zudem wurden **zwei „Jurypreise“** verliehen.

Der Jurypreis für eine **besondere Ensembleleistung** geht an die **Company Muddy Boots**, Frankfurt am Main für die **Tanzperformance 3:1** von **Ekaterine Giorgadze, Jason Jacobs und Andrew Maddick**.

Der Jurypreis für eine **hervorstechende künstlerische Idee** geht für die konzeptionelle Setzung, die Rollen der Kinder mit zwei deutlich betagten Schauspielern zu besetzen, sowie der Idee einen ganz wunderbar beispielbaren Wandschrank zum Zentrum des Raumes zu machen an das **Staatstheater Darmstadt** für die Produktion **DER CHINESE** von Benjamin Lauterbach.

Beide Preise wurden durch eine **Jury** bestehend aus **Georgia Rakelmann** (Kultur- und Sozialanthropologin JLU Gießen) und **Hans-Jürgen Linke** (Journalist) vergeben.

Den **Ehrenpreis für ganz außergewöhnliches Engagement für die hessische Theaterlandschaft** überreichte Cathérine Miville zum Festivalfinale an **Albert Zetzsche**, Referatsleiter für Theater- und Musikförderung im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Dieser Preis wurde zum ersten Mal verliehen und zeichnet nicht Theaterschaffende aus.

3. Lage der Gesellschaft

3.1 Wirtschaftliche Lage

Die **Zuwendungen** für das Stadttheater sind für das Berichtsjahr zum Ausgleich von Mehrkosten durch tarifliche Lohnanpassungen **erhöht worden**. Dadurch und durch **außerordentliche Kostendisziplin konnte** die wirtschaftliche Lage der Stadttheater Gießen GmbH daher in 2013 erfreulicherweise **weiter stabilisiert werden**. Trotz der gestiegenen Zuwendungen musste das Theater jedoch einen **nicht unerheblichen Anteil von 10 % der durch Tarifsteigerungen** entstandenen zusätzlichen **Kosten aus eigener Kraft kompensieren, ebenso** die üblichen, nicht eigenständig beeinflussbaren

Sachkostensteigerungen, da diese nicht über den Wirtschaftsplan ausgeglichen wurden. Nur durch besonnenes Wirtschaften und die Nutzung von Synergieeffekten aus den in 2013 veranstalteten Festivals und Sonderprojekten ist die **finanzielle Konsolidierung** des Theaters gelungen. Diese hat aber auch erneut ein besonders intensives Engagement der MitarbeiterInnen des Hauses erfordert.

Gerade wegen der Festivals, der von der Kulturstiftung des Bundes geförderten Projekte und der daraus resultierenden, nicht unerheblichen Sondermittel ist 2013 kein repräsentatives Jahr. Das Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass **künftige Kostensteigerungen** – insbesondere **tarifbedingt im Personalbereich** – **kurz- und mittelfristig weiterhin zu Mehrbedarf** führen werden. **Mehrbedarf** entsteht in zahlreichen **Kostenbereichen**, die selbst durch sparsamste Unternehmensführung **kaum zu beeinflussen** sind. Sie sind in erster Linie durch die **Tarifabschlüsse** geprägt, die **für das Land Hessen beschlossen werden und vom Theater naturgemäß nicht zu beeinflussen** sind.

Im **Personalbereich** ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 eine **Erhöhung der Kosten** um **T€ 327** zu verzeichnen. Diese Erhöhung beruht auf **Tarifsteigerungen von 2,8 % plus Einmalzahlung im TV-H** sowie einer tariflichen Anhebung der Gagen der künstlerischen MitarbeiterInnen im NV-Bühnebereich um **2,65 %**.

Eine Einigung zwischen der Orchester Gewerkschaft DOV und dem Deutschen Bühnenverein für die unter dem **TVK arbeitenden Orchester** ist erst **Ende 2013** mit einem sehr komplexen Regelwerk erfolgt, so dass hier für 2013 nur eine partielle Tarifierhöhung stattgefunden hat. Die erst für 2014 wirksamen Tarifierhöhungen bzw. Nachzahlungen wurden als **Rückstellung** berücksichtigt.

3.2 Ertragslage

Trotz der großen finanziellen Belastungen, insbesondere im Personalbereich liegt das **Jahresergebnis 2013 mit T€ 10 wiederum im positiven Bereich**.

Gegenüber dem Vorjahr stellt sich die Ertragslage im Jahr 2013 wie folgt dar:

Geschäftsjahr	2013	2012
	T€	T€
Umsatz	1.352	1.404
Sonstige betriebliche Erträge	14.672	13.356
Materialaufwand	1.822	1.057
Personalaufwand	12.378	12.050
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.805	1.637
Jahresergebnis	+ 10	+ 11

Im Berichtsjahr **fielen** die **Umsatzerlöse** des Stadttheaters im Vergleich zum Vorjahr um **T€ 52** und damit auf den Stand von 2011. Die sonstigen **betrieblichen Erträge** erhöhten sich um **T€ 1.041**. Dieser außerordentliche Aufwuchs entstand außer durch Ausgleich der Tarifierhöhungen insbesondere auch durch verschiedene Projektmittel und Förderungen für

einmalige Ereignisse: u.a. für **die Hessischen Theatertage 2013** und das **Festival BÜCHNER international 2013**; außerdem durch **Förderungen der Kulturstiftung des Bundes** im Rahmen der **beiden Förderprogramme „Tanzfonds Partner“** und **„Tanzfonds Erbe“** sowie eine einmalige Sonderförderung für Investitionen im Rahmen der theatermäßigen Einrichtung der neuen Studiobühne taT. **Diese zusätzlichen Einnahmen korrelieren unmittelbar mit den dazu anfallenden zusätzlichen Ausgaben.**

Die Rückstellungen sind in 2013 um T€ 369 angewachsen, was im Wesentlichen durch den weiteren Aufwuchs personalbezogener Rückstellungen bedingt ist. Die **Rückstellung für den Sozialversicherungsrechtsstreit mit der Rentenversicherung** wurde um T€ 48 aufgestockt. Es handelt sich bei dem Rechtsstreit um unterschiedliche Rechtsauffassungen hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten der Sozialversicherungsbeiträge von GastkünstlerInnen. Prozessbevollmächtigter für das Stadttheater Gießen ist der Deutsche Bühnenverein.

3.3 Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft setzt sich zu **100 % aus mittel- und kurzfristigen Vermögensteilen** zusammen. Die mittel- und kurzfristigen Vermögensteile werden im Wesentlichen durch flüssige Mittel und Forderungen gegen Gesellschafter bestimmt. **Das Eigenkapital beträgt T€ 57.** Das mittel- und kurzfristig realisierbare Vermögen reicht aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken.

3.4 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ergab sich eine gegenüber 2012 um T€ 41 gesunkene Liquidität. Die Liquiditätssumme zum Bilanzstichtag ist jedoch nur eine vorübergehende Größenordnung, der im Januar des Folgejahres anfallende hohe Kosten aus Rechnungen des Vorjahres sowie Personalausgaben gegenüberstehen.

4. Prognose

Wie schon unter Punkt 3.1 (Wirtschaftliche Lage) ausgeführt, befindet sich das **Theater wirtschaftlich** weiterhin auf einem **soliden Kurs**. Das in diesem Jahr trotz gesunkener Einnahmen positive Ergebnis ist vor allem der speziellen Finanzlage durch die Festivalbudgets und die erfolgreiche Gewinnung verschiedener Sponsoren zu verdanken, die veranstaltungsbedingt einmalig waren und nicht für Folgejahre reproduzierbar sind. Auch **2014** werden zudem **erneut Tarifsteigerungen** anfallen, die den Wirtschaftsplan massiv belasten und **aus dem laufenden Betrieb nicht zu erwirtschaften** sind. Daher muss für die kommenden Jahre wiederum mit einem erhöhten Zuschussbedarf des Theaters – insbesondere im Personalbereich – gerechnet werden.

Im Rahmen der politischen Diskussion zum Thema **DIGITALE DIVIDENDE** und der Probleme, die sich für die **Nutzer von Mikroportanlagen** in diesem Zusammenhang ergeben, wandte sich das Stadttheater Gießen (wie auch andere Hessische Theater) bereits im Jahr 2009, als die Behandlung des Themas im Bundesrat anstand, an die Landesregierung und an die Landtagsabgeordneten und bat darum, dieser **Verordnung nur zuzustimmen, wenn gleichzeitig die Übernahme der den Theatern entstehenden beträchtlichen Kosten garantiert würde**. Die Landesregierung verwies auf die Zusage des Bundes, wonach mit Mitteln der durch die Vergabe der Lizenzen erzielten Verkaufserlöse die Kosten für die Umrüstung der Mikroportanlagen übernommen würden. Es zeigte sich dann jedoch, dass der Bund die Kosten für die Anlagen der Hessischen Theater nicht deckt, sodass das Land der Übernahme für die Hessischen Staatstheater zustimmte.

Auch das **Stadttheater Gießen beantragte die Kostenübernahme der Instandsetzung der Mikroportanlage in Höhe von € 176.000** nach der für die GmbH üblichen Quotierung beim Land Hessen und bei den beiden **Gesellschafterinnen**. Die **Universitätsstadt Gießen** und der **Landkreis Gießen** haben mit dem WP 2013 ihren **Anteil € 84.500,00** bei der Finanzierung der Erneuerungs-Maßnahme übernommen. Der **Anteil des Landes von € 91.500,00** wird **erneut im WP 2014 stehen, weil in 2013 keine Zustimmung zu bekommen war**, was nicht zuletzt der sonst üblichen Regelung widerspricht, wonach die Hessischen Staatstheater und das Stadttheater Gießen bei derartigen Entscheidungen vom Grundsatz her gleich gestellt werden.

Die **Sicherstellung des Spielbetriebs des Stadttheaters** macht jedoch eine zeitnahe Durchführung der Maßnahme absolut notwendig, da allen Sparten absolut von einer störungsfrei funktionierenden Funkstrecke abhängen; darüber wurden alle Verantwortlichen rechtzeitig informiert, dennoch wurde dem Stadttheater rechtzeitiges Handeln unmöglich gemacht, sodass die Gefahr von hohen Mehrkosten für Anmietungen im Fall von Störungen besteht. Die Theaterleitung und das HMFVK sind nach wie vor bemüht, das Problem zu lösen. Eine **zusätzliche Belastung** entsteht für die **GmbH auch künftig weiterhin, da sie einen Eigenanteil von 10 % der Mehrkosten, die für den Ausgleich von Tarifsteigerungen im Personalbereich entstehen, leisten muss**. Es ist jedoch **nicht gesichert davon auszugehen, dass der Theaterbetrieb diese je nach Tarifabschluss beträchtliche Mehrbelastung jährlich aus eigener Kraft leisten kann**. Zumal das Theater im **Sachkostenbereich** seit **2004** keinen **Teuerungsausgleich** mehr erhält – obwohl der **Theatervertrag** einen **Ausgleich „in angemessener Höhe“** eigentlich **verbindlich festlegt**. Die GmbH trägt diese Mehrbelastungen seit Jahren aus eigener Kraft. Sie wird jedoch, je nach Kostenentwicklungen beispielsweise im Energiesektor oder bei Standard-materialien (Holz, Stahl, Alu) auch hier an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen. Das **Theater erwirtschaftet** die anfallende Mehrbelastung im Sachkostenbereich seit Jahren durch **Einsparungen und Mehreinnahmen**. Wenn jedoch Jahr für Jahr bei den **Sachkosten** weitere

Kostensteigerungen in vom Theater nicht beeinflussbaren Bereichen anfallen und das Theater **zusätzlich 10 % der Mehrbelastungen durch Tarifsteigerungen** tragen muss, wird es der **GmbH** auf Dauer kaum möglich sein, auf den **im Theatervertrag zugesicherten Ausgleich im Sachkostenbereich zu verzichten.**

Die Theatermacher in Gießen sind sich der finanziellen Situation insbesondere von Stadt und Landkreis Gießen sehr bewusst. In der tägliche Arbeit wird sehr kostenbewusst gehandelt; auch die Arbeitsabläufe werden stetig dahingehend überprüft, wo durch strukturelle Veränderungen die Effizienz im Produktionsbetrieb weiter zu optimieren ist. Stete Steigerungen in den Sachkosten schlucken jedoch die Einsparungen, die durch diese Bemühungen erreicht werden, regelmäßig, bevor sie im Gesamtergebnis sichtbar werden. Andererseits ist festzustellen, dass ohne diesen stetigen Prozess der jährliche Mehrbedarf noch höher ausfallen würde.

Die Geschäftsführerin

.....
(Catherine Miville)
- Intendantin -

6.2.13. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2.

LAGEBERICHT
der
Region Vogelsberg Touristik GmbH
Schotten

für das Geschäftsjahr 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Der Inlandstourismus und dabei insbesondere Kurzurlaube und Tagesausflüge sind die relevanten Größen für die Freizeitregion Vogelsberg. Deutschland ist das Land mit dem größten Inlandsanteil im Übernachtungstourismus in Europa. Im Urlaubs-Reisekalender der Deutschen steht Deutschland immer noch auf Platz eins. Nach stagnierenden Jahren konnte der Übernachtungstourismus in Hessen nach Ankünften und Übernachtungen im dritten Jahr in Folge Wachstum verzeichnen. Während die Zuwächse in 2012 vor allem den sich erholenden ausländischen Märkten zuzuschreiben waren und insbesondere die Städtereisen zulegen, war die Inlandsnachfrage der Motor in 2013. Die Urlaubsregionen im ländlichen Raum konnten 2013 von der wachsenden Nachfrage nur bedingt profitieren.

Im Bereich der Tagesausflüge liegen kaum aktuelle bzw. belastbare Daten vor. Anzunehmen ist eine stabile Nachfrage. Insgesamt hat dieses Segment für die Region Vogelsberg eine größere Bedeutung als der Übernachtungstourismus. Durch immer mehr Angebote kann die Region Vogelsberg hier Wachstum verzeichnen und ist als Freizeitregion im Einzugsbereich des RheinMain Gebietes gut aufgestellt.

Die Übernachtungsintensität weist einen relativ geringen Wert aus und hat sich gegenüber 2012 nicht verändert. Entsprechend gering ist die Wahrnehmung und Bedeutung des Urlaubstourismus in Politik und Wirtschaft der Region Vogelsberg, zumal ein großer Teil der in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Übernachtungen dem Geschäftsreiseverkehr und Aufenthalt in Rehakliniken bzw. Seminarhäusern von Berufsgenossenschaften zuzuschreiben sind. In der Region Vogelsberg gibt es kaum Betriebe, deren primäre Zielgruppen im Urlaubstourismus liegen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, sich an den Marketingmaßnahmen für diese Zielgruppen zu beteiligen. Im Bereich des Urlaubstourismus konnte die Region Vogelsberg insofern insgesamt nicht vom Trend profitieren, auch wenn das Bild in-

nerhalb der Region sehr heterogen ist. Die Zahl der Gesamtkünfte und Übernachtungen in gewerblichen Betrieben sind in Folge leicht rückläufig.

Laut den Zahlen des Statistischen Landesamtes zeichnet die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten in gewerblichen Betrieben in Hessen ein anderes Bild. Die Umsätze des Gastgewerbes stagnieren bzw. sind unter Berücksichtigung der Inflationsrate seit 2005 insgesamt rückläufig. Die Verlierer sind die Betriebe, die ausschließlich Getränke ausschenken. Am wenigsten Einbußen hatte das Unterkunftsgewerbe.

In Anbetracht der Lage vor den Toren des Rhein-Main-Ballungsraumes mit rund 5 Millionen Einwohnern und hoher Kaufkraft birgt der Tagestourismus ein großes Potential für die Region Vogelsberg. Dieses gilt es noch besser abzuschöpfen. Aus diesem Grund sind die von der Organisation aufgelegten Printmedien und auch die Webseiten mit detaillierten Informationen angereichert, um dem Nutzer Hilfestellung für den Tagesausflug zu geben. Die Optimierung der Homepage durch eine interaktive Karte, in der Wege mit Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und Unterkünften verknüpft werden, wurde 2012 realisiert und im Jahre 2013 weiterentwickelt bzw. optimiert. Darüber hinaus wurde eine Webseite für mobile Endgeräte - für den Gast, der sich mit seinem Smartphone in der Region orientieren will - im Jahre 2013 realisiert. Konsequenz ist insofern auch die weitgehende Konzentration der aktivierenden Werbung auf den Quellmarkt Rhein-Main.

Die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft in der Destination Vogelsberg haben sich nicht grundlegend geändert. Die Landespolitik misst der Tourismuswirtschaft eine untergeordnete Bedeutung bei. Tourismusförderung steht hinter der Förderung anderer Wirtschaftszweige zurück. Um auf dem Weg hin zu einer flächendeckenden Infrastruktur für den Aktivtouristen (Wander-/Radwegeinfrastruktur etc.) voranzukommen, fehlte in den vergangenen Jahren ein regionales Management. In den beteiligten Kreisen wurde diese Verantwortung unterschiedlich wahrgenommen. Positiv ist das aktuelle Bewusstsein für diese Situation.

Neuinvestitionen der Privatwirtschaft scheitern allzu oft an der Bereitschaft der Finanzinstitute, Kredite bereitzustellen, da das Vertrauen in die Entwicklung der Tourismusbranche in der Region Vogelsberg gering ist.

Im Spannungsfeld sinkender Einwohnerzahlen, die viele kleine Gemeinden unter die Grenze von 3.000 sinken ließen, finanzieller Lasten und Daseinsvorsorge für die Bevölkerung, treten Entwicklungsziele im Tourismus in den Hintergrund.

Mit dem auf Initiative des Vogelsbergkreises gegründeten Vereins „Geopark Vulkanregion Vogelsberg“ am 20. Dezember 2012 wurden die seit 2009 erarbeiteten geotouristischen Ziele

wieder in den Fokus gerückt. Viele kleine Initiativen haben in den letzten Jahren geotouristische Angebote geschaffen. Mit der Übergabe des Förderbescheides für die Ausstattung einer geotouristischen Ausstellung in Schotten am 14. August 2013 wurde diesbezüglich ein neues Etappenziel erreicht.

Das Regionalmanagement im Wetteraukreis verfolgt dagegen andere Ziele. Hier stehen insbesondere die „Keltenwelt am Glauberg“, Rekonstruktionen am Limes und die Inwertsetzung historischer Baudenkmäler im Fokus. Unter dem Label „Archäologielandschaft Wetterau“ werden Entwicklungsziele verfolgt, die insbesondere den Tagestourismus ankurbeln und den Freizeitwert der Region für Bürger und potentielle Einwohner steigern sollen.

Dank der Initiative des Kreises Gießen wurde ein Entwicklungskonzept für die Ostkreiskommunen Laubach, Grünberg, Hungen und Lich erstellt, die der Destination Vogelsberg zugeordnet sind. Das Konzept soll auch Schlüssel-Projekte für eine gemeinsame Vermarktung und Professionalisierung der beteiligten Kommunen aufzeigen.

Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Die von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel wurden auch 2013 verantwortlich und sparsam im Sinne der Dienstleistungsverträge eingesetzt. Zielgruppenspezifische Printmedien komplettierten 2013 die bewährten Medien für Wanderer, Radfahrer und den Urlaubskatalog.

Das für den Online-Bereich eingeführte Destinationsmanagement-System, an dem sich zur Zeit acht Kommunen beteiligen (Lauterbach, Schlitz, Herbstein, Ulrichstein, Gedern, Schotten, Nidda, Birstein), wurde funktional durch den Einsatz weiterer Module ergänzt und optimiert. Kern des Systems sind Datenbanken für Unterkünfte, Veranstaltungen, Gastronomie und Sehenswürdigkeiten (A-Z) sowie Touren. An einer Stelle gepflegt, stehen die Daten für verschiedene Ausgabemedien und Formate zur Verfügung. Die Systeme werden von der Firma Secra Bookings GmbH/Sierksdorf und green-solutions/Murnau zur Verfügung gestellt. Technikpartner zur Darstellung der Wege und Daten auf Online-Karten ist die Firma huber-media GmbH/Lam. Die Partner garantieren eine zeitgemäße Darstellung, komfortable Pflegesysteme, Anpassungen an neue Ausgabemedien, kurze Ladezeiten und verfügen außerdem über ein Partnernetzwerk, über das eine weitere Verbreitung der Daten möglich ist. Über das Netzwerk stehen außerdem „Web-to-Print-Lösungen“ für Kataloge, wie auch für Karten, Wegebeschilderung und Wegeportale zur Verfügung.

Mit den genannten Firmen bestehen Lizenzverträge zur Nutzung der Systeme in einem definierten Umfang, der jederzeit erweitert werden kann. Diese Lizenzen beinhalten die Nutzung

der Systeme für alle Gesellschafterkommunen.

In 2013 wurden die interaktive Karte, das Online-Gastronomieverzeichnis und eine zeitgemäße, sich aus den Datenbanken generierende Darstellung von Touren weiterentwickelt. Die hohe Nutzung rechtfertigt diese Investitionen. Ebenso wurde 2013 erste Schritte für eine Webseite für mobile Endgeräte initiiert, deren Inhalte sich weitgehend aus den Datenbanken generieren.

Die aktivierende Werbung konzentriert sich weiterhin auf ausgewählte Quellmärkte. Mit den Partnern Nidda-Bad Salzhausen, Schotten und WAGG (Gemeinnützige Wetterauer Archäologische Gesellschaft) hat sich die Region dem Marketingpaket der Hessen Agentur zur Marktbearbeitung Niederlande angeschlossen, dem einzigen ausländischen Quellmarkt mit Entwicklungspotential im Urlaubssegment. Das Paket beinhaltet verschiedene Maßnahmen von der Messevertretung, über Journalistenreisen, Pressenewsletter, Direktmailings an Endverbraucher, Online-Werbung bis zu Advertorials in Printmedien.

Die Werbekampagne mit dem mobilen Werbestand (Road-Show) wurde mit 32 Einsatztagen im Jahr 2013 fortgesetzt. An der Aktion beteiligten sich 11 Kommunen mit einem unterschiedlichen Volumen (22 bzw. 35 Einsatztage).

Zur Vermarktung des BahnRadweg Hessen besteht eine lose Kooperation mit den Kollegen in der Hessischen Rhön, Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis. Arbeitsteilig wurde die Erstellung eines Streuprospktes, Werbeseiten im RheinMain-Gebiet und die Optimierung der Webseite organisiert.

Neben den wirtschaftsfördernden Beiträgen der Kommunen und Kreise aufgrund der Dienstleistungsverträge wurden erfolgreich zusätzlich Mittel zur Umsetzung aller Aktivitäten über Beteiligungen, für Anzeigen und Einträge akquiriert.

Die Umsätze setzen sich im Wesentlichen aus den Bereichen Marketing sowie Service und Dienstleistungen zusammen.

Als Profitcenter wird vor allem das Marketing des Vulkanradweges budgetiert. Die Umsätze setzen sich u.a. wie folgt zusammen: 5,3 TEUR vertraglich gebundene Betriebe (Anbieterkooperation), 21,0 TEUR Zweckverbände, weitere Kommunen am Vulkanradweg sowie Sponsoren, 3,3 TEUR Refinanzierung des Flyers durch Anzeigen und Einträge.

Die Erlöse der AG Extratouren betragen 18,1 TEUR sowie die der allgemeinen Anzeigenbeteiligungen 16,5 TEUR. Die Erlöse aus dem Verkauf von Karten und Handelswaren betragen

15,6 TEUR.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement als Teil der Regionalentwicklung und Marketingorganisation. Kreisübergreifend werden Mittel der Gesellschafter gebündelt, um gemeinsam die Themen und Produkte der Partner am Markt zu platzieren. Das System des öffentlichen Tourismus in Hessen basiert auf Zusammenarbeitsstrukturen auf vertikaler Ebene (Drei-Ebenen-Modell) und horizontaler Ebene (funktionale Unterstützungspartner). Seit Gründung der Organisation sind die Professionalisierung und der Organisationsgrad in den kommunalen Tourist-Informationen vorangeschritten. Die Schere im Bereich der Professionalisierung zwischen den kleinen, nicht organisierten Kommunen und den größeren Kommunen mit Tourist-Information hat sich dadurch weiter geöffnet. Ein Zusammenschluss kleinerer Kommunen oder die Anbindung kleinerer Kommunen an bereits organisierte größere Kommunen (Bildung von sogenannten Touristischen Arbeitsgemeinschaften – TAGs) gemäß Empfehlung des Hessischen Tourismus Verbandes e.V. und des Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist in der Region Vogelsberg nicht geschehen. Insofern wurde das Management-System für die Region nicht durchgängig angelegt, sondern lässt einerseits zu, dass größere Kommunen sich anschließen (Daten selbst pflegen und nutzen), und gibt der Destination andererseits die Möglichkeit die Daten kleinerer Kommunen zentral zu pflegen.

Die differierende Tourismuspolitik der an der Region Vogelsberg Touristik GmbH beteiligten Kreise und Kommunen sowie die wenig verbindlichen Zusammenarbeitsstrukturen sind ursächlich dafür, dass die Region hinter ihrem Potential zurückbleibt. Sie belasten auch die Arbeit der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Vor diesem Hintergrund befürwortet die Region Vogelsberg Touristik GmbH die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes in Abstimmung mit allen am Tourismus beteiligten Organisationen. Bereits in 2011 berief der Aufsichtsrat eine Projektarbeitsgruppe, die sich mit der Neuausrichtung des Tourismus und der Tourismusstrukturen befasst hat. Am 22. Februar 2012 wurde in einem Workshop die weitere Vorgehensweise erarbeitet. An diesem Termin nahm neben der Arbeitsgruppe der gesamte Aufsichtsrat teil.

Der Handlungsdruck, die Abwägung und die Ergebnisse wurden den Gesellschaftern am 3. April 2012 durch die begleitende Agentur PROJECT M GmbH dargestellt: Empfohlen wurde die Erweiterung der Destination um den Naturraum der Wetterau sowie ein ca. achzehnmonatiger Prozess zur Erarbeitung eines tragfähigen, abgestimmten und kommunizierten Entwicklungskonzeptes, das Infrastruktur, Produkte, Marketing und Zusammenarbeitsstrukturen einschließt, Schlüsselprojekte definiert und als Maßnahmen- und Umsetzungsplan für eine erfolgreiche Tourismusedwicklung in allen Bereichen aufgebaut werden soll.

In folgenden Aufsichtsratssitzungen wurde deutlich, dass es für eine Erweiterung um den Naturraum Wetterau keine Mehrheit gibt. Für die Erarbeitung des oben genannten Konzeptes beschloss der Aufsichtsrat der Region Vogelsberg Touristik GmbH dennoch, Mittel bereitzustellen und brachte den Beschluss in die Gesellschafterversammlung am 20. März 2013 ein, dem gefolgt wurde.

Wegen der Auflösung des Anstellungsvertrages mit der Geschäftsführerin auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember 2013 beschloss der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 3. Mai 2013 die Erarbeitung des Konzeptes zurückzustellen. Der Vogelsbergkreis stellte in der Sitzung in Aussicht, ein Konzept intern erarbeiten zu lassen und den anderen Gesellschaftern als Vorschlag vorzulegen.

II. Darstellung der Lage

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Stammkapital. Der auf Folgejahre vorgetragene Überschuss aus den Vorjahren wird durch den Fehlbetrag im Jahr 2013 von 21,9 TEUR reduziert.

Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	164,1	(Vorjahr 185,9)
Anlagevermögen (TEUR):	9,9	(Vorjahr 9,1)
Umlaufvermögen inkl. RAP (TEUR):	172,1	(Vorjahr 213,1)
Bilanzsumme (TEUR):	182,0	(Vorjahr 222,2)
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR):	112,1	(Vorjahr 107,9)
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit kommunalen Gesellschaftern (TEUR):	268,3	(Vorjahr 268,7)
Eigenkapitalquote (%):	90,2	(Vorjahr 83,7)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	- 21,9	(Vorjahr 13,4)
Abnutzungsgrad (%):	87,0	(Vorjahr 88,1)

Der Fehlbetrag bewirkt die Verringerung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Er ist insbesondere der Tatsache zuzuschreiben, dass erhöhte Personalkosten durch die doppelte Besetzung der Geschäftsführung im letzten Quartal 2013 entstanden sind.

Es bestanden am Stichtag keine nennenswerten Forderungen. Im Berichtsjahr gab es keine nennenswerten Forderungsausfälle.

Die Rückstellungen beinhalten stichtagsbezogen übliche Positionen für Bilanzaufstellung und -prüfung, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub.

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Stammkapital und Puffer durch übertragene Überschüsse aus den letzten Geschäftsjahren.

Durch die bestehenden Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und den beteiligten Kreisen ist die Organisation bis zum Ende des Jahres 2014 gesichert. Vertraglich abgesichert sind zusätzlich Mittel für das Marketing des Vulkanradweges. Die Verträge mit Zweckverbänden und Kommunen am Vulkanradweg sind bis Ende 2014 befristet. Sie versetzen die Organisation in die Lage, sich in ein kooperatives Marketing für den BahnRadweg Hessen einzubringen, das letztendlich dem Reiseziel Vulkanradweg zugute kommt. Von der Möglichkeit, den Dienstleistungsvertrag mit der Gesellschaft zum 31.12.2014 zu kündigen, haben bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes die Kommunen Echzell, Randstadt, Ortenberg, Glauberg, Lauterbach sowie der Wetteraukreis Gebrauch gemacht.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind im Geschäftsverlauf dargelegt.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sichern einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von 268 TEUR bis zum Jahr 2014. Ca. 85% werden für den allgemeinen Geschäftsbetrieb im Rahmen der wirtschaftsfördernden Tätigkeit benötigt. Darin enthalten sind die Personalkosten. 15 % stehen für nicht refinanzierbare, imagefördernde und strategische Marketingmaßnahmen zur Verfügung. Alle weiteren Produkte werden mit den Partnern im Rahmen eines Beteiligungskonzeptes realisiert. Weiterhin sind Mittel für das Marketing des Vulkanradweges/BahnRadweges durch Verträge mit 25 Anbietern am Vulkanradweg, den beiden Zweckverbänden, den Kommunen Altstadt und Schlitz, der Kur- und Tourismus GmbH Bad Salzschlirf sowie dem Getränkehersteller Hassia als

Sponsor abgesichert. Alle Verträge sind zum Ende des Jahres 2014 kündbar bzw. laufen zu diesem Termin aus.

Die Förderung der „Road-Show“ mit einem mobilen Werbestand war bis 2012 befristet. Die Fortführung der Aktion durch den Dienstleister ist vertraglich bis zum Ende des Jahres 2014 abgesichert. Aus dem Paket herausgenommen wurde die Präsenz auf dem Hessestag.

Mit den Destinationen entlang des BahnRadweges Hessen wurde ein gemeinsames Marketing für das Jahr 2014 vereinbart mit Basisprodukten wie Flyer, Webseite und dem Marketingpaket der DZT „Deutschland per Rad entdecken“.

Risiken für den Fortbestand der Organisation liegen insbesondere in der Struktur der Gesellschaft, die die Bewältigung zukünftiger Aufgaben im Sinne der Regionalentwicklung behindert. Destinationsplanung und -steuerung erfordern einen klaren Konsens der Gesellschafter und Partner. Die Zusammenarbeit benötigt eine zukunfts- und zielgerichtete Geschäftsgrundlage mit verbindlichen Zielvorgaben. Über Geschäftsverlauf und Risiken wird dem Aufsichtsrat mindestens zwei Mal im Jahr berichtet.

Der Handlungsbedarf in der Region Vogelsberg ist auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene erheblich und dringend – eine Fortsetzung in den bisherigen Strukturen birgt eine große Gefahr des Scheiterns. Eine zukunftsfähige touristische Marktbearbeitung benötigt eine neue „Geschäftsgrundlage“ für alle Akteure. Dies betrifft Gebietskulisse, inhaltliche Ausrichtung, Ablauforganisation/Aufgabenteilung sowie Aufbauorganisation/Organisationsstrukturen. Erste strukturelle Änderungen wurden bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts umgesetzt bzw. vorbereitet. Unter anderem wurde auch die Einführung eines Beirates beschlossen.

Es ist durch die Kündigung des Dienstleistungsvertrages zum Ende des Jahres 2014 durch mehrere Kommunen sowie insbesondere des Wetteraukreises eine Situation entstanden, die nicht nur die finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht unerheblich beeinträchtigt, sondern vor allem die strukturellen Probleme verstärkt und die zielgerichtete Aufgabenerfüllung und deren Erfolg maßgeblich schwächt.

Im Gegenzug konnten aber auch im Jahre 2014 zwei neue Gesellschafter, die Gemeinde Mücke sowie der Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V., gewonnen werden. Darüber hinaus konnte im Rahmen der Bildung einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft im Kreis Gießen die Partnerschaft mit der Stadt Lich entstehen.

Schotten, den 17. November 2014

Region Vogelsberg Touristik GmbH

gez. Roger Merk M.A.
Geschäftsführer

6.2.14. Jahresbericht Zweckverband Hoher Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.3.5.

Auszug aus dem Jahresbericht der Geschäftsstelle für 2013

Naturschutz- und Landschaftspflege

Auch im Jahr 2013 wurden die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten des FA Schotten eingesetzt. Die Neubesetzung der Stelle des Funktionsbeamten f. Naturschutz erfolgte Ende 2012. Die Übernahme der Pflegearbeiten in den NSG des FA Schotten ergaben Einnahmen für den Zweckverband in Höhe von ca. 26.000,- €. Diese Einnahmen sind zusammen mit der institutionellen Landesförderung und der Verbandsumlage die wichtigsten Einnahmepositionen im Haushalt des Zweckverbandes. In Abhängigkeit von der Wittersituation bei der Pflege der Naturschutzgebiete im Sommer und Herbst kann es zu deutlichen Schwankungen bei der Arbeitsintensität kommen. Daraus resultierend schwanken auch die Einnahmen. Der Sommer 2012 hatte einen ungünstigen Witterungsverlauf, deshalb wurden größere Teilbereiche in den NSG in 2013 nicht gemäht. Zum Vergleich: Die Einnahmen im Jahr 2012 lagen hier bei ca. 47.000,- €.

Im Jahr 2013 wurden weiterhin Arbeiten im Auftrag der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um den Bau und die Montage von Orientierungstafeln und Hinweisschildern für FFH- und Natura 2000 Gebiete in Mittelhessen. Hierdurch nahm der Naturpark ca. 2000,- € ein.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen - Forst

Der Naturpark - Pfl egetrupp hat auch im Haushaltsjahr 2013 an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern wird weiter verfolgt.

Im Arbeitsjahr 2013 wurden die Mitarbeiter des Pfl egetrupps schwerpunktmäßig für die Pflege und Instandsetzung der Naturerlebnispfade, der Spielplätze und der Umgestaltung des Vulkanring-Wanderweges eingesetzt.

In 2013 kam es zu längeren krankheitsbedingten Ausfällen von Beschäftigten, die nur zum Teil vom übrigen Personal aufgefangen werden konnten. Durch die vermehrte Beschäftigung von Aushilfspersonal wurde versucht die betrieblichen Aufgaben dennoch zu erledigen.

Die Beschilderung der Loipen der Stadt Ulrichstein wurde, wie im Jahr zuvor im Oberwald, einheitlich neu gestaltet und orientiert sich nun an den Vorgaben des Deutschen Skiverbandes.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Neubau eines Lagerplatzes an der Naturparkwerkstatt am Hoherodskopf
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur mit Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Besonderer Dank gebührt den Bauhöfen von Ulrichstein und Schotten, die durch den Einsatz von Heckenschneidern und anderen Großgeräten bei der Pflege der Naturparkanlagen erhebliche Hilfe geleistet haben.

Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die unbürokratische Unterstützung.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig. Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er wichtige Hilfestellungen. Darüber hinaus trägt er die Hauptlast der Umstellung auf die doppelte Buchführung.

Für das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein waren in den zurückliegenden Jahren zahlreiche ehrenamtliche Helfer für die Pflege der Anlagen aktiv. In Abstimmung mit dem Förderverein des Vogelsberggartens wurde die Einstellung einer Teilzeitarbeitskraft beschlossen. Die anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt. Die Maßnahme ist somit für den Naturpark kostenneutral.

Naturschutz – Informationszentrum Hoherodskopf (NIZ)

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des NP. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandskasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,- € zu.

Die Attraktivität der Einrichtung wird durch häufig wechselnde Zusatzausstellungen gesteigert. Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei.

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für die Jahre 2013 und 2014 wurden von der Naturparkbroschüre wieder je insgesamt 15.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Durch die frühe Bereitstellung der Broschüre für 2014 entstanden Mehrausgaben in 2013. Für das Jahr 2015 soll die Broschüre in Zusammenarbeit mit dem neuen Geopark „Vulkanregion Vogelsberg“ herausgegeben werden. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Falblätter und Broschüren.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2013

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Projekt „Ehrensache Naturpark“ mit Sponsor Generali Versicherung- endete 2013
- Austausch der EDV-Anlage nach Problemen mit der Datensicherung

Schotten, 27.03.2014
R. Frischmuth
Geschäftsführer

Impressum:

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Gießen
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Redaktion: Uta Heuser-Neißner (Stabsstelle Controlling)

Druck: Landkreis Gießen, Hausdruckerei

Redaktionsschluss: 23. Januar 2015